Die politischen Wahlen in Tilsit.

Fünfter Band

von

„Aus Tilsits Vergangenheit“.

Tilsit 1892.

Kommissions-Verlag von Wilh. Lohauß.

Die politischen Wahlen in Tilsit.

Fünfter Band

von

„Aus Tilsits Vergangenheit“.

Tilsit 1892.
Kommissions-Verlag von Wilh. Lohauß.

Inhalts-Verzeichnis.

Veränderungen und Druckfehler.

Seite 8 Zeile 5 von unten lies: „Waffengewalt“ statt Massengewalt.
Seite 29 Zeile 12 von unten lies: „1853“ statt 1855.
Seite 36 Zeile 12 von unten lies: „seit Dezbr. 1875“ statt zuletzt.
Seite 83 ist Zeile 3 und 4 von unten zu lesen: „starb bald nach dem Vater; die einzige Tochter, die sich mit einem Offizier verheiratet hatte, war schon vor dem Vater gestorben.“
Seite 108 fehlt Zeile 3 von unten hinter Königsberg das Wort „über“.
Seite 116 Zeile 2 von oben lies: „im Auslande, das“.
Seite 146 Zeile 2 von oben lies: „5. November“ statt 6. November.

Die politischen Wahlen in Tilsit.

Wer die in den 40er Jahren vorbereitete politische Bewegung, welche mit dem Jahre 1848 zu wirklicher Bedeutung gelangte, und das politische Leben der folgenden Jahrzehnte verstehen und richtig beurteilen will, muß seinen Blick weit zurücklenken, bis in die große Zeit der Volkserhebung von 1813.

Nirgends war der Haß gegen den Erbfeind Deutschlands, der das Land bis auf's Mark ausgesogen und den unglücklichen König Friedrich Wilhelm III. und mit ihm die besten Kräfte des Landes gegen das letzte Reich, das dem Scepter des Weltherrschers noch nicht sich gebeugt, zur Heeresfolge gezwungen hatte, glühender — und nirgends mit größerem Rechte — als in Ostpreußen. In Tilsit's unmittelbarer Nähe, in der Poscheruner Mühle bei Tauroggen, fand am 30. Dezember 1812 die denkwürdige Konvention General York's, dessen Armee zu dem Corps Marschall Mac Donald's gehörte, mit den russischen Unterhändlern des General Diebitsch statt. „Jetzt oder nie ist der Moment, Freiheit, Unabhängigkeit und Größe wieder zu erlangen", so schrieb er an seinen König, indem er ihm seinen alten Kopf zu Füßen legte. Die Konvention von Tauroggen riß nicht, wie ihr kühner Urheber gehofft hatte, den König fort zum Anschluß an Rußland, aber sie ermöglichte es den Ostpreußen, sich für Deutschland's Befreiung

zu erheben, sie gab den Massen die frohe Gewißheit, daß der Würfel gefallen sei. Als der Morgen des schlachtenreichsten Jahres (1813) dieser blutigen Zeit heraufgraute, erwachte die alte Waffenfreude der Germanen und weithin über das preußische Land erklang von der Ostmark der Weckruf des eisernen York: Jetzt oder niemals!

Am 3. Februar 1813 erschien der von Hardenberg, nicht vom Könige, unterzeichnete Aufruf zur Bildung eines freiwilligen Jägerkorps, das eine Pflanzschule für künftige Offiziere sein sollte. Obgleich der Feind nicht bezeichnet wurde, verstanden die Preußen doch ihren König. In Berlin allein meldeten sich in drei Tagen 9000 Freiwillige. Noch zögerte der König mit dem entscheidenden Worte: Der 17. März endlich brachte des Königs Aufruf „An mein Volk." In Tilsit bildete sich sofort ein Verein zur Unterstützung der unbemittelten freiwilligen Jäger. Die schwer mitgenommene, fast gänzlich verarmte, Bürgerschaft brachte eine erhebliche Summe zusammen, von welcher 23 Jäger und 2 Trainsoldaten ausgerüstet wurden. Einige Einwohner gaben außerdem Pferde und Armaturstücke ohne Bezahlung her; 19 junge Männer aus Tilsit, die als freiwillige Jäger für die Befreiung des Vaterlandes mitkämpfen wollten, equipirten sich selbst. Am 2. April 1813 marschirte die Eskadron freiwilliger Jäger von Tilsit ab. An demselben 17. März, der den Aufruf „An mein Volk" brachte, verkündigte der König seinem Volke die Errichtung der Landwehr und des Landsturmes. Tilsit stellte 179 Mann zur Landwehr und 15 Pferde. Die Kosten für die Ausrüstung und zweimalige Bekleidung der Landwehrmänner kostete 7258 Thaler, wovon 447 Thaler durch freiwillige Beiträge einkamen, der übrige Betrag durch Repartition aufgebracht wurde. Im Juni wurde der Landsturm organisirt und die dazu gehörige Mannschaft in drei Bataillone und zwei Schwadronen eingetheilt. Die dem Landsturm geschenkten Fahnen wurden später, die eine in der lutherischen, die andere in der reformierten Kirche aufbewahrt.

Leider sind uns die Namen der Braven, welche freiwillig dem Rufe des Königs folgten, nicht überliefert. Als im Jahre 1863 der politische Verein am 6. Februar die Erinnerung „an die patriotische Erhebung unseres Volkes“ durch ein Fest in dem Saale der Bürgerhalle feierte, nahm eine stattliche Schaar von Freiheitskämpfern die Ehrenplätze zur Linken der Rednerbühne ein, von der herab der damalige Redakteur der „Tilsiter Zeitung“, Tolksdorff, einen Ueberblick über die Ereignisse des Februar 1813 und eine Schilderung der großen Opfer der Provinz Preußen für die Befreiung des Vaterlandes gab. Die Namen und die Zahl der Veteranen führen die Zeitungsberichte nicht auf. Ihrer 19 waren zu der Festtafel in der Bürgerhalle geladen, mit der das herrliche Erinnerungsfest an die Völkerschlacht bei Leipzig, welches ein Komitee Tilsiter Bürger am Jahrestage der Schlacht am 18. Oktober 1863 veranstaltete, beschlossen wurde. Im Namen seiner gefeierten Kameraden sprach Kaufmann Rohrmoser Worte des Dankes und leerte sein Glas auf die endliche Erfüllung der vor fünfzig Jahren gemachten Verheißungen.

Denn unsere Freiheitskämpfer hatten aus dem blutigen Kriegszuge ein hohes Ideal, das ihnen unverrückt vor der Seele stand, mit heimgebracht. Aus den begeisterten Jünglingen, die in todesfreudiger Hingabe an das Vaterland dem Rufe des Königs gefolgt waren, waren Männer geworden, die auf das Königliche Wort, das dem opfermutigen hingebend treuen Volke politische Freiheit und Einigung des deutschen Volkes verheißen hatte, fest vertrauten und den festen Willen hatten, an ihrem Teile mitzuwirken, daß dieses Königswort nicht in Vergessenheit gerate. Sie hatten die unterbrochene Arbeit des Friedens aufgenommen; die tiefen Wunden, die die Kriegsjahre von 1807 an bis 1813 der Stadt und dem Lande geschlagen hatten, waren verharscht, die Bettelarmut des Landstädtchens war einem bescheidenen Wohlstande gewichen; die Kriegsschulden der Stadt, welche mit den Verlusten, welche Stadt und Bürgerschaft erlitten

hatte, weit über eine Million betrugen, waren bezahlt und verschmerzt. Und noch immer harrten jene Freiheitskämpfer und die von ihrem Geiste erfüllte heranwachsende Generation der Einlösung des Königlichen Wortes.

Von den Männern, welche als Jünglinge den heiligen Kampf mitgefochten und als Männer allezeit für die Verwirklichung der Ideale gekämpft haben, für die sie einst hinausgezogen waren, wollen wir hier nur zwei nennen. Der eine sollte Tilsit's erster Abgeordneter zur preußischen Nationalversammlung, wie das Abgeordnetenhaus damals genannt wurde, werden: Joh. Wilhelm Kuhr: von ihm wird gleich die Rede sein; der andere war Johann Rohrmoser, als Abkömmling eingewanderter Salzburger in einfachen, wenn auch nicht gerade ärmlichen Verhältnissen 1794 in Ußballen bei Piktupönen geboren. Er hatte in einem Materialwaren-Geschäfte in Tilsit die Handlung erlernt. Als kaum 19jähriger Jüngling trat er 1813 dem Aufrufe des Königs folgend zugleich mit dem zwei Jahre älteren Wilhelm Kuhr als freiwilliger Jäger in das Ostpreußische National-Kavallerie-Regiment ein und machte in demselben die Feldzüge 1813 bis 1815, sowie die beiden Einzüge in Paris mit. Nach seiner Rückkehr arbeitete er in verschiedenen hiesigen Geschäften als Handlungsdiener und machte sich im Jahre 1822 selbstständig. Bis etwa zum Jahre 1841/42 betrieb er mit wechselndem Erfolge ein Getreidegeschäft und gab dasselbe dann auf, um auf Aufforderung seines Schwagers, des Kommerzienrat C. A. Lutterkorth, sich an der Leitung der großen Papierfabrik desselben als stiller Teilnehmer zu beteiligen. Nach dessen im Jahre 1853 erfolgten Tode leitete er das Geschäft allein, bis der älteste Sohn des Verstorbenen, C. H. Lutterkorth, die Fabrik übernahm. Damit endete die geschäftliche Thätigkeit Rohrmoser's. „Er war ein eigenartiger Charakter, voll mancher Besonderheiten, schroff und oft abstoßend (schreibt Adolf Post in seinem Wochenblatte aus Anlaß seines Todes), aber ein Ehrenmann durch und durch, dem das Wohl seiner Vaterstadt und seines Vater-

landes warm am Herzen lag. So wie er damals, als es galt, das verhaßte Franzosenjoch von dem gedrückten Preußen abzuwälzen, mutig zu Säbel und Büchse griff, so hat er später mit seinem Wort für die bürgerliche Freiheit gekämpft, mochte es nun in den Wahlversammlungen der liberalen Partei sein, oder im Wahl-Vorstande unter Leitung eines zur Erzielung guter Gemeinde-Wahlen herübergesandten Regierungsrates, oder im Schoße der städtischen Behörden", denen er als Stadtverordneter wie als Mitglied des Magistrats (1845—52) angehörte. In diesem Jahre wurde er zwar wiedergewählt, aber seiner politischen Richtung wegen nicht bestätigt. Als Mitglied des Magistrats war er mit dem Dezernat des Bauwesens betraut und erwarb sich besondere Anerkennung durch die in eigener Regie sehr billig ausgeführte Herstellung des ersten Bollwerks am Stromufer von der Wasserstraße bis zur Kirche. Besonderes Interesse hat Rohrmoser den menschenfreundlichen Bestrebungen des Armen-Unterstützungs- und Erziehungs-Vereins zugewandt und dieses auch noch im Jahre 1873 durch ein Geschenk im Betrage von 900 Thalern bekundet mit der Bestimmung, daß aus den Zinsen zunächst eine passende anständige Bezeichnung über dem Eingange des dem Verein gehörenden Hauses, das unter seiner Aufsicht und durch seine persönlichen Bemühungen für das damals zu Gebote stehende kleine Kapital erbaut worden war, hergestellt werden sollte. Diese Bestimmung wurde erfüllt: in großen gußeisernen Buchstaben steht jetzt auf dem Hause die Inschrift: Armen-Unterstützungs- und Erziehungs-Verein 1851. — Johann Rohrmoser starb im 83. Lebensjahre am 21. Februar 1876, Nachts 2 Uhr, an einer Lungenlähmung.

Und die lange ersehnte bessere Zeit sollte nach langem Harren endlich doch kommen. Was der Vater verheißen, das sollte der Sohn erfüllen. Am 21. März 1848 erließ das neuberufene Ministerium Arnim-Auerswald-Schwerin eine Proklamation „An die deutsche Nation": „Eine neue

glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an! Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa. Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat sich, im Vertrauen auf Euren heldenmütigen Beistand und Eure Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamt-Vaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten ehrwürdigen Farben der Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesamten deutschen Volkes, dem neuen König der freien, wiedergeborenen, deutschen Nation."

Am 22. März berief der König den Vereinigten Landtag ein und verhieß als „Garantie der Freiheit" Gesetze über folgende Materien: 1. Sicherstellung der persönlichen Freiheit, 2. freies Versammlungs- und Vereinsrecht, 3. eine Bürgerwehr-Verfassung mit freier Wahl der Führer, 4. Verantwortlichkeit der Minister, 5. Schwurgerichte in Strafsachen und namentlich für alle politischen und Preß-Anklagen, 6. Unabhängigkeit des Richterstandes, 7. Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, des Patrimonialgerichtsstandes und der gutsherrlichen Polizei. Das Heer sollte auf die neu zu vereinbarende Verfassung vereidigt werden

Die Wahlen zur preußischen National-Versammlung

(vom 22. Mai bis zum 1. Dezember 1848.)

Die Volksvertreter in der preußischen National-Versammlung wurden nicht durch direkte Wahlen gewählt, sondern durch Wahlmänner. Die Urwahlen, bei welchen, entgegen dem jetzt geltenden Wahlgesetz, alle über 24 Jahre alten, unbescholtenen Bürger gleiches Stimmrecht hatten, fanden am 1. Mai 1848 statt, 8 Tage darauf die Wahl der Abgeordneten. Gewählt wurden für Tilsit am 8. Mai der Besitzer von Splitter, Rittmeister a. D. **Wilhelm Kuhr**, ohne daß sich derselbe als Wahlkandidat aufgestellt hatte,

als sein Stellvertreter Conditt, Direktor der höhern Bürgerschule; für Niederung Gutsbesitzer Heinrich Andersch-Krippofen*), als sein Stellvertreter Dorfrichter Borm.

Wilhelm Kuhr.

Da ein ziemlich eingehendes Lebensbild dieses fernigen und knorrigen Mannes in „Aus Tilsit's Vergangenheit" Band III, S. 55 bis 65 gegeben ist, so stellen wir nur die Hauptthatsachen seines wechselvollen Lebens zusammen, indem wir die dort gegebenen Mitteilungen in einigen Punkten ergänzen.

W. Kuhr, geboren zu Pillau am 15. März 1792, hatte sich der Landwirtschaft gewidmet, als er, 21 Jahre alt, am 17. März 1813 dem Rufe des Königs folgte. Er machte als freiwilliger Jäger in dem Jäger-Detachement des litauischen Dragoner-Regiments alle Schlachten des Jahres 1813 und 1814 mit. Bei Chalons (4. Februar 1814) erhielt er das eiserne Kreuz, nachdem er schon 1813 zum Offizier erwählt und vom Könige bestätigt worden war. Auch den Feldzug des Jahres 1815 machte er mit. Aus dem Kriege zurückgekehrt, wurde er auf seinen Antrag am 26. August 1815 für volljährig erklärt. Seit 1816 verwaltete er die großen Gottschalk'schen Mühlen-Etablissements auf der Mühleninsel, zunächst für seine Mutter, die Schwester und Erbin des Kommerzienrats Joh. Wilh. Gottschalk (Madame Marty, in erster Ehe verheiratet mit dem Kaufmann Kuhr in Pillau, in zweiter Ehe mit dem Konsul Marty in Pillau). 1818 wurde er als Bürger von Tilsit vereidigt. Nach der großen Überschwemmung des Jahres 1829 verließ er die Mühleninsel und erbaute sich in der Nähe des Deutschen Thores ein einfach vornehmes Haus (das jetzige Westphal'sche Grundstück Deutsche Straße Nr. 38). Hier richtete er eine große Milchwirtschaft von 30 Kühen ein. Im Jahre 1830 und 1831 war Kuhr Pächter des Gutes Lengkonischken der

---

*) Gestorben am 29. August 1888, 78 Jahre alt zu Ripkeim bei Wehlau.

Frau v. Schenkendorf. Die Mühleninsel war 1829 an den Ratsherrn Kaufmann C. Albrecht verkauft worden; der Hospitalwerder blieb in Kuhr's Besitz, der 1857/58 Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude erbaute und der Besitzung den Namen „Werderhof" beilegte. Von 1832 bis 1834 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und der Sanitäts-Kommission, welche in den Jahren des ersten Auftretens der Cholera von durchgreifendem Einfluß war. In den dreißiger Jahren betrieb er ein großartiges Getreidegeschäft, für welches er in Rußland und Polen ein großes deutsches Personal unterhielt zur Beaufsichtigung und Bearbeitung der vielen Getreideläger in verschiedenen Abladeorten des Memelstromes. Später wandte sich Kuhr ausschließlich der Landwirtschaft zu; er erwarb nach und nach die Ländereien, welche von ihm zu dem Gute Splitter vereinigt wurden. Ein unvergängliches Denkmal stiftete er sich durch Anlegung des sogenannten Philosophenweges auf dem Rande der Höhe verlängs des Hospitalwerders, der, seit dem Beginn des Baues der Eisenbahnbrücke, Frühjahr 1872, von dem Bahndamme und der Zugangsstraße zur Brücke durchschnitten, bis nach dem nahen Stollbeck hin einen viel gesuchten Spaziergang bildet.

Am 8. Mai 1848 wurde der Rittmeister W. Kuhr mit überwältigender Mehrheit zum Abgeordneten des Kreises Tilsit gewählt und nahm seinen Platz auf der Linken des Hauses neben Waldeck, Joh. Jakoby, Temme, Karl Schramm und anderen „Männern des Volkes" ein. Kuhr gehörte zu den etwa 240 Abgeordneten, welche auch nach der Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg es für ihre Pflicht hielten, den Platz zu behaupten und nur der Massengewalt zu weichen. Am 5. Dezember 1848 wurde die Versammlung aufgelöst und eine Verfassung oktroyiert.

Gehässige und unwahre Anfeindungen seitens seiner politischen Gegner hatten zur Folge, daß Kuhr am 5. Februar 1849 bei den Neuwahlen unterlag.

Am 6. März 1849 stand Kuhr vor dem Berliner Kriminalgericht, der „Beteiligung am Aufruhr“ (dem sogenannten Zeughaussturm) angeklagt. Das Gericht verwarf diese Anklage; der Staatsanwalt formulierte dieselbe von neuem und zwar wegen gewaltsamen Diebstahls (eines Zündnadelgewehrs) resp. wegen Teilnahme an den Vorteilen eines solchen. Das Kriminalgericht sprach Kuhr frei. Man lese die ausführlichen Mitteilungen über diesen für die Reaktionszeit charakteristischen politischen Prozeß am angeführten Orte S. 61 ff. nach.

Nun wurde der alte Freiheitskämpfer und Ritter des eisernen Kreuzes, obwohl er aus dem Prozesse vollständig gerechtfertigt hervorgegangen und schon 1848 um seinen Abschied als Landwehroffizier eingekommen war, von dem Ehrengerichte des Bataillons im Jahre 1851 — so lange war die Sache verschleppt worden — „aus nichtigen, teils erlogenen Gründen verurteilt und aus dem Offizierstande ausgestoßen.“ Den Kern der Anklage bildete ein Resümee über die politische Handlungsweise des Abgeordneten; die Rechtfertigung des alten Freiheitskämpfers, den dieselben idealen Grundsätze als Jüngling in den Kampf und als 56jährigen Mann in die Volksvertretung gerufen hatten, ist a. a. O. S. 63 ff. wörtlich abgedruckt.

Seitdem zog sich Kuhr vom öffentlichen Leben zurück. Seine politischen Gesinnungen blieben unverändert und er fehlte bei keiner Wahl, um ihnen den gesetzmäßigen Ausdruck zu geben, bis zu seinem 91. Jahre, in welchem er (am 20. November 1882) an Altersschwäche starb.

Die Wahlen zum deutschen Parlament.

Am 21. März hatte sich König Friedrich Wilhelm IV. „im Vertrauen auf Euren heldenmütigen Beistand und Eure Wiedergeburt“, wie es in der Proklamation „An die deutsche Nation“ hieß, welche der neue Vorsitzende des Staatsministeriums, Graf Adolf v. Arnim-Boitzenburg, an diesem

Tage erließ, „zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamt-Vaterlandes" gestellt.

Vom 31. März bis zum 4. April 1848 tagte das von Professor Mittermaier in Heidelberg ebendahin berufene Vorparlament. Dasselbe besaß zwar keine staatsrechtliche Befugnis, allein sein moralisches Ansehen war so groß, daß der Bundestag die wichtigsten Beschlüsse desselben ohne weiteres genehmigte. Die wichtigste Festsetzung war, daß bei den Wahlen zur konstituierenden National-Versammlung auf je 50 000 Seelen ein Abgeordneter kommen und die Wahl unabhängig vom Census und Glaubensbekenntnis, sowie von allen Standesunterschieden sein sollte. Ost- und Westpreußen, sowie die deutschen Teile Posens wurden in den Bund aufgenommen.

Wenige Tage nach den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung, also am Anfang Mai 1848 wurden in allen deutschen Landen die Abgeordneten zum Frankfurter Parlament gewählt. Man nahm als Vertreter für Tilsit den Oberst und Brigadekommandeur von Auerswald in Breslau in Aussicht, der als Kommandeur des Dragonerregiments (bis April 1847), dessen Stab sich in Insterburg befand, sich hier großer Beliebtheit erfreute. Er war ein naher Verwandter des liberalen Ministers des Innern, (29. März bis 25. Juni 1848) Alfred von Auerswald und bekannte sich in einem Briefe an W. Kuhr, der mit ihm wegen Übernahme des Mandats verhandelte, als einen durchaus liberalen Mann.*) Oberst von Auerswald wurde mit großer Majorität zum Abgeordneten der Kreise Tilsit und Niederung für die deutsche Nationalversammlung gewählt, lehnte aber unerwarteter Weise das Mandat ab, so daß unser Kreis in dem am 18. Mai in der Paulskirche zu Frankfurt eröffneten deutschen Parlament anfangs nicht vertreten war

In der Nachwahl am 29. Mai siegte der im Kreise. Niederung reich begüterte **Graf Otto von Keyserling,**

---

*) v. A. T's. V. III. S. 25.

Majoratsherr zu Rautenburg, Oberburggraf von Marienburg. Er gehörte dort dem rechten Centrum an, legte aber Anfang September 1848 das Mandat nieder. Infolge dessen wurde vom Ministerium sein erwählter Stellvertreter, der Landrath des Kreises Tilsit, Joh. Ed. **Heinrich Schlenther***) einberufen und begab sich am 18. September nach Frankfurt.

Graf Otto Johann v. Keyserling-Rautenburg.

Das Adelsgeschlecht der Grafen Keyserling, einst Dienstmannen und Burgmänner der Grafen von Tecklenburg (im jetzigen Regierungsbezirk Münster in Westfalen), erwarb in Curland, Lievland, Litauen und Preußen bedeutende Liegenschaften. Eine Linie des Geschlechts besaß die Güter Heinrichswalde, Brunzischken, Wenzischken und Nassentha im Kreise Niederung, welche infolge des Vermögensverfalls des Grafen Heinrich von Keyserling vor etwa 20 Jahren unter den Hammer kamen. Der in Curland ansässige Zweig der Familie besaß auch die im Kreise Niederung belegene Herrschaft Rautenburg mit 33 Ortschaften, welche im Jahre 1787 zur Grafschaft erhoben wurde. Die Begüterung war verschuldet und verfallen. Graf Heinrich Christian zu Rautenburg erhielt 150 000 Thaler zinsfrei für 30 Jahre aus dem Königlichen Ärar und stiftete damit das Fideikommiß, indem er bestimmte, daß 36 Jahre lang je 5000 Thaler von den Revenüen unter gerichtlicher Kontrolle zinsbar angelegt würden. Im Jahre 1824 wurde die ganze auf der Grafschaft ruhende Schuldenlast von 235 000 Thalern bezahlt.

Bekanntlich ist Immanuel Kant, der größte Philosoph der Neuzeit (geboren 1724), eine größere Zahl von Jahren (von 1746 bis 1755) Erzieher im gräflichen Hause zu Rautenburg gewesen.

Graf Otto, der dritte Majoratsbesitzer, war geboren am 22. Juli 802 zu Cabillen in Curland, studierte von

*) Biographische Mitteilungen über Schl. folgen weiter unten.

1820 bis 1825 in Göttingen, arbeitete als Referendar beim Appellationsgerichte in Königsberg und vermählte sich 1830 mit der Baronesse Louise von Behr, einer ihrer körperlichen Schönheit, hohen geistigen Begabung und großen Herzensgüte wegen von allen, die sie kannten, hoch verehrten Dame, die ihm aber bereits nach etwa zwanzigjähriger glücklicher Ehe durch den Tod entrissen wurde.

Er übernahm die Rautenburger Güter zunächst als Pächter seines Vaters Heinrich Dietrich Wilhelm v. Keyserling und dann etwa 1845 auf Grund des Verzichts desselben als Fideikommißnachfolger und Majoratsherr. Als solcher stand ihm nach einer Kabinetsorder Friedrich Wilhelms III. eine Kollektivstimme im Stande der Ritterschaft auf dem Landtage des Königreichs Preußen zu. Dem Deutschen Parlament zu Frankfurt gehörte er vom 29. Mai bis Anfang September 1848 an und schloß sich hier ebensowenig wie im Vereinigten Landtage 1847 und 1848 der streng reaktionären junkerlichen Partei an. Nach Einsetzung des Herrenhauses wurde er zum Mitgliede desselben mit erblichem Rechte ernannt und trat in das Haus ein am 30. November 1854. Später wurde er die Seele der konservativen Partei im Wahlkreise Tilsit-Niederung. Er vertrat denselben im konstituierenden Reichstage (gewählt am 12. Februar 1867 mit 8262 von 13 560 Stimmen), im norddeutschen Reichstage (gewählt am 31. August 1867 mit 5028 von 8738 Stimmen gegen Rechtsanwalt Kuwert-Kaukehmen) und im deutschen Reichstage 1871 bis 1874 (gewählt am 3. März 1871 mit 4840 von 8917 Stimmen gegen Gutsbesitzer Reimer-Schilleningken) und gehörte in allen drei Körperschaften der konservativen Partei an. In den letzten 5 Jahren seines Lebens seit 1880 nahm er an den Sitzungen des Herrenhauses nicht mehr teil. Trotz seiner ausgeprägten Parteistellung wurde doch in der Zeit des Verfassungskonflikts und später niemals der persönliche freundschaftliche Verkehr mit politischen Gegnern beeinträchtigt. Graf Keyserling war ein Aristokrat im besten Sinne des Wortes und ein Mann von unbe-

grenzter Herzensgüte, die vielfach mißbraucht wurde. Etwa 1875 wurde Graf Otto zum Oberburggrafen von Marienburg ernannt. Er war seiner Zeit Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Central-Vereins der Provinz Ostpreußen, Inhaber der großen Medaille für Verdienste um die Landeskultur, Ritter des Johanniter-Ordens und anderer hoher Orden. Mit Bismarck war Graf Keyserling eng befreundet und gab, wenn er von den Herrenhaussitzungen heimkehrte, viele interessante Mitteilungen über ihn freimütig zum besten. Als unverwüstlicher Jäger und sicherer Schütze fand er in seiner Einsamkeit hauptsächlich in der Jagd Zerstreungu. Nachdem auch die jüngste der drei Töchter verheiratet war, lebte er mit dem ehemaligen Hauslehrer seiner Söhne, dem allbekannten und beliebten Rakowsky, der auf den testamentarischen Wunsch der verstorbenen Gräfin in Rautenburg sein Leben beschließen sollte und etwa 20 Jahre lang die Seele der Verwaltung war, in wunderbar harmonischer Eintracht. Rakowsky, etwa 10 Jahre jünger als der Graf, starb vor diesem und so waren die letzten zwei Jahre für den alten Herrn sehr trostlose.

Graf Otto von Keyserling starb am 19. Mai 1885, nachdem er etwa 9 Jahre vorher seinen ältesten Sohn, den früheren (—1874) Botschafter in Konstantinopel begraben hatte. Nachfolger im Fideikommiß ist sein zweiter Sohn, Graf Hugo von Keyserling, welcher nicht auf seinem Familiengute wohnt.

In der Nachwahl für Graf Keyserling Anfangs November 1848 wurde der Vorsitzende des „Demokratisch-Constitutionellen Klubs", Gymnasiallehrer **Dr. Gerlach** zum Abgeordneten für die deutsche Nationalversammlung gewählt, der sich dem linken Centrum anschloß.

Jul. Gerlach

wurde am 5. Juli 1819 zu Bartenstein geboren, besuchte das Altstädtische Gymnasium zu Königsberg, studierte daselbst

seit 1837 Theologie und Philologie, unterrichtete zuerst an einer Mädchenschule in Königsberg und kam am 1. Mai 1844 an das Gymnasium zu Tilsit, an welchem er am 22. November 1845 als 7. ordentlicher Lehrer angestellt wurde.

Am 15. April 1848 waren in Tilsit zahlreiche Kaufleute und Beamte und einzelne Gewerbetreibende und Gutsbesitzer zu einem konstitutionellen Klub zusammengetreten. Zu den 15 Männern, welche für die ersten 3 Monate den Klub leiten sollten, gehörte auch Dr. Gerlach, welcher einer der beliebtesten Redner in den zu Jacobsruhe unter freiem Himmel abgehaltenen Volksversammlungen war und bald unbestritten die Führerschaft der entschieden liberalen Bürgerschaft ausübte. Unter seinem Einflusse nahm der Klub Anfang September den Namen eines „demokratisch-konstitutionellen“ an; sein Vorsitzender wurde Gerlach.

Durch die Verordnung der Preußischen Regierung vom 14. Mai 1849 wurde das Mandat der preußischen Abgeordneten zum deutschen Parlament für erloschen erklärt und die Abgeordneten aufgefordert, sich an den Verhandlungen nicht mehr zu beteiligen. Gerlach war anfangs entschlossen, trotzdem der dem Volke gegenüber übernommenen Pflicht treu zu bleiben und kündigte diesen seinen Entschluß auch seinen Wählern durch ein Inserat im „Wochenblatte“ an. Als aber die National-Versammlung in ihrer Sitzung am 30. Mai beschlossen hatte, ihren Sitz von Frankfurt nach Stuttgart zu verlegen, legte Gerlach sein Mandat nieder. Die gegen ihn eingeleitete Disziplinar-Untersuchung verlief im Sande.

Am 2. April 1854 vertauschte Gerlach sein Schulamt mit dem des Predigers an der deutschen Kirche zu Tilsit, behielt jedoch den Religionsunterricht in den beiden oberen Klassen noch einige Zeit bei. Als Städtischer Schulinspektor hat er sich nicht geringe Verdienste um das städtische Schulwesen erworben. Obwohl die vollzogene politische Schwenkung, welche seine Bestätigung für das geistliche Amt erst möglich gemacht hatte, ihm von vielen verdacht wurde, so erwarb

Gerlach sich doch durch sein aufopferndes Wirken, seinen unermüdlichen Eifer und seine reine Menschenliebe allgemeinste Verehrung. Er starb am 1. Juli 1873 im fast vollendeten 54. Lebensjahre. Seine Freunde und Verehrer setzten ihm ein künstlerisch schönes Grabdenkmal im gotischen Stile, das eine Zierde des neuen Kapellenkirchhofs ist.*)

Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhause.

I. Legislaturperiode vom 26. Februar bis 27. April 1849.

Die Verfassung wurde am 5. Dezember 1848 octroyiert; gleichzeitig erfolgte die Anordnung der Wahlen und die Einberufung der Kammer.

Die Urwahlen am 22. Januar 1849 fielen in Tilsit und in dem damals mit Tilsit zusammengelegten Kreise Ragnit überwiegend freisinnig aus. Der Kreis Niederung, welcher bei den Wahlen des Jahres 1848 mit Tilsit zu einem Wahlkreise verbunden gewesen war, war mit Kreis Heydekrug vereinigt. Die Liberalen stellten als Kandidaten den bisherigen Abgeordneten für Tilsit, Rittmeister Kuhr, und den bisherigen Abgeordneten für Ragnit, Staatsanwalt in Berlin, seit Juli 1848 Oberlandesgerichts-Vizepräsident in Münster, Dr. jur. Temme auf. Um das Mandat bewarb sich außerdem der Land- und Stadtgerichtsdirektor Reuter in Königsberg, nachdem er von den Niederungern, um deren Stimmen er sich ebenfalls bewarb, eine entschiedene Zurückweisung erfahren hatte. Bei seiner Bewerbung unterstützte ihn sehr eifrig der Führer des am 27. September 1848 begründeten „Vereins für das verfassungsmäßige Königtum", Justizrat Ernst Behr. Dank den gegen den Abgeordneten Kuhr ausgestreuten Verleumdungen geschah das Unerwartete, daß am 5. Februar 1849 von einer überwiegend freisinnigen Wahlmännerschaft neben dem bewährten Volksmann Temme, der mit 175 Stimmen über Reuter (170 Stimmen) siegte, im

*) Vergl. A. T's. V. II S. 241 ff., wo sich noch einige ausführlichere Mitteilungen finden.

zweiten Wahlgange der Kandidat der Regierungspartei, Reuter, mit 185 Stimmen gegen Kuhr, der nur 155 Stimmen erhielt, gewählt wurde. Dieser Ausfall der Wahl erregte den Unwillen eines großen Teils der Tilsiter Bevölkerung, die sich zu Demonstrationen gegen den neugewählten Abgeordneten hinreißen ließ. (Vergl. A. T.'s V. III., S. 67 f.)

Da auch von diesen beiden Männern in dem zweiten Bande von A. T.'s V. ausführliche Lebensbilder vorliegen, so begnügen wir uns hier mit einigen wenigen biographischen Notizen.

Die zweite Kammer wurde bereits am 27. April 1849 aufgelöst.

Jodocus Donatus Hubertus Temme

wurde am 22. Oktober 1798 als Sohn des Justitiarius des Klosters Klarholz in der Grafschaft Rheda im benachbarten Dorfe Lette geboren. Noch nicht 16 Jahre alt bezog er Michaelis 1814 die Universität Münster, wo er bis Michaelis 1816 die Rechtswissenschaft studierte. Er vollendete seine Studien in Göttingen und wurde Oktober 1817 zum Oberlandesgerichts-Auskultator ernannt, nachdem er in Paderborn das Examen abgelegt hatte. Ostern 1822 bezog Temme, der damals Assessor bei dem Land- und Stadtgericht zu Limburg an der Lenne war, abermals die Universität als Begleiter des Prinzen Franz von Bentheim und zwar zunächst Heidelberg, dann Bonn und Marburg. Nachdem er an verschiedenen Orten seiner Heimat Westfalen, zuletzt als Assessor bei dem Hofgericht in Arnsberg thätig gewesen war, wurde er 1833 als Kreisjustizrat nach Ragnit versetzt. Der ihm unterstellte Gerichtsbezirk umfaßte 4 landrätliche Kreise und erstreckte sich 18 Meilen an der russischen und noch 5 bis 6 Meilen an der polnischen Grenze entlang. Nachdem er diese schwierige und verantwortliche Stellung 3 Jahre unter vollster Anerkennung seiner vorgesetzten Behörde bekleidet hatte, wurde er Ostern 1836 zum Direktor des Inquisitoriats der Altmark in Stendal ernannt, 1838 an das Hofgericht zu

Greifswald und Oktober 1839 als zweiter Direktor des neu errichteten Kriminalgerichts nach Berlin versetzt. Durch seine freimütige Kritik des vom König Friedrich Wilhelm IV. gewünschten neuen Ehegesetzes, welches jedoch dem allgemeinen Unwillen gegenüber zurückgezogen werden mußte, hatte er sich die Allerhöchste Ungnade zugezogen. Der König zerriß das bereits für Temme ausgefertigte Patent als Erster Direktor des Berliner Kriminalgerichts und verweigerte ihm auch die erbetene Genehmigung zur Niederlassung als Rechtsanwalt in Berlin. Temme wurde vielmehr als Direktor des Land- und Stadtgerichts nach Tilsit versetzt. (4. Mai 1844). Hier wirkte er volle 4 Jahre und erfreute sich der allgemeinsten Liebe und Hochachtung.

Im April 1848 wurde der ausgezeichnete Jurist auf Veranlassung des liberalen Justizministers Dr. Bornemann (29. März bis 25. Juni 1848) zum Staatsanwalt bei dem Kriminalgericht in Berlin ernannt. Am 11. Mai verließ er Tilsit. Ein ihm angebotenes Mandat zur Preußischen Nationalversammlung für Tilsit lehnte er ab, um nicht den Schein auf sich zu lenken, als hätte er seine Stellung als Direktor des Gerichts zur Erlangung des Mandats benutzt, nahm aber die Wahl für Ragnit (=Pillkallen) an. Das ihm von seinem Heimatskreise Wiedenbrück übertragene Mandat für das Frankfurter Parlament lehnte er ab. Das auf das liberale Ministerium Camphausen folgende Ministerium (Rud. v.) Auerswald=Hansemann (25. Juni bis 21. September 1848) hatte den Auftrag, Temme aus Berlin zu entfernen. Nachdem der Justizminister Märker in der Verfassungs=Kommission der National-Versammlung den Beschluß durchgesetzt hatte, daß Staatsanwälte gleich andern nichtrichterlichen Beamten versetzbar seien, versetzte er Temme als Oberlandesgerichts=Vizepräsidenten nach Münster, wodurch Temme seines Mandats verlustig ging. Um seine Wiederwahl in Ragnit zu hintertreiben, stellte man den Direktor im Kriegsministerium für das Remontedepotwesen, der als solcher im Kreise Ragnit einen großen Einfluß hatte und

den ganzen Kreis bereisen mußte, gegen Temme auf. Temme antwortete auf die Frage, ob er eine Wiederwahl annehme, mit „Ja" und wurde gewählt.

Nach dem Staatsstreich (am 9. November 1848) und der Oktroyierung der Verfassung (5. Dezember) ging Temme am 12. Dezember auf seinen Posten nach Münster zurück und wurde am 27. Dezember wegen seiner parlamentarischen Thätigkeit als der einzige von 225 Abgeordneten, die an dem sogenannten Steuerverweigerungsbeschlusse teilgenommen hatten, verhaftet und von seinem Amte suspendiert.

Am 8. Januar 1849 wählte ihn der Kreis Neuß in das Frankfurter Parlament; erst auf wiederholte Reklamationen von Frankfurt wurde er Ende Januar aus seiner Haft entlassen.

Am 5. Februar 1849 wurde Temme von dem (neugebildeten) Wahlkreise Tilsit-Ragnit zum Abgeordneten gewählt und nahm an den Sitzungen bis zur Auflösung der Kammer am 27. April 1849 teil. Darauf begab er sich nach Frankfurt zurück. Das Parlament, dessen preußische Abgeordnete am 14. Mai 1849 durch die Regierung zurückgerufen worden waren, beschloß am 30. Mai die Übersiedelung nach Stuttgart. Das „Rumpfparlament" wurde dort am 18. Juni durch Waffengewalt auseinandergesprengt. Temme ging, obwohl die Zeitungen die Nachricht brachten, daß er sofort nach seiner Rückkehr nach Preußen zur Kriminaluntersuchung gezogen werden solle, nach Berlin und bat eine Stunde nach seiner Ankunft den Justizminister Simons, ihn sofort in Berlin zu verhaften. Der Minister lehnte dies ab. Am Tage seiner Ankunft in Münster (4. Juli) wurde er verhaftet; die Gefängniszelle — im Zuchthause! — nahm ihn für neun Monate auf. Temme war von allen Mitgliedern des Stuttgarter Rumpfparlaments der erste, der zur gerichtlichen Untersuchung gezogen wurde. Am 11. Oktober 1849 erhielt er die Nachricht, daß die Ratskammer des Berliner Stadtgerichts dem Antrage, „ihn wegen seiner Beteiligung bei Fassung und Ausführung des Steuer-

verweigerungsbeschlusses der aufgelösten Nationalversammlung vom 13. November 1848 in Anklagezustand zu versetzen", nicht beigetreten sei. Die Amtssuspension wurde aufgehoben, die Aufhebung selbst aber Temme von dem Appellationsgericht zu Münster erst am 28. Dezember 1849 mitgeteilt.

Auf Grund eines neuen, sechs Tage nach Temme's zweiter Verhaftung, am 10. Juli — wie man annahm, für den Fall seiner Freisprechung — erlassenen Disziplinargesetzes wurde Temme sofort wieder vom Amte suspendiert, nachdem die Aufhebung der Suspension ihm mitgeteilt war, und er selbst auf halbes Gehalt gesetzt, obwohl die neue Untersuchung damals noch nicht eingeleitet war und auf Grund einer Voruntersuchung nach der Verfassung eine Amtssuspension nicht ausgesprochen werden durfte.

Am 22. Oktober 1849 wurde Temme auf Antrag des Stadtverordneten Lebegott von der Stadtverordneten-Versammlung zu Tilsit zum Ehrenbürger ernannt. Der Beschluß wurde erst im April 1850 durch die Zustimmung des Magistrats, der sich ungern zu dieser Demonstration entschloß, verwirklicht und zwar unter Fortlassung der politischen Motive des Antragstellers Lebegott, welche sich die Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich zu eigen gemacht hatte.*)

Die Untersuchung, welche in wenigen Tagen hätte abgeschlossen werden können, da die Thatsache, um die es sich handelte, Temme's Teilnahme an dem Stuttgarter Parlament durch die amtlichen stenographischen Berichte offen vor aller Augen lag, zog sich über neun Monate hin. Die ganze Provinz Westfalen geriet in Bewegung: man forderte in Eingaben, bedeckt mit zahlreichen Unterschriften, an denen sich Männer von jeder politischen Farbe beteiligten, die endliche Abschließung des Prozesses. Der Wahlkreis Koesfeld hatte Temme schon am 18. November 1849 in die Erste

*) Der Wortlaut des Ehrenbürgerbriefes ist abgedruckt in A. T.'s V. II S. 260. Die Akten über die Erteilung des Ehrenbürgerrechts sind zwischen 1851 und 1859 (wie im Dezember 1862 entdeckt wurde), aus dem betreffenden Fascikel verschwunden. Näheres s. ebendaselbst.

Kammer*) gewählt; diese Körperschaft hielt es nicht für gut, seine Freilassung zu fordern.

Am 6. April 1850 wurde Temme in Münster unter der Anklage des Hochverrats vor die Geschworenen gestellt und um 1/212 Uhr nachts durch das Verdikt derselben freigesprochen.

Unter dem gewaltigen Eindrucke dieser Freisprechung, welche in ganz Deutschland mit der größten Freude und Genugthuung aufgenommen wurde, ließ der Magistrat zu Tilsit seine Bedenken gegen die Erteilung des Bürgerbriefes nach halbjährigem Zögern fallen.

Am 17. Februar 1851 wurde Temme durch Beschluß des Obertribunals auf Grund des vom Ministerium octroyierten, von der zweiten Kammer verworfenen Disziplinargesetzes vom 10. Juli 1849 wegen einer Handlung, die mehrere Monate vor dem Erlaß desselben geschehen war, seines Amtes ohne Pension entsetzt.

Temme wurde Anfang April 1851 Chefredakteur der „Neuen Oderzeitung" in Breslau, ging aber am 1. Oktober 1852 nach Zürich, wo er eine Professur in der staatswissenschaftlichen Fakultät erhielt. Hier entfaltete er außer seiner Wirksamkeit als Universitätslehrer eine sehr fruchtbare literarische Thätigkeit.

Im Oktober 1863 wählte der IV. Berliner Wahlbezirk Temme zum Abgeordneten. Er schloß sich der deutschen Fortschrittspartei an, ohne sich jedoch mit ihr, wie sich bald zeigte, in innerer Übereinstimmung zu befinden. Schon am 19. Januar 1864 legte er sein Mandat nieder.

Am 14. November 1881 starb Temme, 85 Jahre alt, zu Zürich. Sein Name ist auf deutschem Boden überall da gekannt und geehrt, wo das Herz des Volkes für die Freiheit schlägt, und er wird sobald nicht verhallen. Für diejenigen, die in seiner Nähe gelebt, die nicht nur den Patrioten, den Gelehrten, den Schriftsteller, die den Menschen in ihm

*) An ihre Stelle trat durch die Verfassung vom 31. Januar 1850 das Herrenhaus.

kennen gelernt, wird er stets als ein Vorbild unvergleichlicher Manneshoheit, gepaart mit Milde, Anspruchslosigkeit und dem ritterlichsten Edelsinn in der Erinnerung fortleben.*)

Friedrich Ehregott Reuter

war seit 1827 Direktor des Stadtgerichts zu Tilsit und wurde 1839 an die Spitze des vereinigten Land- und Stadtgerichts gestellt. Im März 1844 wurde dieser allbeliebte und sehr tüchtige Beamte als Stadtgerichts-Direktor (später Präsident) nach Königsberg berufen. (Sein Nachfolger in Tilsit wurde Temme.) Die Stadt verlieh ihm bei seinem Scheiden (7. April) das Ehrenbürgerrecht. Während Reuter sich in Tilsit als Volksfreund gezeigt hatte, ging er in Königsberg ganz auf die Seite der Regierung und übernahm sogar Anfang 1845 das verhaßte Amt eines Censors, das alle andern Beamten, denen es angetragen wurde, abgelehnt hatten. Er wies seine Befähigung zu diesem Amte sofort dadurch nach, daß er „als Probearbeit, als Meisterstück neben einer Lobrede auf die Censur auch eine Vertheidigung des Gesetzes vom 29. März 1844", betreffend „das gerichtliche und Disziplinar-Strafverfahren gegen Beamte" schrieb.**) Nach den März-ereignissen des Jahres 1848 war er wieder eine Zeit lang liberal, um dann beim Beginn und Fortgang der Reaktion in dem berüchtigten, von dem Oberst (seit April 1851 General) v. Plehwe gegründeten „Preußenvereine" eine hervorragende Stellung einzunehmen.

---

*) Ausführlichere Mitteilungen in A. T.'s V. II S. 259 bis 275.

**) Vergl. den Brief des Oberpräsidenten Schoen an Heinrich Simon vom 15. Februar 1845, in dem es weiter heißt: „Sie werden hieraus ersehen, daß hier auch einzelne Leute sind, welche ohne Salz mit Wasser kochen, und wenn man bedenkt, daß in unserm Gesamt-Staate noch viele solche Kochanstalten zu finden sind, dann giebt dies den Schlüssel dazu, daß der Himmel will, daß nur nach und nach Licht werde. Nur in Zeiten, wie sie 1806—1808 waren, erlaubt der Himmel Riesenschritte. Dabei muß dennoch Jeder, in welchem es tagt, Gott und den König im Herzen, suchen Licht zu fördern." — Einen damals viel besprochenen, höchst ergötzlichen Censurstreit, den Joh. Jacoby mit Reuter hatte, erzählt Ferd. Falkson in seinen Memoirenblättern „Die liberale Bewegung in Königsberg 1840—1848" (Breslau, S. Schottländer) S. 67 f.

Obwohl seine politische Gesinnung von der Mehrzahl der Wähler nicht geteilt wurde und seine Bewerbung um ein Mandat zum Abgeordnetenhause im Kreise Niederung die denkbar schroffste Zurückweisung erfuhr, gelang es ihm doch im Kreise Tilsit, wo er sich früher mit Recht großer Beliebtheit erfreut hatte, und wo jetzt die Unterbeamten des Gerichts an mehreren Orten durch Vertheilung seiner Proklamation an die Wähler für seine Wahl thätig waren, neben Temme am 5. Februar 1849 gewählt zu werden. Er nahm im Abgeordnetenhause seinen Platz im rechten Centrum ein. Das Haus wurde schon am 27. April 1849 aufgelöst. Bei den Neuwahlen im Juli 1849 enthielten sich die entschieden Liberalen, da sie das oktroyierte Dreiklassenwahlgesetz vom 30. Mai als nicht zu Recht bestehend ansahen, der Wahl, so daß Reuter ohne besonderen Wahlkampf wieder zum Abgeordneten gewählt wurde. Als solcher vertrat er den Wahlkreis vom 7. August 1849 bis zum 19. Mai 1852.

Der Präsident Reuter begründete später, um für die Zukunft seiner zahlreichen Familie zu sorgen, ein großes gewerbliches Unternehmen in Königsberg, eine Stearinkerzen- und Seifenfabrik auf dem Oberhaberberg. Das Unternehmen schien anfangs sehr glänzend zu sein, brach aber nach R.'s plötzlichem Tode am Anfang der 60er Jahre zusammen.

Die Wahlen zur Ersten Kammer 1849.

Die am 5. Dezember 1848 oktroyierte Verfassung führte eine Erste Kammer von 180 Abgeordneten ein, welche von den Wählern, die ein Jahreseinkommen von 500 Thalern oder ein Grundstück im Werte von 5000 Thalern hatten oder mindestens 8 Thaler jährliche Klassensteuer zahlten, gewählt wurden. Die Abgeordneten mußten reiche Leute — denn sie erhielten keine Diäten — und 40 Jahre alt sein. Nach Artikel 79 der Verfassung konnten schon 91 Mitglieder dieser Kammer gültige Beschlüsse fassen, d. h. 46 dieser

reichen Leute waren imstande, die Beschlüsse der Zweiten Kammer umzustoßen.

Die Urwahlen zur Ersten Kammer fanden acht Tage später als die Urwahlen zur Zweiten Kammer statt, am 29. Januar. Tilsit Stadt und Land wählte zusammen mit den Kreisen Niederung, Ragnit und Heydekrug einen Abgeordneten. Die Stadt wählte nur zwei Wahlmänner (Bürgermeister v. Goellnitz und Sanitätsrat Dr. Klokow, beide liberal), der Landkreis einen (Dreßler-Schreitlaugken, Vertreter der Aristokratie und des Großgrundbesitzes); die andern Kreise je zwei. Gewählt wurde am 12. Februar 1849 der Vize-Präsident des Oberlandes-Gerichts zu Ratibor, v. Kirchmann, und der Kommerzienrat Lutterkorth zu Tilsit.

Julius v. Kirchmann,

geboren am 5. November 1802 zu Schafstädt bei Merseburg, war seit 1846 erster Staatsanwalt beim Kriminalgericht, seit 1848 beim Kammergericht in Berlin und wurde zum Abgeordneten für Berlin zur konstituierenden Versammlung gewählt. Er gehörte dem linken Centrum an, war Vizepräsident der Nationalversammlung und ein hervorragendes Mitglied derselben. Wider seinen Willen als Vizepräsident des Appellationsgerichts nach Ratibor versetzt, verlor er infolge dieser Beförderung sein Mandat (am 20. Juli), trat aber im September, von einem andern Wahlkreise gewählt, wieder in die Nationalversammlung ein und fungierte bei dem Antrag auf Steuerverweigerung als Berichterstatter. Wegen Ablehnung der Anklage gegen den Abgeordneten zum Frankfurter Parlament, Graf Reichenbach, wurde er 1850 einem Disziplinarverfahren unterworfen; von 1856 bis 1863 beurlaubt, blieb er bis 1867 in seiner Stellung zu Ratibor. Ein Vortrag im Berliner Arbeiter-Verein über die Notwendigkeit der Bevölkerungseinschränkung gab, als gegen die sittlichen Prinzipien verstoßend, die Veranlassung zu seiner disziplinarischen Amtsentsetzung ohne Pension. Kirchmann

lebte seitdem in Berlin, teils philosophischen Studien, teils politischer Thätigkeit als Abgeordneter zum preußischen Landtag (1861 bis 1870 und 1873 bis 1876 Vertreter der Stadt Breslau) und deutschen Reichstag (Mitglied des norddeutschen Reichstages und des deutschen Reichstages 1871 bis 1877 für Breslau) sich widmend. Er gehörte der Fortschrittspartei an. Er starb am 20. Oktober 1884.

v. Kirchmann war ein bedeutender juristischer und philosophischer Schriftsteller, Herausgeber der Philosophischen Bibliothek, darin eine von ihm besorgte Ausgabe der Werke Kants mit Erläuterungen.

Die Angabe in Meyers Konversationslexikon (4. Auflage 1890), daß er nach seiner Versetzung nach Ratibor, welche den Verlust des Mandats nach sich zog, als Abgeordneter für Tilsit im Juli 1848 wieder in die Nationalversammlung eingetreten sei, ist, wie aus den obigen Mitteilungen über die Vertreter Tilsit's 1848 hervorgeht, irrtümlich.

C. A. Lutterkorth.

Carl August Lutterkorth, geboren 1801 zu Tilsit als der Sohn eines angesehenen und wohlhabenden Kaufmanns, gehört neben Joh. Wächter zu den Männern, denen Tilsit seinen Aufschwung in Handel und Industrie vor allem verdankt. Er wurde früh Mitglied des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft und vertrat die Korporation lange Zeit als Obervorsteher. Von seinem Vater hatte er einen Anteil des im Jahre 1805 von einer Sozietät von 6 Männern erworbenen Schlosses geerbt und brachte in den Jahren 1836—38 auch die übrigen Anteile käuflich an sich. Ein Teil des Schlosses wurde von dem Gericht benutzt (1838—68); auf der westlichen Bastion errichtete Lutterkorth 1842 eine Dampf Öl- und Mahlmühle; in dem östlichen Teile des umfangreichen Grundstücks wurde 1843 die Papier-Fabrik errichtet und in Betrieb gesetzt, welche nach vielfachen Erweiterungen in den Besitz einer Aktien-Gesellschaft überging

und 1876 durch Feuer zerstört wurde. Ausführliche Mitteilungen über dieses für Tilsit hochbedeutsame Unternehmen finden sich in A. T.'s V. IV, S. 220 ff.

In Anerkennung der hervorragenden Verdienste, die sich Lutterkorth um die Hebung des Handels und Gewerbes erworben hatte, wurde er zum Königl. Kommerzienrat ernannt. Er bekleidete mit hingebender Treue und Opferbereitschaft verschiedene städtische Ehrenämter; er war viele Jahre lang Gemeindevertreter und Magistratsmitglied. Als Mitglied der Ersten Kammer gehörte er zu der „kleinen kühnen Schaar der 23", welche mitten unter den eingefleischtesten Anhängern der alten Bureaukratie und des starren Absolutismus für die Rechte und Freiheiten des Volkes in die Schranken traten. Als er nach Beendigung der ersten Legislaturperiode am 12. Mai 1849 aus Berlin wieder hier eintraf, hatten sich in Baumgarten an der Königsberger Chaussee, etwa eine Meile von der Stadt, viele Einwohner zum ersten Willkommen versammelt; ein Zug von 40 Wagen folgte der eleganten Extrapost, welche den Gefeierten aufnahm. In Bendiglauken erwartete die berittene Schützengilde, in Kallkappen das Schützenbataillon zu Fuß den Festzug und geleitete denselben durch die Stadt bis zur Wohnung des Rückgekehrten. Abends brachte der „Verein zur Wahrung der Volksrechte" dem verehrten Manne ein Ständchen, welches mit „tausendstimmigem" Hoch auf „Lutterkorth, den unermüdeten Kämpfer für Volkes Recht, für Volkes Wohl" und „für das einige, starke, freie Deutschland" schloß. Im Laufe des Sommers legte Lutterkorth sein Mandat nieder.

Man rühmte an Lutterkorth neben seiner geschäftlichen Gewandtheit, seiner Pflichttreue, Biederkeit und Rechtschaffenheit seinen anspruchslosen, allem Prunk und Aufsehen fremden Sinn und sein menschenfreundliches Herz. Die Armut hatte in ihm einen stillen und unermüdlichen Wohlthäter. Er starb nach kurzem Krankenlager am 21. September 1853, nachts 1 Uhr, 52 Jahre alt.

Da v. Kirchmann gleichzeitig für Ratibor-Kosel in die zweite Kammer gewählt worden war, so nahm er, um die freisinnige Partei in dem Abgeordnetenhause zu stärken, diese Wahl an und lehnte für Tilsit ab. „Ohnedem würde ich es mir zur Ehre angerechnet haben, Kreise zu vertreten, die obgleich an der äußersten Grenze der Monarchie belegen, doch in ihrer freisinnigen politischen Gesinnung den besten des Landes nicht nachstehen", so schrieb er seinen Wählern. In Kirchmanns Stelle wählte man den Fürst von Solms, als dieser ablehnte, am 12. Juli den Regierungsrat v. Unruh,*) einen geborenen Tilsiter, nach wiederum erfolgter Ablehnung am 16. August den Bürgermeister v. Goellnitz. Nach achttägiger Bedenkzeit lehnte v. G. gleichfalls ab; im August legte Lutterkorth sein Mandat nieder. So waren denn wieder 2 Abgeordnete zu wählen. Am 20. September wählte man Dr. Kosch**) in Königs-

*) Victor v. Unruh, geboren am 28. März 1806 zu Tilsit als der Sohn eines Offiziers, studierte in Königsberg, bezog dann die Bauakademie in Berlin, wurde 1828 Straßenbauinspektor in Breslau, 1839 Regierungs- und Baurat in Gumbinnen, 1843 in Potsdam, 1844 beurlaubt, um die Leitung des Baues der Eisenbahn von Potsdam nach Magdeburg zu übernehmen; von 1846—51 baute er die Magdeburg-Wittenberger Bahn. Später baute er die Gasanstalt in Magdeburg, gründete die Deutsche Kontinental-Gasgesellschaft zu Dessau und stand 1857—74 an der Spitze der Fabrik für Eisenbahnbedarf in Berlin. Infolge seiner „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte" (1848) für Magdeburg in die preußische Nationalversammlung gewählt, schloß er sich erst dem linken, dann dem rechten Centrum an. Kurz vor der Auflösung der Versammlung im November wurde er zum Präsidenten gewählt; 1849 wurde er für Stadt Magdeburg Abgeordneter zur Zweiten Kammer, zog sich aber 1850 vom politischen Leben zurück. Bei Begründung des Nationalvereins 1859 wurde er in dessen Ausschuß und 1863 für Elbing-Marienburg (2. Session der VII. Legislaturperiode) in das Abgeordnetenhaus gewählt. Von 1863—66 vertrat er die Stadt Magdeburg als Mitglied der Fortschrittspartei, von 1866—71 als Mitglied der nationalliberalen Partei, legte aber am 20. August 1871 sein Mandat nieder. Er war Erster Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von 1863—66. Im Februar 1867 von Magdeburg in den Reichstag gewählt, zählte er zu den Führern der nationalliberalen Partei, doch legte er am 4. September 1879 sein Mandat nieder. Er starb am 4. Februar 1886 in Dessau. Zu erwähnen ist sein „Volkswirthschaftlicher Katechismus." Berlin 1876.

**) Dr. med. Raphael Jacob Kosch, Arzt zu Königsberg, geboren daselbst am 5. Oktober 1803, war Mitglied der Preußischen Nationalversammlung, und des Abgeordnetenhauses 1849 und 1862—72, stets für Königsberg und als Mitglied der Fortschrittspartei. Gestorben am 27. März 1872.

berg und Kommerzienrat Mason in Memel, da auch diese ablehnten, vier Wochen darauf Regierungsrat Merkel in Liegnitz und Kommerzienrat Abegg in Danzig, die gleichfalls ablehnten. Noch immer gaben die Wahlmänner ihr Wahlgeschäft nicht auf; sie wählten, um sich nicht ihres Rechtes zu begeben; sie wollten es nicht den 2 oder 3 Wahlmännern der ministeriellen Partei überlassen, zwei Deputirte zu wählen und dadurch die ohnehin starke Rechte in der Ersten Kammer noch mehr zu verstärken. Im Januar 1850 wurden ebenso erfolglos Prediger Dr. Rupp*) und Professor Lobeck**) in Königsberg gewählt. Am 26. Februar 1850 wurde die erste Session geschlossen. Das Mandat der Ersten Kammer war damit abgelaufen.

Inzwischen war durch das neue verfassungswidrige Wahlgesetz für die Wahlen zur Zweiten Kammer vom 30. Mai 1850 die demokratische Partei veranlaßt worden, sich der Wahl gänzlich zu enthalten. Dieser wohlbegründete, wenn auch in seinen Folgen verhängnisvolle Beschluß wirkte auch auf die Beteiligung an den Neuwahlen zur ersten Kammer am 15. März 1850. Von 227 stimmberechtigten Urwählern in Tilsit erschienen nur 72, welche die Ratsherren C. Albrecht und J. F. Bruder zu Wahlmännern wählten. Am 4. April wurden als Abgeordnete zur Ersten Kammer von den Wahlmännern der vier Kreise Kommerzienrat J. Wächter und Baron v. Sanden-Toussainen gewählt.

An die Stelle der durch Wahl gebildeten Ersten Kammer trat durch das Gesetz vom 7. Mai 1853, betreffend die

---

*) Dr. Jul. Rupp, geboren am 13. August 1809 zu Königsberg, seit 1832 im höheren Schulamte, und zwar 1835—42 als Oberlehrer am Altstädtischen Gymnasium zu Königsberg, seit März 1842 Divisions-Prediger der 1. Division und Prediger an der Schloßkirche. Begründer (6. Dezember 1845) der „freireligiösen Gemeinde“ zu Königsberg, deren Prediger er bis zu seinem Tode war (11. Juli 1884). Vermählt mit Mathilde Schiller, der Tochter eines Tilsiter Kaufmanns. Freisinniger Abgeordneter für Königsberg 1849 und 1862 und 63. Vergl. A. T.'s B. III, S. 107.

**) Christ. Aug. Lobeck, geboren 1781 zu Naumburg, gestorben am 25. August 1860 zu Königsberg, Professor zu Königsberg, Philologe von europäischem Rufe und freisinniger Mann.

Bildung der Ersten Kammer, das Herrenhaus, dessen Mitglieder vom Könige berufen werden.

Joh. Wächter.

Da der 2. Band von Aus Tilsit's Vergangenheit auf Seite 104—112 ein sehr ausführliches Lebensbild dieses hochbedeutenden Mannes, welcher „die Krämer von Tilsit zu Kaufleuten gemacht hat", enthält und von seinen industriellen Schöpfungen in ebenfalls erschöpfender Weise im 4. Bande desselben Werkes Seite 228—236 gehandelt ist, so genügt es hier, einige kurze biographische Notizen wiederholend zusammenzustellen.

Johann Wächter wurde am 24. August 1786 zu Königsberg geboren und trat 1801 daselbst in die Hagen'sche Hofapotheke ein. Als „Apotheker erster Klasse" trat er 1806 in die Apotheke von Klabund in Tilsit ein, bald darauf in die des Apothekers C. Fr. Jabs, nach dessen Tode er durch Verheiratung mit der Wittwe desselben Inhaber des Geschäfts wurde, das er durch seine geschäftliche Tüchtigkeit zu einer außerordentlichen Blüte brachte. Mit dem Jahre 1821 fügte er seinem großartigen Kolonialwaarengeschäfte, das fast alle Kaufleute des östlichen Teils der Provinz mit Waren versorgte, das erste industrielle Unternehmen, eine Zuckerfabrik, hinzu, dem bald andere von gleicher Bedeutung folgten.

Wächter war der Vertreter Tilsits auf allen Provinzial-Landtagen seit dem Jahre 1831 und that sich als Deputierter auf dem Vereinigten Landtage zu Berlin im Jahre 1847 und 1848 hervor, so z. B. durch sein mannhaftes Eintreten für die Judenemancipation und für die Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen. Die Bürgerschaft erkannte das Verdienst des Mannes durch eine Adresse an, welche Apotheker Bernhardi im Namen von 168 Mitunterzeichneten ihm 1847 an seinem Geburtstage überbrachte. Sie begann also: „Wer für des Lebens höchste Güter, Licht und bürgerliche Freiheit mit männlichem Mute kämpft, die Gleichstellung

der Menschenrechte als heiliges Naturgesetz achtet und verteidigt, den begrüßen wir als Deutschlands echten Sohn!"

Über seine parlamentarische Thätigkeit in der Ersten Kammer seit 1850 heißt es in einem Artikel des Wochenblatts: „sein zur rechten Zeit und an rechter Stelle eingelegtes Wort hat stets mehr Erfolg gehabt und mehr Nutzen gewährt, als bogenlange Petitionen."

Wächter betrieb die Bildung der Korporation der Kaufmannschaft und erwirkte dafür die Sanktion des Königs (1823). Viele Jahre hindurch war er Vorsitzender des Ältesten-Kollegiums der Kaufmannschaft; sein Verdienst ist die Errichtung des Packhofs (1835), der Königl. Bank, der Städtischen Realschule (1839), das Zustandekommen der Chaussee Tilsit-Ragnit und die Weiterführung derselben nach Pillkallen und Schirwindt. Bis in die letzten Jahre seines Lebens beschäftigte ihn der Gedanke, Tilsit eine Gasbeleuchtung zu schaffen. Er war lange Zeit Vorsteher der Stadtverordneten und ein sehr thätiges Mitglied im Gewerbeverein. Im Jahre 1834 wurde Wächter zum Königlichen Kommerzienrat ernannt; den Roten Adlerorden überreichte ihm König Friedrich Wilhelm IV. bei seiner Anwesenheit in Tilsit 1842 persönlich.

Von einem Lungenschlage getroffen schied Joh. Wächter am 6. Oktober 1855 aus seinem unermüdlich thätigen und segensreichen Leben.

Wilhelm Freiherr v. Sanden-Toussainen wurde am 16. Februar 1794 geboren. Nachdem er das Gymnasium zu Gumbinnen absolviert hatte, trat er in das Ostpreußische National-Kavallerie-Regiment als Freiwilliger ein, dann als erster Adjutant in das neugegründete Garde-Husaren-Regiment. Er avancierte in demselben bis zum Major. Im Jahre 1840 in den Freiherrnstand erhoben, wurde er 1850 zum Abgeordneten für die Erste Kammer für Tilsit-Niederung-Ragnit und Heydekrug gewählt und später in das an die Stelle derselben getretene Herrenhaus

berufen. Er war Ehrensenior des Eisernen Kreuzes erster Klasse und Ritter des Johanniter-Ordens. Als besonders thätiges Mitglied des Landwirtschaftlichen Vereins machte er sich um die Landwirtschaft der Provinz durch Einführung von Rindvieh- und Pferde-Vollblut verdient. Er starb am 17. Oktober 1865.

Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause.

II. Legislaturperiode

vom 7. August 1849 bis 19. Mai 1852.

Die zweite Kammer war am 27. April 1849 aufgelöst worden. Am 30. Mai wurde das nach der Verfassung vom 5. Dezember 1848 bestehende Wahlgesetz aufgehoben: statt des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts wurde das Dreiklassenwahlgesetz mit öffentlicher Abstimmung angeordnet. Der Urwahltermin wurde auf den 17. Juli 1849 angesetzt; die Wahl der Abgeordneten erfolgte am 27. Juli 1849.

Die Gründe, welche die demokratische Partei bewogen, sich der Wahl nach diesem aufgezwungenen, der Verfassung widersprechenden Wahlgesetz ganz zu enthalten, sind in A. T.'s V. III, S. 91 ff. auseinandergesetzt. In Tilsit erschien trotz aller Bemühungen der Behörden noch nicht ein Fünftel der wahlberechtigten Urwähler zur Wahl. Ebenso war es auf dem Lande. So wurden zu Abgeordneten für Tilsit-Ragnit gewählt der bisherige Abgeordnete Reuter und der Landrath des Kreises Ragnit, Oskar v. Sanden, welcher der Linken beitrat, deren Führer v. Auerswald und Beckerath waren. Am 28. Dezember 1851 legte er sein Mandat nieder. In seine Stelle wurde am 26. Februar 1852 der Landrat des Kreises Tilsit, Schlenther, mit 149 Stimmen, darunter sämtlichen des Kreises Tilsit, gewählt.

Oskar Bernhard v. Sanden

wurde in Toussainen bei Ragnit am 3. August 1811 als vierter Sohn des Rittergutsbesitzers Bernhard v. Sanden

geboren. Früh verwaist kam der 7 Jahre alte Knabe in die Erziehungsanstalt des Herrn Hassenstein nach Blandau, wo er in körperlicher und geistiger Schulung glückliche Jahre verlebte. Er besuchte dann das Gymnasium zu Tilsit, bezog Michaelis 1832 die Universität Königsberg und arbeitete dann als Oberlandesgerichts-Referendarius in Königsberg und Köslin. Im Jahre 1842 einstimmig zum Landrat des Kreises Ragnit gewählt verwaltete er dieses Amt 32 Jahre mit großer Liebe und Aufopferung seiner besten Kräfte. Er wurde 1849 mit Reuter zum Abgeordneten des Wahlkreises Tilsit-Ragnit gewählt, legte aber das Mandat im Dezember 1851 nieder. Im Jahre 1859 wurde ihm neben seinem Landratsposten die Verwaltung des Grenzkommissariats übertragen, das ihm zu vielen Reisen von Polangen bis Schmalleningken und auch nach Rußland hinein zur Wahrnehmung der Rechte preußischer Unterthanen bis an sein Lebensende Veranlassung gab. Noch einmal wurde er 1867 (—1870) zum Abgeordneten für Ragnit-Pillkallen gewählt, er schloß sich der konservativen Partei an. Während des traurigen Notstandes in unserer Provinz 1867/68 konnte er als Abgeordneter seinem schwer heimgesuchten Kreise durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit nützlich werden. Damals wurde der Anfang zu dem Chausseenetz gemacht, das während seiner Amtsdauer im Kreise Ragnit entstand. Seiner aufopfernden Thätigkeit und Pflichttreue setzte der Tod im Jahre 1874 ein Ende. Sein Andenken lebt im Kreise Ragnit in dankbarem Gedächtnis.

Joh. Eduard Heinrich Schlenther

wurde geboren am 30. Mai 1794 als zweiter Sohn des Apothekers Dr. Schlenther zu Insterburg. Er bezog 1811 die Universität Königsberg als Student der Rechte, machte als Offizier und Adjutant im Ostpreußischen Landwehr-Regiment die Feldzüge von 1813, 14 und 15 mit und schied zum Hauptmann befördert 1822 aus dem Militärstande, um zunächst zwei Güter seines Schwiegervaters als Pächter zu

bewirtschaften. Im Jahre 1828 kaufte er das ehemalige Domänenamt Baubeln. Nach dem Tode des Landrat Dreßler-Schreitlaugken (1830) verwaltete er als Kreisdeputierter das Landratsamt, das ihm 1832 übertragen wurde. Bald darauf berief ihn das Vertrauen der hohen Behörden zu dem damals sehr wichtigen und einflußreichen Amte eines Grenzkommissarius: beide Ämter verwaltete er mit unermüdlicher Hingebung zwanzig volle Jahre. Seine liberale Gesinnung, aus welcher er gegenüber der sich immer noch steigernden Reaktion kein Hehl machte, wurde von der Regierung sehr übel vermerkt und führte am 1. April 1852 zu der Verabschiedung des noch sehr thatkräftigen Mannes, um welche er am 24. September 1851 eingekommen war. Als Abgeordneter schloß sich Schlenther der Linken an, der er auch nach erfolgter Wiederwahl in den Jahren 1852—55 angehörte: er zeigte sich hier als einen wackern Verteidiger der zu Recht bestehenden Verfassung gegen die maßlosen Angriffe der Reaktion. — Der Beschluß der Stadtverordneten vom 17. Mai 1852, ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Tilsit zu verleihen, wurde von dem Magistrate, der durch die Maßregelungen des Regierungspräsidenten v. Byern eben (2. September 1851) seinen verdienten Bürgermeister v. Goellnitz verloren hatte und neue Konflikte mit der Regierung vermeiden wollte, abgelehnt.

Nach kurzem Krankenlager machte ein vernachlässigter Katarrh mit hinzutretender Lungenlähmung am 30. März 1858 seinem Leben ein unerwartetes Ende.

„Ihn schmückten hohe Tugenden: ein treuer Gatte, ein zärtlicher Vater, ein milder Vorgesetzter, ein menschenfreundlicher Beamter — als solchen zeigte er sich vor allem in den Notjahren —, ein wahrhaft frommer Mann, ein seinem Vaterlande und seinem Könige treu ergebener Diener, genoß er überall ungetrübte Achtung und Liebe.“

Die Wahl zum Erfurter Reichstage.

Am 26. Mai 1849 traten Preußen, Hannover und Sachsen zu dem sogenannten Dreikönigsbündnis zusammen. Dieser Vertrag stellte für Deutschland eine neue Bundesverfassung auf, in welcher die Grundzüge der Reichsverfassung unter Entfernung aller den Regierungen mißfälligen Bestimmungen beibehalten worden waren, der Volksvertretung ein von Preußen erfundenes plutokratisches Wahlrecht zugrunde gelegt wurde, und endlich die dem Könige von Preußen zugesprochene Bundesgewalt unter dem Titel einer Reichsvorstandschaft auftrat. Sämtliche deutsche Regierungen sollten eingeladen werden, dem Vertrage vom 26. Mai beizutreten; die Bevollmächtigten der so verbündeten Regierungen sollten als Verwaltungsrat unter dem Vorsitze Preußens für das endliche Zustandekommen der Verfassung Sorge tragen. Österreich, Bayern und Würtemberg waren entschiedene Gegner der Dreikönigsverfassung; die 29 deutschen Kleinstaaten traten nach und nach dem Dreikönigsbunde bei.

Auf den 20. März 1850 berief der Verwaltungsrat zu Berlin die Reichsversammlung in die Stadt Erfurt ein, nachdem er beschlossen hatte, daß das Bündnis vom 26. Mai 1849 den Namen „Deutsche Union" führen sollte.

Die Wahlen zum Unions-Parlament, auch Erfurter Volkshaus genannt, waren auf Grund eines dem neuen preußischen Wahlgesetze vom 30. Mai 1849 nachgebildeten Dreiklassenwahlgesetz auf den Januar 1850 ausgeschrieben. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit, welches in dem inzwischen mit Waffengewalt auseinander getriebenen Deutschen Parlamente seine allein rechtmäßige Vertretung sah, verhielt sich gegen die Zumutung, nach einem reaktionären Wahlmodus eine neue sogenannte Volksvertretung zu schaffen, durchaus ablehnend. Die freisinnige Partei enthielt sich überall grundsätzlich der Wahl. In Tilsit war die Zahl der stimmberechtigten Wähler von 2341 auf 1421 herabgesetzt. Von diesen wählten, obwohl

Polizeikommissäre von Haus zu Haus gingen, um zur Wahlbeteiligung aufzufordern, nur 297. Am 31. Januar 1850 wurde von den von dieser winzigen Minorität gewählten Wahlmännern, welche sämtlich der reaktionären und konstitutionellen Partei angehörten, der Pfarrer Jordan in Ragnit mit 120 Stimmen gewählt; von den übrigen fielen 9 auf den Landrat Schlick-Heinrichswalde, 2 auf den Oberregierungsrat Siehr in Gumbinnen.

Das Erfurter Parlament, welches am 20. März eröffnet wurde, vollendete seine nichtssagenden Arbeiten mit einer solchen Schnelligkeit, daß es schon am 29. April, also nach nur einmonatlichem Beisammensein, durch den Verwaltungsrat geschlossen werden konnte, um — nie wieder zusammenzutreten!

Carl August Jordan

wurde am 29. Mai 1792 als der Sohn eines Predigers zu Norkitten geboren. Er bezog Michaelis 1810 die Universität Königsberg um Theologie zu studieren. Als auf General York's Antrag geachtete Männer der Provinz in Königsberg die Bildung eines National-Kavallerie-Regiments beschlossen, welches mit Säbeln, Lanzen und Pistolen bewaffnet auf eine Stärke von 1000 Mann gebracht werden sollte, trat Jordan in die Abteilung ein, welche der Lieutenant Florian v. Keudell in Insterburg bildete und als 2. Eskadron des Regiments als Rittmeister führte. (F. v. K. starb bei Leipzig verwundet, in Schkeuditz.) Am 3. Mai 1813 trat das Regiment den Marsch zum Heere an. Jordan beschreibt seine Erlebnisse auf seinem Zuge bis Paris und wieder in die Heimat in einem höchst interessanten, ohne seinen Namen erschienenen Buche „Zur Geschichte des ehemaligen ostpreußischen National-Kavallerie-Regiments in dem Feldzuge von 1813 und 1814. Mitteilungen aus den Tagebüchern und Erinnerungen eines Freiwilligen.“ Leipzig, Verlag von Wilhelm Jurany 1846. Die militärische Censur hatte an der Schrift so viel gestrichen, daß die Auslassungen dem

Büchelchen fast alle Eigentümlichkeiten geraubt hatten. Er ließ es daher zwei Jahre später ohne Namen in Leipzig erscheinen. Einige Stellen sind für den idealen Jüngling charakteristisch. Wir setzen eine aus dem Februar 1814 her: „Einige Jäger, die im Jahre 1813 noch nicht gefochten hatten, äußerten sich verzagt und tadelnd über den Feldzug von 1814. Wir übrigen dienten ihnen aber gehörig mit Redensarten, die nicht zu zart abgewägt waren. Mir ist der Gedanke an das Mißlingen unserer Sache nie in den Sinn gekommen.“ Am 3. August 1814 zogen die freiwilligen Kämpfer wieder in Königsberg ein. Jordan vollendete seine Studien, wurde 1815 Konrektor, später Rektor zu Insterburg, dann 1823 Pfarrer zu Gumbinnen, wo er bei der Säkularfeier der Salzburger 1832 die Predigt hielt, darauf im Herbst 1832 Pfarrer, 1851 Superintendent zu Ragnit. Er war einer der beliebtesten Kanzelredner und in seinem hohen Alter noch wirkte er durch das Feuer edelster Begeisterung zündend auf seine Zuhörer. Er war im weiten Umkreis seiner großen Gemeinde persönlich sehr beliebt und hochgeehrt. Zu seinem 70. Geburtstage widmete ihm sein berühmter Sohn Wilhelm Jordan, der Dichter des Demiurgos, der Nibelunge, der Strophen und Stäbe, der Sebalds und der Zwei Wiegen, der Meister der Übersetzungskunst, seine Sophoklesübersetzung (1862) „als eine späte Frucht Deiner frühzeitigen Saat“, deren Vorrede mit dem wundervollen Spruch des Sophokles schließt:

Οὐκ ἔστι γῆρας τῶν σοφῶν, ἐν οἷς ὁ νοῦς
Θείᾳ ξύνεστιν ἡμέρᾳ τεθραμμένος.
Nicht altern kann der Weise, dessen Geist
Im Licht des Göttlichen erwuchs und wohnt.

Jordan starb am 8. August 1871, fast 80 Jahre alt.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

III. Legislaturperiode vom 29. November 1852 bis 3. Mai 1855.

Der Kreis Tilsit, der bisher mit Kreis Ragnit zusammen gewählt hatte, war durch die Verfassung jetzt mit Kreis Niederung zu einem Wahlkreise vereinigt worden. Die Urwahlen hatten am 25. Oktober 1852 stattgefunden. Bei der Wahl der Abgeordneten am 3. November wurde der Landrat a. D. Schlenther wiedergewählt, der sich der Linken anschloß, mit ihm der Staatsanwalt Neumann zu Tilsit.

Neumann

war in Tilsit Stadtgerichtsrat und Syndikus des Magistrats, später Staatsanwalt. Als solcher entfaltete er in den Verfolgungen der „Frei-evangelischen Gemeinde", welche in Tilsit am 26. Mai 1849 begründet worden war,*) eine Thätigkeit*) welche wohl noch manchem der Jetztlebenden in Erinnerung sein wird. Er wurde 1853 zum Appellationsgerichtsrat in Insterburg ernannt und legte daher am 10. Juni sein Mandat nieder. Er war bis zum März 1880 in Insterburg im Amte, zuletzt als Geh. Justizrat und siedelte dann nach seiner Versetzung in den Ruhestand nach Charlottenburg über.

Bei der am 10. November 1853 vorgenommenen Ersatzwahl wurde der liberale Gutsbesitzer Gamradt auf Neuhof-Szillen mit 130 Stimmen gewählt. Neumann erhielt 117 Stimmen.

Hermann Gamradt

geboren 1817, Gutsbesitzer auf Neuhof-Szillen bei Kellmienen. Er war Mitglied des Kreistages des Kreises Ragnit und des Provinzial-Landtages und gehörte als solcher Jahre lang der Direktion der Provinzialirrenanstalt Allenberg und der Chausseebaukommission an. Er wurde 1859 wieder für Tilsit-Niederung in das Abgeordnetenhaus gewählt, dem er

*) Vergl. A. T.'s B. III, S. 108 und besonders S. 120 ff.

bis 1861 als Mitglied der Linken angehörte. Auch 1861 und 1863 war ihm von der liberalen Partei eine Kandidatur angetragen, doch lehnte er dieselbe seiner Familienverhältnisse wegen ab; 1866 unterlag er in der Wahl dem konservativen Kandidaten Landrat Schlenther (s. d.). Er starb im 50. Lebensjahre am 2. Juli 1866. Bei seinem Begräbnisse war unter anderen Körperschaften auch die Stadtverordneten-Versammlung von Tilsit durch eine Deputation von vier Mitgliedern vertreten.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

IV. Legislaturperiode vom 29. November 1855 bis 26. Oktober 1858.

Die Urwahlen fanden am 27. September 1855 statt. Die freisinnige Partei hielt sich noch immer gegen das aufgedrungene Wahlgesetz protestierend und unter dem Eindrucke der damals auf ihrem Höhepunkte stehenden Reaktion von den Wahlen fern. So kam die „Landrats-Kammer" zustande. Es beteiligten sich in Tilsit kaum 10 Prozent der Wähler. So setzte ein konservatives Wahl-Komitee, dessen Seele der Polizeiinspektor Schlimm war, fast alle von ihm vorgeschlagenen Wahlmänner durch. Gewählt wurden am 8. Oktober nach dem Vorschlage desselben Komitees der Staatsanwalt Jrgahn in Tilsit und der Landrat des Kreises Tilsit, Polizeipräsident a. D. Lauterbach in Tilsit zu Abgeordneten.

Jrgahn.

Nachdem Staatsanwalt Jrgahn den Wahlkreis Tilsit-Niederung von 1855—58 im Abgeordnetenhause und zwar als Mitglied der Fraktion Büchtemann vertreten hatte, fand in der politischen Lage durch den Eintritt der „Neuen Ära" ein so vollkommener Umschwung statt, daß in dem Wahlkreis nur noch liberale Kandidaten zum Abgeordnetenhause in Frage kamen. Er blieb noch bis April 1862 in seinem hiesigen Amte und wurde dann als erster Staats-

anwalt nach Berlin versetzt. Im Jahre 1869 war er Oberstaatsanwalt in Hamm mit dem Range eines Geheimen Oberjustizrats, wo er noch heute lebt.

Julius Lauterbach.

Königsberg war in den ersten vierziger Jahren einer der Brennpunkte für die freisinnigen Bestrebungen, sowohl auf kirchlichem als auf politischem Gebiete. Der damalige Polizeipräsident Abegg zog für alles Hervortreten auf diesen Gebieten nur Eine Schranke: das Gesetz; die aber hielt er mit ebensoviel Sicherheit in der Handhabung als Milde in der Form fest. Doch hatte er sich der Anerkennung des neuen Oberpräsidenten Bötticher nicht zu erfreuen und wurde daher im Jahre 1845 durch Ministerial-Reskript „im Interesse des Dienstes" als Königl. Kommissar bei der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn nach Breslau versetzt. — An seine Stelle wurde der frühere Landrat Lauterbach berufen, der sich als „ein Mann der durchgreifendsten Strenge, mit wenig angenehmen Formen" zeigte. „Seine Inpopularität wuchs täglich und führte in späterer Zeit zu den fatalsten Scenen." In den hocherregten Tagen des Februar 1848, als der Polizeipräsident nicht blos gegen die städtische Ressource, den Sammelpunkt des Bürgertums, sondern auch gegen die Stadtverordnetenversammlung und ihren Vorsitzenden mit polizeilichen Maßregeln vorging, fand „ein beklagenswerter und unwürdiger Exceß, völlig zwecklos und ganz wider Sinn und Absicht der Führer der liberalen Partei"*) statt. Gewaltige Menschenmassen wogten durch die Straßen. Ihr Ziel war das Polizeigebäude, in dem der so unpopuläre Präsident Lauterbach wohnte. Man zertrümmerte die Fensterscheiben und suchte in das schnell verschlossene Gebäude einzudringen. Kavallerie sprengte an und hieb scharf ein. Kein Menschenleben war zu beklagen; der Haufe war sofort gesprengt. Die vorgekommenen Verwundungen waren leicht

*) Falkson, die liberale Bewegung in Königsberg. S. 134, 147.

— Der unbeliebte Mann wurde zur Disposition gestellt. Vier Jahre später war die Zeit gekommen, wo man Beamte von dem Schlage Lauterbach's wieder mit Erfolg verwenden konnte. Der ehrliche, streng gesetzmäßige Landrat des Kreises Tilsit, Schlenther, wurde von dem Regierungs-Präsidenten v. Byern genötigt, im September 1851 um seinen Abschied zum 1. April 1852 einzukommen. Sein Nachfolger im Amte wurde Lauterbach, der den Kreis Tilsit bis zu seinem (im 58. Lebensjahre) am 13. Juni 1858 erfolgten Tode zur völligen Zufriedenheit verwaltete. Sein Tod erfolgte zur rechten Zeit; denn in die „neue Ära", die mit der Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen am 9. Oktober 1858 anbrach, hätte der dienstwillige Mitarbeiter eines endlich glücklich überwundenen Systems auch nicht hineingepaßt.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

V. Legislaturperiode vom 12. Januar 1859 bis 5. Juni 1861.

Am 9. Oktober 1858 übernahm der Prinz von Preußen für seinen unheilbar erkrankten Bruder die Regentschaft und leistete am 26. Oktober den Eid auf die Verfassung. Er entließ das Ministerium Brandenburg-Manteuffel und berief am 7. November unter dem Präsidium des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern freie und verfassungstreue Männer zur Leitung des Staates.

Da diese Ereignisse schon im Anfang des 4. Bandes von A. T.'s V. genügend gewürdigt und auch die Folgen geschildert sind, die dieselben überall und auch in Tilsit auf das freisinnige Bürgertum hatten, das sich bisher von jeder Teilnahme am öffentlichen Leben zurückgezogen hatte, so genügt es hier kurz die auf die Wahlen bezüglichen Thatsachen zusammenzustellen.

Nachdem noch im Oktober 1858 von einer Anzahl liberaler Männer, unter denen 7 aus Tilsit und nächster Umgebung sich befanden, eine Ansprache an die Wähler des

Regierungsbezirks Gumbinnen erlassen worden war, bildete sich ein Lokalkomitee von 16 angesehenen Männern aus Stadt und Land, welches zur Wahl solcher Männer aufforderte, welche „vertraut mit dem, was uns, was dem Vaterlande frommt, dies ohne jedes Interesse, unbeirrt und ehrenfest, zu erringen streben." „Recht und Gerechtigkeit allen und jedem", so heißt es weiter, „Verfassung und Gesetz — das sind die Elemente, in denen des Vaterlandes und der Regierung Wohl beruht! Nur solche Männer also wählen wir (zu Wahlmännern), von denen wir überzeugt sind, daß sie, gleich treu dem Königtum wie dem Vaterlande, von denselben Grundsätzen beseelt sind."

Die Regierung zu Gumbinnen, in der sich noch kein Personenwechsel vollzogen hatte, gab ihre Sache noch nicht verloren. Zwar die bisher in Anwendung gebrachten Mittel mußten aufgegeben und bis auf bessere Zeiten zurückgestellt werden. Auf ausdrückliche Veranlassung des Regierungs-Präsidenten v. Byern bewarb sich der konservative Kreisgerichts-Direktor Müller aus Kaukehmen um das Mandat des Kreises Tilsit-Niederung. Ein von diesem gebildetes zweites Komitee trat zwar „den von dem liberalen Komitee ausgesprochenen Grundsätzen vollständig bei", bestand aber aus denselben Elementen, welche es zur Zeit der Reaktion mit der Regierung gehalten hatten. Dieses Komitee stellte außer Müller einen in der Stadt sehr angesehenen und einflußreichen Mann, welcher zwar konservativ war, aber bisher keine politische Rolle gespielt hatte, als Kandidaten auf, den Apotheker K. F. Klein.

Von liberaler Seite bewarben sich um das Mandat Rechtsanwalt Martiny-Kaukehmen, Mitglied des Frankfurter Parlaments (und später, 1862 und 1862/63, Abgeordneter für Memel-Heydekrug), der frühere Landrat der Niederung Schlick, der Gutsbesitzer Mathias-Gr. Brittanien († 1890), Kreisgerichtsrat Stahl, Kreisrichter Anz-Tilsit, Gutsbesitzer Gamradt und der Oberamtmann Pieper-

Lesgewangminnen. Zu Kandidaten der Partei wurden von den Wahlmännern der bisherige Abgeordnete, Gutsbesitzer Gamradt-Neuhof und der Kreisrichter Anz*) in Tilsit aufgestellt, ein biederer urwüchsiger Westfale, katholischer Religion, ein Umstand, der mit bestem Erfolge von gegnerischer Seite gegen ihn ausgebeutet wurde: Denn am 23. November 1858 wurde im ersten Wahlgange Stadtrat und Apotheker Klein mit 191 Stimmen gewählt, gegen 144 für Anz, während 32 anderen liberalen Männern zufielen, im zweiten Wahlgange Gutsbesitzer Gamradt-Neuhof mit 219 Stimmen (gegen 113 für Kreisgerichtsrat Müller).

K. F. Klein.

Wir können hier wieder auf den vierten Band von A. T.'s V. verweisen, wo die Persönlichkeit des Abgeordneten Klein geschildert ist. Wir begnügen uns hier zusammenzustellen, daß Klein Apotheker in Konitz war, hier im Jahre 1849 die Apotheke zum goldenen Adler in der Deutschen Straße kaufte und nach Joh. Wächters Tode in der hiesigen Kaufmannschaft eine ähnlich angesehene Stellung wie dieser einnahm. Er wurde Stadtrat und Ober-Vorsteher in der Korporation der Kaufmannschaft. Seiner Stellung als Abgeordneter und dem allgemeinen Vertrauen, das er als Inhaber eines großen Bankgeschäfts genoß, verdankte er, daß ihm die erledigte Stelle eines Königl. Lotterie-Kollekteurs in Tilsit übertragen wurde. (1859) Am 20. Juli 1870, beim Ausbruch des Krieges, stellte Klein seine Zahlungen ein und wurde am 25. März 1871 von dem Schwurgerichte Tilsit wegen verschiedener Wechselfälschungen zu 5jähriger Zuchthausstrafe verurteilt, welche er in Insterburg verbüßte.

---

*) Jetzt Justizrat zu Essen in Westfalen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

VI. Legislaturperiode vom 14. Januar 1862 bis 11. März 1862.

Der Führer der 150 Abgeordnete zählenden liberalen Partei war Georg Freiherr v. Vincke. Im Februar 1861 schieden wegen einer Meinungsverschiedenheit in der „deutschen Frage“ einige entschieden freisinnige Abgeordnete aus und traten zu einem „Parlamentarischen Verein“ zusammen, der am Schluß der Session (5. Juni 1861) aus 19 Abgeordneten, darunter 9 ostpreußischen, bestand. Die Fraktion „Jung-Litauen“, wie Vincke sie spottweise nannte, verband sich mit gleichgesinnten Berliner Freunden zur Einsetzung eines Wahlkomitees: man beabsichtigte „alle unabhängigen und entschiedenen Männer des Landes, welche der Überzeugung wären, daß die Begründung eines verfassungsmäßigen Rechtsstaates in Preußen und die große Aufgabe der Einigung Deutschlands auf wirklich nationaler Grundlage auf dem Wege der bisherigen Majorität des Abgeordnetenhauses nicht zu erreichen sei, zu einer einzigen Fortschrittspartei zu vereinigen.“

Die Einigung kam am 6. Juni zustande. Das Programm der deutschen Fortschrittspartei (vergl. A. T.'s V. IV, S. 19 f.) wurde in mehreren Sitzungen des Politischen Vereins zu Tilsit durchberaten und am 31. Juli ein provisorisches, am 4. September auf Grund dieses Programms ein stehendes Wahlkomitee der Stadt Tilsit eingesetzt. Von den sieben Männern lebt nur noch einer: der Sanitätsrat Dr. Goburek. Auch in dem Kreise Niederung fand das Programm der Fortschrittspartei einen guten Boden.

Am 19. Novbr. 1861 fanden unter sehr lebhafter Wahlbeteiligung die Urwahlen statt: von 60 mit überwiegenden Mehrheiten, vielfach einstimmig gewählten Wahlmännern der Stadt bekannten sich 58 zur deutschen Fortschrittspartei. Die liberalen Niederunger wünschten den schon 1858 als Kandidat aufgestellten Kreisgerichtsdirektor Anz in Kaukehmen (früher Kreisrichter in Tilsit) gewählt zu sehen, das Tilsiter

Komitee schlug Leopold Freiherrn v. Hoverbeck*) und Rechtsanwalt Schwarz in Insterburg vor. Am 6. Dezember wurde v. Hoverbeck mit 299 Stimmen gewählt (30 Stimmen fielen auf Gutsbesitzer Prieß-Wahlenthal, 9 auf Gutsbesitzer v. Hanstein-Kriposen, 1 auf Landschaftsrat Brämer-Ernstberg). Im zweiten Wahlgange erhielt Schwarz 184 Stimmen (Anz 72, Prieß 66, v. Hanstein 9, Brämer 1 Stimme).

Da v. Hoverbeck dreimal gewählt war und für Osterode-Neidenburg annahm, so mußte für ihn eine Neuwahl stattfinden, in welcher (am 14. Januar 1862) Buchdrucker Adolf Post in Tilsit von 300 Stimmen 139 erhielt; sein Gegenkandidat Brämer erhielt 79, Anz 71, v. Hanstein 10, Landrat a. D. Reuter in Königsberg 1 Stimme. Bei der engeren Wahl erhielt Post 173 Stimmen (Brämer 99, Anz 7) und war somit zum Abgeordneten seiner Vaterstadt gewählt.

Otto Schwarz

(geboren 1812 oder 1813) gehörte zu den vorzüglichsten Rechtsanwälten Insterburgs. Sein Ruf als scharfsinniger Jurist, gewandter Redner und freisinniger Politiker war aber weit über Insterburgs Grenzen verbreitet. Er wurde von dem Wahlkreise Gumbinnen-Insterburg am 22. Januar 1849 in die zweite Kammer gewählt, der er als Mitglied der Fraktion Auerswald - Schwerin bis zur Auflösung des Hauses am 27. April 1849 angehörte.

In Tilsit war im Anfang des Jahres 1850 eine „freie evangelische Gemeinde" begründet worden, die ihre erste Andachtsübung am 19. Mai im großen Kasinosaale abhielt. Ihr erster Sprecher war der ehemalige Lehrer Maurus

---

*) Leopold Freiherr v. Hoverbeck, das fleckenlose Urbild eines ostpreußischen Edelmannes, geboren am 25. Juli 1822, gestorben am 12. August 1875, Gutsbesitzer auf Nickelsdorf bei Allenstein, und Landschaftsdirektor, Abgeordneter für Allenstein-Ortelsburg 1859—61, für Osterode-Neidenburg 1862—66, für Königsberg-Fischhausen 1866—67, für Allenstein-Rössel 1867—70, Mitglied des norddeutschen Reichstages für Berlin, des deutschen Reichstages von 1870 bis zu seinem Tode für Sensburg-Ortelsburg.

Puzzas*); im September 1850 wurde ein theologisch gebildeter Prediger in der Person Eduard Herrendörfer's**) berufen, des Freundes und Schwagers von Dr. Jul. Rupp. In diese Zeit fallen die ersten Verfolgungen der freigemeindlichen Bewegung, unter denen Herrendörfer und die Gemeinde zu Tilsit ganz besonders zu leiden hatte. Die Regierung hatte die freien Gemeinden als staatsgefährlich zu vernichten beschlossen: nachdem im August 1851 die Gemeinden zu Königsberg und Memel als „politische Klubs" geschlossen waren, wurde auch am 17. September die freie Gemeinde zu Tilsit, nachdem bei ihren Vorstehern polizeiliche Haussuchungen stattgefunden hatten, auf Grund des § 8 des Gesetzes betreffend das Versammlungs- und Vereinsrecht vom 11. März 1850 „bis auf Weiteres" polizeilich geschlossen.

Die Verhandlung darüber, ob die freie Gemeinde ein politischer Verein sei und daher unter das Vereinsgesetz falle, ob also die Vorstandsmitglieder sich strafbar gemacht hatten, wurde am 3. Januar 1852 vor der Kriminaldeputation des Königl. Kreisgerichts zu Tilsit und am 14. Juni vor dem Kriminalsenat des Königl. Appellationsgerichts zu Insterburg in zweiter Instanz verhandelt. In beiden Verhandlungen wurden die Beklagten infolge der vorzüglich begründeten, mit zwingender Logik durchgeführten und oratorisch sehr wirksamen Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Schwarz in Insterburg freigesprochen; die unterm 27. September 1851 verhängte vorläufige Schließung des Vereins wurde aufgehoben und die Kosten der Untersuchung niedergeschlagen. Auch gegen dies Erkenntnis wurde freilich die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt; die Gemeinde blieb vorläufig suspendiert, bis die Angelegenheit endgültig durch das freisprechende Urteil des Königl. Obertribunals vom 12. November 1852 zu Gunsten der freien Gemeinde entschieden wurde.

Schwarz war am 1. November 1859 nach Berlin als Rechtsanwalt übergesiedelt. Sein Name und seine Bedeutung

---

*) A. T.'s B. III, S. 109 ff.
**) A. T.'s B. III, S. 113 ff.

als Redner und liberaler Politiker waren aber in Litauen und besonders in Tilsit nicht vergessen und so wählten die Wahlmänner von Tilsit-Niederung, obwohl es nicht an würdigen Bewerbern aus dem Wahlkreise fehlte, ihn am 6. Dezember 1861 und nach Auflösung des Hauses (am 11. März 1862) abermals am 6. Mai 1862 als ihren Vertreter in das Abgeordnetenhaus, dem er als Mitglied der Fortschrittspartei bis zur Auflösung des Hauses am 2. September 1863 angehörte.

Schwarz starb 68 Jahre alt zu Berlin am 15. April 1881.

Adolf Post.

Christoph Adolf Erdmann Post wurde am 17. August 1818 zu Tilsit geboren. Sein Vater Joh. Heinrich Post (dessen kernige Persönlichkeit in Band II von Aus Tilsit's Vergangenheit, S. 94 bis 100, geschildert ist), Buchbinder wie sein Vater Johann Benjamin, hatte im Jahre 1810 in Kopenhagen, wohin er auf seinen Wanderungen als Buchbindergeselle gekommen war, als Volontär die Buchdruckerkunst erlernt und heimgekehrt in seiner Vaterstadt 1816 „mit Genehmigung Einer Königl. Litth. Regierung" eine Buchdruckerei, die erste in Tilsit, in seinem elterlichen (dem jetzigen Zermelo'schen) Hause, Deutsche Straße 12, begründet. Am 3. Mai 1816 ging zum ersten Male das „Gemeinnützige Wochenblatt für Tilse und dessen Umgegend" von einer schlichten alten Holzpresse in die Welt hinaus.

Adolf Post verlebte im Elternhause eine angenehme Jugendzeit. Sein Vater hatte es durch Fleiß und geschäftliche Tüchtigkeit zu Wohlstand gebracht und nahm in Tilsit, zu dessen tüchtigsten und einsichtsvollsten Bürgern er gehörte, eine hervorragende Stellung ein; er bekleidete alle Ehrenämter, zu denen das Vertrauen der Mitbürger berufen kann. Alle die Bürger- und Mannestugenden, die Heinrich Post den Vater zierten, finden wir in Adolf Post dem Sohne wieder. Der Vater, der selbst nur eine geringe Schulbildung

genossen hatte, den Wert der Bildung aber sehr zu schätzen wußte, war darauf bedacht, seinem hochbegabten und mit ernstem wissenschaftlichen Streben erfüllten Sohne die beste Erziehung zu teil werden zu lassen. So nahm er den 13jährigen Knaben im Jahre 1832 auf eine größere Reise nach Berlin, Dresden, der sächsischen Schweiz und dem Riesengebirge mit, die er in Begleitung zweier Freunde mit eigenem Fuhrwerk unternahm. Michaelis 1838 legte Adolf Post an dem hiesigen Gymnasium die Reifeprüfung ab*), konnte aber infolge einer schweren Erkrankung erst Ostern 1839 die Universität Königsberg beziehen, auf der er bis zum November 1840, also etwas mehr als drei Semester juristische und philosophische Vorlesungen hörte. Er lebte in Königsberg im Hause einer befreundeten Familie, mit der er und die Seinigen bis auf die jüngste Zeit durch treue Freundschaft verbunden blieben. Seinen Studien auf der Universität wurde leider durch die schwere Erkrankung seines Vaters ein Ende gemacht. Sie wurde für ihn die Veranlassung als Setzerlehrling in die väterliche Buchdruckerei zu treten. Bei seinen vielseitigen Kenntnissen, seinem praktischen Sinn und seinem eisernen Fleiß verstand er bald das Geschäft zu leiten, das nach dem Tode seines Vaters am 13. April 1842 in seine Hände überging. Adolf Post blieb auch, als er großen Wohlstand erworben hatte, durch das Vertrauen seiner Mitbürger mit allen Ehrenämtern geschmückt und selbst Abgeordneter seiner Vaterstadt geworden war, Buchdrucker; die Bezeichnung „Buchdruckereibesitzer" verschmähte er. Es ist das ein Zeichen seines anspruchslosen echt bürgerlichen Wesens; er, der geistige Führer Tilsit's während eines Menschenalters, war stolz darauf ein „Handwerker" zu sein.

Im Jahre 1843 verheiratete er sich 25 Jahre alt mit Ida Lambateur aus Lenzen a. d. Elbe. Alle Kinder, die

*) Zusammen mit dem späteren Senatspräsidenten am Kammergericht zu Berlin, Donalies, und dem gefeierten Dichter Wilh. Jordan, jetzt in Frankfurt a. M.

aus dieser Ehe entsproßen, bis auf eines starben in zarter Kindheit; ein Sohn überlebte ihn einige Jahre.

Nachdem er 1844 Bürger von Tilsit geworden, wurde er 1846 zum (unbesoldeten) Ratsherrn gewählt und gehörte dem Magistrat bis 1849, seit 1850 dem Kollegium der Stadtverordneten an, dessen stellvertretender Vorsteher er auch in den letzten Jahrzehnten seines Lebens war. Seit 1874 war er Mitglied des Kreistages und Kreis-Ausschusses, viele Jahre hindurch bis zu seinem Tode auch Abgeordneter zum Provinzial-Landtage und Mitglied des Provinzial-Ausschusses. Im Abgeordnetenhause vertrat er den Wahlkreis Tilsit-Niederung in der kurzen VI. Legislaturperiode (eröffnet am 14. Januar 1862, aufgelöst am 11. März 1862), in der VII. (13. Mai 1862 bis 2. September 1863) und in der VIII. Legislaturperiode (9. November 1863 bis 9. Mai 1866) und gehörte der Fortschrittspartei an; in den drei Sessionen von 1863 bis 1866 war er Schriftführer des Hauses. Das von seinem Vater begründete Wochenblatt redigierte er nicht nur selbst, sondern schrieb auch fast sämtliche Berichte über öffentliche Versammlungen und Rezensionen von Theateraufführungen u. s. w. für dasselbe. Seine schriftstellerische Thätigkeit zeigt eine hohe journalistische Begabung. Auch als Feuilletonist versuchte er sich durch höchst anziehend geschriebene Reisebriefe (z. B. Flüchtige Blätter aus der Mappe eines Touristen 1875). Nachdem er schon als Knabe einen Teil Deutschlands bereist hatte, machte er 1847 eine Reise in die Heimat seiner Gattin und besuchte Magdeburg und Hamburg, im Mai 1862 unternahm er mit seiner Familie, bevor er zum zweiten Male in das Abgeordnetenhaus eintrat, eine Rheinreise; dann fuhr er 1873 zur Wiener Weltausstellung, von wo er über Triest und Venedig und durch Tyrol zurückkehrte; im Juli 1874 nahm er an dem Journalistentage in Baden-Baden teil und besuchte Straßburg; im folgenden Jahre machte er eine Reise bis Mailand und beteiligte sich im August an dem Journalistentage in Bremen; zu demselben Zwecke war er 1878 in Graz und dann im

Salzkammergut, 1879 im September in Eisenach. Alle die Eindrücke, die der für Natur und Kunst gleich empfängliche Mann von diesen Reisen als einen dauernden geistigen Besitz heimbrachte, wurden teils in Aufsätzen in seinem Wochenblatte, teils in Vorträgen in Bildungs-Vereinen später auch andern zugänglich gemacht. Zahlreiche gemeinnützige Vereine in Tilsit verdanken seiner Anregung ihr Entstehen oder standen viele Jahre unter seiner Leitung. Dem Vorstande des Polytechnischen Vereins, welchen Post am 25. November 1853 im Verein mit 16 andern Männern begründete, gehörte er seit 1855 bis zu seinem Tode mit geringen durch seine parlamentarische Thätigkeit veranlaßten Unterbrechungen an, während des letzten Jahrzehnts vor seinem Tode als Kassenführer. Der 1888 herausgegebene Bericht des Vereins führt 17 größere von ihm gehaltene, meist technische Vorträge auf, mehrmals erstattete er Bericht über die von ihm besuchten größeren Ausstellungen, die Wiener Weltausstellung 1873, die Berliner Papierausstellung 1878, die Gewerbe-Ausstellungen zu Berlin 1879 und zu Bromberg 1880. Ähnlich vielseitig und ersprießlich war seine Thätigkeit in dem 1872 begründeten Handwerker-Verein, dessen Vorstande er ebenfalls viele Jahre hindurch, bis er aus seinem arbeitsamen Leben abgerufen wurde, angehörte. Hier hielt er 25 Vorträge, darunter 12 aus dem Gebiete der Geographie und Völkerkunde, 7 geschichtliche oder kulturgeschichtliche, 2 die neuere Gesetzgebung betreffende, 3 technischen Inhalts. Als unseres großen Nationaldichters 100jähriger Geburtstag in Tilsit in großartiger, erhebender Weise gefeiert worden war*), bildete sich die Schillerstiftung zu dem Zwecke, um alljährlich einem oder mehreren verdienten Schülern des Gymnasiums, der Real- oder Stadtschule ein Werk aus der Schillerliteratur anzuschaffen. Dem Vorstande der Stiftung, dem sogenannten Schiller-Komitee, hat Post 26 Jahre lang, bis ihn der Tod abrief, angehört.

---

*) Vergl. A. T.'s B. IV, S. 23—37.

In dem 1847 begründeten Armen-Erziehungs-Verein bekleidete er viele Jahre das Amt des Schriftführers, dann nach Vereinigung dieses Vereins mit dem zwei Jahre später entstandenen Armen-Wohlfahrts-Verein zu dem „Armen-Unterstützungs- und Erziehungs-Verein" (1855) in diesem das Amt eines der 6 Obervorsteher. Dem Bürger-Beerdigungs-Vereine gehörte er 42 Jahre als Mitglied, zuletzt als Vorsteher an. Er war Vorsitzender des „Vereins zur Unterstützung dürftiger Handwerker durch Beschaffung von Arbeit", der sich im Januar des Notstandsjahres 1868 auf seine Veranlassung bildete. Ebenso rief er mit vier andern wohlmeinenden Männern im Oktober 1861 den noch jetzt segensreich wirkenden „Verein zur Belohnung weiblicher Dienstboten"*) in's Leben, für welchen er auch mehrere Jahre hindurch (bis 1885) die Kassengeschäfte besorgte.

An dem politischen Leben seiner Vaterstadt nahm Post wohl, seitdem es ein solches gab, regen Anteil. Bei dem „konstitutionellen Klub"**), der sich im August 1848 „demokratisch-konstitutioneller Klub", und im Dezember 1848 „Verein zur Wahrung der Volksrechte" nannte, läßt sich seine thätige Teilnahme nicht nachweisen; er war damals Mitglied des Magistrats und hielt es wohl daher nicht für angemessen, an den Parteibestrebungen thätigen Anteil zu nehmen. Allein die Haltung des von ihm redigierten Wochenblatts läßt keinen Zweifel über seine politischen Ansichten sowohl als über seine Befähigung zur Führerschaft der liberalen Partei, die ihm bald unbestritten zufiel. Als nach einem mehrjährigen politischen Stillleben bei Beginn der „neuen Ära" (1859) wieder ein frischer Zug durch Preußen ging und überall die alten „Demokraten" wieder an der liberalen Entwickelung des Vaterlandes mitzuarbeiten begannen, wurde auf Antrag des Abgeordneten Gamradt

*) Vergl. A. T.'s B. IV, S. 117 ff.
*) Vergl. A. T.'s B. III, S. 21, 31, 54.

im Oktober 1859 der „Politische Verein" gegründet dessen Schriftführer A. Post wurde. Als sich im Juli 186 in Tilsit ein „stehendes Wahlkomitee der Fortschritts partei" (die am 6. Juni 1861 von 19, darunter 9 ost preußischen Abgeordneten begründet worden war) bildete war Post einer der 7 Männer, welche die liberale Bürger schaft Tilsit's mit diesem Ehrenamte betraute. Er wurde wie schon erwähnt, am 14. Januar 1862 an Hoverbeck's Stelle, der für einen andern Wahlkreis annahm, in das Abgeordnetenhaus gewählt und ihm dies Mandat noch zweimal erneuert. Unbestritten blieb Post, auch nachdem er am 3. Juli 1866 dem Regierungsrat v. Zander unterlegen war, der Führer der liberalen Partei des Wahlkreises. Das ihm im November 1870 angetragene Mandat für das Abgeordnetenhaus lehnte er aus persönlichen Gründen ab; an seiner Stelle wurde der Stadtrat und Apotheker Bernhardi von 224 liberalen Wahlmännern gewählt. Auf Post's Antrag erklärte sich der „Liberale Wahlverein" 1884 mit der „Fusion" der Fortschrittspartei und der „liberalen Vereinigung" zu einer, der „deutsch-freisinnigen Partei" einverstanden und nahm bald darauf auch den Namen „deutsch-freisinniger Wahlverein für den Kreis Tilsit" an.

Mit ganz besonderer Liebe war aber Post in dem „Garten- und Verschönerungs-Verein" thätig, dessen Vorsteher er war. Der „Garten-Verein" war eine Schöpfung seines Vaters*). Wie dieser wandte Adolf Post ihm alle seine Kraft zu, soweit sie nicht im Dienst der Vaterstadt, des Kreises, der Provinz, des Vaterlandes und seines umfangreichen Geschäfts in Anspruch genommen war; an der Verschönerung seiner Vaterstadt zu arbeiten, das war die Beschäftigung seiner Mußestunden. In dem Park von Jakobsruhe, um dessen Pflege er sich durch liebevolle, ein Menschenalter hindurch unermüdlich fortgesetzte Arbeit so verdient gemacht hatte, erhebt sich seit 1887 ein einfaches,

---

*) Vergl. A. T.'s B. II, S. 98.

aber eben in seiner Einfachheit schönes Denkmal aus Sandstein, dessen Vorderseite den Namen „Adolf Post" trägt. Auf der Rückseite lesen wir:

Dem rastlosen Förderer des Gemeinwohls
seine Mitbürger 1887.

Als der „alte Post" aus seiner Arbeit nach kurzer Krankheit (Typhus) am 3. März 1886 abgerufen wurde, war sich Tilsit's Bürgerschaft, vor allem die liberale Partei, bewußt, was sie an ihm verloren hatte. Es war nur die allgemeine Stimmung, die der „Bericht des Magistrats der Stadt Tilsit über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten für das Jahr 1. April 1886 bis dahin 1887" in folgenden warm empfundenen Worten ausspricht:

„Wir empfinden es als eine Ehrenpflicht auch bei dieser Gelegenheit des namenlosen Schmerzes und allseitig tief empfundenen Verlustes zu erwähnen, den der am 3. März 1886 erfolgte Heimgang des Herrn Stadtverordneten Post — sagen wir unseres Post — der Stadt Tilsit bereitet. Hervorragende Eigenschaften des Geistes und Herzens befähigten ihn während seiner vierzigjährigen ehrenamtlichen Wirksamkeit im städtischen Dienste eine führende Stellung einzunehmen. Strenges Rechtsgefühl, seltene Uneigennützigkeit und das reinste Wohlwollen für seine Mitmenschen leiteten seine Bestrebungen, die er mit freiem Mannesmute unbekümmert um die augenblickliche Gunst zu fördern suchte. Post war ein ganzer Mann und der beste und edelste Sohn und Bürger seiner Stadt."

Der „Reichsfreund" brachte in der Nummer 11 vom 13. März 1886 eine biographische Mitteilung über den eben Verstorbenen, wohl aus der Feder von Ludolf Parisius, mit dem er aus seiner Abgeordnetenzeit innig befreundet war. Am Schlusse derselben findet sich folgende vortreffliche Charakteristik: „Ein Mann von seltener Arbeitslust und Arbeitskraft, erfüllt von herzlicher Liebe zu seinen Mit-

menschen, frei von Selbstsucht und Eigennutz und immer bereit, seine umfassenden Kenntnisse dem Wohle seiner Mitbürger nutzbar zu machen, wirkte Post in treuer Pflichterfüllung in den vielen Ehrenämtern, die ihm seine Mitbürger übertragen hatten. Wenn andere kleinmütig den Kopf hängen ließen, harrte er unverzagt aus in fester Hoffnung, daß der guten Sache der Freiheit die Zukunft gehöre."

Dem in den ersten Bänden befolgten Plane getreu wollen wir in den Schilderungen Tilsiter Lebens, welche im Band IV bis zum Jahre 1862 herabgeführt waren, auch die politischen Vorgänge etwas eingehender berücksichtigen, weil ohne dieselben dem Leser ein wesentlicher Faktor zum Verständnis und zur Beurteilung desselben fehlen würde. Die Zeit liegt zu lange von der Gegenwart zurück, als daß man alle diese Vorgänge noch als bekannt voraussetzen dürfte und lange genug, so daß eine Darstellung derselben, deren Verfasser sich bemüht unbeschadet seines liberalen Standpunktes objektiv zu berichten, bei anders Gesinnten wohl kaum berechtigten Anstoß erregen kann.

Die einzige Session der VI. Legislaturperiode wurde am 14. Januar 1862 eröffnet und durch Allerhöchste Verordnung vom 11. März 1862 aufgelöst. Die Veranlassung zu der Auflösung war der Antrag des Abgeordneten Hagen (Stadtrat und Kämmerer von Berlin, geboren 1820, Abgeordneter für Randow-Greifenhagen), der von dem Hause mit 171 gegen 143 Stimmen angenommen wurde, „daß der Staatshaushaltsetat in seinen Titeln durch Aufnahme der wesentlichen Einnahme- und Ausgabepositionen aus den demselben zu Grunde liegenden Verwaltungs-Etats mehr zu spezialisieren sei." Es sollte dadurch die seit dem Jahre 1852 aufgekommene Sitte, bei Aufstellung des Budgets die Ausgabeposten so allgemein wie möglich zu halten, abgestellt werden, damit nicht ferner nach dem Gutachten der Minister

Summen aus einem Posten in den anderen übertragen würden und so das Budgetrecht — das einzige Recht des Abgeordnetenhauses — umgangen werden könne. Das Gesamtministerium (v. Auerswald, v. d. Heydt, v. Patow, Graf Schwerin, Graf Pückler, v. Roon, v. Bernuth, Graf Bernstorff) reichte dem Könige seine Entlassung ein. Der König konnte nun nach der Verfassung entweder das Entlassungsgesuch annehmen und ein neues Ministerium bilden, welches auch mit der Annahme des Hagen'schen Antrages regieren zu können meinte; er konnte das Ministerium beibehalten und die Kammer auflösen; er konnte endlich die Kammer auflösen und doch ein neues Ministerium bilden.

Er löste die Kammer auf und entband am 18. März 1862 die Staatsminister v. Auerswald, Freiherr v. Patow, Graf Pückler, Graf Schwerin und v. Bernuth von ihren Ämtern. Der Handelsminister v. d. Heydt wurde gleichzeitig zum Finanzminister, Graf Itzenplitz zum Minister der Landwirtschaftlichen Angelegenheiten, Oberkonsistorialrat v. Mühler zum Kultusminister, Oberstaatsanwalt Graf Lippe zum Justizminister und Polizeipräsident v. Jagow zum Minister des Innern ernannt. Der Geist des neuen Ministeriums zeigte sich in dem unterm 22. März an die Oberpräsidenten und Regierungen ergangenen Wahlerlaß des Ministers des Innern, den auch der Justiz- und der Kultusminister an alle ihnen untergeordneten Behörden sandten und zur strengsten Nachachtung empfahlen. Diesem Verfahren gegenüber erklärten Rektor und Senat der Universität Berlin in kräftiger mannhafter Sprache, daß sie das vorgesetzte hohe Ministerium nicht für befugt erachten könnten, die Mitglieder des akademischen Lehrkörpers bei Ausübung des politischen Wahlrechts in einer Weise zu beschränken, wie der Herr Minister des Innern das in Beziehung auf die Beamten seines Ressorts gethan habe. „Ew. Exzellenz wollen uns", heißt es in diesem Proteste, „in dieser ernsten Zeit das freimütige Wort gestatten, daß wir den Kampf, der gegenwärtig die Gemüter in Preußen bewegt, nicht in dem Gegensatz des Königtums

und der Demokratie ausgedrückt finden können. Aber auch wenn es sich so verhielte, sind wir doch der festen Überzeugung, daß dieser Gegensatz nicht dadurch zu Gunsten eines starken Königtums und einer verfassungsmäßigen Freiheit gelöst werden wird, daß eine in Preußen bis dahin nicht geübte Einwirkung auf die Wahlen zum Abgeordnetenhause von Seiten der Königl. Staatsregierung versucht wird. Wir glauben vielmehr im Sinne der echten monarchischen Treue und einer wahrhaft konservativen Politik zu handeln, wenn wir über den Wechsel und die Bewegung des gerade vorwaltenden Kampfes hinaus die politische Gesinnung, welche nur auf der reinen gewissenhaften Überzeugung ruht, und deren unabhängige und freie Bethätigung vertreten."

Dieser würdige Protest machte überall den mächtigsten Eindruck und fand bei den gewesenen Hochschülern aller Stände den entsprechenden Widerhall. Eine mit 50 Unterschriften der geachtetsten Namen unter den Schulmännern, Richtern, Ärzten und anderen Literaten bedeckte Dankadresse an den Rektor und Senat der Berliner Universität wurde aus Tilsit am 11. April abgesandt. Die Dankadresse lautete:

Verehrte Männer der Wissenschaft,
Rektor und Senat der Königl. Friedrich Wilhelms-Universität!

„Wie schon in kleinern Lebenskreisen die gelegentliche Wahrnehmung wohlthut, daß die speziellen Vertreter der Bildung ihre Stellung und Aufgabe begreifen und die Würde der Wissenschaft in ihrer notwendigen und edelsten Anwendung auf das Leben zu wahren verstehen: so tritt geradezu eine erhebende That von geschichtlicher Bedeutung in's Dasein, wenn ein weithin wirkender ruhmvoller akademischer Lehrkörper, der unter seinen Mitgliedern Meister und Heroen auf dem Gebiete des Wissens zählt, in seiner Gesamtheit für den unantastbaren Adel des Geistes mannhaft eintritt und den weitreichenden denkwürdigen Einspruch thut, daß die Unabhängigkeit und Freiheit seiner Körperschaft im ganzen nicht weniger als

seiner einzelnen Mitglieder wie überall ebenso auch bei den Entschließungen in politischen Dingen — innerhalb der Schranken des Gesetzes — in keinerlei Art, auch nicht dem Scheine nach, verkümmert werden dürfe.

„In dieser erhebenden Weise haben Sie, hochverehrte Männer — eingedenk der großen Zeit, in welcher die Berliner Hochschule durch die Weisheit Friedrich Wilhelms III., durch die Manneskraft Fichte's und den staatsmännischen Hochsinn Wilhelm v. Humboldt's als siegreiche Geisteswehr gegen Dienstbarkeit und Knechtung gegründet ward — das Wahlzirkular des Ministeriums des Innern vom 22. v. Mts. nach reiflicher Erwägung würdig und entscheidend beantwortet und damit zugleich ein weit hinaus leuchtendes Beispiel der echten monarchischen Treue und der wahrhaft konservativen Politik vor den Augen der Welt hingestellt — den treuen Söhnen der Wissenschaft zur Stärkung, den irrenden Schwachen zum zurechtweisenden Wahrzeichen, den Mietlingen zur Vernichtung.

„Gestatten Sie demnach den Unterzeichneten hier an der Grenzmark des Vaterlandes, welche das Heiligtum vaterländischer Wissenschaft gleich Ihnen über allen Wechsel der Tageserscheinungen hinaus gewahrt und in seiner Würde unentweiht wissen wollen, den Ausdruck des Dankes und der hohen Verehrung, welchen dieselben ihren Vorkämpfern in der Metropole der deutschen Wissenschaft in freudigem Stolze hiermit darbringen."

Dreiunddreißig Richter im Departement des Königl. Appellationsgerichts Insterburg, darunter aus Tilsit die Kreisgerichtsräte Albrecht, Dengel, Rappuhn, die Kreisrichter Droese, Guth, Lentz, Liebscher, Pitsch, Prellwitz, Vogt, Weber, von früheren oder späteren Tilsitern der Kreichsgerichts-Direktor Anz in Kaukehmen, Kreisgerichtsrat Pauly in Ragnit, Kreisrichter Peteaux in Ragnit, Kreisrichter Schimmel-

pfennig in Stallupönen, Kreisgerichtsrat Stahl in Stallupönen, Kreisrichter Wittko in Ragnit, aus dem Kreise Niederung ferner die Kreisgerichtsräte Bähker und Elpen und der Kreisrichter Mojean in Kaukehmen erließen in der „National-Zeitung" die Erklärung: „Wir können nicht anerkennen, 1) daß der preußische Richterstand zu der Befürchtung Veranlassung gegeben habe, er könne sich durch Partei-Interessen bei Verrichtung seiner Amtsgeschäfte beeinflussen lassen; 2) daß die Ausübung des verfassungsmäßigen Wahlrechts seitens der preußischen Richter als eines rein staatsbürgerlichen Rechtes in irgend eine Beziehung zu den ihnen als Richtern durch ihr Amt und den geleisteten Diensteid auferlegten Pflichten zu bringen ist und wollen hierdurch die völlig unabhängige Ausübung unserer staatsbürgerlichen Rechte ausdrücklich gewahrt wissen." Die Zahl dieser Richter vermehrte sich später auf 41. Fünf unter diesen wurden von dem Disziplinargerichtshof in Insterburg am 22. Dezember mit Erteilung eines Verweises und 20 Thaler Strafe, alle übrigen mit einem Verweise bestraft. Die Staatsanwaltschaft hatte für mehrere Versetzung resp. höhere Geldstrafen beantragt.

Den ihnen von der Königlichen Regierung gegebenen Weisungen entsprechend traten die beiden Landräte des Wahlkreises in den amtlichen Kreisblättern kräftig im Sinne des Jagow'schen Wahlerlasses gegen die Fortschrittspartei auf; der ganze Verwaltungsapparat arbeitete auf dem Lande in diesem Sinne. Die Herren Postdirektor Cornelius und Forstmeister Jeckel in Tilsit bemühten sich ein ministerielles Komitee zusammenzubringen, zu dem auch einige Kaufleute und Handwerker, die in irgend welcher Verbindung mit den betreffenden Behörden standen, zugezogen wurden. Der Superintendent Gl. hielt in der Litauischen Kirche eine große Versammlung der Schulvorsteher und Lehrer ab, in welcher jedoch ein entschiedener Protest der Schulvorstände gegen die versuchte Beeinflussung abgegeben wurde. Der Prediger G. empfahl als städtischer Schul-Inspektor in einer Konferenz der städtischen Lehrer den Wahlerlaß warm und zwar ohne

Beschluß der städtischen Schuldeputation, welche nachträglich die stattgehabte Beeinflussung der städtischen Lehrer mißbilligte, gegen das Ansinnen der Königl. Regierung protestierte und namentlich die „zur eigenen Beachtung" empfohlenen Erlasse der Herren Minister v. Jagow und v. Mühler zurückwies. Ähnlichen Widerspruch erfuhren die Pfarrer und Schulinspektoren vielfach auf dem Lande. So protestierte einer der Schulvorsteher in Coadjuthen gegen die Ausdehnung ihrer Funktion auf das politische Gebiet; der Pfarrer habe nur ein Recht sie zu Schulzwecken zusammenzuberufen. Der Protest wurde zu Protokoll genommen und viele der Erschienenen entfernten sich nach dieser Erklärung. Nicht anders ging es in der Niederung z. B. in Heinrichswalde her.

Die Schulzen wurden von den Polizei-Verwaltern zu besonderen Schulzentagen zusammen gerufen, um noch mündlich Belehrung in Betreff der bevorstehenden Wahlen zu empfangen. Die Steuererheber erhielten unter amtlichem Rubrum portofreie Einladungsschreiben des Kreissekretär Schamberg, in denen er „ihre besondere thätige Mitwirkung bei den bevorstehenden Wahlmännerwahlen infolge besonderen Auftrags des Herrn Landrats" erbat und zu besonderer Rücksprache in's landrätliche Bureau einlud. — Infolge einer Oberpräsidial-Verfügung stellte der Landrat an den Magistrat die Forderung „zu dem wichtigen Amte eines Wahlvorstehers keine Mitglieder der Fortschrittspartei zu bestellen." Dagegen erließ der gesamte Magistrat von Tilsit einen energischen Protest. Sich auf die Königl. Verordnung vom 30. Mai 1849 und das Wahlreglement vom 4. Oktober 1861 stützend erklärte er, der Oberpräsidial-Verfügung nicht jene Wichtigkeit beilegen zu können, um Personen von dem Amte eines Wahlvorstehers auszuschließen, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger unter Bestätigung der Königl. Regierung in den Gemeindevorstand berufen habe oder welche sich als Königl. Beamte seiner Prüfung über den Grad ihrer Zuverlässigkeit und konservativen Gesinnung entzögen. Es wäre dem Oberbürgermeister (der selbst nicht der Fortschrittspartei angehörte)

auch schwer geworden in Tilsit damals die nötige Anzahl geeigneter nicht fortschrittlich gesonnener Wahlvorsteher ausfindig zu machen.

Die Wahlen zur VII. Legislaturperiode.

19. Mai 1862 bis 2. September 1863.

Indessen rührte sich auch das Bürgertum. Von dem politischen Vereine wurde ein Wahlkomitee eingesetzt, bestehend aus den Herren Dr. Habedanck, Dr. Goburek, Dr. Nagel, Kreisrichter Pitsch, Gerbermeister Eicke, Apotheker H. Wächter und Kaufmann Ed. Bruder. Derselbe Verein sorgte dafür, daß der „Bürger- und Bauernfreund", eine kleine volkstümlich gehaltene Zeitung (aus der später die jetzige „Ostdeutsche Volkszeitung" in Insterburg hervorging), auch in Litauischer Ausgabe erschien. Versammlungen wurden an einigen Orten des Wahlkreises unter großer Beteiligung der Wählerschaft abgehalten. So nahte der Tag der Urwahlen, der 28. April 1862 heran. Die Zimmermeister Klabund, Prellwitz, Sarfaß, J. Keller, Albrecht & Lewandowski, A. Schilling, J. W. Trutnau und die Maurermeister Hedwig, Herschel, Ostwald, Reitmeyer und Fr. Zimmermann stellten am Wahltage während der Zeit von 9 bis 12 Uhr Vormittags die Arbeit auf ihren Bauten ein. Die Wahlbeteiligung war eine sehr starke. Die von dem Wahlkomitee der Fortschrittspartei in Vorschlag gebrachten Wahlmänner wurden ohne Ausnahme gewählt; für die auf der sogenannten konstitutionellen Wahlliste verzeichneten Personen stimmten nur Militärs (das Militär verlor erst später das Stimmrecht), wenige Beamte und sehr vereinzelte Bürger. Tilsit stellte 66 liberale Wahlmänner. Schon am Tage vor dem Wahltage (dem 6. Mai) brach sich die siegesfrohe Stimmung Bahn, als der Dampfer „Landsberg" mit einer größeren Anzahl liberaler Wahlmänner aus der Niederung an Bord festlich geschmückt am Ufer anlegte. Ein donnerndes Hoch der Tilsiter empfing sie. Eine Stunde später fanden sich 260 liberale Wahlmänner im großen Saale der Bürgerhalle

zusammen. Das Wahlkomitee hatte abgesehen von den wenigen Versammlungen keine Thätigkeit entwickelt: die Wähler selbst, das ganze Land hatte aus eigener innerster Überzeugung Sorge getragen für den Ausfall der Wahlen im Sinne der Fortschrittspartei. Gewählt wurden Rechtsanwalt Schwarz von 386 Stimmen mit 347, und Buchdrucker Post von 378 Stimmen mit 345 Stimmen. Die anderen Stimmen zersplitterten sich auf den Kandidaten der Konstitutionellen, Landschafts-Direktor Brämer-Ernstberg (20 bezw. 13 Stimmen), den Kandidaten der Feudalpartei, Staatsminister v. d. Heydt (14 Stimmen), Graf Schwerin und Landrat Schlenther. Von den 106 Mitgliedern der Fortschrittspartei, welcher der Jagow'sche Wahlerlaß den Garaus machen sollte, waren 105 wiedergewählt, im Ganzen traten der Partei 141 Abgeordnete bei. Das Haus zählte außerdem 101 vom linken Zentrum, 24 und 19 Abgeordnete in 2 konstitutionellen Fraktionen v. Vincke und v. Roenne, 23 Polen, 32 von der katholischen Fraktion und 12 Konservative.

Die erste Session wurde am 19. Mai 1862 eröffnet, am 13. Oktober 1862 geschlossen. Dem in seine Heimat zurückkehrenden Abgeordneten Post beschloß der politische Verein einen würdigen Empfang zu bereiten, „um demselben und dem ganzen Abgeordnetenhause für ihr Verhalten den verdienten Dank auszusprechen." Doch sollte diese Feier von dem ganzen Wahlkreise ausgehen; man setzte daher ein Komitee aus den Herren Dr. Nagel, Hermann, Tolksdorf, Herschel, Dr. Habedanck, Behrendt und Herrendörfer zusammen. Das Fest fand am 24. Oktober im großen Saale der Bürgerhalle statt; etwa 800 Personen hatten sich dazu eingefunden, von Abgeordneten außer Post die Herren General-Landschaftsrat Carl Haebler, Gutsbesitzer auf Sommerau, Abgeordneter für Ragnit-Pillkallen (1862—1879), Oberamtmann Heidenreich-Girrehlischken, Abgeordneter für Ragnit-Pillkallen (1862—1863) und Rechtsanwalt Martiny-Kaukehmen, Abgeordneter für Memel-Heydekrug (1862—1863).

Die übrigen litauischen Abgeordneten, wie auch der zweite Vertreter des Wahlkreises Tilsit-Niederung, Rechtsanwalt Schwarz in Berlin, waren zu erscheinen verhindert. Nach Ansprachen von Post, Martiny und Haebler wurden einige Resolutionen angenommen (welche 2759 Unterschriften im Wahlkreise erhielten) und an den Abgeordneten Schwarz ein telegraphischer Gruß entsandt; eine Sammlung für die unglücklichen Angehörigen der in Graudenz verurteilten Unteroffiziere und Soldaten, die sich durch Insubordination gegen die Anordnungen des wahnsinnigen Hauptmanns v. Besser schwere, zum Teil lebenslängliche Zuchthausstrafen zugezogen hatten, ergab 53 Thaler.

Der Verfassungskampf begann inzwischen seine Opfer zu fordern. Ein Staatsbeamter, welcher zur Majorität des Abgeordnetenhauses gehörte, wurde außer Dienst gestellt. Das Volk, dessen Sache die verfassungsgetreuen Abgeordneten führten, hielt es für seine unabweisbare Pflicht, für sie einzutreten, wenn ihre Überzeugungstreue sie Maßregeln aussetzen sollte, welche ihre bürgerliche Existenz und Unabhängigkeit bedrohten. Alsbald bildete sich in Tilsit ein Komitee „zur Unterstützung der in ihren materiellen Interessen gefährdeten liberalen Abgeordneten", dem die Herren Behr-Moritzkehmen, Stadtrat Bernhardi, Fr. Buscke-Schäferei, Kaufmann W. Fuerstenberg, Dr. Goburek, Seifenfabrikant Große, Uhrmacher Hermann, Kommerzienrat Jabs, Partikulier Jandin, Kaufmann S. Loewenstein, Gutsverwalter Ogilvie-Warrischken, Post, Rademacher-Winge*), Reimer-Adl. Schilleningken und Kaufmann Fr. Schütz angehörten. Die Regierung erließ sofort eine Verfügung in Betreff unbefugter Kollekten; die Polizei drohte an vielen Orten jedes Blatt, welches Anzeigen oder Mitteilungen über diesen Nationalfonds bringen würde, sofort mit Beschlag belegen zu wollen, sah sich jedoch genötigt dann diese Maßregel wieder zurückzunehmen. Die Tilsiter Sammlung ergab binnen

*) Der spätere nationalliberale, dann freikonservative Abgeordnete für Tilsit-Niederung (1882—1888), gestorben 1890.

wenigen Wochen eintausend zweihundert Thaler. Gegen 4 Komiteemitglieder, Dr. Goburek, Post, Loewenstein und Fr. Schütz, sowie gegen 6 Personen aus dem Ragniter Kreise, unter denen sich der Rechtsanwalt Jordan, jetzt Justizrat in Tilsit, befand, verhängte der Polizeirichter eine Strafe von je 1 Thaler. Der Kriminal-Senat des Königl Appellationsgericht in Insterburg bestätigte das Erkenntnis der ersten Instanz, während das Appellationsgericht zu Marienwerder in einer völlig gleichen Sache das Erkenntnis des Polizeirichters verwarf und die Angeklagten freisprach.

Das Haus der Abgeordneten wurde, ohne daß der Staatshaushalt für 1863 fertiggestellt war, am 27. Mai 1863 geschlossen, und durch Allerhöchste Verordnung vom 2. September 1863 aufgelöst. Am 1. Juni erschien die berühmte Preßordonnanz, d. h. eine königliche Verordnung, wonach die Verwaltungs-Behörden befugt sein sollten, Zeitungen, deren Haltung im Ganzen genommen die öffentliche Wohlfahrt gefährden, nach zweimaliger Verwarnung zeitweise oder dauernd zu verbieten. An die Stelle der Gerichte trat die Verwaltung: die regierungsfeindliche Tendenz eines Blattes, also die politische Gesinnung seines Redakteurs, sollte fortan an dem Verleger desselben durch die Vernichtung seines Eigentums geahndet werden. — Die erste und dringendste Pflicht der freisinnigen Tagesblätter war nun die Pflicht der Selbsterhaltung im Interesse der Verfassungspartei. Trotz dieser Vorsicht konnte das „Gemeinnützige Wochenblatt" dem Verhängnis doch nicht entgehen: die erste Verwarnung wurde ihm bereits am 17. Juni, die zweite am 7. November erteilt. Das Damoklesschwert der gänzlichen Unterdrückung schwebte über seinem schuldigen Haupt.*)

*) Die Preßverordnung vom 1. Juni stand im November 1863 vor ihren zuständigen Richtern, vor dem Herrenhause und dem Hause der Abgeordneten. Das erstere erteilte am 18. November, trotzdem der Breslauer Professor Tellkampf, gestützt auf die juristischen Gutachten der ersten Autoritäten Deutschlands, ihre Verfassungswidrigkeit nachwies, der Preßverordnung nicht nur die nachgesuchte Genehmigung, sondern erklärte auch „daß es ein dringendes Bedürfnis zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der staatlichen Ordnung sei, die Verordnung so

In diese Zeit fiel die Reise des Kronprinzen Friedrich Wilhelm in verschiedene Provinzen, so auch nach Preußen. Diese bot den ebenso verfassungstreuen wie loyalen Provinzen Gelegenheit, ihre Stimme unverfälscht zum Ohre desjenigen dringen zu lassen, der nach dem Könige selbst das höchste persönliche Interesse an der Erhaltung des Staates und der Dynastie hatte.

Auf Antrag des Magistrats war eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten zum 8. Juni anberaumt, um über den Empfang Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen Beschluß zu fassen. Die Versammlung begrüßte ihr Mitglied, den Abgeordneten Post, der nach dem Schluß des Landtags wieder zum ersten Male in der Sitzung anwesend war, durch Erheben von ihren Sitzen. Auf Wunsch des Magistrats wurde in geheimer Sitzung darüber beraten, ob die Verhandlungen bei geschlossenen Thüren stattzufinden hätten. Die Versammlung beschloß einstimmig die Beibehaltung der Öffentlichkeit und lehnte darauf wieder einstimmig jede Beteiligung bei dem Empfange des Kronprinzen ohne alle Debatte ab. Der Oberbürgermeister sollte mit 2 oder 3 Mitgliedern des Magistrats die allerhöchsten Herrschaften namens der Stadt begrüßen. Gleichzeitig beschloß die Versammlung auf den Antrag mehrerer Stadtverordneten bei namentlicher Abstimmung einstimmig die Absendung folgender Petition an Se. Majestät den König:

---

lange in Wirksamkeit zu erhalten, bis mit Zustimmung beider Häuser des Landtages anstatt derselben andere gesetzliche Bestimmungen in Wirksamkeit treten könnten." — Das Abgeordnetenhaus versagte nach dem Antrag des Referenten, Abgeordneten Dr. Simson und nach einer meisterhaften Rede des Abgeordneten Dr. Gneist am 19. November der Verordnung seine Genehmigung mit 278 gegen 39 Stimmen und erklärte: 1) die Verordnung vom 1. Juni 1863 war weder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit noch zur Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes erforderlich. 2) Eine Beschränkung der Preßfreiheit konnte auf dem Wege der Verordnung überhaupt nicht erfolgen. 3) Die Verordnung vom 1. Juni ist auch ihrem Inhalt nach der Verfassung zuwider laufend. (Nr. 3 mit 269 gegen 46 Stimmen.)

Eine Königl. Verordnung vom 21. November 1863, welche auf Antrag des Staatsministeriums erlassen wurde, hob die Preßverordnung vom 1. Juni auf.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Allergnädigster König und Herr!

Von den fernsten Ostgrenzen Ew. Majestät getreuen Königreichs treten wir ehrfurchtsvoll vor den Thron, um eine heilige Pflicht gegen unsere Stadt und gegen das teure Vaterland zu erfüllen.

Durch Eröffnung der Königsberg-Kownoer Eisenbahn gelähmt, hatte unser Handelsverkehr kaum neue Bahnen zu suchen angefangen, als er durch den Ausbruch der bedauernswerten Unruhen im benachbarten Kaiserreich und namentlich durch die Haltung, welche Ew. Majestät Minister denselben gegenüber angenommen, von neuem unterdrückt und zerrüttet wurde, so daß unser Ort kaum hoffen darf, sich von diesen gewaltigen Schlägen zu erholen.

Jede Hoffnung auf Rückkehr besserer Zustände schwindet mehr und mehr, je weiter die Minister Ew. Majestät auf der betretenen gefahrvollen Bahn vorschreiten. Jene Konvention mit Rußland, deren schwerwiegende Folgen wir je länger je mehr in Handel und Wandel spüren, die Schließung des Landtages vor gesetzlicher Feststellung des Budgets, die neueste Verordnung, welche die verfassungsmäßig zugesicherte Freiheit der Presse vernichtet und das Eigentum einer großen Klasse Gewerbetreibender schädigt — sie widersprechen den Interessen des Landes und untergraben völlig das im Volke lebendige Rechtsbewußtsein, auf dem allein das dauernde Heil der Krone und des Landes beruht.

Allergnädigster König und Herr!

Ew. Majestät haben das erhabene Wort ausgesprochen: „Preußens Könige leben in und mit Ihrem Volke. Preußens Könige haben ein warmes Herz für die wahren Bedürfnisse des Landes."

In unerschütterlichem Vertrauen auf dieses Königliche Wort wagen wir es, in Vorahnung der Wieder-

kehr jener schmerzlichen Zeit, welche dem unheilvollen Frieden voranging, der unserer Stadt eine so traurige Berühmtheit gegeben, gestützt auf § 32 unserer Verfassung, dem Throne Ew. Majestät mit der ehrfurchtsvollen Bitte zu nahen,

durch Ernennung verfassungstreuer Männer zu Räten der Krone und durch baldige Wiedereinberufung des Landtags dem tief beunruhigten Lande seinen Frieden wiederzugeben und damit auch unserer schwer geprüften Stadt die Bahnen zu neuer Wohlfahrt zu eröffnen.

In tiefster Ehrfurcht verharren wir Ew. Königlichen Majestät allerunterthänigste, treugehorsamste

Tilsit, den 8. Juni 1863.

Die Stadtverordneten.

(Folgen die Unterschriften.)

Der Magistratskommissarius suchte die sofortige Ausführung des Beschlusses zwar zu hindern, indem er aus § 36 der Städteordnung herzuleiten suchte, daß die Stadtverordneten ihre Beschlüsse nie selbst zur Ausführung bringen dürften, wurde aber aus der bisherigen Praxis und § 47 der Städteordnung widerlegt, wonach nicht unbedingt alle Beschlüsse dem Magistrat zur Ausführung überwiesen werden müssen. Der Magistrat lehnte es dann in seiner Sitzung vom 9. Juni mit 5 gegen 4 Stimmen ab, sich der von den Stadtverordneten beschlossenen Petition an Se. Majestät anzuschließen. Drei liberale Magistratsmitglieder waren verhindert gewesen, der Sitzung beizuwohnen.

Der Kronprinz und seine Gemahlin trafen auf ihrer Rundreise am 14. Juni bald nach 6 Uhr Abends mit dem Dampfboote „Schnell" hier ein. Am Landungsplatze, der mit grünen Laubgewinden geschmückt war, war ein kleiner verdeckter Pavillon erbaut, unter dem eine Anzahl älterer und jüngerer Damen sich zum festlichen Empfange aufgestellt hatten. Auch waren die Spitzen der städtischen Behörden und der Regierungspräsident v. Kries anwesend. Zu Wagen

begaben sich die hohen Reisenden mit ihrem Gefolge nach dem zu ihrem Absteigequartier bestimmten „Hotel de Russie.“ Abends beehrten sie eine Soiree bei dem Kommandeur des Dragoner-Regiments mit ihrer Anwesenheit; in der Frühe des folgenden Tages fand auf dem Anger die Besichtigung der Truppen statt; dann fuhr der Kronprinz nach Piktupönen und setzte von dort zurückgekehrt, 11 Uhr Vormittags seine Reise nach Gumbinnen über Trakehnen fort.

Die Behörden fuhren im Laufe des Sommers fort, die liberale Partei zu drangsalieren. Da die Tageszeitungen sich die äußerste Zurückhaltung auferlegen mußten, um sich der Partei für bessere Zeiten erhalten zu können, versuchte man Aufklärung über die politische Lage durch besondere Flugblätter unter den Wählern zu verbreiten. Diese verfielen in der Regel der Beschlagnahme durch die im Auftrage der Regierung handelnde Polizei. So wurde ein im Post'schen Verlage erschienenes Flugblatt „Petitionsrecht und Petitionspflicht“ am 4. Juli mit Beschlag belegt, dann freilich von dem hiesigen Kreisgericht und am 11. August auch von dem Appellationsgericht zu Insterburg freigegeben. — Eine von vielen Urwählern und Wahlmännern an Se. Majestät den König abgesandte Adresse wurde aus dem Kabinet ohne weitere Bestimmung an den Minister des Innern abgegeben; die Lehrer der hiesigen höhern Schulen, welche in großer Zahl die Petition unterschrieben hatten, wurden von dem Provinzial-Schulkollegium mit einem Verweise „wegen unehrerbietigen und unziemenden Verhaltens gegen die Regierung“ belegt.

Das Abgeordnetenhaus, das am 27. Mai geschlossen war, wurde wie bereits erwähnt, am 2. September 1863 durch Allerhöchste Verordnung aufgelöst. Das Ministerium sah in den bevorstehenden Wahlen „die Gelegenheit für das preußische Volk, seiner patriotischen Gesinnung in denselben einen offenen Ausdruck zu geben.“

Die Wahlen zur VIII. Legislaturperiode.

3. November 1863 bis 9. Mai 1866.

Da der Abgeordnete Rechtsanwalt Schwarz in Berlin ein ferneres Mandat nicht anzunehmen in der Lage war, so konnte die sonst im ganzen Lande ertönende Parole „Wiederwahl" in dem Wahlkreise Tilsit-Niederung nicht volle Geltung finden; eine von mehr als 400 Personen aus Stadt und Land besuchte Urwähler-Versammlung am 2. Oktober nahm neben Post als zweiten Abgeordneten den Gutsbesitzer John Reitenbach-Plicken oder wenn dieser eine Wahl nicht annehme, den Apotheker Hermann Wächter in Tilsit in Aussicht.

Da ein konservatives Wahlkomitee in Tilsit nicht zustande zu bringen war, so ließ der unermüdliche Vorkämpfer der ministeriellen Partei, der Geh. Justizrat Behr*), in den Blättern seine Stimme erschallen. Er forderte in einem Aufrufe vom 12. Oktober zur Wahl solcher Wahlmänner auf, „welche eine ungeheuchelte Liebe zu unserm Königlichen Herrn, zum Vaterlande und der Verfassung desselben im Herzen tragen" und versprach, daß den Wahlmännern rechtzeitig Männer zur Auswahl vorgeschlagen werden würden, die sich nach seiner und seiner Gesinnungsgenossen Ansicht vorzugsweise zu Abgeordneten eignen. Als solche wurden dann in den Blättern vorgeschlagen: Bürgermeister a. D. v. Goellnitz, Gutsbesitzer Dreßler-Adl. Linkuhnen, Wasserbau-Inspektor Fütterer, Partikulier Reimer, Landrat Schlenther, Stadt-Syndikus Schlenther, Justizrat Oberkampf, Polizeirat Schlimm. Bei den Urwahlen am 20. Oktober erhielt der Führer der Konservativen, Justizrat Behr, in seinem Wahlbezirke nur 2 Stimmen, von denen die eine seine eigene war. In Tilsit gehörten sämtliche Wahlmänner der Fortschrittspartei an. Bei der Abgeordnetenwahl am 28. Oktober wurde der bisherige Abgeordnete P o st mit 263 Stimmen wiedergewählt; sein Gegenkandidat Landrat Schlenther erhielt 115 Stimmen, außerdem erhielten Landrat v. Sanden-Heinrichs-

---

*) Ein Lebensbild des Mannes ist in A. T.'s B. II, S. 254 ff. gegeben.

walde 2, Landschafts-Direktor Brämer-Ernstberg und Gutsbesitzer Prieß-Wahlenthal je eine Stimme. Im zweiten Wahlgange wurde Apotheker H. Wächter mit 268 Stimmen gewählt; Landrat Schlenther erhielt 102 Stimmen, Pfarrer Pipirs-Inse und Landrat v. Sanden je 2 Stimmen. — Das Haus der Abgeordneten zählte 143 von der deutschen Fortschrittspartei, 110 vom linken Zentrum, 9 Konstitutionelle, 26 Polen, 26 Katholiken und 38 Konservative.

Hermann Wächter.

Als der um Tilsit in jeder Beziehung hochverdiente Kommerzienrat Johann Wächter am 6. Oktober 1853*) nach einem 67jährigen Leben voll rastloser, erfolgreichster Thätigkeit abgerufen wurde, hinterließ er nur einen Sohn; von 11 Kindern waren ihm 10, zum Teil in erwachsenem Alter vorangegangen. — Hermann Wächter, geboren am 17. April 1822, besuchte das Gymnasium zu Tilsit, erlernte den Beruf seines Vaters und zwar wie dieser in der alten Hagen'schen Hofapotheke zu Königsberg, studierte dann in Berlin und legte dort auch 1844 seine Staatsprüfung ab; dann nahm er eine Stellung in einer Apotheke zu Putbus auf Rügen an. Mit 25 Jahren trat er in das große weitverzweigte Geschäft seines Vaters ein und übernahm speziell die Leitung der Apotheke. Am 16. Juli 1847 vermählte er sich mit Elise Temme, der Tochter des Land- und Stadtgerichts-Direktors Temme zu Tilsit, der im Mai 1848 als Staatsanwalt bei dem Kriminalgericht nach Berlin ging.**) Hermann Wächter war von schwächlicher Gesundheit und mußte öfter Stärkung und Heilung in Bädern suchen, so 1847 und 48 in Ems, 1850 in Pau in den Niederpyrenäen; den Winter 1851 brachte er mit seiner Familie in Tours, 1853/54 auf der Insel

---

*) Nicht 1855, wie sowohl in A. T.'s B. II, S. 112 und IV, S. 232 als auch in der kurzen Biographie bei Besprechung der Wahlen zur Ersten Kammer 1850 infolge eines Druckfehlers zu lesen steht.

**) Biographie Temme's in A. T.'s B. II, S. 259—275.

Madeira zu, später war er abwechselnd in der Schweiz, Ems, Meran und anderen Kurorten.*)

*) Auf der Rückreise von Tours 1851 hatte Wächter seine Familie zu seinem Schwiegervater Temme vorausgeschickt, der damals, nachdem er als Mitglied des deutschen Parlaments und Teilnehmer am Stuttgarter Rumpfparlament unter der Anklage des „Hochverrats gegen den deutschen Bund“ neun Monate gefangen gehalten, vom Schwurgericht freigesprochen, dann aber im Februar 1851 seines Amtes als Oberlandes-Vizepräsident in Münster ohne Pension entlassen worden war, sich und die Seinigen als Redakteur der „Oder-Zeitung“ in Breslau ernährte; Wächter selbst passierte bei Aachen die preußische Grenze. Die Umstände, unter denen dies geschah, sind zu charakteristisch für die damalige Polizeiwirtschaft und Verschwörungsriecherei und für die Verfolgungen, denen Temme ausgesetzt war, als daß wir sie hier übergehen sollten. Waren diese doch die Veranlassung, daß auch die Familie Wächter ihren Wohnsitz auf dem freien Boden der Schweiz nahm. Temme erzählt darüber in seinen Erinnerungen (S. 455 ff.): „Mein Schwiegersohn, der Kaufmann Wächter zu Tilsit, hatte um seiner Gesundheit willen sich mit seiner Familie längere Zeit im südlichen Frankreich aufhalten müssen. Seine Familie war vor ihm abgereist, er kam später allein nach. Schon bei Betretung des Preußischen Gebiets in Aachen war ihm etwas aufgefallen. Als er seinen Paß übergiebt, sieht er, wie der Polizeibeamte beim Durchlesen stutzt, den Paß dann einem an einem besonderen Tische sitzenden Beamten mit einem Winke übergiebt, wie auch dieser Beamte stutzt, auf einem Papier etwas notiert, dann den Paß an den ersten Polizeibeamten zurückgiebt, der ihn nun meinem Schwiegersohn wieder aushändigt. Mein Schwiegersohn findet in und an dem Papier nichts, was ihm auffällt, wird nicht weiter belästigt, denkt nicht mehr an die Sache.

„Aber in dem Passe stand: „reist mit seiner Frau, geborenen Temme“, und mein Schwiegersohn hatte sich acht Tage in Paris aufgehalten, und als er in Berlin ankommt, wo er im Gasthofe sofort seinen Paß zur Weitersendung an die Polizei abgeben muß, findet sich nach kaum einer Viertelstunde ein Polizeibeamter in seinem Zimmer mit seinem Passe ein, und es spielt sich nun folgende Scene ab.

„Sie sind der Herr Wächter aus Tilsit? fragt der Beamte. — Mein Schwiegersohn bejaht. — Wie können Sie beweisen, daß Sie der Herr Wächter sind? fragt der Beamte weiter. — Mein Paß beweist es. — Sie müssen sich als der rechtmäßige Inhaber des Passes legitimieren. — Mein Paß legitimiert mich; dafür sind die Pässe da. — Ich muß eine andere Legitimation von Ihnen haben. Verschaffen Sie mir die nicht, so muß ich Sie arretieren. — Mit welchem Rechte? — Mein Befehl lautet so.

„Wer setzt sich gern der Arretierung, dem Hinschleppen zur Polizei, zumal am hellen Tage durch die Straßen einer Stadt aus, in der man zudem viele Bekannte hat?

„Mein Schwiegersohn hatte einen Verwandten in Berlin, der kaum hundert Schritte von seinem Gasthofe wohnte; der Verwandte werde ihn rekognoscieren, sagt mein Schwiegersohn; er wolle nach ihm schicken. — Zeugen, erwiderte der Beamte, darf ich ohne besondern Befehl nicht abhören. Wenn Sie sich nicht anders legitimieren können, muß ich Sie zum Polizeipräsidium abliefern. Indes haben Sie nicht irgend einen Brief bei sich, der Ihre Adresse trägt? Ich würde mich damit begnügen können.

Von Madeira rief ihn der Tod seines Vaters (Oktober 1853) zurück. Er übernahm die Apotheke und im Verein mit seinem Stiefbruder, dem spätern Kommerzienrat (seit 1861) Ferdinand Jabs und mit seiner Mutter, der Frau Kommerzienrat Emilie Wächter als Teilhaber der Firma Johann Wächter die Fabriken in Emilienhof. (Vergl. A. T.'s V. IV, S. 228—236.) Trotz seines leidenden Zustandes lieh er seiner Vaterstadt als Stadtverordneter, als Mitglied des Magistrats und des Kreistags, als Vorsitzender des Kuratoriums der Heilanstalt und später der Gasanstalt bereitwillig seine Dienste und folgte auch 1863 dem Rufe der freisinnigen Wahlmänner des Wahlkreises, die ihn mit Adolf Post zusammen zum Abgeordneten für Tilsit-Niederung wählten. Er gehörte dem Hause und zwar als Mitglied der Fortschrittspartei 1863—66 an. Nachdem er 1872 seine silberne

---

„Mein Schwiegersohn geht arglos darauf ein, zieht seine Brieftasche hervor, in der er mehrere an ihn gerichtete Briefe hat, namentlich von seinem Vater aus Tilsit. Sie will er dem Beamten vorzeigen. Aber er hat an polizeiliche Listen und an polizeiliche Gewalt und an den Herrn v. Hinckeldey und an seinen Schwiegervater in Breslau nicht gedacht. In dem Augenblicke, da er die Brieftasche hervorzieht, hat der Beamte der Polizei sie ihm schon entrissen und — Mensch, mußte ich meinen Schwiegersohn, als er es mir erzählte, unterbrechen, schlugst Du den Mann nicht nieder? — Aber ich hatte nicht bedacht, daß mein Schwiegersohn damals ein armer Brustkranker war und der Polizeibeamte war ein baumstarker bewaffneter Gesell, der wahrscheinlich auch noch seinen Gendarmen vor der Thür stehen hatte. So mußte er geschehen lassen, daß der Polizeibeamte Stück für Stück alle Papiere der Brieftasche öffnete und mit Begierde durchlas. Der Mann fand nicht, was er suchte. Als er mit Suchen und Lesen zu Ende war, gab er meinem Schwiegersohne alles zurück, erklärte, daß er dessen Legitimation vollkommen anerkenne und ihn durchaus nicht weiter aufhalten wolle, wurde dabei nach der Natur solcher Menschen offenherzig und entdeckte die Veranlassung seines Überfalls oder seiner Mission.

„Durch den Namen Temme in seinem Paß war in Aachen die Polizei in der That zuerst auf meinen Schwiegersohn aufmerksam geworden. Er war schon im Jahre vorher vierzehn Tage lang in London (zur damaligen Weltausstellung) von Pau aus gewesen; er hatte sich jetzt wieder acht Tage in Paris aufgehalten; er war mein Schwiegersohn; er reiste zu mir nach Breslau. Was lag für ein Polizeigemüt näher, als der Gedanke: er hat von den Revolutionären in London und Paris Schriften an den Verschwörer Temme bei sich; sie werden uns eine ganze Verschwörung, ein entsetzliches Attentat an den Tag bringen! Der Herr v. Hinckeldey und sein Emissär suchten sich auf jene Weise in den Besitz jeder Briefe zu setzen. Sie fanden nichts."

Hochzeit gefeiert hatte, verlor er 1874 und 1877 zwei erwachsene Töchter und im November 1880 einen Sohn Bruno, der die Apotheke verwaltete, im 29. Lebensjahre durch den Tod. Im Jahre 1878 von schwerer Krankheit heimgesucht, legte er seine Ämter nieder und entschlief am 2. Mai 1881 im 60. Lebensjahre in Tilsit an einem Gehirnleiden. Seine Witwe siedelte nach Zürich über, wo Temme seit 1852 als Professor in der staatswissenschaftlichen Fakultät lebte und behielt auch ihren Wohnsitz dort, als ihr Vater am 14. November 1881 starb. Der einzige überlebende Sohn Hermann Wächter's, Dr. jur. Hermann Wächter, lebt daselbst als Advokat. — Die Grüne Apotheke ging 1889 in den Besitz des Apothekers Georg Böhmer über, der dieselbe schon seit Wächters Tode in Pacht gehabt hatte.

Die Wahlen zur IX. Legislaturperiode.

5. August 1866 bis 22. September 1867.

Das Abgeordnetenhaus wurde am 9. Mai 1866 aufgelöst, als der Krieg Deutscher gegen Deutsche unvermeidlich war. Die Neuwahlen fanden statt, als unsere Armee schon in Böhmen im Kampfe stand.

Zum ersten Male hatte sich in Tilsit ein Komitee konservativer Männer zusammengefunden, welches der Wahlmännerliste der Fortschrittspartei eine eigene Liste gegenüber stellte. Es waren dies die Herren Partikulier L. Braemer, Kreiskassenrendant Dodillet, Oberlehrer Heydenreich, Apotheker Klein (Abgeordneter für Tilsit-Niederung 1858 bis 1861), Kaufmann Millauer, Grundbesitzer und Rendant Rautenberg, Maurermeister Reitmeyer, Obristlieutenant a. D. Rosenberger, Landrat Schlenther und Möbelfabrikant Schulz. — Von den 66 am 25. Juni gewählten Wahlmännern der Stadt Tilsit gehörten 60 der entschieden liberalen Partei an. Der Geh. Justizrat Behr, der damals in Senteinen (Drangowsky) wohnte, fiel trotz seiner vielfachen Ansprachen, die er in Flugblättern und Zeitungen veröffentlicht hatte, in der dritten und auch in der zweiten Abteilung mit großer Majorität

durch. Gewählt wurden am 3. Juli 1866, da auf dem Lande die Lüge, daß die Fortschrittspartei den Krieg und somit die augenblickliche Arbeitslosigkeit verschuldet habe, Glauben fand, die ministeriellen Kandidaten Landrat Schlenther mit 214 gegen 185 Stimmen, die der Landschafts-Direktor Gamradt-Neuhoff (Abgeordneter für Tilsit-Niederung 1853 bis 1855 und 1858 bis 1861) erhielt, während eine Stimme erst „Gott dem Allmächtigen, der die Herzen der Fürsten lenkt" und dann dem Prinzen Karl gegeben wurde, und Regierungsrat v. Zander in Gumbinnen, der den früheren Abgeordneten Post mit 198 gegen 193 Stimmen schlug. Eine Stimme erhielt wiederum Prinz Karl, und eine Stimme Pfarrer Neiß-Kaukehmen.

Am 5. August 1866 ward der Preußische Landtag eröffnet. Die Konservativen erschienen in einer Stärke von 123 Mitgliedern im Abgeordnetenhause, daneben eine freikonservative Vereinigung von 19 Mitgliedern. Die Fortschrittspartei zählte nur noch 83, das linke Zentrum 65 Mitglieder; die Altliberalen hatten sich auf 26 vermehrt; das katholische Zentrum hatte 15, die Polen 21 Mitglieder.

Gegen die Wahl der beiden konservativen Abgeordneten für Tilsit-Niederung waren mehrere Proteste eingelaufen welche der Berichterstatter, Abgeordneter Krieger-Berlin (Regierungsrat in Potsdam, Fortschritt), unter lebhaftester Heiterkeit des Hauses verlas. Nach hartem Kampfe wurde mit einer Majorität von 10 Stimmen die Wahl des Abgeordneten Schlenther für gültig, die Wahl des Regierungsrat v. Zander dagegen fast einstimmig für ungültig erklärt: Das „Wochenblatt" veröffentlichte in seiner Nr. 110 vom 15. September 1866 auf 6 Folioblättern den stenographischen Bericht über jene Sitzung. Derselbe ist deshalb von großem Interesse, weil ganz ähnliche Vorkommnisse, wie sie in den zahlreichen Protesten mitgeteilt und unter Beweis gestellt waren, sich fast bei jeder Wahl bis in die neueste Zeit wiederholen. Der Regierungsrat v. Zander wurde infolge der bei seiner Wahl vorgekommenen Unregelmäßigkeiten von

Gumbinnen an die Königl. Regierung zu Stettin versetzt. Für die Neuwahl am 19. Oktober wurde von liberaler Seite wiederum der frühere Abgeordnete des Wahlkreises (1853 bis 1855 und 1859 bis 1861), Landschaftsdirektor Gamradt-Neuhoff aufgestellt. Die „Tilsiter Zeitung" verlangte, daß der neu aufzustellende Kandidat der Meinung der liberalen und konservativen Partei in einer Person Ausdruck geben müsse. Diese Aufgabe zu lösen hatte sich das Wahlkomitee außer stande gesehen. Gewählt wurde Regierungsrat v. Zander-Stettin mit zwei Stimmen über die absolute Majorität. Fast 50 Wahlmänner fehlten, darunter liberale Wahlmänner aus der Stadt und nächsten Umgegend. Das Wahllokal war wie bisher die deutsch-lutherische Kirche, an deren Stelle bei der Wahl von 1873 der große Saal der Bürgerhalle, später der gänzlich unzureichende Saal zu Jakobsruhe gesetzt wurde.

Heinrich Schlenther.

Joh. Eduard Heinrich Schlenther wurde am 5. März 1821 als der Sohn des Landrats Joh. Ed. Heinr. Schlenther, Rittergutsbesitzer auf Baubeln (geb. 1794, gest. 1858) geboren, von welchem ein kurzes Lebensbild im zweiten Bande von A. T.'s V., S. 209—212 gegeben ist. Er empfing seine Bildung auf dem Gymnasium zu Tilsit, das er Michaelis 1840 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Er studierte 1840 bis 1843 zu Berlin und Heidelberg die Rechte, war von 1850 bis 1853 Kreisrichter in Insterburg und wurde im Herbst 1853 als Richter am Kreisgericht zu Tilsit angestellt. Als durch den Tod des Landrats (und ehemaligen Polizeipräsidenten von Königsberg) Lauterbach, der nach der Verabschiedung des Landrat Schlenther (1. April 1852) den Kreis bis zu seinem Tode am 13. Juni 1858 verwaltet hatte, dieses Amt erledigt wurde, wurde am 3. September 1858 der Kreisrichter Schlenther mit 13 Stimmen durch die Kreisstände gewählt, während seine Gegenkandidaten Ökonomierat Frank-Paßelgsten und Rittergutsbesitzer Reimer-Schilleningken

11 Stimmen erhielten. Im Jahre 1884 zum Geh. Regierungsrate ernannt und durch die Verleihung des Roten Adler-Ordens III. Klasse ausgezeichnet, legte er 1889 sein Amt nieder und lebt seitdem auf seinem Gute Baubeln. Sein Nachfolger im Landratsamte wurde sein Sohn, Gerichtsassessor Wilhelm Schlenther, der den Kreis zunächst kommissarisch verwaltete. Als Abgeordneter 1866/67 und 1867—70 gehörte er der konservativen Fraktion an. Als Landrat hat Schlenther zwar stets selbst in den Jahren des Verfassungskonflikts und des Bismarck'schen Regiments der 80er Jahre fest die Politik der Regierung vertreten, hat aber niemals so schroff wie wohl andere Regierungsbeamte der Provinz Ostpreußen die liberale Partei bekämpft. Er erfreute und erfreut sich daher auch bei den politischen Gegnern der höchsten Achtung, wie dies das bei seinem Abschied von den Kreisvertretern und zahlreichen Kreiseingesessenen aller Parteien veranstaltete Fest auf's Deutlichste bekundete.

Fritz v. Zander

geboren am 22. Juli 1824 zu Königsberg als Sohn des höchsten Justizbeamten der Provinz, des Kanzlers des Königreich Preußen Dr. v. Zander. Er war Assessor bei der Regierung zu Gumbinnen, als ihm kommissarisch die Leitung der Wasserbauten bei dem Seckenburg-Linkuhner Deichverbande übertragen wurde, jedenfalls vor 1859; denn bei der feierlichen Grundsteinlegung zu den Entwässerungswerken bei Petricken am 11. August 1859 war v. Zander als „Königl. Ministerial-Kommissarius" anwesend. Zum Regierungsrat ernannt, wurde er am 3. Juli 1866 mit 198 gegen 193 Stimmen zum Abgeordneten für Tilsit-Niederung gewählt. Die Wahl wurde vom Hause am 4. September 1866 fast einstimmig für ungültig erklärt. v. Zander wurde infolge dessen Anfang Oktober an die Regierung zu Stettin versetzt, von einem „namenlosen, unbekannten Wahlkomitee", d. h. von dem Kreis-Kassen-Rendanten Dodillet und dem Justizrat Behr in Drangowski-Senteinen aber wieder auf-

gestellt und am 19. Oktober wirklich gegen den Fortschrittsmann Gamradt-Neuhoff-Szillen mit zwei Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt. Er trat der konservativen Partei bei. Mit einer Stimme über die absolute Mehrheit gewählt vertrat v. Zander den Wahlkreis auch in der X. Legislaturperiode 1867—70; doch wurde wegen seiner Versetzung als Amts- resp. Kreishauptmann nach Wöltingerode in der Provinz Hannover sein Mandat am 18. Dezember 1869 für erloschen erklärt und eine Neuwahl nicht vorgenommen, da das Haus nur bis zum 12. Februar 1870 tagte. Als der Vertreter des 18. Hannoverschen Wahlkreises (seit 1867), der national-liberale Hofbesitzer Jordan im Mai 1874 starb, wurde Kreishauptmann v. Zander bei 84 von 168 Stimmen durch's Los gegen den national-liberalen Rentner Mackensen in seine Stelle gewählt und vertrat diesen Wahlkreis in der 2. und 3. Session (1875—76) der XII. Legislaturperiode als Mitglied der freikonservativen Fraktion. Bei der Neuwahl 1877 unterlag er seinem national-liberalen Gegenkandidaten Mackensen mit 74 gegen 112 Stimmen. Er starb Anfang Dezember 1880 plötzlich am Herzschlage.

Die Gründung der nat.-lib. Partei 1866/67.

Am 17. November 1866 bildete sich im Abgeordnetenhause die „neue Fraktion der nationalen Partei", die im zweiten Abschnitt der Landtagssession eine durchweg freundschaftliche Stellung zur Fortschrittspartei einnahm. Sie erwarb bei den Wahlen zum konstituierenden norddeutschen Reichstage am 12. Februar 1867 70 Sitze und nahm jetzt den zuerst von den Hannoveranern gewählten Namen der national-liberalen Partei an.

Die Wahlen zum konstituierenden norddeutschen Reichstage.

Am 12. Februar 1867 fanden die Wahlen für den konstituierenden norddeutschen Reichstag auf Grund des gleichen direkten und geheimen Wahlrechts unter

lebhafter Beteiligung statt. In Stadt Tilsit erhielt der liberale Kandidat Gutsbesitzer Reimer-Schilleningken 1115, der konservative Graf Keyserling-Rautenburg 702 Stimmen, während 29 ungültig waren oder sich zersplitterten. Reimer erhielt aus dem Tilsiter Kreise 2636, aus dem Niederunger Kreise 2624, zusammen 5260, während für Graf Keyserling 4724 und 3537, zusammen also 8261 Stimmen abgegeben wurden. Somit war Graf Keyserling gewählt.

Graf Otto Johann v. Keyserling-Rautenburg.

Biographische Mitteilungen über Graf Keyserling sind bereits aus Anlaß der Wahl dieses Mannes in das Frankfurter Parlament am 29. Mai 1848 an einer früheren Stelle dieser Arbeit gegeben. Er war bei seiner Wahl in den norddeutschen Reichstag ein Mann von fast 65 Jahren.

Die norddeutsche Bundesverfassung wurde am 16. April 1867 im konstituierenden Reichstage, am 11. Mai im Abgeordnetenhause in dritter Lesung mit 227 gegen 93 Stimmen angenommen.

Der konstituierende Reichstag wurde am 17. April 1867 geschlossen und die Neuwahlen auf den 31. August ausgeschrieben.

Die Wahlen zum norddeutschen Reichstage.

I. (und einzige) Legislaturperiode vom 10. September 1867 bis 10. Dezember 1870.

Die Neuwahlen zum Reichstage wurden von der Erbitterung beherrscht, welche aus den Beratungen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses über die Reichsverfassung zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei zurückgeblieben war. Auch in Tilsit platzten die Geister bei den Vorbereitungen auf die Wahlen aufeinander. In einer Versammlung, welche der Geschäftsführer des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei, Post, zusammenberufen hatte, trat der Redakteur der „Tilsiter Zeitung", Tolksdorf, als Wortführer der nationalliberalen Partei auf, bezeichnete die

Einberufung der zur Fortschrittspartei gehörigen Wähler als einen politischen Fehler und verlangte Einberufung einer neuen allgemeinen liberalen Versammlung. Man wählte ein Komitee (Buscke-Schäferei, Dams, Kroecker, Dr. Nagel, Ogilvie-Warrischken, Post, Reimer-Schilleningken, C. Rohrmoser) und beschloß diesem die Verhandlungen mit der national-liberalen Partei, sobald sich eine solche am Orte konstituiert haben würde, zu überlassen. Dies geschah jedoch nicht, so daß die national-liberale Partei in Tilsit vorläufig ein wesenloses Phantom blieb. Das Wahlkomitee schlug nach langen und eifrigen Verhandlungen den Rechtsanwalt Kuwert, damals in Kaukehmen, den liberalen Wählern als Reichstagskandidaten vor. Von konservativer Seite erging die Aufforderung an die Nationalliberalen, mit der konservativen Partei gemeinschaftliche Sache zu machen und die Kandidatur des feudalen Herrenhaus-Mitgliedes, Grafen Keyserling-Rautenburg, nach Kräften zu fördern. Doch ist es wohl nicht glaublich, daß irgend ein Wähler, der auch nur einen Funken von Liberalismus in sich spürte, diesen Lockungen gefolgt sei. Dennoch wurde durch Polizeibeamte, Schulzen, Exekutoren u. s. w. eifrig eine Ansprache des „Wahlkomitees der national-liberalen und konservativen Parteien" zu Gunsten der Wahl des Grafen Keyserling verbreitet. Unterzeichnet war der Aufruf von Geh. Justizrat Behr-Drangowski, dem von Bewohnern Tilsit's die Namen Barth, Cornelius, Dodillet, Heydenreich, Kleffel, Knippel, Millauer, C. Peters, J. Papendieck, Rautenberg, Schackner, Schaack, Schneider, A. Stahl und Treutler folgten. Ein „Nationalliberaler" war unter diesen Männern nicht. Die angebliche Vereinigung der Nationalliberalen mit den Konservativen war also nichts als eine Leimrute, um Ängstliche und Einfältige darauf zu fangen. Leider erfolgte aber von wirklich national-liberalen Männern kein Protest, eine Folge ihrer fehlenden Organisation.

Die Wahlen fanden bei sehr geringer Beteiligung statt. Während im Februar von etwa 3200 Wählern in Tilsit

noch fast 1900 ihr wichtigstes und heiligstes Bürgerrecht ausgeübt hatten, wurden am 31. August nur 920 Stimmen für Kuwert, 469 für Keyserling abgegeben, zusammen also nur 1389, die zersplitterten und ungültigen abgerechnet. In dem 58. Wahlbezirke Tilsiter Kreises, in welchem der Führer der konservativen Partei, Geh. Justizrat Behr, seinen Wohnsitz hatte und sein Wesen trieb, wurden 66 Stimmen für Kuwert, 10 für Keyserling abgegeben. Das Resultat der Wahl war folgendes: Graf Keyserling war mit 5028 Stimmen gegen Rechtsanwalt Kuwert (3665 Stimmen) zum Reichstags-Abgeordneten gewählt.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

X. Legislaturperiode vom 7. November 1867 bis 12. Februar 1870.

Auch bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause, die am 7. November 1867 stattfanden, vermochte die liberale Partei ihre früher nicht ernstlich bestrittenen Mandate nicht zu behaupten oder vielmehr wiederzugewinnen. Die liberalen Kandidaten waren Rechtsanwalt Kuwert-Kaukehmen und Post-Tilsit. Im ersten Wahlgange wurden 386 Stimmen abgegeben, davon erhielt Landrat Schlenther-Baubeln 218, Rechtsanwalt Kuwert 168 Stimmen. Im zweiten Wahlgange wurden nur 382 Stimmen abgegeben; davon fielen dem Regierungsrat v. Zander in Stettin 193, dem Rechtsanwalt Kuwert 189 zu, so daß v. Zander mit einer Stimme über die absolute Majorität gewählt war. Ausgeblieben waren trotz der grundlosen Wege nur wenige Wahlmänner, darunter aber leider einige liberale, welche entweder in der Vorversammlung am Abende vorher anwesend gewesen waren oder in nächster Nähe der Stadt ihren Wohnsitz hatten, so daß diesen die bösen Wege in keiner Art zur Entschuldigung gereichen konnten. Den konservativen Wahlmännern der tiefen Niederung war auf Verwenden des Grafen Keyserling durch die Königl. Regierung das zum Dampfbagger gehörige Dampfboot „Lenze" zur Verfügung gestellt. Die anfangs

in der Niederung verbreitete Ansicht, daß alle Wahlmänner mit diesem Boote Beförderung finden würden, erregte viel Zweifel, die sich nur zu bald als wohlbegründet herausstellten; denn liberale Wahlmänner wurden entschieden zurückgewiesen und mußten sich mit eigenen Pferden auf die Reise machen, während ihre „gutgesinnten" Kollegen die bequeme Dampfschifffahrt benutzen konnten. — Das Mandat des Abgeordneten v. Zander wurde wegen Ernennung desselben zum Kreis-Hauptmann in Wöltingerode (Hannover) am 18. Dezember 1869 für erloschen erklärt. Eine Neuwahl wurde nicht mehr vorgenommen, da die dritte Session schon am 12. Februar 1870 geschlossen wurde.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

XI. Legislaturperiode vom 14. Dezember 1870 bis 5. Oktober 1873.

Zur XI. Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses waren die Urwahlen auf den 9. November, die Wahlen der Abgeordneten auf den 16. November 1870 anberaumt. Die Konservativen versuchten die Wähler Tilsit's für eine von einem „patriotischen Wahlkomitee" oktroierte Wahlmännerliste vergeblich zu gewinnen. Von 66 Wahlmännern in Tilsit gehörten 60 unbedingt den liberalen Parteien an; sie waren meist mit überraschender Majorität gewählt.

Da der frühere Abgeordnete Post ihn von der Übernahme eines Mandats, das er durch 3 Legislaturperioden treu und ernst wahrgenommen hatte, zu entbinden bat, weil persönliche und Familienverhältnisse es ihm wünschenswert machten, am häuslichen Herde in stiller Wirksamkeit zu bleiben, der frühere Abgeordnete Wächter durch schwere Krankheit an das Haus gefesselt war und der mehrmalige Kandidat und Abgeordnete Gamradt-Neuhoff ebenfalls nicht in der Lage war, ohne die erheblichsten pekuniären Opfer seinen Wirkungskreis zu verlassen, so nahm man den Stadtrat und Apotheker Adolf Bernhardi und den Gutsbesitzer Behr auf Moritzkehmen bei Tilsit in Aussicht. Ein un-

genanntes „Centralwahlkomitee der vereinigten konservativen und gemäßigt-liberalen Partei" hatte noch in letzter Stunde durch Plakate und Flugblätter die Wahl des bisherigen Abgeordneten Landrat Schlenther und des Regierungs-Assessors Wenghofer, des Nachfolgers des Regierungsrats v. Zander, empfohlen. An diesem plumpen Wahlmänöver waren natürlich die „gemäßigt-liberalen" Wähler unschuldig; durch die Verbreitung der Aufrufe im letzten Augenblicke wurde diesen es unmöglich gemacht, gegen diesen Mißbrauch Widerspruch zu erheben, auch wenn es ihnen bei dem Mangel einer Organisation sonst möglich gewesen wäre. Im ersten Wahlgange erhielt Behr-Moritzkehmen 228 Stimmen (Landrat Schlenther 174), im zweiten nahmen die Konservativen von ihrem zweiten Kandidaten Abstand und stimmten für Landrat Schlenther, der mit 174 Stimmen dem liberalen Kandidaten Bernhardi (224 Stimmen) unterlag.

Eduard Behr.

Friedrich Eduard Behr wurde am 24. April 1813 zu Heinrichswalde als der jüngste von drei Brüdern*) geboren. Der Vater, Ludwig Behr, bekleidete die Stellung eines Domänen-Intendanten. Da sein Beruf ihn viel von seinem

*) Die beiden älteren Brüder Hermann und Albert Behr haben während einer langen Reihe von Jahren alle ihre Kräfte dem Wohle der Stadt Tilsit und ihrer Bewohner gewidmet. Hermann Behr, geboren am 17. Mai 1809, Amtsrat und seit April 1877 unbesoldeter Stadtrat in Tilsit, erfreut sich noch heute trotz seines hohen Alters großer körperlicher Frische und ungeschwächter geistiger Regsamkeit, die es ihm möglich machen in Vertretung des Oberbürgermeisters noch oft und für längere Zeit die mühsame und große Thatkraft erfordernde Direktion der Städtischen Polizei zu führen; Albert Behr, geboren am 3. April 1811, war von 1842 bis 1887 Geistlicher der reformierten Gemeinde zu Tilsit und während eines großen Teiles dieses Zeitraums Superintendent der reformierten Gemeinden Litauens. Er ließ sich wenige Wochen vor Ablauf seines 50. Dienstjahres zum 1. Oktober 1887 emeritieren, wurde im November 1887 „in Anerkennung der hohen Verdienste, welche er in seiner 45jährigen Wirksamkeit als Seelsorger in unserer Stadt sich erworben", zum Ehrenbürger von Tilsit ernannt und starb am 12. März 1888. Sein Gedächtnis wird noch lange bei seinen zahlreichen Verehrern als das eines Mannes nach dem Herzen Gottes, der mit hohen geistigen Gaben das wärmste edelste Herz, ungeheuchelte Frömmigkeit und echt christliche Milde und Toleranz verband, fortleben. Vergl. A. T.'s B. II, S. 246.

Wohnorte fernhielt, so leitete hauptsächlich dessen Gattin, eine geborene von der Schleuse, eine Frau von ebensoviel Klugheit als Energie, die Erziehung der drei Knaben. Als die heranwachsenden Söhne das Gymnasium besuchen sollten, zog die Mutter mit ihnen nach Tilsit in das (schon damals und noch jetzt) der Familie gehörige Haus in der Packhofstraße (Nr. 1). Ed. Behr besuchte das Gymnasium, ohne dasselbe ganz durchzumachen, bis einige Zeit nach seiner Konfirmation, wandte sich dann, einer ausgesprochenen Neigung folgend, der Landwirtschaft zu, die er auf mehreren, durch die Trefflichkeit ihrer Verwaltung im besten Rufe stehenden größeren Gütern erlernte und ausübte und kaufte im Jahre 1844 das in der Nähe von Tilsit gelegene Gut Moritzkehmen von seinem ältesten Bruder, der dasselbe nur kurze Zeit besessen hatte und sich nach der Bewirtschaftung größerer Güter, die er bisher geführt hatte, zurücksehnte. Dort lebte Ed. Behr — unvermählt — bis zu seinem Tode, fast volle 44 Jahre und erwarb, obwohl er mit geringen Mitteln angefangen hatte, durch unausgesetzte Thätigkeit, großen Eifer und Tüchtigkeit in seinem Berufe und, wiewohl die ersten Jahre nur Mißernten brachten, unterstützt durch günstige Zeitverhältnisse, in seinem langen Leben nicht unbedeutenden Wohlstand. Während er in früheren Jahren mit der Stadt lebhafte gesellige Verbindungen unterhielt und durch seinen heitern Sinn und guten Humor in dem Kreise seiner Freunde sehr anregend wirkte, zog er sich in den letzten Jahren von allem Verkehr zurück. Für seine Überzeugung trat Behr stets mit aller Entschiedenheit ein und war auch bereit, persönliche Opfer für dieselbe zu bringen. So folgte er dem Rufe seiner Parteigenossen, die in ihm den geeigneten Vertreter ihrer politischen Überzeugungen sahen, unbedenklich und es gelang am 16. November 1870 der Fortschrittspartei mit ihren Kandidaten Behr und Bernhardi den Wahlkreis, der seit 1866 im Abgeordnetenhause durch zwei Konservative vertreten war, mit bedeutender Mehrheit wiederzugewinnen. Behr vertrat den Wahlkreis Tilsit-Niederung nur während

einer Legislaturperiode, 1870 bis 1873, als Mitglied der Fortschrittspartei.

Ohne irgend eine Unterstützung stand Behr unermüdlich thätig seiner Wirtschaft vor, bis das Zunehmen eines Rückenmarkleidens im Herbst 1887 ihm alle Bewegung sehr beschwerlich machte. Da ihm jede Sorge für seine Gesundheit ganz fern lag, so entschloß er sich erst im Februar 1888 auf Drängen seiner Verwandten ärztliche Hülfe zu suchen. Er folgte seinem ihm besonders nahestehenden Bruder Albert 12 Tage nach dessen Ableben und entschlief am 24. März 1888, fast 75 Jahre alt.

Adolf Bernhardi

wurde am 30. März 1808 zu Königsberg als der Sohn eines Medizinal-Assessors geboren. Er erhielt seine Schulbildung auf dem Altstädtischen Gymnasium seiner Vaterstadt. Da der ältere Bruder*) wie sein Vater den ärztlichen Beruf wählte, die Verhältnisse des Vaters aber nach dessen Meinung nicht gestatteten, daß zwei Söhne sich einem so kostspieligen Studium widmeten, so wurde der jüngere statt eines Arztes ein Apotheker. Nachdem Adolf Bernhardi vier Jahre in der Apotheke des Herrn Flach in der „Krummen Grube" zu Königsberg seinen Beruf erlernt hatte und noch einige Zeit im Geschäfte seines Lehrherrn als Gehilfe verblieben war, studierte er 1831 und 32 in Berlin und legte dort auch seine Staatsprüfung ab. Er blieb dort — die letzten fünf Jahre in der Hofapotheke — bis 1838 und kaufte dann mit einer Anzahlung von 1000 Thalern, die er sich selbst erspart hatte, die priveligierte „Falken-Apotheke" (die älteste in Tilsit) von dem bisherigen Besitzer v. Prondzinski. Bernhardi verheiratete sich 1841 mit einer Berlinerin. Mehr als 45 Jahre hindurch hat der allzeit treue, feste Mann den gemeinnützigen Bestrebungen der verschiedensten Art seine

*) Der spätere Direktor der neubegründeten und nach seinen Vorschlägen eingerichteten Provinzial-Irren-Heil- und Pflege-Anstalt zu Allenberg bei Wehlau, gestorben als Geh. Sanitätsrat zu Königsberg.

Kräfte selbstlos und freudig geopfert. So war er Vorstands-Mitglied des Polytechnischen Vereins, dem er seit seiner Gründung 1853 angehörte, von 1862 bis 1871, und bis ihn seine parlamentarische Thätigkeit während des Winters fast ganz in Anspruch nahm, finden wir seinen Namen auch alljährlich ein oder mehrere Male unter den Vortragenden; er war von 1862—72 Vorsitzender im „Kunstverein", dessen Vorstande er bis zu seinem Tode angehörte. Er begründete im Dezember 1863 den „Vorschuß-Verein nach Schulze-Delitzsch'schen Grundsätzen", welcher bezweckt, Handwerkern und kleineren Gewerbtreibenden durch den gemeinschaftlichen Kredit seiner Mitglieder die zu Gewerbs- und Wirtschaftszwecken erforderlichen baren Geldmittel zu verschaffen, und war viele Jahre lang Vorsitzender des Vereins. Außerdem war er in zahlreichen anderen gemeinnützigen und wohlthätigen Vereinen thätig. Seine Mitbürger überhäuften ihn mit Ehrenämtern. Von 1846—1850 war er Vorsteher des Stadtverordneten-Kollegiums. Als die neue Gemeindeordnung 1852 eingeführt wurde, wählte der neue Gemeinderat ihn zum Stellvertreter des Vorsitzenden Dr. Habedanck; die Regierung erklärte die Wahl aus irgend einem Grunde für null und nichtig; eine Nachwahl am 26. April ergab dasselbe Resultat. Obwohl Bernhardi ein Mann von durchaus gemäßigter liberaler Gesinnung war, wie er sich denn z. B. 1848 nicht dem (demokratischen) „Konstitutionellen Klub", sondern dem „Verein für verfassungsmäßiges Königtum"*) angeschlossen hatte, wurde er von der Königlichen Regierung doch 1858 nicht bei seiner Wahl zum Stadtrat bestätigt. Dreimal wiederholte sich seine Wahl und seine Nichtbestätigung; endlich bei Beginn der „neuen Ära" wurde er bestätigt. 1866 einstimmig zum Stadtrat wiedergewählt erhielt er nicht die Bestätigung der Regierung; diese wurde auch versagt, als er nochmals einstimmig von den Stadtverordneten zu diesem keineswegs mühelosen Ehrenamte

*) Vergl. A. T.'s B. III, S. 32 ff.

gewählt wurde. Bei einer dritten Wahl 1867 fand er endlich Gnade vor den Augen des Herrn Regierungs-Präsidenten und bekleidete nun bis kurz vor seinem Tode das Amt eines Stadtrats mit größter Pflichttreue und seltenem Arbeitseifer. Bernhardi war von 1856—70 Tilsit's Abgeordneter zum Provinzial-Landtage, vertrat den Wahlkreis Tilsit-Niederung von 1870—79 im Abgeordnetenhause und von 1874—78 im Deutschen Reichstage. In beiden gesetzgebenden Körperschaften gehörte er der deutschen Fortschrittspartei an.

Bernhardi brachte es durch seine Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit in seinem Berufe und Geschäfte sowie durch eine weise Sparsamkeit zu bedeutendem Wohlstande, von dem er einen weisen Gebrauch machte. Er selbst war sehr bedürfnislos. Wie wenig ihm der Besitz an sich begehrenswert erschien, wie er ihm nur Mittel und zwar nur Mittel zu guten Zwecken war, zeigt der Umstand, daß er noch im Vollbesitz seiner körperlichen Kraft im Jahre 1870 sein Haus und Geschäft an einen völlig mittellosen, aber freilich ganz besonders tüchtigen und daher dieses Vertrauens würdigen jungen Gehilfen zu einem sehr mäßigen, jedenfalls weit hinter dem erzielbaren Preise zurückbleibenden Preise verkaufte. Er hatte soviel als er bedurfte; mehr wollte er nicht. Seine umfassende Bildung erweiterte er durch Reisen durch ganz Deutschland, Tyrol, die Schweiz, Belgien, Frankreich und England. Seine Pflichttreue und Ehrenhaftigkeit, verbunden mit persönlicher Liebenswürdigkeit und Biederkeit verschafften ihm unter seinen Mitbürgern wie unter den Abgeordneten aller parlamentarischen Körperschaften, denen er angehörte, viele Freunde. Sein einziger Sohn, der sich nach Absolvierung der Prüfungen als Dr. med. und praktischer Arzt der Malerei zuwandte und in Paris und Süddeutschland lebte, starb vor dem Vater, ebenso die einzige Tochter, die sich mit einem Offizier verheiratet hatte. Den Haushalt des früh Verwitweten führte lange Zeit bis zu ihrem Tode eine Schwester, dann eine Großnichte. Nach

längerem körperlichem Leiden, das seiner geistigen Frische keinen Eintrag that und von ihm mit Geduld getragen wurde, starb er am 21. Dezember 1883 früh eines sanften Todes. Die Fortschrittspartei ließ durch den ihm besonders befreundeten Abgeordneten v. Saucken-Julienfelde auf dem frischen Grabe ihres treuen Parteigenossen einen prächtigen Kranz niederlegen.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

I. Legislaturperiode vom 9. März 1871 bis 29. November 1873.

Die liberale Partei war in Ostpreußen seit der Einführung des allgemeinen Stimmrechts bei den Wahlen in der Minderheit geblieben. Der Einfluß der Behörden einschließlich der Pfarrer und der von ihnen abhängigen Lehrer hatte sich bei der Mehrzahl der ländlichen Wähler ganz wie der große Staatsmann es erwartet hatte, zu Gunsten der konservativen Partei mit bestem Erfolge geltend gemacht. Dennoch zog die liberale Partei im Kreise Tilsit-Niederung mit frohem Mute in den Wahlkampf, der über die Zusammensetzung des ersten deutschen Reichstags entscheiden sollte. Ihr Kandidat war der Rittergutsbesitzer Ferd. Reimer auf Adl.-Schilleningken (gestorben am 24. Dezember 1882), während die konservativ-bureaukratische Partei wieder den feudal-reaktionären Grafen Keyserling-Rautenburg aufstellte, der damals bereits im 69. Lebensjahre stand. Da das „patriotische" Wahlkomitee bei der Landtagswahl nicht den gewünschten Erfolg gehabt hatte, so bildete sich diesmal ein „konstitutioneller" Verein, ein Name, der den Nationalliberalen es erleichtern sollte, für den feudalen Herrn Grafen einzutreten. Bei der Wahl am 3. März stimmten in Tilsit nur 39,45 Prozent der eingetragenen Wähler, von 2895 nur 1142. Von diesen gaben 822 ihre Stimmen dem liberalen Kandidaten, 307 dem konservativen; 13 Stimmen waren ungültig. Aus dem Tilsiter Kreise (einschließlich der Stadt) erhielt Reimer 2082, aus dem Niederunger Kreise 1946, zusammen 4028 Stimmen,

Graf Keyserling aber 2571 und 2269, zusammen 4840 Stimmen; 49 Stimmen zersplitterten sich. Graf Keyserling war also mit 381 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt. Bei einigermaßen organisierter Agitation in der Stadt wäre es der liberalen Partei nicht schwer gefallen, den Sieg zu erlangen. Die Zahl der für den konservativen Kandidaten abgegebenen Stimmen hatte sich von 5028 auf 4840, also um 188 vermindert, während sich die liberalen Stimmen von 3665 auf 4028, also um 363 vermehrt hatten. Gestimmt hatten nur 40,4 Prozent der eingeschriebenen Wähler des Wahlkreises.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

XII. Legislaturperiode vom 12. November 1873 bis 14. Oktober 1876.

Der Landtag wurde zur früheren Vornahme der Wahlen durch Königl. Verordnung vom 5. Oktober 1873 aufgelöst; die Neuwahlen zur XII. Legislaturperiode fanden am 4. November 1873 statt. Bei den Urwahlen wurden in Tilsit in seltener Einmütigkeit sämtliche 66 liberale Kandidaten zu Wahlmännern gewählt; die führerlose konservative Partei hielt sich meistens von der Wahl fern. Ein ungenanntes „konservatives Wahl-Komitee" empfahl als konservative Kandidaten den Gutsbesitzer v. Saucken-Klaarhoff und den Gutsbesitzer Stephani-Splitter. Die Liberalen stellten neben ihrem bewährten Abgeordneten Bernhardi den Kreisgerichts-Rat Droese aus Tilsit auf. Den Umstand, daß beide Kandidaten der Stadt Tilsit angehörten, glaubten die Konservativen ausnutzen zu können, um die Niederunger zu spalten. Ein anonymes Inserat lud die Wahlmänner der Niederung zur Aufstellung eines Abgeordneten-Kandidaten aus dem Kreise selbst nach Neukirch ein. Die liberalen Wahlmänner der Niederung durchschauten das plumpe Wahlmanöver und gaben die Parole aus: kein liberaler Wahlmann besucht die Versammlung, welche von unbekannten Leuten berufen ist, die sich scheuen, ihre Handlungen mit ihren Namen zu decken.

Dagegen wurde vom liberalen Wahlkomitee beschlossen, zur Information einige Vertreter der Tilsiter Wahlmänner hinüberzusenden. Aus gleichem Grunde kam ein liberaler Kaukehmer und ein liberaler Heinrichswalder Wahlmann. Endlich erschienen 5 bis 6 konservative Wahlmänner, deren einer erklärte, daß Herr v. Saucken-Klaarhoff, der in Aussicht genommene konservative Kandidat, der Berufer der Versammlung gewesen; aber er hätte Lunte gerochen und sei deshalb nicht erschienen. — Bei der Wahl am 4. November, welche in dem großen Saale der Bürgerhalle stattfand, da die Benutzung der Kirche zu solchem unkirchlichen Zwecke nicht ferner gestattet wurde, wurden die beiden von der Fortschrittspartei aufgestellten Kandidaten mit so großer Majorität gewählt, daß selbst die ausgebliebenen 30 Wahlmänner, von denen doch immer noch ein Teil für die liberale Partei gestimmt haben würde, durchaus keinen Einfluß hätten ausüben können. Bei der ersten Wahl wurden 398 Stimmen abgegeben, von denen Stadtrat Bernhardi 285, v. Saucken-Klaarhoff 109 und Landrat Schlenther-Baubeln 4 Stimmen erhielt. Im zweiten Wahlgange stimmten von 391 Wählmännern 280 für Droese, der inzwischen zum Kreisgerichts-Direktor in Lötzen ernannt worden war, für Stephani-Splitter 108, für Schlenther 2 und für den Wirt Lokischus-Elxnupönen einer.

Sigismund Droese.

Heinrich Polykarp Sigismund Droese wurde am 17. Juli 1822 zu Ragnit geboren, besuchte das Tilsiter Gymnasium und erwarb an demselben Michaelis 1842 das Zeugnis der Reife. Er studierte in Königsberg die Rechte. Im Jahre 1859 als Richter an das Kreisgericht zu Tilsit versetzt, nahm er an dem Tilsiter geselligen Leben, wie es sich in der damals frisch aufblühenden Bürgerhalle abspielte, und an dem politischen Leben Tilsit's einen hervorragenden Anteil. In der Bürgergesellschaft hatte er zweimal, 1867/68 und 1873/74, das Amt eines Vorsitzenden des Vorstandes

inne. Er war damals Kreisgerichtsrat. Eben zum Direktor des Kreisgerichts in Lötzen ernannt, aber noch in Tilsit wohnhaft — er siedelte zum 1. Januar 1874 nach Lötzen über — wurde er am 12. November 1873 zum Abgeordneten für Tilsit-Niederung mit 280 von 391 Stimmen von der liberalen Partei erwählt und ihm das Mandat auch für die nächste Legislaturperiode (1877—79) am 27. Oktober 1876 erneuert. Droese war Mitglied der Justiz-Kommission des Hauses; er gehörte der Fortschrittspartei an, deren Schriftführer er auch war. Bei der Justizreorganisation im Herbst 1879 wurde Droese zum Landgerichtsrat in Lyck ernannt. Seit dem Herbst 1884 lebte er nach erfolgter Pensionierung in Königsberg. Hier starb er nach langem schwerem Leiden am 23. April 1891.

Droese war einer von den jetzt immer seltener werdenden liberalen Beamten, die es nicht nur für wohlvereinbar mit ihrer Stellung als Staatsdiener, sondern auch für eine hohe sittliche und politische Pflicht hielten, ihren politischen Überzeugungen einen offenen Ausdruck zu geben und so zu Führern ihrer Mitbürger wurden.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

II. Legislaturperiode vom 5. Februar 1874 bis 22. Dezember 1876.

Das zur Leitung der Abgeordnetenwahlen eingesetzte Komitee — Oberlehrer Dr. Fischer, Arzt Dr. Habedanck, Rechtsanwalt Ferd. Krieger, Maurermeister L. Ostwald, A. Post, Reimer-Adl.-Schilleningken, Fabrikbesitzer C. Rohrmoser und Kaufmann H. Schlegelberger, denen an Stelle des Kreisgerichts-Direktors Droese Oberlehrer Meckbach zugeordnet wurde, — wurde von einer Versammlung liberaler Wähler am 23. Dezember 1873 auch mit der Leitung der Reichstagswahlen betraut und nahm, da Reimer ablehnte, den Abgeordneten L. Parisius in Berlin, den Stadtgerichtsrat R. Weber in Berlin und den Abgeordneten Stadtrat Bernhardi in Aussicht. Eine Wähler-Versammlung am

3. Januar 1874 entschied sich auf die Empfehlung von Post und Krieger einstimmig für die Aufstellung des Stadtrat Bernhardi als Kandidaten für den Reichstag. Ein anonymes Komitee „für gemäßigt liberale und konservative Wahlen" schlug den Wählern den bekannten Rittergutsbesitzer und Ritterschaftsrat Friedrich v. Wedell auf Malchow*) vor, einen Uckermärkischen Granden, und führte zu dessen Empfehlung an, daß er als Gutsbesitzer im Gebiete der Landwirtschaft sich hervorgethan, als Abgeordneter für die Kreisordnung und für die Kirchengesetze gestimmt und für den Berger'schen Antrag auf Erbau der Tilsit-Memeler Eisenbahn eingetreten sei. Die Wahlbeteiligung am 10. Januar 1874 war, wie bei dem gänzlichen Mangel einer Agitation erklärlich war, eine sehr schwache. In der Stadt stimmten nicht ganz 25 Prozent, im ganzen fast 33 Prozent der eingeschriebenen Wähler. v. Wedell-Malchow erhielt 2077 Stimmen und zwar 1324 aus Kreis Tilsit, 753 aus Kreis Niederung; 82 Stimmen zersplitterten sich auf Moltke, Reimer-Schilleningken, Professor Kurschat-Königsberg u. a.; Stadtrat Bernhardi wurde mit 2385 Stimmen aus Kreis Tilsit, 2121 aus Kreis Niederung, zusammen mit 4506 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

XIII. Legislaturperiode vom 12. Januar 1877 bis 21. Februar 1879.

Das „liberale" Regiment des Fürsten Bismarck neigte sich seinem Ende zu. Er war der nationalliberalen Parteigänger, die „mit ihm aus der Suppe essen wollten", überdrüssig und kehrte zu seiner ersten Liebe, den Konservativen, zurück. „Es macht sich im Volke eine rückläufige Bewegung bemerkbar", mußte im Sommer 1876 die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreiben, „welche gegen diejenige

*) Geboren am 23. April 1823, seit 1875 Ritterschafts-Direktor, Abgeordneter für Prenzlau-Angermünde 1866 bis jetzt, Mitglied des Reichstages für denselben Wahlkreis 1871—73 und seit 1877, ein Hauptvertreter der agrarischen Wirtschaftspolitik.

Gruppe der Reichs- und Landesvertretung gerichtet zu sein scheint, die bisher in der Unterstützung der Regierungspolitik zugleich die Ziele des Liberalismus mit ebensoviel Eifer als Glück verfolgt haben." Das war deutlich gesprochen. Den Nationalliberalen wurde um ihre ganze Herrlichkeit bange. „Eine Partei Bismarck sans phrase" — dieses für eine Volksvertretung gerade nicht ehrenvolle „Programm" — wurde hier und da und dort als Ziel aufgestellt und gefordert. Überall tauchten bisher unbekannte Politiker dieser Bismarck-Partei auf und bemühten sich um die Mandate zum Landtage und Reichstage, indem sie sich die Protektion der Regierungsorgane zu sichern und zugleich die versprengten und entmutigten Konservativen zu sammeln suchten. So erschien — man wußte nicht woher er kam — im Hochsommer 1876 ein unbedingter Anbeter des Reichskanzlers im Kreise Niederung und fuhr von Pfarrhaus zu Pfarrhaus, von Gutshof zu Gutshof, um sich den Wählern für die Landtags- und Reichstagswahlen des Jahres 1876 und 1877 in Vorschlag zu bringen. Es war dies der Generalarzt der Marine a. D., Dr. August v. Steinberg-Skirbs, der Sohn des Kantors in Heinrichswalde und späteren Pfarrers in Coadjuthen Steinberg. Er hatte das Tilsiter Gymnasium Michaelis 1836 absolviert und sich auf dem Friedrich-Wilhelms-Institut zu Berlin auf den militär-ärztlichen Beruf vorbereitet, in welchem er durch glückliche Umstände eine gute Karriere machte. Als Generalarzt der Marine wurde er geadelt und nahm den Namen seiner Mutter zu dem seinigen an. Nach seiner Pensionierung verlegte er seinen Wohnsitz nach Königsberg und hatte nun die Zeit und den Ehrgeiz als Kandidat der neukonservativen Partei Bismarck im Wahlkreise Tilsit-Niederung, dem er durch seine Geburt angehörte, für die nächsten Landtags- und Reichstagswahlen, zunächst auf eigene Hand, aufzutreten. Auf seiner Rundreise im Kreise Niederung kam er auch zu dem Grafen Keyserling-Rautenburg und erhielt von diesem den Bescheid, „daß er seinen Einfluß der Kandidatur des Herrn Landrat

Rupprecht-Heinrichswalde zugesichert habe. Er könne von diesem Versprechen nur zurücktreten, wenn der Herr Regierungs-Präsident Graf Westarp-Gumbinnen damit einverstanden sei." Graf Westarp, zu dem sich Dr. v. Steinberg sofort begab, machte wirklich wenige Tage darauf bei Graf Keyserling einen Besuch. Dort wurde wohl vereinbart, daß v. Steinberg von seinen Absichten auf einen Sitz im Abgeordnetenhause zurücktreten und dafür Regierungskandidat für die im Januar 1877 bevorstehende Reichstagswahl werden solle. Nichtsdestoweniger veröffentlichte v. Steinberg in Nr. 140 der „Preuß.-Lit.-Ztg." sein Programm und begründete seinen Anspruch damit, „daß die Steinbergs zwei Generationen hindurch in Litauen als Geistliche großer Gemeinden mit Ehren gewirkt hätten", daß er hier geboren und erzogen und daher in Litauen kein Fremdling und mit den Interessen des Landes vertraut sei. Das „Tilsiter Wochenblatt" hielt es daher für geboten, das Programm des vom Himmel herabgeschneiten Kandidaten in allen seinen Teilen einer scharfen Kritik zu unterziehen. Darauf veröffentlichte Dr. v. Steinberg in der „Preuß.-Lit.-Zeitung" folgende Erklärung: „Sowohl in meinem Programm, welches in der „Preuß.-Lit.-Ztg." unter dem 18. Juni d. J. veröffentlicht wurde, als auch in meiner Entgegnung in der „Königsberger Hartungschen Zeitung" vom 21. Juni d. J. habe ich mich den Wählern des Wahlkreises Tilsit-Niederung als Kandidat in der Voraussetzung zur Disposition gestellt, daß sich kein zu diesem Kreise gehörender konservativer Mann bereit erklären sollte, zu kandidieren. Nachdem diese Voraussetzung gefallen ist, ziehe ich meine Kandidatur zurück. Königsberg, den 19. September 1876. v. Steinberg-Skirbs."

Am 14. Oktober 1876 wurde das Abgeordnetenhaus behufs früherer Vornahme der Neuwahlen durch Königl. Verordnung aufgelöst und die Wahlen auf den 20. und 27. Oktober 1876 anberaumt. Die Kandidaten der liberalen Partei waren die bewährten Abgeordneten Bernhardi und Kreisgerichts-Direktor Droese-Lötzen, während von konser-

vativer Seite unter der Parole „Unterstützung der Staatsregierung in jedem Falle“ der Landrat der Niederung, Ruprecht und Gutsbesitzer Stephani-Splitter aufgestellt wurden. Alle 72 Wahlmänner der Stadt gehörten der entschieden liberalen Richtung an. Bei der Abgeordnetenwahl am 27. Oktober in der litauischen Kirche wurden beide fortschrittlichen Kandidaten wiedergewählt: Bernhardi mit 286 (gegen 123 für Ruprecht) und Droese mit 269 Stimmen (gegen 123 für Ruprecht und 6 für Stephani).

Das Haus wurde am 21. Februar 1879 geschlossen und behufs früherer Vornahme der Neuwahlen am 15. September 1879 aufgelöst.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

III. Legislaturperiode vom 22. Februar 1877 bis 11. Juni 1878.

Der wie ein Irrlicht aus dem Dunkel aufgetauchte Kandidat Dr. v. Steinberg-Skirbs war bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause zwar nicht zur Geltung gekommen, für die Wahl zum Reichstage aber erfreute er sich hoher Protektion. Der Graf Keyserling und sein Majordomus Rakowski waren überall in der Niederung für seine Wahl thätig; ein „Komitee für regierungsfreundliche Wahlen“, von dessen Entstehung und Zusammensetzung niemand etwas wußte, mit der Unterschrift des Grafen Keyserling forderte zur Wahl des Dr. v. Steinberg auf. Bald zeigte sich, daß diesem unbekannten Komitee Beamte aller Art in großer Zahl zur unbedingten Verfügung standen. Der „gemäßigt konservative“ Kandidat, wie Dr. v. Steinberg sich nannte, richtete an viele Einwohner des Wahlkreises persönlich ein vertrauliches Schreiben, in dem er das Wahlgeschäft in seinem Interesse in der Weise zu organisieren bat, 1) daß in jedem Dorfe ein energischer Mann ermittelt werde, welcher die Wähler des Dorfes vor dem Wahltermine zur Wahlbeteiligung anregt und mit ihnen gemeinschaftlich am 10. Januar rechtzeitig im Wahlort die Stimmzettel des

Komitees abgiebt, und 2) daß dieser Führer durch freundliche Zusprache die bemittelten Wähler dazu bewegt, wo es nötig ist, die unbemittelten in ihre Schlitten oder Wagen mit aufzunehmen. — Die liberale Partei stellte ihren bewährten bisherigen Abgeordneten Stadtrat Bernhardi auf. Eine besondere Agitation hielt sie in ihrer Vertrauensseligkeit für überflüssig. Bei der Wahl am 10. Januar 1877 erhielt in der Stadt Tilsit bei einer Wahlbetheiligung von nur etwa 27 Prozent Bernhardi 894, Dr. v. Steinberg 93 Stimmen. Aber durch unglaubliche Wahlbeeinflussungen besonders im Kreise Niederung brachte es Dr. v. Steinberg auf 3890 Stimmen, während auf Bernhardi 3869 Stimmen fielen. Dank der kleinen Scherze, die sich einige Wähler erlaubt hatten, indem sie ihre Stimmen dem Kaiser, dem Kronprinzen, dem Fürsten Bismarck, dem Landrat Schlenther, dem Dr. Kolkmann in Loebau, dem Eisenbahn-Vizekönig Herbst, einzelnen Ortsschulzen u. s. w. zuwandten, kam es zur engeren Wahl am 26. Januar, bei der die Wahlbeteiligung eine sehr rege war. Die Stadt Tilsit gab für Bernhardi 2275, für Dr. v. Steinberg 204 Stimmen ab. Bernhardi erhielt im Landkreise Tilsit 2381, im Kreise Niederung 2774, zusammen also 7430 Stimmen und siegte mit einer Mehrheit von 483 Stimmen über den Bismarck-Kandidaten, der es auf 6947 (3508 und 3235) Stimmen brachte. Der liberalen Bürgerschaft Tilsits, die sich diesmal aufgerafft hatte, verdankte der fortschrittliche Kandidat den Sieg. Noch niemals war in dem Wahlkreis eine so große Anzahl Stimmen abgegeben, 14377 (gegen 7816 in 1877, 6679 in 1874, 8917 in 1871, 8693 am 31. August 1867 und 13560 am 12. Februar 1867.)

Die Attentate auf Kaiser Wilhelm. — Auflösung des Reichstages.

Nachdem ein sittlich gänzlich verkommener Mensch, der aus Leipzig gebürtige Klempner Hoedel, ein früheres Mitglied der Stöcker'schen christlich sozialen Partei, am 11. Mai

1878 auf Kaiser Wilhelm glücklicherweise ohne Erfolg geschossen hatte, trug in den Nachmittagsstunden des 2. Juni, eines Sonntags, der Telegraph die Schreckenskunde von einem zweiten, blutigen Attentate auf des greisen Kaisers geheiligtes Leben in alle Teile des deutschen Vaterlandes. Aus einem Hause Unter den Linden hatte ein verworfener Mensch aus guter Familie, ein Dr. Nobiling, auf den mit seiner Tochter, der Frau Großherzogin von Baden, vorüberfahrenden Kaiser einen Schuß abgegeben und ihn am Gesicht, am Arme und im Rücken durch Schrotkörner — glücklicherweise nicht lebensgefährlich — verletzt. Die wahnsinnige ruchlose That erregte die Gemüter umsomehr, als man beide Attentate nicht als die That einzelner Verbrecher ansah, sondern mit der damals in gewissen Volkskreisen immer mehr Anhang gewinnenden Sozialdemokratie in Verbindung bringen zu müssen glaubte.

An jenem Sonntage fand in Tilsit eine Aufführung des Händel'schen Oratoriums „Samson" in der Stadtkirche statt. Den zahlreichen das Gotteshaus verlassenden Personen wurde die entsetzliche Nachricht unmittelbar an der Eingangsthüre mitgeteilt. In allen Straßen bildeten sich Gruppen von Menschen, die von Schmerz über das dem geliebten Fürsten angethane Leid und von Scham darüber erfüllt, daß es ein Preuße gewesen, der gegen das allen teure geheiligte Haupt des Monarchen die Mordwaffe zu erheben verworfen genug gewesen war, zugleich ihren heißen Dank zu Gott emporsandten, der das Schlimmste von dem Vaterlande und dem teuren Haupte seines Kaisers abgewandt hatte. In Jakobsruhe hatte die Trompeter-Kapelle des Dragoner-Regiments eben ihr Nachmittags-Konzert begonnen, als die schreckliche Kunde erscholl. Die Kapelle spielte die Volkshymne „Heil Dir im Siegerkranz", die von den Tausenden stehend angehört wurde; das Konzert wurde eingestellt. In der Bürgerhalle wurde bei dem Abendessen, das der Sänger-Verein seinen Gästen, die bei der Aufführung des „Samson" mitgewirkt hatten, gab, ein zündender Toast auf die Ge-

nesung des Kaisers ausgebracht und ihm zu Ehren die Volkshymne vierstimmig gesungen.

Ein mit der gerechten Entrüstung über das Attentat zusammenhängendes Ereignis, welches das gute Einvernehmen zwischen Civil und Militär zu stören drohte, kann hier nicht übergangen werden. Am Tage nach dem Attentat führte der Kommandeur Herr Oberstlieutenant Manché*) das vom Exerzierplatz zurückkehrende Dragoner-Regiment auf den freien Platz vor der Hauptwache**), ließ ein Carree bilden und hielt an die Mannschaften eine warme Ansprache. Die zahlreich dort versammelten Bürger, Kaufleute und Gewerbetreibende der Nachbarschaft fühlten mit dem Redner die Schmach, daß Preußen den feigen Mörder erzeugt habe. Im weiteren Verlaufe der Rede schrieb der Kommandeur die Schuld dieser That der liberalen Partei und den von ihr ausgehenden Ideen zu, deren Vernichtung allein dem Volke das Gefühl der Vaterlandsliebe und Ehre wieder schaffen könne und sagte dann wörtlich: „Soldaten, an uns ist es jetzt, die Scharte auszuwetzen und Rache zu nehmen für die Unthat." Bei dem „Hoch auf den Kaiser" muß der Ruf aus vielleicht hundert Kehlen gegenüber seinen 500 Dragonern ihm nicht vollstimmig genug erschienen sein, denn er ergriff noch einmal das Wort, um in großer Erregung seinem Zorn Luft zu machen: er habe geglaubt, daß das Volk kräftig in den Hochruf auf den Kaiser einstimmen würde, aber zur Schmach und Schande des Volkes sei dies nicht geschehen. Man scheine die Treue für den Kaiserlichen Herrn verloren zu haben. Von einem der am nächsten stehenden Schwadronsführer wollte man sogar die Worte gehört haben: „Man los zur Attake auf das Volk!" — Am nächsten Tage nahm die Stadtverordnetenversammlung

---

*) Richard Manché, geboren am 18. März 1830 in Berlin, trat 1875 in das hiesige Dragoner-Regiment als Oberstlieutenant und Kommandeur (vorher Oberstlieutenant und etatsmäßiger Stabsoffizier im Litth. Ulanen-Regiment Nr. 12), seit 1880 Oberst.

**) Auf dem jetzigen Schenkendorfplatze; die Hauptwache wurde 1879 abgebrochen; vergl. A. T.'s B. I, S. 149 f.

eine auf ihren Antrag vom Magistrat entworfene Adresse an den Kaiser einstimmig an. Sodann kamen die Vorgänge am Montage zur Sprache. Der Stadtverordnete Tarrach stellte den Antrag, eine Beschwerde an das General-Kommando zu richten, um Genugthuung für die Beleidigung, welche der überwiegend liberalen Bürgerschaft angethan war, zu erhalten. Da jedoch der Regiments-Kommandeur im richtigen Gefühle seines Unrechts dem Leiter der Versammlung, dem stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsteher Post, der in seinem Wochenblatte jenen Vorgang besprochen hatte, einen Besuch gemacht und seine Äußerungen mit der großen Erregung über die Frevelthat zu entschuldigen gebeten, auch die Worte anders gemeint zu haben erklärt hatte, so ließ man, da der Herr Kommandeur seine Übereilung als Mann von Ehre durch diese Erklärungen selbst gesühnt habe, die Sache fallen.

Am 25. Juni nahm auch der Kreistag eine Adresse an den Kaiser, in welcher derselbe seiner Entrüstung über die grauenvolle Frevelthat und seiner treuen Hingebung an den geliebten Herrscher Ausdruck gab, ohne Debatte an.

Das fluchwürdige Attentat wurde der Anlaß zur Auflösung des Reichstages, der vom 6. Februar bis zum 24. Mai 1878 seine zweite Session gehalten hatte. Damit war für die Regierung die Gelegenheit gegeben, durch Neuwahlen einen ihr willfährigen Reichstag zu erhalten.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

IV. Legislaturperiode vom 9. September 1878 bis dahin 1881.

Fürst Bismarcks Absicht, die Liberalen unter dem Eindrucke der beiden Attentate aus dem Reichstage zu verdrängen und eine kompakte Mehrheit für die Regierung zu gewinnen, lag klar zu Tage. Das Stichwort für die bevorstehende Wahlkampagne wurde „Sicherung der bedrohten Dynastie und der gefährdeten Gesellschaft“ durch Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie. Das am 20. Juli ausgegebene „Tilsiter Kreisblatt“ brachte die Auseinandersetzung der

„Provinzial-Korrespondenz" über die „Absichten und Wünsche der Regierung angesichts der Wahlen" zum Abdruck. So war die Regierung wieder zu dem in der Konfliktszeit angewandten System, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und sich in den Streit der Parteien zum Zwecke der Unterdrückung des Liberalismus zu mischen, zurückgekehrt. Der Kreistag von Memel erhob gegen diesen auch dort vorgekommenen Mißbrauch der Regierungsgewalt Protest; der Tilsiter hatte vor den Wahlen keine Gelegenheit mehr, das Gleiche zu thun. Alle von der konservativen Partei in dem Wahlkampfe verbreiteten Flugblätter waren darauf berechnet, die Schandthat des versuchten Königsmordes der liberalen Partei und ihren Abgeordneten in die Schuhe zu schieben oder doch die Schuld daran, daß so etwas habe geschehen können, aufzubürden. Das stärkste darin leistete ein in allen litauischen Wahlbezirken verbreitetes, in der Krauseneck'schen Buchdruckerei zu Gumbinnen — auf wessen Kosten? — hergestelltes Flugblatt, das in jedem Wahlkreis den Namen eines andern Regierungskandidaten trug.

Dieser hereinbrechenden Reaktion gegenüber wollten sich die beiden liberalen Parteien, die Fortschrittspartei und die national-liberale, nicht unter einander befehden. Sie beschlossen überall für denjenigen liberalen Kandidaten einzutreten, der in dem betreffenden Wahlkreise die meisten Aussichten habe. Das konnte für Tilsit-Niederung nur ein Fortschrittsmann sein.

Da der bisherige Reichstags-Abgeordnete Bernhardi erkrankt war und eine Wiederwahl ablehnte, so stellte die liberale Partei den Hauptmann a. D. Wander, Gutsbesitzer auf Birkenwalde im Kreise Niederung, aber in Carlberg bei Tilsit wohnhaft, auf als einen Mann, „der in unabhängiger Stellung die besten Jahre seines Mannesalters in ernster, anstrengender Geistesarbeit zugebracht habe." „Er ist", heißt es in einem seine Wahl empfehlenden Artikel des „Wochenblatts" vom 30. Juli, dem Wahltage selbst, „er ist kein Liberaler von heute. Er hat sich seine freisinnigen politischen

Ansichten schwer errungen dadurch, daß er unser staatliches Leben seit dem Jahre 1848 ohne Vorurteil ernst studiert hat. Seine politische Überzeugung ist nicht, wie bei vielen andern ein Kleid, das er jetzt anzieht, um es später wieder auszuziehen, sie ist vielmehr ein Stück seines Lebens, sie ist sein Leben selbst. Wander ist ein unabhängiger und gesinnungstreuer Mann, den weder materielle Vorteile noch Ehrgeizkitzel je vermögen können, der Wahrheit untreu zu werden."

Zwei große Wählerversammlungen in Kaukehmen am 7. Juli und in Neukirch am 14. Juli, vor denen Wander seine politischen Ansichten in bestimmter klarer Weise darlegte, erklärten sich einstimmig für den von Tilsit vorgeschlagenen Kandidaten. Wander sprach sich in diesen Versammlungen gegen Schutzzölle, gegen die Wiedereinführung der Eisenzölle, gegen das Tabaksmonopol und für die Beibehaltung der Matrikularbeiträge aus, welche allein das Geldbewilligungsrecht des Reichstags aufrecht hielten. Er verwahrte sich gegen jede Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten, aber forderte ein gleiches Recht für Alle und verwarf darum jedes Ausnahmegesetz. Er forderte eine starke Centralgewalt mit verantwortlichen Ministern, die Aufrechthaltung des Geldbewilligungsrechtes, die jährliche Festsetzung der Präsenzstärke des Heeres durch das Budget. Allen Gesetzen zur Hebung der Wohlfahrt der Arbeiter, zur sittlichen und technischen Ausbildung derselben, zur Ordnung der Frauen- und Kinderarbeit, des Lehrlingswesens versprach er beizustimmen, er erklärte sich für einheitliche Verwaltung des Eisenbahnwesens, aber gegen Erwerbung aller Bahnen durch den Staat, für Aufhebung des Anklage-Monopols der Staatsanwaltschaft, für Überweisung der politischen und Preßprozesse an die Schwurgerichte, für Einführung konstitutioneller Verfassungen in allen zum Deutschen Reiche gehörigen Staaten.

Die Konservativen suchten lange nach einem Kandidaten, der sich der Partei „Bismarck sans phrase" unbedingt

anschließen würde. Man nahm zunächst den Amtsrat Behr, früheren Pächter der Domäne Polommen in Masuren, einen Bruder des früheren liberalen Abgeordneten für Tilsit, Behr-Moritzkehmen, in Aussicht, der um die Früchte seines Fleißes in Ruhe zu genießen seit kurzem in Tilsit Wohnung genommen und seine Muße gern dem Dienste der Stadt gewidmet und im April 1877 eine Wahl zum unbesoldeten Stadtrat angenommen hatte. Nachdem Herr Behr, dem es gar nicht recht war, in den politischen Streit gezogen zu werden, abgelehnt und auch die Kandidatur des Regierungspräsidenten Graf Westarp in Gumbinnen fallen gelassen worden war, proklamierte ein „aus sich entstandenes" Wahlkomitee, bestehend aus den Landräten beider Kreise, den Kreissekretären, einigen Beamten, von denen einige die Aufforderung zum Beitritt abzulehnen vielleicht nicht den Mut hatten, etwa 5 bekannten konservativen Männern und einigen politischen Renegaten am 19. Juli in einer Versammlung zu Jakobsruhe vor eingeladenen Wählern die Kandidatur des Oberregierungsrat v. Schlieckmann, der kürzlich von Gumbinnen als Vertreter des Polizeipräsidenten v. Madai nach Berlin versetzt worden war. v. Schlieckmann hielt in jener Versammlung seine Kandidatenrede. In derselben verlangte er nicht nur, daß die Sozialdemokratie, diese der Fortschrittspartei am nächsten stehende (!!), durch sie hervorgerufene (!!!) Partei des Umsturzes mit Stumpf und Stiel vertilgt werde, sondern auch, daß alle von der liberalen Partei durchgesetzten Gesetze, das Gesetz über die Freizügigkeit, über die Aktiengesellschaften, das allgemeine Wahlrecht, die Gewerbeordnung u. s. w. revidiert würden.

Für den Regierungs-Kandidaten wurde nicht nur auf dem Lande, sondern auch in Tilsit mit Hochdruck gearbeitet. An allen Ecken war ein Plakat mit der Unterschrift „Viele Königs- und Vaterlandsfreunde", aber ohne die vom Gesetze geforderte Angabe des Herausgebers und Verlegers angeschlagen, das die Person des Kaisers in unverantwortlicher Weise in den Kampf der Parteien

zog. Obwohl der Kaiser erst Wochen nach der Auflösung des Reichstags von derselben Kenntnis erhalten hatte, wurde in diesem Aufruf an die „Mitbürger“ behauptet, der Kaiser selbst habe in der Hoffnung, daß man seinen sehnlichen Wunsch erfüllen und regierungsfreundliche Abgeordnete wählen würde, den Reichstag aufgelöst u. s. w.

Die Wahlen fanden am 30. Juli 1878 statt. In Tilsit erhielt Wander 1636, v. Schlieckmann 827 Stimmen, insgesamt bei einer Wahlbeteiligung von 58,5 Prozent Wander 4373, v. Schlieckmann 8850 Stimmen, während 28 für einen Centrumsführer abgegeben wurden und 20 sich zersplitterten.

„Endlich die alte Fortschrittsburg erstürmt“, so telegraphierte man aus Tilsit an die „Kreuz-Zeitung.“

Die Wahlen fielen im ganzen Regierungsbezirk Gumbinnen vermöge einer von der Regierung selbst geleiteten Agitation mit Hülfe aller Unterbeamten, wie sie selbst zur Zeit des Regierungspräsidenten Maurach nicht bekannt war, durchweg konservativ aus; auch der Regierungsbezirk Königsberg, abgesehen von den beiden katholischen Wahlkreisen, war von den Konservativen erobert.

Der Reichstagsabgeordnete v. Schlieckmann wurde nach Jahresfrist als Regierungspräsident wieder nach Gumbinnen versetzt und mußte deshalb sein Mandat niederlegen. Er wurde in der Ersatzwahl am 3. Dezember 1879 mit 5890 Stimmen gegen Wander, der 5833 Stimmen erhielt, mit nur 29 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt. Er hatte in 17 Monaten fast 3000 Stimmen eingebüßt.

Und diese Wahl wurde am 5. Mai 1881 vom Reichstage wegen grober Wahlfälschungen und ungesetzlicher Wahlbeeinflussungen der schlimmsten Art einstimmig kassiert.

Eine Neuwahl fand nicht mehr statt, da die dritte und letzte Session des Reichstages am 16. Juni 1881 geschlossen wurde.

Albrecht v. Schlieckmann,
der neugewählte Reichstagsabgeordnete, hat den Wahlkreis Tilsit-Niederung von 1878 bis 1881 und von 1884 bis 1891 vertreten. Er starb am 14. Mai 1891 im 56. Lebensjahre. Wir werden einen kurzen Lebensabriß des Mannes an einer späteren Stelle dieser Arbeit bringen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

XIV. Legislaturperiode vom 28. Oktober 1879 bis 11. Mai 1882.

Inzwischen war der Wind in den Regierungskreisen völlig umgeschlagen. Die konservativen Parteien schlossen mit den bisher in Acht und Bann gethanen Ultramontanen einen Bund: das Ziel war, wie es von einem Führer der Freikonservativen ausgesprochen wurde, die Herrschaft der Junker und der Pfaffen. „Umkehr in der Gesetzgebung, Umkehr in Schule und Kirche!" das war der Ruf, zu dem sich, wie das Programm der nationalliberalen Partei es aussprach, „unsere Gegner sich vereinigt haben." „Gesegnet sei die Reaktion!" rief bei der Augustkonferenz 1879 ein priesterlicher Mund aus. Da galt es für die Liberalen aller Schattierungen auf dem Posten zu sein, und sie hielten auch hier in Tilsit treulich zusammen, die alten Fortschrittsmänner und die „Gemäßigt-Liberalen", denn so — nicht nationalliberal — wollten sie genannt sein. Da Bernhardi sowohl als Droese unter Hinweis auf sein Alter und ersterer auf seine zunehmende Kränklichkeit sich außer stande erklärten, eine fernere Wahl anzunehmen, so lenkte „der alte Post" die Aufmerksamkeit der Wähler auf den Hauptmann a. D. Wander-Carlberg (Kallkappen bei Tilsit), der zugleich Besitzer des Gutes Birkenwalde im Kreise Niederung, dazu Mitglied des Kreis-Ausschusses, des Bezirksrates, des Provinziallandtages, der Provinzialsynode u. s. w. war und auf den Gutsbesitzer Möller-Margen, Mitglied der Kreisvertretung und des Kreis-Ausschusses des Kreises Niederung, einen bewährten Parteimann. Der

ebenfalls in Aussicht genommene und von Justizrat Preuß warm empfohlene Oberlehrer Meckbach verzichtete zu Gunsten des Gutsbesitzer Möller-Margen. Auf konservativer Seite hatte der Postdirektor Medem in Tilsit die Führung übernommen; in der von ihm geleiteten, sehr zahlreich von Beamten, Lehrern und Förstern besuchten Versammlung beglückwünschte er die Partei, daß nun endlich die Zeit gekommen sei, wo auch sie ungescheut das Wort nehmen könne, um zu zeigen, daß die Gegner nicht allein die klugen Staatsmänner wären. Als Kandidaten der konservativen Partei wurden der Reichstagsabgeordnete Regierungspräsident Dr. v. Schlieckmann-Gumbinnen und der Gutsbesitzer Landwehr-Lieutenant Weber-Argelothen aufgestellt, der seit dem Jahre 1870 von der Fortschrittspartei, für die er noch 1867 gestimmt hatte, zur konservativen Partei übergegangen war.

Obwohl der Minister des Innern die Weisung ergehen ließ, daß die Beamten sich jeder Einmischung in die Wahlen und jeder Wahlbeeinflussung zu enthalten hätten, wagten die Leiter der konservativen Partei — damals zum ersten Male — es doch ein mit Baumgart (Kreissekretär zu Tilsit) und Talke (Eisenbahndirektor in Tilsit) unterzeichnetes Schriftstück fast sämtlichen Lehrern des Kreises Tilsit zuzusenden, des Inhalts, daß sich das Bedürfnis herausgestellt habe, das konservative Wahlkomitee zu vergrößern und daß der betreffende Lehrer in dasselbe hineingewählt sei. Sollte derselbe diese Wahl nicht annehmen, so sehe man innerhalb 8 Tagen einer desfallsigen Erklärung entgegen; erfolge eine solche nicht, so betrachte man das als zustimmende Annahmeerklärung. Nun war doch der erstere der beiden Unterzeichner unzweifelhaft ein Beamter und zwar derjenige Beamte, der auf dem Lande den allergrößten Einfluß besaß. Die ganze Tragweite dieser Zumutung wird aber klar, wenn man erwägt, daß der den Lehrern vorgesetzte Kreisschulinspektor Pohl als konservativer Agitator und Parteimann sich bereits einen Namen gemacht hatte. Dennoch sollten den Konservativen diese Wahlumtriebe für dieses Mal noch nichts

helfen. Von den 40 von ihnen für Tilsit aufgestellten Wahlmännern wurden nur 2 gewählt (Eisenbahn-Direktor Talke und Lehrer Richter), einer erhielt das Mandat durch das Los. (Materialienverwalter Mertins.) Die liberale Partei der Stadt Tilsit stellte 75 Wahlmänner. Trotz der vielfachen Bemühungen der Gegner bewährte Tilsit bei der Wahl am 7. Oktober seinen alten Ruhm, ein Hort der freisinnigen Partei zu sein, wieder. Im ersten Wahlgange wurden von 430 Wahlmännern 233 Stimmen für Möller-Margen, 197 für Regierungs-Präsident v. Schlieckmann abgegeben. Im zweiten Wahlgange gestaltete sich das Resultat noch viel günstiger. Hauptmann Wander wurde mit 240 Stimmen gewählt, während Herr v. Schlieckmann 185 Stimmen erhielt. Eine Stimme verirrte sich auf Hauptmann Weber-Argelothen.

Hermann Möller*)

wurde am 1. Juli 1813 zu Winge (Kreis Tilsit) als Sohn des Gutsbesitzers Wilh. Möller geboren. Er verlor seine Eltern frühe und wurde im Hause seines ältern Bruders, der Kantor in Tilsit war, erzogen. Im Jahre 1834 trat er als Eleve beim damaligen Feldmesser Weiß in Tilsit ein und arbeitete später nach bestandenem Feldmesserexamen selbständig, hauptsächlich bei der Separation in Masuren. Im Jahre 1843 verheiratete er sich mit der Tochter des Gutsbesitzers Kaeswurm auf Ballgarden und erwarb im Jahre 1845 das Gut Margen im Kreise Niederung. Der Besitzer des Gutes Margen hatte damals als solcher eine Stimme im Kreistage; nach Einführung der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 wurde Möller zum Mitgliede des Kreistages aus der Zahl der Großgrundbesitzer gewählt. Seit dem 24. Februar 1874 war Möller Kreisdeputierter, nach Einführung der Kreisordnung am 1. April 1874 Amtsvorsteher und Mitglied des Kreis-Ausschusses, seit dem

*) Nach Mitteilungen seines Sohnes, Gutsbes. H. Möller-Margen.

18. März 1880 Mitglied des Provinzial-Landtages. Außerdem bekleidete er im Kreise verschiedene Ehrenämter; so war er in den Jahren 1862/63 Kommissar des Kreises bei der Grundsteuerveranlagung. In allen diesen Ämtern bewies er die treueste Pflichterfüllung und selbst ein sehr schmerzhaftes Leiden, an dem er in den letzten Jahren seines Lebens litt, konnte ihn nur selten veranlassen eine Sitzung des Kreis-Ausschusses oder der übrigen Körperschaften, denen er angehörte, zu versäumen. Er war seit Beginn des politischen Lebens in Preußen ein überzeugter und überaus thätiger Anhänger der liberalen Partei. Nach Begründung der Fortschrittspartei bekannte er sich zu dieser und übte durch seine Tüchtigkeit, Pflichttreue und Umsicht und persönliche Liebenswürdigkeit einen großen Einfluß in einem großen Teile der Niederung aus. Im Alter von mehr als 66 Jahren wurde er mit 233 Stimmen (gegen den Regierungspräsidenten v. Schlieckmann) zum Abgeordneten gewählt. Er gehörte dem Hause bis 1882 an und zwar als Mitglied der Fortschrittspartei. Sein Interesse für die freiheitliche Gestaltung unseres öffentlichen Lebens blieb bis zu seinem Tode unverändert. Im Alter von fast 77 Jahren wurde Hermann Möller am 13. März 1890 aus reich gesegneter Thätigkeit abberufen, tief betrauert von seiner großen Familie und seinen zahlreichen Freunden aus dem Kreise seiner Berufs- und Parteigenossen. Er ruht auf dem Kirchhofe zu Margen.

Albert Wander

stand bei seiner Wahl zum Abgeordneten am Ende seines 61. Lebensjahres. Einige biographische Mitteilungen über ihn werden an einer andern Stelle dieser Arbeit gegeben werden.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

V. Legislaturperiode vom 27. Oktober 1881 bis 28. Juni 1884.

Schon bei den Wahlen von 1878 war es Fürst Bismarcks Absicht gewesen, fortan ein konservatives Regiment zu führen.

Unter dem Eindrucke der Attentate waren die Wähler in vielen Wahlkreisen schwach genug gewesen, ihre liberalen Abgeordneten fallen zu lassen. Die national-liberale Partei war von 152 Abgeordneten des Jahres 1874 und 127 des Jahres 1878 auf 98, die Fortschrittspartei von 49 bezw. 35 Abgeordneten auf 26 herabgedrückt. Dieses begonnene Werk sollte jetzt vollendet werden. Fürst Bismarck glaubte mit einer ultramontan-konservativen Koalition Deutschland regieren zu können. Das „Nach Kanossa gehn wir nicht!" war vergessen; durch fortgesetzte Zugeständnisse in der Kirchenpolitik machte er sich das Centrum für seine reaktionären Pläne willfährig. Sein Ziel war die Stärkung der Staatsgewalt und die Schwächung des Parlamentarismus, die Einschränkung der politischen Freiheiten (soweit solche noch vorhanden) und die Erschließung neuer Einnahmequellen für den Staat; die Schlagworte, mit denen er auf die Massen wirkte, waren „Nationale Wiedergeburt" (ein schönes Wort, bei dem sich jeder denken konnte, was er wollte), „Ausbildung des Systems der indirekten Steuern", „Befreiung der Gemeinden von öffentlichen Lasten", „Fürsorge für die arbeitenden Klassen." Das Tabaksmonopol wurde von der Regierung für unabwendbar erklärt; es sollte das „Patrimonium der Enterbten" werden. Die Liberalen sollten mit Stumpf und Stiel vertilgt werden. Denunziation und Beschimpfung waren die Mittel, mit denen in der „Provinzial-Korrespondenz", durch welche die Stimmung des Volkes beeinflußt werden sollte, gegen alle, die dem Kanzler Opposition machten, gekämpft wurde. Den Konservativen wuchs natürlich bei so mächtiger Unterstützung durch die Regierung gewaltig der Mut. Um den Massen der Wähler den Liberalismus besonders zu verleiden, wurde von dem „Wahlverein der Konservativen" ein Wochenblatt „Der Deutsche Patriot" gegründet und bereits seit Anfang Juli, also mehr als ein Vierteljahr vor dem voraussichtlichen Wahltermine, überall in den Provinzen verbreitet. Der Redakteur dieses schändlichsten aller Hetzblätter war O. de Grahl, ein ehemaliger

österreichischer Offizier, längere Zeit Redakteur der „Ostpreußischen Zeitung", des Regierungs-Organs für den Regierungs-Bezirk Königsberg. In einem Tone, wie er selbst in sozialdemokratischen Brandschriften noch niemals angeschlagen war, betrieb das reaktionäre Organ der Junkerpartei die Hetze gegen die ganze deutsche Gesetzgebung der liberalen Periode, obwohl doch diese Gesetze das Werk Bismarcks waren und die Unterschrift des Kaisers trugen. Dieses Blatt auch in allen ostpreußischen Wahlkreisen zu verbreiten, ließ sich der neugebildete „Verein der Konservativen für Ostpreußen" angelegen sein, der über große Mittel verfügte. Die Regierungsblätter, „Ostpreußische" und „Preußisch-Litauische Zeitung", sowie das neue Organ der Junkerpartei, das „Deutsche Tageblatt" wurden den Inhabern von Gasthäusern kostenlos überwiesen.

Der Reichstags-Abgeordnete v. Schlieckmann, der sein Mandat trotz der erwiesenen Wahlfälschungen nicht niedergelegt, sondern dessen Kassierung (5. Mai 1881) abgewartet hatte, wurde, nachdem er den hohen Posten eines Regierungs-Präsidenten zu Gumbinnen kaum 2 Jahre bekleidet hatte, zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt; sein Nachfolger wurde der Oberregierungsrat Steinmann in Marienwerder. Der Abschiedsbesuch, den v. Schlieckmann vor Antritt seines neuen Amtes in Tilsit machte, brachte auch die Wahlagitation der Konservativen in Gang. An der Spitze derselben stand der Eisenbahndirektor Talke, der Postdirektor Medem und der Kreissekretär Baumgart. Die wirkliche oder eingebildete Abhängigkeit der Beamten und vieler Gewerbetreibender von den Behörden machten sich die konservativen Parteiführer, denen die Gunst der Regierung gewiß war, zunutze. Man ernannte alle diejenigen, von denen man annahm, daß sie aus Überzeugung oder auch um äußerer Vorteile willen oder aus Furcht vor Maßregelungen und geschäftlichen Nachteilen der konservativen Partei dienstwillig sein würden, zu Vertrauensmännern. Allein man fürchtete doch bei dem System vielfach mit

unfreiwilligen Streitern in den Wahlkampf zu ziehen. Deshalb wurden viele durch ein von einem Tilsiter Beamten unterzeichnetes Schriftstück aufgefordert, die auf der Rückseite namentlich angeführten Vertrauensmänner des Kirchspiels zu prüfen und über sie Bericht zu erstatten. So bildete sich ein vollständiges System des Spionierdienstes aus. Diese Maulwurfsarbeit wurde schon während der Sommermonate betrieben.

Kandidat der konservativen Partei war der Unterstaatssekretär v. Schlieckmann. Derselbe erschien nicht im Wahlkreise. Man hielt jedoch auch ohne ihn in Stadt und Umgegend zahlreiche konservative Wahlversammlungen ab, in denen den Angehörigen anderer Parteien das Wort nicht verstattet wurde. Ein konservativer Führer behauptete in einer solchen Versammlung, daß v. Schlieckmann mit zwei Dritteln aller Stimmen siegen werde, denn 1000 Vertrauensmänner ständen der Partei zur Verfügung. Er schloß mit einem Hoch auf den „Mann mit dem guten Herzen.“ Denn an Versprechungen aller Art im Namen ihres Kandidaten ließen die konservativen Agitatoren es nicht fehlen. Außer diesen Anweisungen auf „das gute Herz“ des Kandidaten enthielten die zahlreichen von der Partei herausgegebenen Flugblätter die nichtswürdigsten Verleumdungen der Fortschrittspartei, deren Anhängern samt und sonders die Königstreue abgesprochen wurde.

Das liberale Wahlkomitee stellte den Landtagsabgeordneten Hauptmann a. D. Wander-Carlberg als Kandidaten auf. An mehreren aufeinander folgenden Sonntagen wurden mit bestem Erfolge Wählerversammlungen in folgenden Orten abgehalten: am 25. September in Piktupönen, wo unter dem Vorsitz des (jüngst verstorbenen) Gutsbesitzers Fr. Dyck-Bojehnen Wander und Justizrat Preuß*) aus Tilsit als Redner auftraten, am 2. Oktober in Coadjuthen (Vorsitzender

---

*) Bis Ostern 1869 Staatsanwalt in Insterburg, dann Justizrat in Tilsit, siedelte zum 1. Januar 1882 nach Königsberg über.

Gutsbesitzer Richter-Ackmenischken*), Redner Bender-Lengkonischken*), am 9. Oktober in Kaukehmen, wo unter Vorsitz des Rechtsanwalt Kuwert außer Wander der Abgeordnete Dirichlet Kl.-Bretschkehmen einen politischen Vortrag hielt, am 16. Oktober in Neukirch (Vorsitzender Gutsbesitzer Borm-Wolfsdorf, Redner Rechtsanwalt Jordan-Tilsit und Post); am 23. Oktober in Heinrichswalde, wo unter dem Vorsitze des Apotheker Lengnick Wander und Justizrat Meyhoefer-Tilsit sprachen, und in Willkischken, wo unter dem Vorsitze des Gutsbesitzer Albrecht-Wahlenthal Gutsbesitzer Bender-Lengkonischken, Chemiker Feyerabendt und Dr. Nagel-Tilsit als Redner auftraten.

Die Verleumdungen der Fortschrittspartei in den konservativen Flugblättern hatten bei den Wählern wohl nur geringen Erfolg. Es müßte denn als ein solcher gelten, daß in der Versammlung zu Neukirch ein Lehrer K. den liberalen Kandidaten aufforderte, sich der Partei v. Bennigsen anzuschließen. Wander, der dort nicht zugegen gewesen war, erklärte in der nächsten Versammlung zu Heinrichswalde, daß er dazu nicht die mindeste Neigung habe, denn in der Partei Bennigsen werde liberal gesprochen und konservativ gestimmt; er gehöre nicht zu den Kompromißmachern und befinde sich in der Fortschrittspartei sehr wohl, der er sich nach reiflicher Überlegung angeschlossen habe und der er unverbrüchliche Treue bewahren werde. — Lauter Beifall drückte dem Redner den Dank der Anwesenden für diese Erklärung aus. — Wenige Tage vor der Wahl fand dann noch eine große Wählerversammlung in der Bürgerhalle zu Tilsit statt. Nach Post und Wander sprach Justizrat Krieger**). Des letzteren

---

*) Beide bewährte Parteigenossen starben in der Vollkraft ihrer Jahre: Richter am 25. Oktober 1882 im 32. Lebensjahre, Bender am 5. Juli 1887.

**) „Krieger-Goldap“, wie er als Politiker hieß, war im Winter 1860/61 in einer Nachwahl zu Goldap, wo er Rechtsanwalt war, in's Abgeordnetenhaus gewählt. Dort nahm er sofort lebhaft an den Beratungen teil, welche die unzufriedenen Mitglieder der Fraktion Vincke

wahrhaft glänzende Rede knüpfte an ein soeben verlesenes Gedicht eines jungen Dichters, der in Tilsit seine Jugendbildung genossen hatte (Herm. Sudermann, damals Redakteur des „Deutschen Reichsblattes"), an und wies Ostpreußens Bedeutung für die Entwickelung des Liberalismus nach. Daran knüpfte er die Geschichte der Entstehung der Fortschrittspartei, bei der er selbst eine hervorragende Rolle gespielt hatte. Als diese Partei entstand, gehörte Krieger zu der Viererkommission, welche das Programm zu entwerfen beauftragt war. Durchdrungen von der Wahrheit des Ausspruchs des alten Grafen Dohna „Die Sache des Königs ist die Sache des Volkes und des Volkes Sache ist des Königs Sache" schrieb man den ersten Satz des Programms nieder: „Unerschütterliche Treue dem Könige!"*) Der Redner schloß mit einer eingehenden Charakteristik und

---

unter Führung Hoverbeck's und Forckenbeck's über ein der Fraktion zur Annahme zu unterbreitendes Programm im Jahre 1861 kurz vor Eröffnung der Session hielten. Seinem Verbesserungsantrage verdankt der wichtige Absatz über die Reform der Rechtspflege die Entstehung: „Wir verlangen Schutz des Rechts durch wirklich unabhängige Richter und diesen Schutz für jedermann gleich zugänglich. Demnach Beseitigung der Disziplinargesetze für Richter, Aufhebung des Anklagemonopols einer abhängigen Staatsanwaltschaft, Aufhebung des Gesetzes vom 8. April 1847 über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten, Aufhebung des Gesetzes vom 13. Februar 1854, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen, Wiederherstellung endlich der Kompetenz der Geschworenengerichte für politische und Preßvergehen." Die Fraktion Vincke lehnte den Programmentwurf ab. Krieger war unter den am 7. Februar 1861 ausscheidenden Fraktionsmitgliedern, die nun mit Waldeck und Taddel den „parlamentarischen Verein" bildeten, der durch Vincke den Spottnamen „Junglitauen" erhielt und sodann im Juni 1861 in Verbindung mit den Berliner Demokraten die deutsche Fortschrittspartei begründete. Das Programm derselben enthielt im wesentlichen den obigen Satz, der leider durch die deutschen Justizgesetze nur zum kleinsten Teile ausgeführt ist.

Krieger, durch Mut, Unerschrockenheit und feste liberale Grundsätze ausgezeichnet, ein scharfsinniger Jurist und schneidiger Redner, that sich während der Konfliktszeit mehr in der Fraktion und in Kommissionen als im Plenum hervor. Er vertrat den Kreis Stallupönen-Goldap-Darkehmen bis 1867. Er zog dann 1870 nach Tilsit, wo er während 12 Jahren in seinem Amte als Rechtsanwalt und im öffentlichen Leben thätig war; im Oktober 1882 siedelte er als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht nach Königsberg. Hier starb Krieger am 15. Juli 1885.

*) Das Original des denkwürdigen Schriftstücks wird noch heute in der Familie Kriegers als wertvolle Reliquie aufbewahrt.

glänzenden Rechtfertigung der Fortschrittspartei gegen die auf sie und ihren Kandidaten geschleuderten Angriffe.

Die ernste Arbeit des Kandidaten und begeisterter Parteigenossen sollte nicht umsonst gewesen sein. Bei der Wahl am 27. Oktober erwies sich „der Fortschrittsring", wie ein konservativer Führer sich auszudrücken beliebt hatte, in alter Stärke, d. h. die Bewohner der Stadt ließen sich durch die Schmäh- und Lügenblätter nicht irre machen; sie blieben ihrer Überzeugung treu. In Tilsit erhielt Wander 2333, v. Schlieckmann 394, im Landkreise Wander, 2242 v. Schlieckmann 3438, im Kreise Niederung Wande r 2693 v. Schlieckmann 3227 Stimmen, außerdem der Zählkandidat, der Centrumspartei, v. Schorlemer-Alst, 74 Stimmen. So hatte also Hauptmann Wander-Carlberg bei einer Wahlbeteiligung von 61,5 Prozent mit 7268 Stimmen über den Unterstaatssekretär v. Schlieckmann (7059 Stimmen) gesiegt. Wander trat im Reichstage der Fortschrittspartei bei, der er im Landtage schon angehörte. Er stand damals im 63. Lebensjahre. —

In welcher Weise die Behörden bei dieser Wahl in den Wählern keinen Zweifel darüber aufkommen ließen, daß sie ihre Autorität gegen die liberale Partei einsetzten, mag folgender Fall zeigen. Der (liberale) Stadtrat A. Volkmann (früher Direktor der Lutterkorth'schen Papierfabriken), entnahm bei Schluß des Magistratsbureaus die Wählerlisten und brachte sie in ein Privatlokal, wo sie während der Nacht kopiert wurden, so daß sie am nächsten Morgen bei Beginn der Dienststunden wieder im Bureau zur Einsicht ausgelegt werden konnten. Wenige Tage später ging folgende Verfügung der Königl. Regierung zu Gumbinnen hier ein: „Zur Vermeidung einer mißbräuchlichen resp. ungesetzlichen Einwirkung auf die bevorstehenden Reichstagswahlen nehme ich hierdurch Veranlassung, sämtlichen Magistraten des Regierungsbezirks die Verabfolgung der diesen Wahlen zu Grunde zu legenden Verzeichnisse der Wähler im Original oder in Abschrift, die letztere namentlich auch nicht gegen

Entrichtung von Kopialien, an Privatpersonen, Wahlkomitees, politische Vereine oder andere Gesuchsteller, welche nicht zu den öffentlichen Behörden gehören, hiermit ausdrücklich zu untersagen; vielmehr sind alle nicht von Behörden ausgehenden Anträge auf Mitteilung der Wahlverzeichnisse im Original oder in Abschrift ausnahmslos zurückzuweisen. Der Regierungspräsident. gez. Steinmann." — Da bei den Wahlen die Abschriften der Wählerlisten in den Händen liberaler Vertrauensmänner bemerkt worden waren, wurde der Magistrat zur Rechtfertigung aufgefordert, wie dieselben in Privathände gekommen seien. Auf eine klare Auseinandersetzung der Sachlage, wonach auch eine Präsidialverfügung bereits geschehene Dinge nicht ungeschehen machen könne, erfolgte eine scharfgefaßte Verfügung, in der dem betreffenden Stadtrat der Vorwurf gemacht wurde, seine Untergebenen zu gesetzwidrigen Handlungen verleitet zu haben, eine Strafe von 30 Mark gegen ihn festgesetzt und für künftige Fälle eine Disziplinar-Untersuchung auf Amtsentsetzung angedroht wurde. Um die Regierungsmaßregel recht zu würdigen, muß man wissen, daß die Magistrate aller größeren Städte die Wählerlisten allen Parteien auf Wunsch in Abschrift überlassen. Gegen das Strafmandat richtete der Magistrat eine höchst sachlich und treffend abgefaßte Beschwerdeschrift an den Oberpräsidenten. Da die Amtsperiode des Stadtrat Volckmann zum 1. Mai 1882 ablief, so fand eine Neuwahl statt, in der Volckmann einstimmig wiedergewählt wurde. Die Regierung versagte ihm die Bestätigung und wies die wiederholte Bitte des Magistrats um Bestätigung dieses um die städtische Verwaltung so verdienten Mannes zurück. In einer an den Oberpräsidenten gerichteten Beschwerde zog der Magistrat sehr glücklich eine Parallele zwischen dem Verfahren gegen Volckmann, der gegen eine erst acht Tage später erschienene Verfügung gefehlt haben sollte, und dem Verfahren gegen den Stolbecker Wahlvorsteher, Gemeindevorsteher E...., der für gröbliche Übertretung der gesetzlichen Vorschriften, welche die Un-

gültigkeit der Reichstagswahl in diesem Bezirk zur Folge hatte, nur mit einer gelinden Zurechtweisung bedacht und im Amte belassen wurde. Ehe die Sache noch in der höchsten Instanz entschieden war, entschloß sich Volckmann, der über den Ausgang unter dem Ministerium Puttkamer nicht zweifelhaft sein konnte, um die ihm zu Unrecht auferlegte Strafe nicht zu zahlen, seine Ämter niederzulegen und Tilsit zu verlassen. Er begab sich Ende März auf Reisen, zunächst nach Bayern. So wurde Tilsit durch solche Maßregelungen eines besonders tüchtigen, für das Wohl der Stadt außerordentlich thätigen Bürgers beraubt.

Albert Wander.

Albert Friedrich Wander, Sohn des Rittmeister Wander († 1848), wurde am 6. November 1818 zu Königsberg i. Pr. geboren. Sein Großvater Joh. Wander († 1788) war Erzpriester in Ragnit, der jüngste Sohn desselben, Heinrich Wander, geb. 1782, erwarb 1816 das Gut Birkenwalde, Kr. Niederung und war 1849—1852 Abgeordneter für Niederung-Labiau (lib. Centr., St. London); er starb auf seinem Gute am 10. Mai 1879.

Wander widmete sich 1833 dem militärischen Berufe; er wurde Offizier (bis 1853) in dem in Rastenburg in Garnison stehenden Ostpreußischen 1. Jäger-Bataillon, war 1842—45 zur Kriegs-Akademie kommandiert, von 1846—52 Lehrer und Erzieher beim Kadettenkorps zu Culm und Potsdam und nahm als Hauptmann 1853 seinen Abschied, um sich der Landwirtschaft zu widmen. Er vermählte sich 1854 mit der zweiten Tochter des 1848 verstorbenen Rittergutsbesitzers Ferd. Reimer auf Adl.-Schilleningken und nahm seinen Wohnsitz in dem stattlichen Herrenhause, das ein früherer Hotelbesitzer Loeffke in Tilsit in unmittelbarer Nähe der Stadt Tilsit, hart an der Königsberger Chaussee auf der Feldmark des Kämmereidorfes Kallkappen erbaut und Carlberg genannt hatte. Von seinem Oheim übernahm Wander 1871 das Gut Birkenwalde, welches 1888 in den Besitz seines ältesten Sohnes überging. Er benutzte seine

Muße zu gründlichen historischen und volkswirtschaftlichen Studien, die zur Folge hatten, daß Wander, der vermöge seiner militärischen Vergangenheit zur konservativen Partei hinneigte, immer mehr sich der Fortschrittspartei näherte und sich endlich offen zu derselben bekannte. Nachdem er im Gemeindeleben, in der Kreis- und Provinzial-Verwaltung schon viele Ehrenämter bekleidet hatte, trat er auf Veranlassung von A. Post zuerst 1878, nachdem Stadtrat Bernhardi eine Wiederwahl zum Reichstage aus Gesundheitsrücksichten hatte ablehnen müssen, als Kandidat der liberalen Partei zum Deutschen Reichstage auf. Er unterlag jedoch dem von der konservativen Partei aufgestellten Ober-Regierungsrat v. Schlieckmann, der kürzlich von Gumbinnen nach Berlin versetzt worden war, am 30. Juli 1878 mit 4373 (gegen 8850) Stimmen, und als wegen der Beförderung v. Schlieckmann's zum Regierungs-Präsidenten in Gumbinnen eine Ersatzwahl nötig wurde, demselben politischen Gegner mit 5833 gegen 5890 Stimmen. Diese Wahl wurde am 5. Mai 1881 vom Reichstage wegen grober Wahlfälschungen und ungesetzlicher Wahlbeeinflussungen einstimmig kassiert; eine Neuwahl fand nicht mehr statt. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhause am 7. Oktober 1879 wurde Wander mit 240 von 425 Stimmen (gegen Regierungs-Präsident v. Schlieckmann) gewählt und siegte auch in den Reichstagswahlen am 27. Oktober 1881 über v. Schlieckmann mit 7268 gegen 7059 Stimmen. In beiden parlamentarischen Körperschaften gehörte Wander der Fortschrittspartei an. Bei den Landtagswahlen am 26. Oktober 1882 unterlag er in beiden Wahlgängen den Kandidaten der konservativen Partei, Gutsbesitzer Rademacher-Winge und Weiß-Perwallkischken.

Aus der oben gegebenen Darstellung der Wahlkämpfe von 1878, 1879 und 1881 haben wir Gelegenheit gehabt, Wanders Anschauungen und Grundsätze als Politiker kennen zu lernen. Er bekannte sich überall als einen überzeugten Anhänger der Fortschrittspartei. Leider sollte er derselben, wenigstens äußerlich, entfremdet werden.

Der Verschmelzung der Fortschrittspartei mit der Liberalen Vereinigung zu einer, der „Deutschen freisinnigen Partei“, im März 1884 stimmte der Abgeordnete Wander bei und vertrat bei dem Parteitage zu Berlin am 16. März zusammen mit dem Kaufmann H. Kantrzinski im Auftrage des Liberalen Wahlvereins den Wahlkreis Tilsit-Niederung.

Im Mai 1884 beschäftigte den Reichstag die von der Regierung verlangte Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Zum ersten Male war ein zur Unterdrückung der Sozialdemokratie bestimmtes Ausnahmegesetz nach dem Hödel'schen Attentate im Mai 1878 dem Reichstage vorgelegt und gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Nationalliberalen abgelehnt worden. Der Reichstag wurde aufgelöst und dem neuen Reichstage im September 1878 ein neues Sozialistengesetz für zwei Jahre vorgelegt. Die Fortschrittspartei stimmte — nicht um der Sozialisten willen, sondern weil sie grundsätzlich das gleiche Recht für alle Parteien erstrebte und daneben auch das Sozialistengesetz für nichts weniger als ein taugliches Mittel erachtete, um den Sozialismus zu bekämpfen — sowohl 1878 als auch 1880 gegen dieses Gesetz, bezw. die Verlängerung desselben auf 4 Jahre, mit ihr der Abg. Lasker. Die vierjährige Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes lief am 30. Oktober 1884 ab. In das Programm der Deutschen freisinnigen Partei war aus dem Programm der Fortschrittspartei auch die Forderung übernommen: „Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Partei und der Person.“ Somit durfte erwartet werden, daß sämtliche Mitglieder der Deutschen freisinnigen Partei die Regierungsvorlage verwerfen würden. In diesem Sinne sprachen sich auch die Führer sowohl der früheren Fortschrittspartei als auch die der früheren Liberalen Vereinigung aus. Dennoch stimmten 22 frühere Mitglieder der Liberalen Vereinigung, die 1880 für die Verlängerung des Gesetzes gewesen waren, auch diesmal der Verlängerung seiner Gültigkeitsdauer auf 2 Jahre zu.

Mit ihnen der Abgeordnete Wander. In einer Wähler-Versammlung am 11. September 1884 zu Tilsit erstattete Wander über seine Thätigkeit im Reichstage Bericht. Er rechtfertigte ausführlich und in beredten Worten die Haltung der Partei und wies vor allem die Nutzlosigkeit, ja Gefährlichkeit des Gesetzes mit denselben schlagenden Gründen nach, welche im Jahre 1890 auch die

Regierung veranlaßten, auf eine weitere Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes zu verzichten und welche jetzt die Billigung fast aller Parteien gefunden haben. Trotzdem habe er, wenn auch mit schwerem Herzen, dem Gesetze zugestimmt, weil Se. Majestät dem Reichstagspräsidium gegenüber den Wunsch und die Erwartung ausgesprochen habe, daß der Reichstag das Gesetz annehmen werde, weil er sich sonst im eigenen Lande nicht mehr sicher fühle. (Das verruchte Niederwalds-Attentat war aber gerade unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes geplant und nur durch einen Zufall vereitelt.) Möge diese Ansicht des Kaisers auch irrig sein, so habe er doch als alter Soldat dem so offen ausgesprochenen Wunsche und Willen seines obersten Kriegsherrn nicht entgegen sein können. „An Ihnen, meine Herren Wähler, ist es, mich deshalb zu desavouieren." — Die offene ritterliche Haltung des Redners machte, obwohl kaum einer im Saale sein Verhalten in diesem Punkte billigte, da ein Abgeordneter eben allein nach seiner Überzeugung stimmen soll, den allergünstigsten Eindruck und Wander wurde einstimmig wieder zum Kandidaten der freisinnigen Partei für die bevorstehenden Reichstagswahlen erklärt. Er unterlag am 28. Oktober 1884 dem Oberpräsidenten v. Schlieckmann mit 4404 gegen 10462 Stimmen.

Obwohl Wander sich durch seine von dem Programm der deutsch-freisinnigen Partei abweichende Abstimmung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes von der Partei äußerlich losgesagt zu haben glaubte, gehörte er derselben doch mit vollem Herzen an. Das erklärte er sowohl 1885, als er die ihm von der Parteileitung angetragene — hoffnungslose — Kandidatur zum Abgeordnetenhause annahm, als auch 1887, als er auf die Anfrage, ob er wiederum der Kandidat der freisinnigen Partei zum Reichstage sein wolle, antwortete: „er könne sich einem Kreise nicht aufdrängen, der ihn zweimal habe fallen lassen, stehe aber nach wie vor zur deutsch-freisinnigen Partei.'

Eine große Kränkung erfuhr Wander durch die im Jahre 1885 von dem preußischen Fiskus gegen ihn angestrengte Klage auf Rückzahlung angeblich aus Parteifonds für die Zeit seines Reichstagsmandats 1881—84 bezogener Diäten. Obwohl es notorisch war und von Wander in den öffentlichen Blättern erklärt wurde, daß er niemals Diäten aus Parteifonds bezogen habe, hielt der Fiskus an seiner Absicht fest, ihm auf Grund gewisser Paragraphen des Allgemeinen Landrechts, die auf den vorliegenden Fall nach dem allgemeinen Rechtsbewußtsein des Volkes und der sämtlichen Gerichte erster Instanz ganz und gar nicht paßten, die niemals empfangenen Diäten als einen „verbotenen Gewinn", der zu einem „unerlaubten oder wider die Ehrbarkeit laufenden Zwecke" von ihm angenommen sei, zu „entreißen." — Das Landgericht zu Tilsit wies die Klage zurück, das Oberlandesgericht zu Königsberg sprach im Oktober 1886 Wander frei, da er eben keine Entschädigung erhalten hatte.

Seitdem zog er sich von dem politischen Leben ganz zurück und beschränkte sich auf seine gemeinnützige Thätigkeit im Interesse der Gemeinde, seiner landwirtschaftlichen Berufsgenossen, des Kreises, der Provinz. Seit 1874 ist er Mitglied des Gemeinde-Kirchenrats der Stadtkirche, seit 1878 der Kreissynode (der „Kreis-Synodalrechner"), des Synodalvorstandes und der Provinzial-Synode; er war 1867/68 Vorsitzender des Vereins zur Linderung des Notstandes im Kreise Tilsit, 1870/71 Delegierter des deutschen Vereins für freiwillige Krankenpflege beim Reserve-Lazaret, Vorsitzender des Vereins zur Pflege verwundeter und erkrankter Krieger, seit 1871 Vorsitzender des Kreisvereins der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden zu Tilsit, 1873—88 Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisvereins Tilsit-Ragnit. Er ist seit langer Zeit Vorsteher oder Vorstandsmitglied der verschiedensten andern gemeinnützige oder nationale Zwecke verfolgenden Vereine, wie z. B. des Gustav-Adolf-Vereins, des Vereins zur Bekämpfung der Wanderbettelei, des All-

gemeinen deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Aus ,neldades Kreisvereins des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins, des Zweigvereins der deutschen Lutherstiftung, der Schillerstiftung. Am 30. Oktober 1875 wurde Wander an Stelle des verstorbenen Gutsbesitzer Kranz-Lengkonischken mit 26 Stimmen zum Mitglied des Kreis-Ausschusses und zum Kreisdeputierten von Tilsit gewählt und er bekleidet noch heute diese Ämter. An demselben Tage wurde er zum Abgeordneten für den Provinzial-Landtag gewählt; am 23. Dezember 1881 wurde ihm dieses Mandat auf abermals 6 Jahre übertragen. Da jedoch die liberalen Mitglieder im Kreistage zum größten Teil nach und nach durch konservative ersetzt worden waren und leider die Wahl zu der einflußreichen Stellung eines Abgeordneten zum Provinzial-Landtage nach Parteirücksichten vorgenommen wird, so unterlag Wander bei der Neuwahl 1887 dem Gutsbesitzer Habedanck-Schillgallen. — Der Provinzial-Ausschuß wählte Wander 1880 zum Mitgliede des Provinzialrats, dem er noch heute angehört.

Einmal noch trat Wander aus seiner Zurückgezogenheit vom politischen Leben heraus. Es war im Jahre 1888; die Wahlen zum Abgeordnetenhause standen bevor. Der Abschluß des „Kartells" vor der Reichstagswahl 1887, welches die Vernichtung der freisinnigen Partei bezweckte, hatte das Verhältnis derselben zur nationailiberalen Partei so verschärft, daß an ein Zusammengehen beider den alten gemeinsamen Gegnern gegenüber nicht zu denken war. Dieser Zustand hatte auch in Tilsit und dem Wahlkreise zur Bildung einer nationalliberalen Partei geführt. Der General-Sekretär des nationalliberalen Centralwahlkomitees erschien in Tilsit, um der jungen Partei Anhänger zu gewinnen. In der vom nationalliberalen Komitee einberufenen Versammlung erschienen viele hundert Freisinnige, so daß das kleine Häuflein der Nationalliberalen völlig verschwand. Es fehlte nicht an scharfen Auseinandersetzungen. Da trat der alte Vorkämpfer des Liberalismus auf die Rednerbühne, um in

zündender Rede den feindlichen Brüdern sein „Seid einig, einig, einig!" zuzurufen. Die Folge davon war, daß die nationalliberale Vereinsleitung, in der Meinung, auch die Stimmen der freisinnigen Wahlmänner auf ihn lenken zu können, ihm ein Mandat anbot und Wander in der Meinung, daß seine Kandidatur die von ihm gewünschte und empfohlene Einigung aller Liberalen bedeute, dasselbe annahm. Wenn er sich auch infolge seiner Zurückgezogenheit vom politischen Leben aus Unkenntnis der tiefgehenden und wohl berechtigten Verstimmung der freisinnigen Partei gegen das Auftreten der nationalliberalen Partei hierin einer Täuschung hingab, so hatte Wanders Wiederauftreten auf dem politischen Schauplatz doch das Gute, daß man sich für den Fall einer Stichwahl zu einem Kompromiß verstand, nach welchem Wander der Kandidat beider Parteien sein sollte. Leider kam es nicht dazu; die Kandidaten der Konservativen hatten eine wenn auch nur geringe Mehrheit über beide liberale Parteien. —

Wander war der Vorsitzende des Komitees zur Feier des XIII. Preußischen Provinzial-Sängerfestes zu Tilsit am 20.—23. Juli 1878 und hielt als solcher am ersten Festtage von der Tribüne herab die herrliche Ansprache an die Sangesbrüder und Festgenossen, die das Fest einleitete; er machte das Fest der Töne zu einem „Genesungsfeste unseres Herrn und Kaisers, den Gott erhalte", und gab ihm dadurch die rechte Weihe. „Das deutsche Lied ist eine Macht", war das Thema seiner Festrede, und daß das deutsche Lied zur That geworden, das wies er nach an den ruhmvollen Thaten der jüngsten Zeit, von dem Wiedererwerb des verlorenen Bruderstammes der Schleswig-Holsteiner, von der Erhebung des gesamten deutschen Volkes zum Schutze des bedräuten Vaterlandes — Alldeutschland in Frankreich hinein! — bis zu der endlichen Aufrichtung des deutschen Kaisertums, Ereignisse, die alle von prophetischen Sängern vorausgesehen und im deutschen Liede gefeiert wurden, lange bevor diese Lieder „zur That" wurden. Und so klang denn die begeisterte

und begeisternde Rede aus in ein Hoch auf den ersten deutschen Kaiser der neuen Zeit, „der ja wisse, daß wo einer sich schwer vergangen, hunderttausende ihr Leben hingeben möchten für den Kaiser und all ihr Herzblut, um einen Tropfen seines teuern Blutes zu sparen.“ — Ein treues Lebensbild der leuchtendsten und hehrsten Heldengestalt, des verewigten Kaiser Friedrich, entrollte Wander in der Gedenkfeier, die der Handwerker-Verein am 25. Juni 1888 veranstaltete, vor den schmerzerfüllten Zuhörern. Und noch ein drittes Mal gab der vom edelsten Idealismus erfüllte Redner den Gedanken und Gefühlen, die die große Mehrheit der Bevölkerung erfüllten, einen formvollendeten Ausdruck. Am 21. September 1890, auf offenem Markte, vor vielen Tausenden von Zuhörern, zu Füßen des eben enthüllten Standbildes des größten Sohnes der Stadt Tilsit war es, wo der Redner die ideale Heldengestalt des Kaiserherolds Max v. Schenkendorf, sein Wesen und sein Lied schilderte und durch sein mächtiges Wort alle Herzen in heller Begeisterung zusammenschlagen ließ. — Wander war als Vorsitzender des Komitees zur Errichtung eines Denkmals für Max v. Schenkendorf auch der Verfasser des Aufrufs, der in alle Provinzialblätter und die bedeutendsten Zeitungen Deutschlands überging und überall zu den Herzen der Vaterlandsfreunde sprach und ihre Hände öffnete.

Möge dem verehrten Manne noch eine lange, gleich segensreiche Wirksamkeit beschieden sein!

Ostpreußen wird konservativ gemacht.

Der Feldzug, der bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1881 in der Provinzial-Korrespondenz unter der ausdrücklichen Autorität und Verantwortlichkeit der Regierung*) gegen die Liberalen eröffnet und in der Zeit vor den Reichstagswahlen von der Staatsregierung mit Aufbietung des gesamten

*) Minister des Innern v. Puttkamer in der Reichstagssitzung vom 15. Dezember 1881.

amtlichen Apparats in der rücksichtslosesten Weise geführt worden war, hatte diesmal noch nicht das gewünschte Ergebnis gehabt. Die Fortschrittspartei, die in dem Organ der Regierung beschuldigt wurde, „daß sie seit ihrer Gründung keine Gelegenheit vorüber gelassen habe, das Königtum zu schwächen“ (Prov.-Korr. vom 20. Juli 1881), der man „landesverräterische Gesinnung“ (Prov.-Korr. vom 12. Oktober) vorwarf, hatte nach dem ausgesprochenen Willen der Regierung vernichtet werden sollen. Und was war geschehen? Am 27. Oktober hatte das Volk für sie, die verfemte Partei, anstatt der 1878 auf sie gefallenen 388 007 Stimmen, 645 851 Stimmen abgegeben und statt 26 fortschrittliche Abgeordnete 59 gewählt. Hierzu kamen noch die 47 Abgeordneten der Liberalen Vereinigung (Sezessionisten), welche mehr als 450 000 Stimmen erhalten hatten. In Ostpreußen, das 1878 keinen Fortschrittsmann in den Reichstag gesandt hatte, waren 5 fortschrittliche Abgeordnete und zwar für Stadt Königsberg Professor Dr. Jul. Möller (mit fast sechsfacher Mehrheit), für Labiau-Wehlau Curt v. Saucken-Tarputschen, für Rastenburg-Gerdauen-Friedland R. Behrend-Pr.-Arnau, für Tilsit-Niederung Hauptmann a. D. Wander und für Sensburg-Ortelsburg Dirichlet-Kl.-Bretschkehmen gewählt worden; von den 15 konservativen Abgeordneten von 1878 waren nur 9 übrig geblieben.

Die großartige Niederlage der Regierung, die sich sehr bald — am 14. Juni 1882 — auch durch die Ablehnung des Tabaksmonopols mit 276 gegen 43 Stimmen kundgab, war, weit entfernt das Ministerium Bismarck-Puttkamer von dem eingeschlagenen Wege der amtlichen Wahlbeeinflussung*) abzubringen, für dasselbe vielmehr ein Antrieb, durch noch schärfere Anspannung aller Kräfte und Ausnutzung des ihr zu Gebote stehenden Einflusses bei den bevorstehenden

*) Vergleiche die Verhandlungen des Reichstages über die Wahlbeeinflussungen. Stenographischer Bericht über die 16. und 17. Sitzung vom 15. Dezember 1881. Herausgegeben auf Wunsch der Mitglieder der drei liberalen Fraktionen des Reichstags.

Landtagswahlen des Jahres 1882 die Scharte auszuwetzen und die Liberalen wenigstens aus dem Abgeordnetenhause zu verdrängen. Gelang dies, so war für die nächsten Reichstagswahlen viel gewonnen und diese sehr bald anzuordnen lag ja in der Hand der Regierung.

Der Reichstag wurde am 17. November 1881 mit Verlesung einer Kaiserlichen Botschaft durch den Fürsten Bismarck eröffnet, in welcher das Tabaksmonopol ausdrücklich als das Ideal der Regierung und als die Grundlage der „Steuerreform" bezeichnet wurde. Auf Anordnung der Staatsregierung wurde diese Botschaft in jedem Dorfe angeheftet und so die erhabene Person des Monarchen in die künftigen Wahlkämpfe hineingezogen.

In der denkwürdigen Sitzung vom 15. Dezember 1881, in der über den Antrag der Abgeordneten Dr. Haenel, Dirichlet, Rickert, Dr. Baumbach und Genossen,

> „Der Reichstag wolle beschließen, die Wahlprüfungskommission zu beauftragen, dem Reichstag über die bei den letzten Wahlen hervorgetretenen Mängel des Wahlverfahrens, insbesondere in Rücksicht auf die Geheimhaltung und Unabhängigkeit der Wahlen und die hiernach als notwendig erscheinenden gesetzlichen und reglementarischen Abänderungen Bericht zu erstatten,"

verhandelt wurde, ließ der Minister v. Puttkamer keinen Zweifel darüber, daß alles das, was der Regierung an Mißbrauch ihrer Gewalt vorgehalten wurde, nur ein Vorspiel sei von dem, was noch kommen sollte. Der Minister schloß seine Rede mit den Worten: „Die Regierung wünscht, daß innerhalb der Schranken des Gesetzes ihre Beamten sie bei der Wahl nachdrücklich unterstützen und ich kann hinzufügen, daß diejenigen Beamten, welche das in treuer Hingebung bei den letzten Wahlen gethan haben, des Dankes und der Anerkennung der Regierung sicher sind, und was mehr wert ist, daß sie auch des Dankes ihres Kaiserlichen Herrn sicher sind." Er verlangte, daß „das Beamtentum einen einheitlichen Gesamtorganismus auch in politischen Dingen bilde." Mit Recht hielt ihm Abgeordneter Virchow vor, daß es einmal eine Gesamtorganisation der Monarchie

gegeben habe, die des aufgeklärten und wohlwollenden Absolutismus. Damals durften die Beamten nicht bloß Opposition machen, sondern man forderte sogar, daß wenn ein Beamter eine andere Meinung in wichtigen Dingen habe, er sie auch äußere. — Die von dem Minister in jener Sitzung ausgesprochenen Gedanken wurden sehr bald der Beamtenschaft kundgegeben in dem Kaiserlichen Erlaß vom 4. Januar 1882. In diesem vom Fürsten Bismarck gegengezeichneten Erlasse heißt es: „Es ist die Aufgabe Meiner Minister, Meine verfassungsmäßigen Rechte durch Verwahrung gegen Zweifel und Verdunkelung zu vertreten. Ein gleiches erwarte Ich von allen Beamten, welche Mir den Amtseid geleistet haben. Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf die Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde Ich mit Dank anerkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen Meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten.“ Damit war es allen liberalen Beamten, die es bisher als ein durch die Verfassung verbrieftes Recht und als eine heilige staatsbürgerliche Pflicht angesehen hatten, ihrer politischen Meinung offenen Ausdruck zu geben und wohl auch unter den Gesinnungsgenossen eine führende Stellung einzunehmen, was gewiß im Interesse des Staats lag, geboten, sich vom öffentlichen Leben gänzlich zurückzuziehen und sehr nahe gelegt, im Gegensatze zu ihrer Überzeugung um der Vorteile willen, die die Regierung gewähren kann, für dieselbe einzutreten. Es gab fortan keinen Unterbeamten und keinen irgendwie auf das Wohlwollen der Behörden angewiesenen Mann, der sich offen zur liberalen Partei zu bekennen den Mut gehabt hätte.

Wer vorwärtskommen wollte, von dem verlangte man die völlige Hingabe an die Politik der Regierung. Der Streberei und Liebedienerei und jeder Art der Charakterlosigkeit war damit Thür und Thor geöffnet.

Was dies für Ostpreußen bedeutete, liegt auf der Hand. War man doch hier von des Oberpräsidenten und Staatsministers Theodor v. Schoen Zeiten her gewöhnt, daß gerade die liberalen Beamten überall die Führung gehabt hatten, Universitätslehrer, Lehrer an den höhern Unterrichtsanstalten, richterliche Beamte, ja selbst Verwaltungsbeamte. Daran hatte auch die Konfliktszeit unseligen Angedenkens nichts ändern können. Denn damals hatte sich die Mehrheit der Beamten im Bewußtsein ihres guten Rechts stark gezeigt und ihr Haupt nicht dem Joche gebeugt. Jetzt hielten sich selbst Rechtsanwälte, insofern sie als Notare königl. Beamte waren, für verpflichtet, vom politischen Leben zurückzutreten. Die Liberalen waren somit mit einem Schlage fast aller ihrer Führer beraubt. Es braucht nicht gesagt zu werden, was darin für eine indirekte Beförderung der sozialdemokratischen Agitation und Propaganda liegt. Diese für den ganzen Staat verhängte Maßregel wurde, wie das eben in den provinziellen Verhältnissen begründet war, nirgends so schwer empfunden, als in Ostpreußen.

Ostpreußen ist von jeher ein Versuchsfeld der Reaktion gewesen. Der Oberpräsident v. Horn war ein preußischer Beamter nach der alten Art. Obwohl ein sehr konservativer Mann, achtete er doch die politische Überzeugungstreue jedes einzelnen. Der Arzt, dem er sein Vertrauen zuwandte und den er auch als Mensch und Politiker hochstellte, war der mit erdrückender Mehrheit neugewählte Reichstagsabgeordnete für Königsberg, Dr. Jul. Möller, das Opfer politischer Verfolgungssucht in der Konfliktszeit, der damals seiner Stellung als Universitätslehrer enthoben worden war. Herr v. Horn konnte sich zu der Beeinflussung, wie sie der Minister des Innern zur Unter-

stützung der Regierungspolitik von allen Beamten verlangte, nicht verstehen. Daß unter seiner Verwaltung fünf Wahlkreise fortschrittlich gewählt hatten, ließ ihn dem Minister für einen so wichtigen Posten als „zu alt" erscheinen. Er wurde zum 1. April 1882 in den Ruhestand versetzt und nahm nach 13jähriger Amtsführung, während deren er das vollkommenste Vertrauen aller Angehörigen der Provinz sich erworben hatte, in einem Erlaß vom 17. März von Ostpreußen Abschied. Aufrichtig und ungeheuchelt war der Ausdruck des Bedauerns über diesen Verlust und der Verehrung gegen den würdigen Mann, dessen segenvolle Wirksamkeit nur von dem Streben, das Wohl und Gedeihen Ostpreußens und seiner Bewohner zu fördern und von der lautersten Humanität und Unparteilichkeit getragen gewesen war. Alle Bevölkerungskreise der Provinz wußten sich in diesen Gefühlen eins. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung von Tilsit erließen in diesem Sinne am 1. März eine Adresse an Herrn v. Horn. — Wer der Nachfolger v. Horns werden und welche Aufgabe dem neuen Oberpräsidenten vom Minister gestellt werden würde, das war niemand zweifelhaft. Ende März wurde die Ernennung des Unterstaatssekretär (seit 1881) v. Schlieckmann zum Oberpräsidenten von Ostpreußen bekannt und am 20. April trat er dieses Amt an. Schon als Oberregierungsrat, dann als Regierungs-Präsident in Gumbinnen hatte ja v. Schlieckmann zu Gunsten der konservativen Partei die größte Rührigkeit und großes Geschick bewiesen. So hatte er z. B. es nicht verschmäht, die landwirtschaftlichen Vereine einen nach dem anderen aufzusuchen, um dort für die konservative Partei Boden zu gewinnen. Es ließ sich von diesem Manne in seiner neuen, um so viel einflußreicheren Stellung nach dieser Richtung das Beste erwarten.

Der neue Oberpräsident entsprach den Erwartungen vollkommen. Auch Tilsit sollte bald die Folgen des Personenwechsels in der obersten Verwaltungsbehörde der Provinz

spüren. Zwei langjährige hochverdiente Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, die Oberlehrer M. vom Königl. Gymnasium und K. vom Königl. Realgymnasium, wurden vom Königl. Provinzial-Schul-Kollegium, dessen Vorsitzender der Oberpräsident und ehemalige Reichstagsabgeordnete für Tilsit war, angewiesen, aus der Versammlung auszutreten. Beide Männer gehörten der liberalen Partei an, wenn auch der an zweiter Stelle genannte wenigstens niemals in der Öffentlichkeit politisch aufgetreten war. Beide mußten als Beamte dieser Anweisung Folge leisten. Ihr Scheiden wurde von der Versammlung und von der ganzen Bürgerschaft schmerzlich empfunden, da beide sich durch ihre reichen Kenntnisse und ihre sonstigen Eigenschaften allgemeine Anerkennung und Achtung erworben hatten. Nach Schluß der Sitzung am 22. Juni, in welcher die Austrittserklärungen verlesen worden waren, versammelten sich die Stadtverordneten in Gemeinschaft mit dem Magistrat im Saale von Jakobsruhe zu einem einfachen Abendessen zu Ehren der aus ihrer gemeinnützigen Wirksamkeit Scheidenden. Auch andere, vom Provinzial-Schul-Kollegium abhängige Beamte, die aus ihrer liberalen Gesinnung kein Hehl gemacht hatten, mußten erfahren, daß jetzt ein anderer Wind wehe. Der Seminar-Direktor Platen in Pr.-Eylau, Abgeordneter für Pr.-Eylau-Heiligenbeil und als solcher Mitglied der Liberalen Vereinigung, wurde ganz plötzlich zum 1. September 1882 nach Dramburg in Pommern versetzt. Ähnliche Versetzungen im Schuldienste wurden kurz vor den Wahlen zum Abgeordnetenhause „im Interesse des Dienstes" noch mehrere vorgenommen; in weitesten Kreisen am schmerzlichsten empfunden und mit der größten Teilnahme aufgenommen wurde die Versetzung des Oberlehrer Meckbach vom Königl. Gymnasium in Tilsit nach Bartenstein, eines Mannes, der ein Menschenalter hindurch in Tilsit in seinem Amte, im öffentlichen und geselligen Leben gewirkt und in mehr als 30 Jahren enge mit Tilsit verwachsen sich die Liebe und Verehrung aller, besonders seiner Schüler erworben hatte.

Vor allem galt es, die Volksschullehrer auf dem Lande nicht bloß von dem Eintreten für die liberalen Parteien abzuhalten, — diese Wirkung hatte ja schon der Kaiserliche Erlaß vom 4. Januar erzielt, — sondern auch in den Dienst der konservativen Partei zu zwingen. Der Regierung fehlte es dazu in ihren Schulräten und Schulinspektoren nicht an willigen Helfern. Da stellte z. B. der Königl. Kreis-Schulinspektor Sch . . . . . für eine amtliche Kreis-Lehrerkonferenz des Landkreises M . . . . einem Lehrer das Thema: „Welche Haltung ist von den Volksschullehrern inmitten der hochgehenden politischen Bewegung unserer Zeit zu erwarten?" Der Referent umging das Thema, indem er die Pflege des Patriotismus durch den Religions- und Geschichtsunterricht betonte. „Es handelt sich", sprach der Kreis-Schulinspektor aus (nach einer eigenen berichtigenden Erklärung desselben im „Memeler Dampfboot"), „vielmehr darum, wie der Lehrer sich außerhalb der Schule den wahlberechtigten Angehörigen seiner Schulgemeinde gegenüber und zwar sowohl vor als in dem Wahlakte zu verhalten habe." Wie dies zu verstehen sei, darüber ließ der Herr Kreis-Schulinspektor es nicht an einem deutlichen Hinweis auf die beiden Kaiserlichen Erlasse fehlen. Aus der Versammlung heraus erklärte sofort ein Lehrer, er habe es in seiner früheren Stellung soweit gebracht, daß in seiner Schulgemeinde nur konservativ gewählt werde; er thue dies aus Dankbarkeit gegen die Regierung, die ihm eine bessere Stelle verliehen habe. Ein anderer Lehrer empfahl seinen Kollegen die Verbreitung der konservativen Flugblätter, namentlich des „Reichsboten", dessen eifrigster Vertreiber er vor der letzten Wahl gewesen sei. Darauf nahm der anwesende Schulrat Dr. S . . . . . . das Wort und führte aus, daß der Lehrer Staatsbeamter und als solcher verpflichtet sei, die Politik der Regierung zu unterstützen. Der Kaiser habe es selbst ausdrücklich gesagt und „was mein Kaiser sagt, dem glaube ich wie dem Evangelium." Wer die Regierung angreife, greife den Kaiser an; wer der

Regierung Opposition mache, der mache dem Kaiser Opposition; er (Redner) werde es sich zur Ehre anrechnen, einen solchen Lehrer zur Verantwortung zu ziehen. Sei der Lehrer anderer politischer Ansicht, so bleibe er am Wahltage hübsch zu Hause; es werde aber keiner der Regierung es übel nehmen können, wenn ihr die am liebsten seien, die in ihrem Sinne handelten. — Diese mit den klaren Bestimmungen der Verfassung unverträgliche und dem Geiste eines konstitutionellen Staates geradezu Hohn sprechende Beeinflussung stand keineswegs vereinzelt da, sie bildete vielmehr die Regel und dieser Fall ist nur darum bemerkenswert, weil hier diese Grundsätze der Regierung von einem Mitgliede derselben in einer amtlichen Konferenz den sämtlichen Mitgliedern des Lehrerstandes eröffnet wurden. Daß solche Zumutungen ganz allgemein den Volks-Schul-Lehrern gemacht wurden, zeigt folgendes Eingesandt der „Ostdeutschen Volkszeitung.“ Die „Preuß.-Lit. Ztg.“, das Regierungsorgan im Regierungsbezirk Gumbinnen, hatte der Fortschrittspartei vorgeworfen, daß sie sich immer vor den Wahlen bemühe, den Lehrern alle möglichen Versprechungen zu machen, die dann nach den Wahlen das Nachsehen hätten. Dagegen erklärte ein Lehrer, der 20 Jahre im Amte stand: „Noch nie hat ein Liberaler mir seine Ansicht aufdrängen, noch nie mich zu politischer Agitation benutzen oder durch Versprechungen gewinnen wollen; dagegen sind namentlich in den letzten Jahren von Konservativen Forderungen an uns gestellt, die oft bis in's Unglaubliche gehen. Noch vor nicht langer Zeit erhielt ich von gewissen Herren eine Aufforderung, Stimmen und Geldbeiträge für die konservative Partei zu sammeln, mit dem gleichzeitigen Bedeuten, daß man mich zum konservativen Vertrauensmann ernannt habe. Das war deutlich genug gesprochen. Aber noch deutlicher sind mündliche Winke und Ratschläge gewesen. So wird man in die politische Agitation, von der wir uns bisher möglichst fern gehalten, förmlich hineingezogen.“

Diese Ernennung der Lehrer zu konservativen Vertrauensmännern betrieb schon vor den Reichstagswahlen des Jahres 1881 der vor nicht langer Zeit gegründete „Konservative Verein für Ostpreußen", dem fast überall die Kreis-Schul-Inspektoren als sehr eifrige Mitglieder und Förderer angehörten. Der Verein nahm nach der Kaiserlichen Botschaft und dem Erlaß vom 4. Januar einen ganz besonderen Aufschwung. Zum Generalsekretär des Vereins wurde ein Herr Julius Schulze bestellt. Dieser Herr hatte wie eine Schlange verschiedene Häutungen durchgemacht; er trug damals bereits die dritte Haut, denn er war früher in Süddeutschland ein hochroter Liberaler und Preußenfresser gewesen, ging dann 1866 nach Mainz in's nationalliberale Lager und später nach Hamburg zu den Konservativen. Hier hatte er es verstanden, gleichzeitig für Blätter der verschiedensten Farbe zu arbeiten. Als er aus seiner dortigen Stellung als Sekretär der Gewerbekammer ohne Pension entlassen wurde, verschrieb er sich dem Fürsten Bismarck; er wurde „Hilfsarbeiter" im Ministerium und zeigte hier diejenigen Eigenschaften, welche ihn nach der Meinung seiner Gönner befähigten, bei dem Unternehmen, Ostpreußen ganz für die konservative Sache zu gewinnen, eine hervorragende Rolle zu spielen. Dieser fanatische Renegat, übrigens ein höchst gewandter Redner, der freilich in den Mitteln auf eine Volksmenge zu wirken nicht wählerisch war, besuchte im Auftrage und Solde des Vereins der Konservativen im Sommer 1882 die einzelnen Wahlkreise. Ihn unterstützte als Reiseapostel ein Mann von etwas abenteuerlicher Vergangenheit, der Abgeordnete Dr. Joseph Christoph Cremer, wegen seiner „verflossenen Zugehörigkeit" zu der ultramontanen Partei „der schwarze Cremer" oder wegen seines Aufenthalts bei Don Carlos, für dessen Anrecht auf den spanischen Thron er eintrat, auch „Don Christobal" genannt. Es mußte auffällig erscheinen, daß sich die Führer der ostpreußischen Konservativen mit einem Mann verbündeten, der abgesehen von seinen Antecedentien in einem Vortrage am 2. Januar 1876

in Krefeld (der auch im Druck erschien, Verlag von Gebr. Klein, Krefeld) rundweg erklärt hatte, daß für die Staatsleitung lediglich die Grundsätze der katholischen Kirche maßgebend sein sollten, weil diese allein richtig seien, daß demzufolge der Katholizismus die einzig berechtigte Staatsreligion sei, mit einem Manne, der die Gewissens- und Religionsfreiheit als Wahnwitz verwarf, der den Protestantismus aufs rückhaltloseste als Ketzerei brandmarkte und denselben für unfähig erklärte, der Welt das Christentum zu bewahren. Mit diesem katholischen, aber von der Centrumspartei ausgestoßenen konservativen Reiseapostel wetteiferte der größte Teil der orthodoxen Geistlichkeit in den Bemühungen, den Ostpreußen den Liberalismus auszutreiben. Der schwarze Cremer wurde übrigens überall, wo er nicht bloß vor geladenen Zuhörern sprach, ausgelacht, weil er sich die albernsten Späße in lieblicher Abwechselung mit den ödesten Schimpfereien auf die Fortschrittspartei erlaubte.*) In Tilsit traf ihn dies wohlverdiente Schicksal am 15. September 1881 im Saale von Jakobsruhe in einer Versammlung, in der die beiden Kandidaten der Konservativen vor den Wählern — bezeichnend genug — proklamiert wurden. Für solche Reden ist nun einmal in Ostpreußen kein Boden.

Dafür hatten aber die der konservativen Partei zur Verfügung stehenden Machtmittel fast durchweg den gewünschten Erfolg. Auf dem Lande setzte sich fast überall bei den Beamten der Selbstverwaltung der Glaube fest, daß ein Gemeindevorsteher, ein Schöffe, ein Amtsvorsteher auch konservativ sein, auch für die Wahlen im konservativen Sinne thätig sein müsse. Die ostpreußischen mittleren und größeren Gutsbesitzer, die früher fest zum Liberalismus gestanden hatten, hielten sich von Jahr zu Jahr mehr von der Beteiligung an der Politik im liberalen Sinne zurück, ein

*) Diese Erfahrung hat die Konservativen übrigens nicht abgehalten, 9 Jahre später bei der Reichstagsersatzwahl denselben burlesken Redner in die Kreise Tilsit und Niederung zu entsenden, wo er überall den gleichen Mißerfolg hatte. Er „reiste eben, wie gewöhnlich, in Pechstiefeln.“

großer Teil ging wohl gar geradezu ins konservative Lager über. Für diese Haltung nicht ohne Einfluß war es, daß bei der Wahl derjenigen, die als Einjährig-Freiwillige gedient hatten, zu Reserveoffizieren bei den meisten Regimentern geradezu nach der politischen Gesinnung der Väter gefragt und Söhnen liberaler Väter vielfach der Eintritt ins Offizierkorps erschwert oder gar versagt wurde. Daß der junge Reserveoffizier aber in liberalem Sinne öffentlich thätig gewesen wäre, das erschien fortan als gänzlich ausgeschlossen. So war im Laufe der Jahre in den größeren Grundbesitz eine jüngere Generation eingerückt, die entweder konservativ oder ohne jedes politische Interesse war. Ja es gab nicht wenige unter den ostpreußischen Gutsbesitzern, die sich des Liberalismus ihrer Väter schämten. — Das Beste freilich, um die Landleute für die konservative Partei zu gewinnen, that der krasseste Eigennutz, der durch die Einführung der Getreidezölle (zunächst freilich nur in Höhe von 1 Mark für den Doppelzentner) aufgereizt und nach weiteren Schenkungen auf Kosten der Konsumenten lüstern gemacht worden war.

So konnte das Ministerium Bismarck-Puttkamer getrost den Landtagswahlen im Herbste 1882 entgegensehen.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

XV. Legislaturperiode vom 14. November 1882 bis 9. Mai 1885.

Dennoch schienen die Konservativen in Tilsit an einem Siege aus eigener Kraft, ohne fremde Unterstützung zu verzweifeln. Die liberalen Wähler sollten durch eine List überrumpelt werden. Man suchte den Glauben zu verbreiten, daß ein Teil der bisher stets gemeinsam vorgegangenen Liberalen es diesmal mit den Konservativen halten wolle. Freilich war dieser Kniff schon früher einige Male ohne jeden Erfolg versucht worden: so mußte man also den „Auch-Liberalen", die man zu gewinnen hoffte, auch ein Opfer zu bringen bereit sein. Eine nationalliberale Partei, mit der man hätte paktieren können, gab es im Wahlkreise

bisher nicht, höchstens einige schwachliberale Männer, die es schmerzlich berührte, daß sie mit der Fortschrittspartei in gleicher Verdammnis sein und wie diese als Vaterlandsverräter, als Reichs- und Königsfeinde in Acht und Bann gethan werden sollten. Zu diesen scheint auch der bisher zur Fortschrittspartei gerechnete Gutsbesitzer Rademacher-Winge gehört zu haben, der seit Jahren alle Wahlaufrufe der liberalen Partei unterzeichnet hatte und für die Wahl der liberalen Kandidaten thätig gewesen war. Um einen Keil in die Liberalen zu treiben, bot das konservative Wahlkomitee diesem Manne eine Kandidatur und die Unterstützung der Regierung an. Rademacher war ehrgeizig und schwach genug, auf dieses wenig saubere, aber um so klüger berechnete Geschäft einzugehen. In einer Versammlung am 15. September in Jakobsruhe, zu der die konservativen und national-liberalen Wähler eingeladen worden waren, wurden nach einem Vortrage des Abgeordneten Cremer die Herren Gutbesitzer Weiß-Perwallkischken und Rademacher-Winge als Kandidaten proklamiert. Herr Rademacher erklärte, er habe früher zur Fortschrittspartei gehört, aber durch reifliches und längeres Nachdenken (Herr R. stand damals, als er reiflich und länger nachzudenken anfing, im 52. Lebensjahre!) gefunden, daß sie doch nicht auf den richtigen Wegen sei. Er habe zwar noch 1881 den Wahlaufruf der Fortschrittspartei unterschrieben, sich aber von jeder Agitation fern gehalten. Jetzt gehöre er zur nationalliberalen Partei: er mache keine Versprechungen sich nach rechts zu halten; er werde stimmen, wie es seine Überzeugung gebiete; seinen Sitz werde er im — Centrum einnehmen. Der Vorsitzende hielt es für nötig zu erklären, Herr R. habe mit dem Centrum, in dem er seinen Sitz nehmen werde, nicht die ultramontane Partei gemeint.

Die Kandidaten der Fortschrittspartei waren die bisherigen Abgeordneten, Hauptmann Wander und Möller-Margen, zu deren Unterstützung am 15. September Abg. Hugo Hermes-Berlin und am 29. September Professor Dr. Jul. Möller, Reichstagsabgeordneter für Königsberg,

in der Bürgerhalle zu Tilsit sprachen. Allgemeine Wählerversammlungen wurden am Sonntag den 24. September in Lappienen, wo außer Wander der Reichstagsabgeordnete Dirichlet-Kl.-Bretschkehmen, und in Kaukehmen, wo der Chefredakteur der „Königsberger Hartungschen Zeitung", F. Michels, und Gutsbesitzer C. Bender-Neu-Lengkonischken sprachen, abgehalten. Außerdem fanden allgemeine, von dem liberalen Wahlkomitee veranstaltete Wählerversammlungen am 9. Oktober in Heinrichswalde und am 15. Oktober in Piktupönen statt. Versammlungen in Willkischken und Plaschken wurden unmöglich gemacht, weil die eingeschüchterten Wirte es nicht wagten, ihr Lokal der liberalen Partei zu vermieten. — Zahlreiche Versammlungen wurden auch von dem konservativen Wahlkomitee abgehalten. In keiner derselben nahmen die Kandidaten der konservativen Partei das Wort. In Skaisgirren erklärte der eine der beiden konservativen Redner, daß die Fortschrittspartei allein Schuld daran sei, daß der Gerichtsvollzieher jetzt so viel Unheil in den Familien anrichte. In der Einladung zu dieser Versammlung (unterzeichnet Zeroch. Koch) wurde die Fortschrittspartei als revolutionär, königs- und verfassungsfeindlich bezeichnet und es als eine Pflicht jedes besonnenen Staatsbürgers hingestellt, gegen die revolutionären Tendenzen der Fortschrittspartei aufzutreten. Dies genügt wohl, um die Art der konservativen Agitation zu kennzeichnen. In beiden Kreisen wurden die Wahlbezirke mit besonderer Sorgfalt zusammengestellt, so daß früher liberale Ortschaften auf eine kleine Wahlmännerzahl beschränkt wurden oder in großen vorherrschend konservativen Ortschaften völlig verschwanden.

Am 19. Oktober wählte die Stadt Tilsit 79 forschrittliche und 5 konservative Wahlmänner, deren einen durchs Los. Aus allen Teilen des Wahlkreises Tilsit wurden Klagen laut über die gröblichsten direkten und indirekten Wahlbeeinflussungen. So z. B. sandte der Gemeindevorsteher F. im Wahlbezirk P., der sich in allerjüngster Zeit zu einem

politischen Gesinnungswechsel veranlaßt gefunden hatte, eine Einladung zur Wahlmännerwahl auf den 26. Oktober aus und benachrichtigte dann mündlich die konservativen Gesinnungsgenossen, daß die Wahl schon am 19. Oktober stattfinde. Die Folge dieses eigentümlichen Verfahrens war, daß die zu wählenden 3 Wahlmänner aus den Reihen der Konservativen hervorgingen. — Zu Wahlmännern waren auf dem Lande überwiegend abhängige Männer, Verwaltungsbeamte, Forstbeamte, Geistliche und Volksschullehrer gewählt.

In der Wahl am 26. Oktober erlitt die liberale Partei eine große Niederlage. Gutsbesitzer Rademacher-Winge wurde mit 282 Stimmen (gegen 169 Stimmen für Hauptmann Wander) und Gutsbesitzer Weiß-Perwallkischken mit 275 Stimmen (gegen 174 für Wander) gewählt. Die Zusammensetzung des Wahlmännerkörpers und der Ausfall der Wahl bewiesen, daß die kluge Berechnung falsch und das Opfer an die nationalliberale Partei überflüssig gewesen war. Diese konservativen Wahlmänner hätten jedem beliebigen von der Regierung gutgeheißenen Kandidaten ihre Stimmen gegeben. Die Erkenntnis dieser Thatsache sollte auf die künftige Parteistellung des Abg. Rademacher nicht ohne Einfluß bleiben.

In ganz Ostpreußen war Königsberg-Fischhausen der einzige Wahlkreis, welcher seine bewährten liberalen Abgeordneten wieder aufs neue in das Abgeordnetenhaus schickte.

Julius Rademacher

wurde am 26. August 1831 in Darkehmen als dritter Sohn des Apotheker Friedrich Rademacher geboren. Er erhielt den ersten Unterricht in der dortigen Bürgerschule und besuchte dann die Realschule zu Insterburg, die er bei Übersiedelung der Eltern nach Gumbinnen mit dem Gymnasium zu Gumbinnen vertauschte. Nach seiner Konfirmation im Herbste 1847 widmete er sich der Landwirtschaft und war auf verschiedenen Gütern, zum Teil selbständig thätig. Nachdem er 1852/53 beim 3. Infanterie-Regiment in Gumbinnen

seiner Militärpflicht genügt hatte, kaufte er im Juli 1856 das Rittergut Winge von Lieutenant Reimer, in dessen Besitz es mehr als 25 Jahre gewesen war. Durch diesen Besitz wurde Rademacher nach der damaligen Kreisordnung Mitglied des Kreistages. Nach Einführung der neuen Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 wurde er in den Kreistag gewählt und wurde gleichzeitig Amts-Vorsteher des Amtsbezirks Winge, mit dem Inkrafttreten des Civilehestandsgesetzes auch Standesbeamter für denselben Bezirk. Bei Einführung der neuen Kirchenordnung wurde er Mitglied des Gemeindekirchenrats der Deutschen Kirche in Tilsit und blieb es, bis im Jahre 1877 eine andere Verteilung der gesamten Einwohner des Kirchspiels Tilsit, nicht mehr nach der Sprache, sondern nach Ortschaften, vorgenommen wurde. Winge wurde der aus der früheren litauischen Gemeinde gebildeten Landkirche Tilsit zugewiesen. Die übrigen Ehrenämter und einige andere Vertrauensstellungen hatte er bis zu seinem Tode inne.

Rademacher war stets ein sehr eifriges Mitglied der Fortschrittspartei gewesen, die er mit seinem ganzen Einfluß bei den Wahlen unterstützt hatte. Groß und gerecht war daher in allen Kreisen die Verwunderung, als R. im Jahre 1882 den auf ihn von gewisser Seite geübten Einflüssen nachgebend die ihm von der konservativen Partei angetragene Kandidatur für das Abgeordnetenhaus annahm und sich öffentlich als Anhänger der nationalliberalen Partei bekannte. Die schlauen Berechnungen der konservativen Wahlmacher, welche durch diesen Schachzug einen erheblichen Teil der Anhänger der Fortschrittspartei abzusprengen hofften, erwiesen sich zwar als irrig, allein der Einfluß der konservativen Partei auf dem Lande war dank der unermüdlichen und rücksichtslosen Thätigkeit gewisser Behörden so mächtig geworden, daß der ehemalige Fortschrittsmann, jetzige Nationalliberale Rademacher am 26. Oktober 1882 von konservativen Wahlmännern mit ungeheurer Mehrheit gewählt wurde. Am Ende der Legislaturperiode trat

er auf Wunsch seiner Wähler aus der nationalliberalen Partei aus und schloß sich zunächst als Hospitant der freikonservativen Partei an, so daß seiner Wiederwahl am 6. November 1885 zum Abgeordneten der konservativen Partei kein Hindernis im Wege stand. Ein immer mehr zunehmendes Lungenleiden zwang ihn auf die ihm auch 1888 angetragene Kandidatur zu verzichten. R. starb nach kurzem Krankenlager in Folge von Influenza an Lungenlähmung am 14. Januar 1890.

Rademacher war Landwirt mit Leib und Seele und hat seine Besitzung durch Intelligenz und rastlose Thätigkeit auf die höchste Stufe der Kultur gehoben, für Pferde- und Viehzucht und Milchwirtschaft viel gethan und außerordentliche Resultate erzielt.

Ernst Weiß

wurde am 10. Februar 1841 zu Perwallkischken geboren als der Sohn eines Gutsbesitzers, besuchte das Gymnasium zu Tilsit, widmete sich 1859 der Landwirtschaft und übernahm 1865 das väterliche Gut Perwallkischken bei Kallwen, Kreis Niederung. Den Feldzug 1866 machte er im 12. (Litth.) Ulanen-Regiment als Unteroffizier, dann als Offizier mit, erbat sich 1867 den Abschied, trat aber im Jahre 1870/71 wieder ein und that Dienste bei der Depot-Eskadron des Litth. Dragoner-Regiments (Prinz Albrecht von Preußen). Er wurde bei den Landtagswahlen 1882 von dem konservativen Wahlkomitee zum Kandidaten aufgestellt, mit großer Mehrheit zum Abgeordneten für Tilsit-Niederung gewählt und schloß sich der freikonservativen Fraktion des Hauses an. Das Mandat wurde ihm 1885 und nach der Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode auch 1888, also bis 1893, erneuert. Nachdem der Vertreter des Wahlkreises im Reichstage, Ober-Präsident von Schlieckmann, am 14. Mai 1891 gestorben war, stellten di konservativen Wahlkomitees beider Kreise den Landtagsabgeordneten Weiß auch als Kandidaten für den Reichstag auf. Weiß erhielt am 28. Juli 1891

7745 Stimmen, während für den freisinnigen Kandidaten v. Reibnitz 8458, den nationalliberalen Kandidaten Hobrecht 279, den sozialdemokratischen Tischler Lorenz 930 und den nationallitauischen Dr. Brozeit 84 Stimmen abgegeben wurden. In der Stichwahl am 7. August unterlag Weiß mit 8571 Stimmen dem freisinnigen Kandidaten, der mit 10894 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt wurde.

Die Gründung der deutschen freisinnigen Partei
März 1884.

Als Preußen unter Bismarcks Führung die große That vollbrachte, die deutsche Bundesverfassung von 1815 aus der Welt zu schaffen und ein neues deutsches Staatswesen ins Leben zu rufen, mußte die so tief eingreifende Umwälzung auch in den Parteibildungen des Landes bedeutsame Veränderungen nach sich ziehen. Viele Jahre hindurch hatte ein gemeinsames Band die liberale Gesamtheit umschlungen, seit 1861 bis zum Kriege gegen Österreich war die überwiegend große Mehrheit unter dem Zeichen des „Fortschritts" vereinigt gewesen. Diese aus den Thatsachen der Vergangenheit naturgemäß herausgewachsene und zu großer Macht gediehene Verbindung ward nun durch die Wucht des gewaltigen Ereignisses nach zwei verschiedenen Richtungen auseinandergesprengt. Während der eine Teil unter der alten sturmerprobten Fahne des Fortschritts zurückblieb, sammelten sich die Ausscheidenden als „Nationalliberale" zu einer neuen Vereinigung, welche bald eine hervorragende Stellung in den Parlamenten einnehmen sollte. Eine Regierung, welche den nationalen Staat ins Leben zu rufen und eine Partei, welche diesen Staat mit liberalen Institutionen auszurüsten unternahm, verbanden sich hier zu gegenseitiger Unterstützung. Von 1867 bis 1877 hatte zwischen der nationalliberalen Partei und der Reichsregierung ein gutes Einvernehmen gewaltet. Dann aber bereitete sich eine tiefe Wandlung in dem Stande der Dinge vor. Fürst Bismarck wandte sich seiner alten Liebe, den Konservativen wieder zu und wurde Schutzzöllner.

Ein großer Teil der nationalliberalen Partei hatte sich zu sehr daran gewöhnt, mit Bismarck eines Sinnes zu sein, als daß er eine selbständige liberale Haltung zu bewahren vermocht hätte: wo immer ihr Herr und Meister es verlangte, gaben diese Männer den Liberalismus preis. Diese Haltung der Mehrheit führte Ende des Sommers 1890 zum Austritt von etwa 30 Mitgliedern des Reichstags und des preußischen Landtags, welche die „Liberale Vereinigung" bildeten. Nach den Reichstagswahlen von 1881 zogen 47 Abgeordnete der liberalen Vereinigung in den Reichstag ein

So gab es denn neben der nationalliberalen Partei. deren Vertreter in den Parlamenten in der Regel liberale Reden hielten, um schließlich mit der Regierung, das heißt konservativ zu stimmen, zwei wirklich liberale Parteien. Obwohl die Führer beider sich in den Zielen völlig eins wußten, so ließen sich hin und wieder kleine Reibungen doch nicht vermeiden. Diese Zweiteilung der liberalen Partei empfanden die liberalen Wähler an vielen Orten sehr schmerzlich und sicher trug sie nicht zur Stärkung des Liberalismus bei. Auch der deutsche Kronprinz, der mit mehrerern Führern der liberalen Vereinigung, besonders mit den Abgeordneten von Forckenbeck und Schrader und mit dem fortschrittlichen Abgeordneten Kurt von Saucken-Tarputschen in engen Beziehungen stand, bedauerte die Spaltung und gab seinem Wunsche, die Vorkämpfer liberaler politischer Grundsätze vereinigt zu sehen, oft einen deutlichen Ausdruck. So kam es, daß sich am 5. März 1884 die Vereinigung beider Parteien zur D e u t s c h e n f r e i s i n n i g e n P a r t e i vollzog. „Wir geben", heißt es in dem Anschreiben an die Gesinnungsgenossen, „der eigenen Überzeugung Ausdruck, daß die Verteidigung der liberalen Sache in der Gegenwart und die Wahrung ihrer Zukunft nur bewirkt werden kann, wenn wir die uns zu Gebote stehenden Kräfte einheitlich zusammenfassen. Denn nur in der Einigkeit, die wir anbahnen, sind wir den Angriffen gewachsen, die heute unsere gemeinsame Sache bedrohen; nur sie entspricht den An-

forderungen der konstitutionellen Entwickelung, welche eine wesentliche Bürgschaft für die Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes bildet. Wir haben uns vergegenwärtigt, daß beide Parteien in den wesentlichsten Grundsätzen, welche die politische Arbeit der nächsten Zeit beherrschen müssen, sich in Übereinstimmung befinden. Wir haben diese Übereinstimmung in den Einigungspunkten festgestellt. Mit denselben glauben wir einen Rahmen geschaffen zu haben, der, ohne von irgend einem Teile ein Opfer grundsätzlicher Überzeugungen zu fordern, fest genug ist, um lähmende innere Meinungsverschiedenheiten auszuschließen, der aber gleichzeitig allen wahrhaft Liberalen den Zutritt offen hält und ermöglicht."

Das Programm der deutschen freisinnigen Partei enthielt die folgenden „Einigungspunkte":

I. Entwickelung eines wahrhaft konstitutionellen Verfassungslebens in gesichertem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung und durch gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums.

Abwehr aller Angriffe auf die Rechte der Volksvertretung, insbesondere Aufrechterhaltung der einjährigen Finanzperiode, der jährlichen Einnahmebewilligung, der Redefreiheit.

II. Wahrung der Rechte des Volkes: Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes; Sicherung der Wahlfreiheit, insbesondere auch durch Bewilligung von Diäten; Preß-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit; Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei; volle Gewissens- und Religionsfreiheit; gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und den Religionsgesellschaften unter gleichem Rechte für alle Bekenntnisse.

III. Förderung der Volkswohlfahrt auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Bei voller Wahrung der Gleichberechtigung, der Selbstthätigkeit und des freien Vereinigungswesens der arbeitenden Klassen Eintreten für alle auf Hebung derselben zielenden Bestrebungen.

Bekämpfung des Staatssozialismus, sowie der auf Bevormundung und Fesselung des Erwerbs- und Verkehrslebens, der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit gerichteten Maßregeln.

IV. Im Steuersystem Gerechtigkeit und Schonung der Volkskraft; Entlastung der notwendigsten Lebensbedürfnisse; keine Zoll-

und Wirtschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen; keine Monopole; Gesetzgebung und wirksame Aufsicht des Reiches im Eisenbahnwesen.

V. Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volkes; volle Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit; Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode.

Dies alles zur Befestigung der nationalen Einigung Deutschlands, in Treue gegen den Kaiser und auf dem verfassungsmäßigen Boden des Bundesstaates.

Im Osten der Monarchie, besonders in Ostpreußen, hielten alle liberalen Elemente von jeher treu zur Fortschrittspartei. Im Jahre 1881 wurden hier für die nationalliberale Partei keine, für die liberale Vereinigung 13 324, für die Fortschrittspartei 76 697 Stimmen abgegeben; von 6 liberalen Reichstagsabgeordneten gehörten 5 der Fortschrittspartei, einer, von Schirrmeister-Pr.-Eylau-Heiligenbeil, der aber von überwiegend fortschrittlich gesonnenen Wählern gewählt war, der liberalen Vereinigung an. In Ostpreußen war daher der „aus allen Teilen Deutschlands von Tage zu Tage dringender ergangene Ruf" nach einem Zusammenschluß aller Liberalen zu einer Partei wohl nur vereinzelt geäußert und die Erfüllung desselben jedenfalls kein dringendes Bedürfnis, da die liberalen Wähler nie im Zweifel waren, auf welche Seite sie sich schlagen sollten. Ja es ist nicht zweifelhaft, daß viele bewährte und einflußreiche Fortschrittsmänner der Verbrüderung mit Politikern, die ein Jahrzehnt fast der nationalliberalen Partei angehört und so manche politische Sünden derselben mit verschuldet hatten, mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstanden und in das Aufgeben des alten ruhmvollen Namens der „Fortschrittspartei" nur widerstrebend willigten. Das kann nicht wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß in Litauen die Wiege der Fortschrittspartei stand. Auch in Tilsit fehlte es an solchen Stimmen nicht. Dennoch stimmten die Wähler der unter den Auspicien des geliebten Kronprinzen zustande gekommenen Vereinigung aller liberalen Elemente einmütig zu. Der liberale Wahl-

verein für Tilsit-Niederung that dies in seiner Versammlung am 13. März und beauftragte den Reichstagsabgeordneten Wander und den Kaufmann H. Kantrzinski damit, den Wahlkreis auf dem Parteitage der Fortschrittspartei am 16. März, der über die von den Abgeordneten vereinbarte „Fusion" endgültig beschließen sollte, zu vertreten und im Namen desselben der Gründung der deutschen freisinnigen Partei zuzustimmen.

Die deutsche freisinnige Partei zählte bei ihrer Bildung im Reichstage 100 Mitglieder.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

VI. Legislaturperiode vom 20. November 1884 bis 14. Januar 1887.

Der große Erfolg bei der Wahl zum Abgeordnetenhause 1882, die Fortschritte, die die Reaktion überall machte, die erfolgreiche Einschüchterung und Entmutigung weiter bürgerlicher und gewerblicher Kreise ermutigten die Konservativen zu immer neuen Anstrengungen, die ihnen auch das Reichstagsmandat in Tilsit verschaffen sollten. Die Partei war seit kurzem auch im Besitz eines eigenen Organs, das zweimal wöchentlich, wenn auch nur in bescheidenem Umfange, erschien. Als verantwortlicher Redakteur des „Volksfreundes für Litauen" zeichnete anfangs ein Eisenbahn-Subalternbeamter, dann der ehemalige Ober-Postkommissarius und Landwehr-Major a. D. Fischer, während es ein öffentliches Geheimnis war, daß eine ganz andere Persönlichkeit die eigentlichen Redaktionsgeschäfte besorgte. Das Blatt unterschied sich in Form und Inhalt von andern Reptilienblättern niedrigsten Ranges, wie sie in allen Teilen des Reichs in jener Zeit in großer Zahl entstanden, nicht und hatte mit ihnen auch die Art, wie die Kosten des Drucklegens aufgebracht wurden, gemeinsam. Der „Volksfreund" wurde einer großen Anzahl von Personen, denen man einen gewissen Einfluß zutraute, namentlich Lehrern und Gastwirten, kostenlos zugestellt; in der Stadt hatte er nur eine ganz

geringe Zahl von Lesern. Bei dem fast gänzlichen Fehlen von Inseraten konnte es nicht zweifelhaft sein, daß den Herausgebern des Blattes nicht unbedeutende Summen zuflossen, mit denen seine Existenz ermöglicht wurde.*) In den Spalten des Volksfreundes wurden u. a. besonders die Segnungen der Kornzölle gepriesen, die damals freilich nur in der bescheidenen Höhe von 1 Mark für den Doppelzentner Roggen, Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte eingeführt waren, für deren Erhöhung aber gerade damals von den Agrariern lebhaft agitiert wurde. Sodann beschäftigte sich das konservative Organ viel mit der sogenannten Handwerkerfrage. Die konservative Partei im ganzen Lande machte damals außerordentliche Anstrengungen, die Handwerker durch den hingeworfenen Köder der Zwangsinnungen und durch Aufhetzung gegen die Großindustrie und die Kaufleute auf die konservative Seite zu ziehen. Der General-Sekretär des „Vereins der Konservativen für Ostpreußen", Jul. Schulze, war auf diesem Gebiete ein unermüdlicher Agitator und zog von einer Stadt zur anderen, um die Handwerker zu bekehren. Auch in Tilsit hielt er im Sommer 1884 mehrere Handwerkerversammlungen ab und rief hier einen „Verein selbständiger Handwerker" ins Leben, anfangs ohne dabei politische Fragen im engern Sinne zu berühren. Die Mitglieder des Vereins, von denen die meisten früher sich zur liberalen Partei gezählt hatten, merkten jedoch bald, daß sie Farbe bekennen müßten. Die noch Bedenklichen wurden durch die Behauptung Schulze's: „Mit der Sache der Handwerker werde es erst besser stehen, wenn Vertreter des Handwerks im Reichstage säßen" für die konservative Partei gewonnen. Der plumpe Kniff that seine Wirkung; die Aussicht, daß sie selbst oder gleichgesinnte Vertreter des Handwerks eine politische Rolle spielen könnten, kitzelte die Gimpel gewaltig. Als dann Oberpräsident v. Schlieckmann zum Kandidaten der Konservativen bestimmt wurde, ließ

*) Der „Volksfreund für Litauen" ging bald nach dem Sturze Bismarcks ein.

dieser sich wenigstens, um die Gefoppten bei guter Laune zu erhalten, durch den Vorsitzenden des konservativen Vereins, Postdirektor Medem, die Vorsteher des Vereins selbstständiger Handwerker als die „Vertreter des Handwerks in Tilsit" vorstellen und tauschte mit jedem derselben einen Händedruck aus.

Daneben wurde die eigentliche politische Agitationsarbeit von Herrn Jul. Schulze nicht vernachlässigt. Die Reden des Renegaten atmeten den glühendsten Haß gegen die freisinnige Partei, deren Redner ihrerseits nicht Anstand nahmen, den Agitator in seinem wahren Lichte zu zeigen, so Abgeordneter Dr. J. Möller auf dem freisinnigen Parteitage zu Insterburg am 14. September und in Tilsit am 5. Oktober 1884. Der bezahlte Wanderredner der Konservativen gab in einer im September in Tilsit gehaltenen Rede in seiner großsprecherischen Weise das Versprechen ab: „Wir arbeiten so lange, bis das Wort Liberal zum Kinderspotte geworden sein wird." Ob der Redner wohl geglaubt hat, daß er oder irgend jemand das erleben werde? — Vor der Wahl wurde die von Jul. Schulze redigierte „Ostpreußische konservative Korrespondenz" „völlig gratis" nicht bloß den Partei-Mitgliedern und „gesinnungsverwandten Blättern" zugestellt, sondern auch jedem, der sie haben oder auch nicht haben wollte, in die Hände gespielt. Damit spielte die ostpreußische Reaktion ihren letzten Trumpf aus. Der Inhalt dieser Blättchen war eine fortlaufende Kette von Unwahrheiten, Verleumdungen und Schimpfereien. Diese Mittel zum „guten Zwecke" waren manchem Konservativen doch zu niedrig: es ist Thatsache, daß Vertrauensmänner des Vereins der Konservativen es nicht über sich gewannen, die „Ostpreußische konservative Korrespondenz", nachdem sie von ihrem ehr- und würdelosen Inhalt Kenntnis genommen hatten, weiter zu verbreiten.

Die großen Anstrengungen der Reaktion riefen natürlich auch einige Gegenanstrengungen auf liberaler Seite hervor. Freilich waren sie wirkungslos gegenüber der mit solchen

Machtmitteln geförderten konservativen Bewegung. Am 5. Oktober sprach Dr. J. Möller-Königsberg im Saale der Bürgerhalle zu Tilsit über „Handwerkerfragen.“ — Eine größere Zahl hiesiger Handwerker berief bald darauf eine Versammlung von Handwerkern, um Stellung zu der Innungsfrage zu nehmen. Nach einem einleitenden Vortrage des Schlossermeisters H. Sell, an den sich eine Diskussion mit den „Selbständigen“ schloß, bedeckte sich die folgende Resolution mit zahlreichen Unterschriften hiesiger Handwerker:

„Die große Anzahl der heute hier versammelten selbstständigen Handwerksmeister und sonstigen Gewerbetreibenden hält es für ihre Pflicht, öffentlich zu erklären, daß sie die in letzter Zeit hervorgetretenen Bemühungen und Bestrebungen des sogenannten Vereins der selbständigen Handwerker in keiner Weise billigt. Aus diesen höchst unklaren Bestrebungen läßt sich nur das Eine deutlich erkennen, daß die Anhänger derselben die Konkurrenz fürchten und dieselbe durch Einschränkung der Gewerbefreiheit und durch Wiedereinführung der obligatorischen Prüfungen auf bequemem Wege beseitigen wollen. Dem gegenüber erklärt die heutige Versammlung: 1) Nicht durch Prüfungen wird der Handwerker in den Stand gesetzt, den Kampf mit der Konkurrenz aufzunehmen, sondern durch eigene Tüchtigkeit. Das Publikum ist der beste Prüfungsmeister, der den Pfuscher sofort von dem tüchtigen Handwerker unterscheiden wird. 2) Innungen an sich sind keineswegs verwerflich. Sie müssen jedoch in erster Linie ihre Thätigkeit auf die Regelung und Pflege des Lehrlingswesens, auf die Beteiligung an der Pflege des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, auf die Herbeiführung eines guten Verhältnisses zwischen Meister und Gehilfen richten. Zur Erreichung dieses schon von dem Handelsminister in seinem Reskript vom 4. Januar 1879 ausgesprochenen Zweckes bedarf es keiner Zwangs-Innungen. Dazu genügen die bestehenden Innungen und diejenigen, deren Neubildung das Gesetz zuläßt und sogar begünstigt. 3) Der Handwerker konkurriert nicht bloß mit dem Hand-

werker, sondern insbesondere auch mit der Großindustrie und dem Handel. Ein weiteres Ziel der Innungen muß es daher sein, ihre Mitglieder durch gemeinsame Unternehmungen wie Rohstoff- und Magazin-Genossenschaften, Anschaffung von Arbeits-Maschinen zur gemeinschaftlichen Benutzung und dergl. in den Stand zu setzen, mit der Großindustrie und dem Handel zu wetteifern. — Nach alledem sieht die heutige Versammlung die deutsch-freisinnige Partei als die beste Bundesgenossin des Handwerks an, weil dieselbe bestrebt ist: Die Lehrlingsbildung durch Hebung des Volksunterrichts und durch Errichtung gewerblicher Fachschulen zu fördern, den Gesellenstand durch Bildung von Kranken- und Unterstützungskassen zu heben, den Meisterstand durch Einführung der Barzahlung, durch Einschränkung jeder Art von Staatswerkstätten und hauptsächlich durch Aufhebung der Zölle auf die Rohmaterialien und auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu unterstützen."

Ein Litauer, Kibelka, der früher ein liberales litauisches Wochenblatt in Ragnit herausgegeben hatte, hielt im Auftrage des liberalen Wahlkomitees in verschiedenen Orten des Wahlkreises politische Versammlungen für Litauer ab. — Unter dem Vorsitz des Justizrat Jordan sprachen der bisherige Abgeordnete Wander und Gutsbesitzer C. Bender in einer allgemeinen Wählerversammlung in Kaukehmen. — So nahte der Tag der Wahl, der 28. Oktober.

Der konservative Wahlaufruf war von hunderten von Personen unterschrieben und zwar ohne Angabe des Standes. Das hatte seinen guten Grund; denn ein sehr großer Teil derselben waren abhängige Beamte. Das „Tilsiter Tageblatt" wies an der Hand eines älteren Lehrerverzeichnisses nach, daß nicht weniger als 32 Lehrer des Kreises Niederung und 24 Lehrer des Kreises Tilsit ihren Namen unter den Aufruf gesetzt hatten; wahrscheinlich war aber ihre Zahl erheblich größer. Ebenso wurden 13 Forstbeamte nachgewiesen, während ihre Zahl in Wirklichkeit wohl doppelt so groß gewesen sein mag. Dazu kam eine stattliche Anzahl Pfarrer,

Post- und Baubeamte, sodann die Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher, Steuererheber, Buhnenmeister und die — Kreissekretäre. Die Landräte hatten sich fern gehalten — das war doch noch ein Beweis von Unparteilichkeit.

Gegen solche Machtmittel erwies sich die liberale Partei machtlos. Ihre Organisation war völlig unzulänglich. Ihre früheren Vertrauensmänner waren zum Teil verstorben oder verzogen; andere waren auf höheren Wink oder auch aus eigenem Entschlusse ins konservative Lager gezogen; sehr viele hielten den Kampf für hoffnungslos und hüteten sich, da sie Benachteiligungen aller Art fürchten zu müssen glaubten, überhaupt in denselben einzutreten. Bei den Landleuten stieß man überall auf den wohl unbegründeten, aber nun einmal bei ihnen feststehenden Glauben: wer liberal wählt oder gar für den liberalen Kandidaten öffentlich eintritt, hat fürs nächste Jahr höhere Einschätzung zu erwarten. So war nicht einmal eine planmäßige Verbreitung der Stimmzettel ausführbar, da es ein Adreßbuch der Landbevölkerung nicht gab.

Am 28. Oktober erhielt der konservative Kandidat in Tilsit 846, Wander 1777 Stimmen; im Landkreise Tilsit v. Schlieckmann 4754, Wander 1065, im Kreise Niederung v. Schlieckmann 4862, Wander 1562 Stimmen. Somit siegte Oberpräsident v. Schlieckmann mit 10462 Stimmen über Hauptmann Wander, der nur 4404 Stimmen erhielt. Acht Stimmen zersplitterten sich. An diesem Resultat, das sich eben aus dem gänzlichen Mangel einer Organisation der liberalen Partei erklärte, konnte natürlich auch der Nachweis zahlreicher Wahlbeeinflussungen und Ungesetzlichkeiten nichts ändern. Wir übergehen diese häßlichen Dinge, die sich leider bei jeder folgenden Wahl in noch stärkerem Maße ereigneten und knüpfen hier nur die Mitteilung eines lustigen Stückleins an, das die „Tilsiter Zeitung" berichtete:

„Bei der letzten Reichstagswahl im 45. Wahlbezirk des Kreises Niederung (Loye) befand sich eine Anzahl von stimmberechtigten Wählern auf der gewöhnlichen Herbstreise

(die Bewohner dieses am Haff gelegenen Dorfes sind größtenteils Fischer und Schiffer) und dieselben hatten ihre Frauen beauftragt, in ihrem Namen Stimmzettel für den konservativen Wahlkandidaten, Herrn Oberpräsident v. Schlieckmann, abzugeben. Da dies gesetzlich unzulässig ist, so wies der Wahlvorstand die Frauen zurück. Diese, hierüber aufgebracht, ließen sofort eine Beschwerdeschrift anfertigen und sandten ihre Stimmzettel, im ganzen 18, dem Herrn Oberpräsidenten direkt ein, beantragten auch künftig die Frauen in Vertretung ihrer Männer gleichfalls zur Wahl zuzulassen und gaben die Versicherung ab, in diesem Falle nie anders als streng konservativ wählen zu wollen, damit der Kaiser und König nur treue Ratgeber im Reichstage und im Landtage hätte. Diese mannhafte That der Frauen fand bei ihren Männern die vollste Anerkennung."

Hierauf ließ der Herr Oberpräsident den Frauen das folgende „gnädige" Antwortschreiben zugehen:

Königsberg, 13. November 1884.

Die Versicherung Ihrer unwandelbaren königstreuen Gesinnung, welche Sie mit anderen Frauen daselbst in Ihrem an mich gerichteten Schreiben vom 28. Oktober d. J. zum Ausdruck gebracht, haben, hat mich innig erfreut und wahrhaft gerührt. Befinde ich mich auch nicht in der Lage, Ihrem besonderen Antrage auf persönliche Beteiligung bei dem Wahlgeschäfte eine weitere Folge zu geben und kann ich daher auch das Verfahren des Wahlvorstehers, welcher Sie bei der Wahl zurückgewiesen hat, nur alden gesetzlichen Vorschriften durchaus entsprechend bezeichnen, so will ich doch nicht unterlassen, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Sie und Ihre Männer nicht unterlassen werden, diese patriotische Gesinnung auch fernerhin zu bethätigen und sich bemühen, dieselbe auch Ihren Kindern als einen köstlichen Schatz für das Leben einzuflößen. Den übrigen Unterzeichnerinnen des Schreibens vom 28. Oktober bitte ich von dieser meiner Antwort Kenntnis zu geben.

v. Schlieckmann, Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

Der Reichstag wurde am 14. Januar 1887 aufgelöst.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

XVI. Legislaturperiode; Wahl: 6. November 1885.
Beginn der ersten Session:
14. Januar 1886; Schluß: 28. Juni 1888.

Der Mißerfolg bei der Landtagswahl 1882 und die entschiedene Niederlage der liberalen Partei bei der Reichstagswahl 1884 wirkten auf die liberalen Führer sehr entmutigend. Vor allem wurde ihre früher oft bewiesene Thatkraft und Arbeitsfreudigkeit durch die bei beiden Wahlen zu Tage getretene Thatsache gelähmt, daß die liberale Partei fast alle Fühlung mit der Landbevölkerung verloren hatte, daß diese vielmehr gänzlich von dem Willen der Behörden abhängig war, den diese in deutlicher Sprache auszusprechen keinen Anstand nahmen. Die konservative Wahlmaschine hatte beidemal so prompt gearbeitet, daß auch diesmal an dem Sieg der konservativen Sache nicht zu zweifeln war.

Schon war der Tag der Urwahlen, der 29. Oktober, nahe herangerückt und noch rührte sich im liberalen Lager nichts. Endlich 8 Tage vor der Wahl konnte das liberale Wahlkomitee den Wählern mitteilen, daß es zwei geeignete Kandidaten gefunden zu haben glaube, welche es einer allgemeinen Wählerversammlung vorzuschlagen beabsichtige. Es waren dies der Geh. Justizrat, Landgerichtspräsident a. D. Muttray, der hier 1861 bis 1879 Direktor des Kreisgerichts gewesen, dann bei der Reorganisation Präsident des Landgerichts zu Stargard i. Pr. geworden war und kürzlich nach erfolgter Pensionierung wieder in dem ihm lieb gewordenen Tilsit seinen Wohnsitz genommen hatte, und der bewährte frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Wander-Carlberg. In einer größeren Wählerversammlung in der Bürgerhalle am 25. Oktober, vor welcher ein Veteran der Fortschrittspartei, der frühere Abg. J. P. Frentzel-Noruschatschen*),

*) John Peter Frentzel, geboren am 26. Februar 1816 zu Memel. Gutsbesitzer auf Perkallen bei Gumbinnen, dann auf Noruschatschen bei Gumbinnen, Abgeordneter für Gumbinnen-Insterburg 1862 bis 1867 und 1873 bis 1879, Mitglied des Landesökonomie-Kollegiums zu Berlin, des

unter allgemeinem Beifalle einen politischen Vortrag hielt, wurden die beiden genannten Männer als die Kandidaten der liberalen Partei proklamiert. Die Konservativen hielten an verschiedenen Orten Versammlungen ab, in mehreren trat der General-Sekretär Schulze in der bekannten Weise als Redner auf. Am 17. Oktober gaben die bisherigen Abgeordneten Weiß und Rademacher in einer konservativen Versammlung einen Bericht über die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses und wurden dann wiederum als Kandidaten der konservativen Partei proklamiert. Der Abgeordnete Rademacher hatte übrigens eine schnelle Entwickelung durchgemacht: noch 1881 Fortschrittsmann, wurde er 1882 nationalliberaler Abgeordneter, um jetzt nach seinem Übertritt zur freikonservativen Partei als konservativer Kandidat aufgestellt und gewählt zu werden.

Bei den Urwahlen zeigte es sich, daß an dem gesunden Sinne der Tilsiter alle Schmähungen, alle Verdrehungen und Verdächtigungen, welche die Konservativen gegen die Liberalen zu richten beliebten, wirkungslos abprallten. Es wurden in der Stadt mit großer Mehrheit 77 liberale Wahlmänner gewählt; die konservative Partei erlangte 7, von denen 3 durchs Los, 2 mit je einer Stimme über die absolute Mehrheit gewählt waren. Die Postbeamten und Briefträger waren überall vollzählig erschienen. In der Niederung war der konservativen Wahl sehr günstig die Einweihung der kürzlich erbauten Brücke bei Skoepen, welche — ein eigentümlicher Zufall — auf den 26. Oktober, also 3 Tage vor dem Tage der Urwahlen, gelegt worden war. Der Ober-Präsident und der Regierungs-Präsident von Gumbinnen waren zu diesem bedeutsamen Ereignis, das die Niederunger allein der Fürsprache der konservativen Abgeordneten verdanken sollten (die Provinz hatte die eine Hälfte der Kosten

Verwaltungsgerichts zu Gumbinnen, des Gumbinner Kreistages, Vorsitzender des Kuratoriums der landwirtschaftlichen Winterschule, vorzüglicher Pferdekenner und hochverdient um die ostpreußische Pferdezucht, Preisrichter auf allen vom landwirtschaftlichen Centralverein für Litauen und Masuren veranstalteten Tierschauen. Er starb am 15. Juni 1886.

übernommen, der Staat die andere), herübergekommen. — Übrigens sollte diese Wahl die alte Regel bestätigen: Je weniger Wähler von ihrem Wahlrechte Gebrauch machen, desto reaktionärer das Abgeordnetenhaus und die Regierung. Hatte die Beteiligung schon bei den Wahlen von 1879 und 1882 durchschnittlich nicht über 15 Prozent der Wahlberechtigten betragen, so war die Beteiligung auf dem Lande diesmal noch viel geringer. Zu Wahlmännern waren zum großen Teile abhängige Beamte gewählt, die nicht nur ihre eigene Wahl, sondern auch die von „zuverlässigen" Männern durchzusetzen gewußt hatten. Es befanden sich darunter 44 Volksschullehrer, 16 Forstbeamte, 15 Schankwirte, 11 Gemeinde- und Amts-Vorsteher, 4 Pfarrer, 2 Landräte, 2 Richter, 2 Postbeamte, 1 Buhnenmeister, 1 Kreistierarzt, 1 Oberkontroleur, 1 Kataster-Kontroleur, 1 Telegraphenbeamter.

Am 5. November erhielt Muttray 126, Wander 122 Stimmen. Gewählt wurden zu Abgeordneten Gutsbesitzer Rademacher-Winge mit 327 und Gutsbesitzer Weiß-Perwallkischken mit 316 Stimmen.

Adolf Post's Tod. — Die Gründung des deutschfreisinnigen Wahlvereins für den Kreis Tilsit.

Im Mai 1885 hatte die agrarische Mehrheit des Reichstages einer Erhöhung der Kornzölle von 1 Mk. auf 3 Mk. für den Doppelzentner zugestimmt. Die niedrigen Getreidepreise erleichterten auch den liberalen Landleuten die Annahme dieser Schenkung auf Kosten der Konsumenten. Damit war aber der größte Teil der Landbau treibenden Bevölkerung der freisinnigen und freihändlerischen Partei verloren: der Appell an den Eigennutz und die Selbstsucht hatte die erwartete Wirkung gethan.

Die liberale Partei in Tilsit gab seit den Landtagswahlen kein Lebenszeichen mehr von sich. Ihr Zerfall schien unaufhaltsam zu sein. Die Beamten und alle, die durch ihr Geschäft oder Gewerbe auf den Verkehr mit den Behörden angewiesen waren, hüteten sich, ihre politischen

Anschauungen laut werden zu lassen und entfremdeten sich dadurch der Partei. Das Organ der freisinnigen Partei, das Post'sche „Tilsiter Tageblatt", wurde auf dem Lande nur noch in wenigen Exemplaren gelesen; auch in der Stadt verminderte sich der Leserkreis immer mehr, da die Konkurrenzblätter — abgesehen von ihrer politischen Haltung — in vieler Beziehung, namentlich auch durch die Menge der Inserate, die Ansprüche des Publikums mehr befriedigten. Der ehrwürdige Führer der Partei, Adolf Post, der seit einem Menschenalter für die Ausbreitung liberaler Grundsätze gekämpft und große Opfer gebracht hatte, beklagte den Mangel jungen Nachwuchses, der die alten Kämpfer abzulösen befähigt und geneigt gewesen wäre; er selbst war voll Resignation zu der Überzeugung gekommen: „es hilft ja doch nichts." Dabei hatte der wackere Alte aber den Glauben an die Zukunft des Liberalismus keineswegs verloren. Den wenigen jüngeren Männern, die es für Pflicht hielten, auch ohne Aussicht auf augenblicklichen Erfolg politisch thätig zu sein, riet er, ihre Kraft für diese bessere Zukunft zu versparen.

Da wurde der alte Streiter für Recht und Wahrheit auf das Krankenlager geworfen, von dem er sich nicht mehr erheben sollte. Am 3. März 1886 lief die Trauerkunde von seinem Ableben durch die Stadt und erregte die allgemeinste Teilnahme. — Ungefähr um dieselbe Zeit erlitt die liberale Partei durch den Tod des Gutsbesitzer Richards-Oschweningken, der Vorstandsmitglied des liberalen Wahlvereins war und in der Niederung vermöge seiner Intelligenz und Rührigkeit großen Einfluß besessen hatte, einen zweiten großen Verlust. So schien die freisinnige Partei denn ganz verwaist und ohnmächtig zu sein. Allein gerade diese Verluste und das unverholene Siegesbewußtsein der Gegner erweckte unter den Parteigenossen neuen Mut und neue Arbeitsfreudigkeit. Am Tage des Begräbnisses des „alten Post" beschlossen die Freunde und Gesinnungsgenossen des Dahingeschiedenen im Interesse der Partei das einzige liberale

Blatt, das „Tilsiter Tageblatt", neu zu beleben und für seine Verbreitung thätig zu sein. Es bildete sich zu diesem Zwecke ein Komitee, auf dessen Veranlassung im Einverständnisse mit den Erben Post's ein auf vielen Gebieten gemeinnütziger Thätigkeit wohl bewährter Mann, der Chemiker G. Feyerabendt, die Redaktion des „Tageblatt" übernahm. Das Blatt erschien fortan in vergrößertem Format und erweitertem Umfange und wurde in einer großen Anzahl von Exemplaren in Stadt und Land verbreitet. Der Erfolg blieb nicht aus; die Abonnentenzahl verdoppelte sich in wenigen Monaten. Für die Leser auf dem Lande wurde dem Blatte die von dem Bauerngutsbesitzer Wisser-Windischholzhausen (seit 1890 Mitglied des deutschen Reichstags) herausgegebene „Deutsche Bauernzeitung" beigelegt.

In einer Versammlung des liberalen Wahlvereins am 13. April, in der Rechtsanwalt Brinkmann ein Charakterbild des alten Post gab, wurde eine Teilung des Vereins, der bisher beide Kreise umfaßte, aber die Mehrzahl seiner Mitglieder auf dem Lande und besonders in der Niederung eingebüßt hatte, und zugleich eine Änderung des Namens beschlossen. Der „deutsch-freisinnige Wahlverein für den Kreis Tilsit" wurde trotz des Widerspruchs des Verlegers und Redakteurs der „Tilsiter Zeitung" und trotz der Bedenken einiger Kleinmütigen, die den Verlust mancher Mitglieder befürchteten, an diesem Tage begründet und ein Vorstand aus 9 Personen gewählt, von denen 4, der Vorsitzende Rechtsanwalt Brinkmann, dessen Stellvertreter Gutsbesitzer Bender-Neu-Lengkonischken, der Schriftführer Arzt Pingel und der Kassenführer Kaufmann Ad. Gerlach einen engeren Ausschuß bildeten; als Beisitzer gehörten dem Vorstande die Herren Tarrach, H. Sell, Dr. Kuwert, Feyerabendt und Willkowsky an. Monatlich wurde ein Vereinsabend abgehalten, an dem sich an den einleitenden Vortrag ein Meinungsaustausch der Mitglieder anschloß. Es herrschte im Verein ein frisches, thätiges Leben, das die besten Hoffnungen für die Zukunft gewährte.

Die Gelegenheit, die neugeschmiedete Waffe im Kampfe zu erproben, kam früher als man erwartet hatte.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

VII. Legislaturperiode: Februar 1887 bis Anfang 1890.

Obwohl durch das sogenannte Septennat vom Jahre 1881 die Friedenspräsensstärke des Heeres bis 1888 festgestellt war, trat die Staatsregierung bereits Ende 1886, 1½ Jahre vor Ablauf des Septennats, mit der Forderung einer Erhöhung um 41000 Mann an den Reichstag heran. Schon Monate lang vorher war das deutsche Volk durch die Verbreitung von allerlei Kriegsgerüchten und Nachrichten über Kriegsvorbereitungen bei den Franzosen durch die offiziöse Presse, der sich die nationalliberalen Blätter anschlossen, beunruhigt und in seiner Erwerbsthätigkeit gestört worden. Die freisinnige Partei erklärte sich trotz schwerer Bedenken für die Bewilligung der geforderten Heeresvermehrung auf 3 Jahre; sie wollte aber dem künftigen Reichstag das Recht nicht verschränkt wissen, eine Abkürzung der Dienstzeit und eine Erleichterung der Steuerlast zu erwirken. Die Mehrheit des Reichstags war derselben Meinung und hielt auch an dieser Überzeugung fest, obwohl der Reichskanzler die Absicht, den Reichstag im Falle der Ablehnung, möge er sonst beschließen, was er wolle, aufzulösen ankündigte. Mit 183 gegen 154 Stimmen bewilligte der Reichstag am 14. Januar 1887 alles was die Regierung forderte, aber auf drei Jahre, und wurde an demselben Tage aufgelöst. Graf Moltke hatte bei der zweiten Lesung wörtlich gesagt: „Es ist ja nun erfreulich und wird seine Wirkung nach außen nicht verfehlen, daß von den großen Parteien dieses Hauses keine ist, welche ungeachtet mancher verschiedenen Ansichten in inneren Angelegenheiten der Regierung die Mittel verweigern wird, welche sie fordert." Und noch kurz zuvor hatten die bedeutendsten konservativen Organe, bevor sie die Haltung der Regierung kannten, die Frage, ob 3 oder 7 Jahre, für eine solche erklärt, um welche

sich auch nicht ein Finger im Volke rühren, nicht ein Pulsschlag in ein schnelleres Tempo gelangen werde. Allein Fürst Bismarck wollte es anders. Die pflichtgetreuen Volksvertreter wurden von ihm und der ihm dienstbaren Presse als Reichsfeinde und Landesverräter gebrandmarkt; immer zügellosere Darstellungen der drohenden Kriegsgefahr in der Reptilienpresse hatten den Zweck und unbegreiflicherweise auch die Wirkung, daß sich eines großen Teiles der Wähler eine Kriegsfurcht bemächtigte, die sie geradezu um ihre gesunde Vernunft brachte. Sogar ein so unsinniges Argument wie „Die Ablehnung des Septennats bedeutet den Ausbruch des Krieges" that auf die große Menge die gewünschte Wirkung.

Der deutsch-freisinnige Wahlverein in Tilsit zog zwar ohne Hoffnung auf Sieg, aber kampfesfroh im Bewußtsein, daß Vernunft und Recht auf der Seite der freisinnigen Partei sei, in den Wahlkampf. Der Vorstand erließ bereits wenige Tage nach der Auflösung eine Ansprache an die Wähler, in der die Thatsachen klargelegt und auf die Gefahren, die ein Reichstag nach dem Wunsche des Fürsten Bismarck für die freiheitliche Entwickelung mit sich bringe und auf die nur zu wahrscheinliche Mehrbelastung des deutschen Volkes durch Monopole hingewiesen wurde. Am 25. Januar erklärte eine sehr besuchte Versammlung des deutsch-freisinnigen Wahlvereins nach einem Vortrage des Rechtsanwalt Brinkmann über die Militärfrage ihr volles Einverständnis mit der Haltung der freisinnigen Fraktion im Reichstage. — Der Wahlkampf wurde in den öffentlichen Blättern mit ungewöhnlicher Heftigkeit geführt, da zu den Beschimpfungen durch die konservativen Parteiführer, zu denen Bismarck selbst das Signal gegeben hatte, sich Angriffe von einer zweiten Seite gesellten. Männer, die bisher für durchaus liberal galten, bliesen nun mit den Konservativen in dasselbe Horn und, indem sie zur Wahl eines Anhängers des Septennats, d. h. also in dem vorliegenden Falle zur Wahl des konservativen Kandidaten aufforderten, griffen sie die Haltung der freisinnigen Partei aufs Heftigste an: es

wurde ihr schuld gegeben, daß sie trotz der Gefahr, in den das Vaterland sich befinde, zwar 123 000 Mann (d. h. 41 000 auf 3 Jahre) bewillige, dagegen 164 000 Mann (d. h. 41 000 für weitere 4 Jahre) abgestrichen und so das Vaterland wehrlos gemacht habe. Zwar war es leicht, solchen baren Unsinn zu widerlegen, aber die Stimme der Besonnenheit drang nicht weit. Es fand sich wirklich in beiden Kreisen eine kleine Anzahl nationalliberaler Männer, darunter einer der beiden Besitzer der „Tilsiter Zeitung", welche die Wahlaufrufe für v. Schlieckmann unterschrieben und so mit der konservativen Partei gemeinsame Sache machten. Mit über 800 Unterschriften bedeckt ging der Wahlaufruf der Konservativen in der Niederung in die Welt hinaus, in dem der Gedanke: „Im Falle der Ablehnung des siebenjährigen Zeitraums steht der Krieg sicher bevor" behandelt wurde; für diesen Unsinn wurde der Name des Grafen Moltke als Autorität gemißbraucht.

Man las unter dem Aufrufe die Namen von 29 Forstbeamten, 48 Gastwirten und 56 Lehrern, Männern, die wohl sämtlich nicht in der Lage waren, die Zumutung, auf diese Weise zur „Rettung des Vaterlandes" und „Erhaltung des Friedens", ihr Teil beizutragen, abzulehnen. Die übrigen Unterschriften waren auf eine etwas ungewöhnliche Art zusammengebracht. In einem gedruckten Anschreiben forderte der Vorsitzende des Vereins der Konservativen im Kreise Niederung, Graf von Keyserling-Rautenburg*), im Namen des Vorstandes die Adressaten auf, dem Vereine beizutreten, indem er erklärte, die Zustimmung werde vorausgesetzt, wenn binnen 8 Tagen nicht eine ablehnende Antwort eingehe. Obwohl in dem Anschreiben von der Unterzeichnung eines Wahlaufrufs nicht die Rede war, so wurden die Namen dieser Zwangs-Mitglieder doch darunter gesetzt. Einige

*) Graf Hugo, der Sohn des Grafen Otto Johann, der den Wahlkreis im Vereinigten Landtage 1847 und 1848, im Frankfurter Parlament und im konstituierenden, im norddeutschen und im deutschen Reichstage (—1874) vertrat.

Personen protestierten gegen diesen Mißbrauch ihres Namens, andere unterließen es, weil sie schon vor Jahren verstorben waren, die große Mehrzahl schwieg, weil sie nicht gegen die einflußreichen Männer, welche an der Spitze des konservativen Vereins standen, aufzutreten wagten.

Der freisinnigen Parteileitung war es unmöglich, in dem aussichtslosen Kampfe einen allgemein bekannten und zugleich dem Wahlkreise angehörigen Kandidaten zu finden. Hauptmann Wander erklärte, er könne sich einem Kreise nicht aufdrängen, der ihn zweimal habe fallen lassen; er stehe aber nach wie vor zur deutsch-freisinnigen Partei. Andere in Aussicht genommene Männer sahen sich genötigt, mit Rücksicht auf ihre amtliche Stellung oder ihre Vermögenslage die Kandidatur abzulehnen. So entschloß sich der Vorstand, den Wählern den Landesdirektor a. D. Kurt von Saucken-Tarputschen*), den bekannten freisinnigen

---

*) Kurt von Saucken, geboren am 17. Juni 1825, war ein Sohn des Freiheitskämpfers, Rittmeister a. D. Ernst v. Saucken-Tarputschen (1791—1854), der im Vereinigten Landtage, im Frankfurter Parlamente und in der Ersten Kammer von 1849 bis 1850 ein hochangesehenes Mitglied der liberalen Partei war. Durch ihn hatte er es als die erste Pflicht des Staatsbürgers erkannt, auch dem Könige gegenüber seiner Überzeugung offenen Ausdruck zu geben und alle Zeit die Wahrheit zu sprechen. Nachdem er einige Jahre Referendar gewesen war, wandte er sich der Landwirtschaft zu und übernahm 1859 das Familiengut Tarputschen. In seiner Heimatsprovinz bekleidete er eine große Zahl von Ehrenämtern der Selbstverwaltung. Er war Amtsvorsteher, Standesbeamter, Kreistagsabgeordneter, Mitglied der Kreissynode und auch zeitweilig der Provinzialsynode, seit 1856 Mitglied des preußischen Provinzial-Landtages. Bei Einführung der neuen Provinzialordnung wurde v. Saucken 1874 Vorsitzender des preußischen Provinzial-Landtages. Nach der Trennung der Provinzen wurde er 1878 zum Landesdirektor der Provinz Ostpreußen gewählt, welche Stelle er bis 1884 bekleidete. Mit Eifer gab er sich der Förderung der landwirtschaftlichen Interessen hin, insbesondere als langjähriger Hauptvorsteher des landwirtschaftlichen Centralvereins für Litauen und Masuren, als Mitglied des preußischen Ökonomie-Kollegiums und des deutschen Landwirtschaftsrates, welchen Körperschaften er noch bis 1888 angehörte. Von 1862—1867 und von 1873—1878 vertrat er den Wahlkreis Angerburg-Lötzen im Abgeordnetenhause, legte jedoch sein Mandat bei seiner Wahl zum Landesdirektor am 19. August 1878 nieder; von 1867—1873 und 1885—1888 war er Abgeordneter für Königsberg-Fischhausen. Dem Reichstage gehörte er seit 1874 an und zwar bis 1877 für Angerburg-Lötzen, 1877—1881 für den III. Berliner Wahlkreis und 1881—1884 für Labiau-Wehlau. Von Anfang seiner politischen Lauf-

Parlamentarier, der sich zur Annahme eines Mandats bereit erklärte, vorzuschlagen. Diese Kandidatur fand freudige Zustimmung, obwohl v. Saucken durch seinen augenblicklichen Gesundheitszustand daran verhindert wurde, sich den Wählern persönlich vorzustellen.

Der vor kurzem gebildete „Liberale Wahlverein der Niederung" unter dem Vorsitze des Rechtsanwalts Ansat zu Heinrichswalde ging ebenfalls mit frischem Mute an die Wahlarbeit. In Neukirch, Lappienen, Seckenburg und Skaisgirren wurden allgemeine Wählerversammlungen abgehalten; an dem ersten und letzten Orte hielt Rechtsanwalt Brinkmann den Vortrag über die politische Lage. Im Kreise Tilsit mußte man sich auf eine große Wählerversammlung in der Bürgerhalle zu Tilsit beschränken. Die konservativen Redner und Agitatoren, so Jul. Schulze in Kaukehmen und andere, erzielten mit der Frage, ob die Wähler sich für Kaiser Wilhelm oder für Eugen Richter entscheiden, ob sie statt des Kaiserlichen ein „Parlamentsheer" haben wollten, bei der urteilslosen Menge die allergrößten Erfolge. Bei der Wahl am 21. Februar erhielt

---

bahn an der deutschen Fortschrittspartei angehörend, zeichnete er sich durch feste, entschiedene, jeder Kompromißsucht abgeneigte freisinnige Gesinnung aus, welche den ostpreußischen Fortschrittsmännern seit v. Hoverbeck stets den großen Einfluß in der Fortschrittspartei verlieh. Obwohl selbst Großgrundbesitzer, konnte es doch keinen entschiedenern Gegner der Getreidezölle und der Agrarier geben als gerade Saucken. — Von dem verstorbenen Kaiser Friedrich wurde er hochgeschätzt. Wiederholt wurde er im Laufe der Jahre in das kronprinzliche Palais berufen, um dem Kronprinzen rückhaltlos seine Ansichten zu äußern über die innere Politik und die Stellung der Parteien. Gegen Saucken hat der Kronprinz im Jahre 1879 die Äußerung fallen lassen, wie sehr es ihn freuen würde, wenn eine große liberale Partei sich zusammenschlösse. Saucken, dem Kaiser Friedrich Einblicke in seine politischen Absichten gestattet hatte, wie wenigen, gehörte seinerseits zu den wärmsten Verehrern des Kaiser Friedrich. In einer Rede am 27. April 1881 sprach er die feste Überzeugung aus, daß einst die Nachkommen von ihm und seinen Parteigenossen sagen würden: „Wir haben das öffentliche Wohl und nicht Parteiinteressen im Auge gehabt und gekämpft für den König und für das Vaterland; denn das ist in Preußen nicht zu trennen."

Kurt von Saucken starb in Berlin nach langem schwerem Leiden am 1. März 1890.

in Tilsit v. Saucken 1918, v. Schlieckmann 1103 Stimmen, im ganzen Wahlkreise v. Saucken nur 5498, v. Schlieckmann 14034. Der letztere war also mit einer noch niemals erreichten Mehrheit gewählt.

Die Wahlerfolge, welche die „Kartellparteien" des Kanzlers erzielt hatten, waren fast allein auf das schmählichste aller Wahlmanöver zurückzuführen, auf die Drohung mit dem Kriege. „Der Appell an die Furcht der deutschen Wähler" hatte gewirkt, obwohl der Kaiser noch am 5. Februar bei der Abendcour den Generalen wörtlich gesagt hatte: „Meine Herren! Die Reserven werden eingezogen, um instruiert zu werden im Gebrauch des Repetiergewehres. Dies wird neue Kriegsgerüchte verursachen, aber ich kann Ihnen sagen, es wird keinen Krieg geben!" In dem neuen Reichstage zählten die Kartellparteien 219 (Konservative 80, Freikonservative 41, Nationalliberale 98), die Freisinnigen 32, das Centrum 103, Polen und Dänen 14, die Sozialdemokraten 11 Abgeordnete.

Das „Angstprodukt" sollte die eine Legislaturperiode nicht überdauern; das deutsche Volk besann sich auf sich selbst; das Kartell ging in die Brüche.

Kaiser Wilhelms Tod, Kaiser Friedrichs Thronbesteigung. — Die Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode und der Sturz des Ministers von Puttkamer.

Schweres Herzeleid brachte das Jahr 1888 über das deutsche Land und Volk. Am 9. März entschlief nach langer mühevoller und reichgesegneter Arbeit der ehrwürdige, fast 91jährige Kaiser Wilhelm. Um ihn trauerte das ganze deutsche Volk, arm und reich, vornehm und gering, ohne Unterschied der Religion und der politischen Partei. Er konnte die müden Augen zum ewigen Schlummer schließen in dem Bewußtsein, von seinem treuen dankbaren Volke inniger geliebt zu sein und tiefer betrauert zu werden als je ein Herrscher auf Erden.

Ein siecher Mann bestieg Kaiser Friedrich, der Liebling des Volkes, den preußischen und deutschen Thron. Nur wenige Monde der Herrschaft waren ihm beschieden und während dieser Zeit konnte der Todwunde nur wenig von dem ausführen, was das deutsche Volk von ihm erwarten durfte, wenn er in voller Kraft seines hohen Amtes hätte walten dürfen. Die Vorsehung hatte es anders beschlossen. Am 15. Juni, Vormittags 11 Uhr 15 Minuten, hatte der große Dulder ausgerungen. Nicht aber ohne noch wenige Tage vor seinem Ende seinem Volke einen hellleuchtenden Beweis seiner Gerechtigkeitsliebe und seiner Willenskraft gegeben zu haben.

Da dies mit dem engeren Gegenstande dieser Rückblicke, der Geschichte der politischen Wahlen, in enger Verbindung steht, so wollen wir etwas näher darauf eingehen.

Im Reichstage sowohl als im Abgeordnetenhause brachten die vereinigten Kartellparteien den Antrag auf Einführung einer fünfjährigen Legislaturperiode (statt der bisher dreijährigen) ein. Die Verhandlungen darüber fielen in die letzten Monate der Regierungszeit Kaiser Wilhelms. Im Abgeordnetenhause fand die erste Beratung über den Antrag „Benda und Genossen" „auf Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre durch Abänderung des Artikel 75 der Verfassungs-Urkunde" am 1. Februar 1888 und, da der Antrag auf Kommissions-Beratung abgelehnt wurde, die zweite Beratung schon am 11. Februar statt. Die Deutschfreisinnigen hatten einen Zusatz, betreffend die Einführung der geheimen Stimmzettelwahl bei der Stimmabgabe der Urwähler und Wahlmänner beantragt. Die Kartellparteien bestritten die Zulässigkeit dieses Zusatzantrages und verwarfen sie in namentlicher Abstimmung mit 223 gegen 112 Stimmen, um nicht genötigt zu sein, in Ansehung der geheimen Abstimmung Farbe zu bekennen. In namentlicher Abstimmung wurde dann § 1 des Gesetzentwurfs mit 237 gegen 126 Stimmen und zwei Tage darauf der Gesetzentwurf in dritter Beratung nach sehr lebhafter Debatte angenommen. Da bei Verfassungs-

änderungen nach Ablauf von 21 Tagen eine nochmalige Beratung vorgeschrieben ist, so fand die endgültige Annahme des Antrages durch das Haus erst am 6. März statt.

So lag die Sache, als Kaiser Friedrich den Thron bestieg. Es war von ihm mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er dieser Schwächung der Volksrechte nur ungern zustimmen werde. Er that dies erst am 27. Mai auf das dringende Zureden desjenigen Ratgebers, dem er unter seiner staatsmännischen Umgebung am meisten vertraute, des Justizministers Friedberg. Zugleich richtete er aber an den Minister von Puttkamer ein eigenhändiges Handschreiben, in welchem er die Erwartung aussprach, daß in Zukunft die Wahlfreiheit durch amtliche Beeinflussungen nicht werde eingeschränkt werden. An diese Voraussetzung knüpfte der Kaiser die Unterschrift unter jenes die Verfassung ändernde Gesetz. Minister von Puttkamer reichte am 5. Juni eine Rechtfertigkeitsschrift ein. Am 7. Juni wurde das Gesetz verkündet und am selben Tage erhielt der Minister von Puttkamer ein zweites kaiserliches Handschreiben als Antwort auf die Denkschrift. Darin that der Kaiser ihm wiederholt seine Unzufriedenheit mit gewissen früheren Vorgängen bei den Wahlen kund. Der Minister verstand den Wink und bat am 8. Juni um seine Entlassung. Diese wurde ihm auch umgehend an demselben Tage gewährt.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

XVII. Legislaturperiode seit November 1888.

Das Haus war am 26. Mai nach zwei stürmischen Sitzungen, in deren letzter die Wahlen der Herren v. Puttkamer-Plauth und Landrat Döring für Elbing-Marienburg nach dreijähriger Verschleppung der Entscheidung für ungültig erklärt worden waren, geschlossen worden. Die Neuwahlen sollten im Spätherbste stattfinden; diesmal sollte über die Geschicke des Vaterlandes zum ersten Male für 5 Jahre entschieden werden.

Der freudige Aufschwung der liberalen Partei im ganzen Lande, die sich der Zuversicht hingeben durfte, daß durch Kaiser Friedrichs Thronbesteigung in dem Wettkampfe, welche von den Parteien dem Vaterlande die besten Dienste erweisen könne, endlich Wind und Sonne gleich verteilt werden würde, hatte vielfach einer schmerzlichen Resignation Platz gemacht. Die weitaus meisten glaubten, daß es für die liberale Partei für lange Zeit vorbei sei, gerechter Würdigung ihrer uneigennützigen Bestrebungen um das Wohl des Volkes teilhaft zu werden.

Die freisinnige Partei in Tilsit ließ sich jedoch nicht entmutigen. Eugen Richters Geburtstag gab den Führern der Partei eine willkommene Gelegenheit, die Stimmung im Volke kennen zu lernen. Und sie erwies sich als viel freudiger und mutvoller, als man unter dem Eindrucke des auf allen schwer lastenden, unersetzlichen Verlustes gedacht hatte. Der Garten von Bellevue füllte sich an dem herrlichen Sommerabend des 30. Juli bis auf den letzten Platz; alle Stände waren dort vertreten, wie es bei einem rechten Volksfeste sein soll. Als eine gute Vorbedeutung für das Zusammenhalten beider Kreise bei der bevorstehenden Wahl konnte die Herüberkunft zahlreicher Parteigenossen selbst aus entfernten Teilen der Niederung gelten. Ein vorzüglich gelungenes, großes Porträtbild des gefeierten Volksmannes, das ein talentvoller Parteigenosse in Kreide gezeichnet hatte, prangte in prächtigem Laub- und Fahnenschmucke in der Halle, von der aus die durch den ganzen Garten laufenden Längstafeln ausgingen. Eine in scherzhafter Weise vorgenommene Versteigerung des Bildes, die es jedem ermöglichte, einmal oder öfter mit einem kleineren Beitrage sich zu beteiligen und Meistbietender zu bleiben, brachte für den bevorstehenden Wahlkampf einen ansehnlichen Fonds zusammen. Der glückliche Erwerber schenkte das erstandene Bild dem Wahlverein, dessen festliche Versammlungen dasselbe noch öfter geschmückt hat. Bei dem Gesange alter und neuer, zur Ehre des Tages gedichteter Lieder gelobten die Festgenossen, indem sie die Worte

aus einem der Richterlieder „die beste Deckung Die ist und bleibt der Hieb" in ihr Programm für den Wahlkampf aufnahmen, unverzagtes Zusammenhalten und kraftvolles Vorgehen gegenüber all den verschiedenen Gegnern, die nur in dem Haß gegen die Freisinnigen einig waren.

In beiden Kreisen sah man sich eifrig nach geeigneten Kandidaten um. Es war das für eine Partei, die mehrmals geschlagen war und eben noch bei der Reichstagswahl wenig mehr als ein Viertel aller Stimmen erlangt hatte, eine schwierige Aufgabe. Der im Kreise Niederunz in Vorschlag gebrachte freisinnige Gutsbesitzer Bernhard Kopp-Neuhoff-Reatischken erbat sich Bedenkzeit und lehnte dann aus wirtschaftlichen und Familien-Rücksichten ab. Dagegen nahm der in zweiter Reihe vorgeschlagene Gutsbesitzer Büchler-Kaukwethen die Kandidatur für den Kreis Niederung an. Er erklärte, daß er nicht durchweg auf dem Boden der freisinnigen Partei stehe und sich im Falle seiner Wahl ihr nur als Hospitant anschließen werde. Der Tilsiter deutschfreisinnige Wahlverein erklärte sich mit der Kandidatur sofort einverstanden, da man der Ansicht war, es handle sich jetzt um die Frage „Liberal oder Konservativ?" und bei dieser könnten kleinliche Unterschiede in der liberalen Schattierung nicht maßgebend sein: nicht die Angehörigkeit zur deutschfreisinnigen Partei müsse den Ausschlag geben, sondern die liberale Gesinnung des Kandidaten.

Für den Kreis Tilsit schien es anfangs nicht leicht, den rechten Mann zu finden. Auf den früheren Abgeordneten Wander konnte das Komitee nicht verfallen, da er die Kandidatur zum Reichstage 1887 unter anderem mit dem Hinweis auf sein Alter abgelehnt hatte; daß sein durch die Abstimmung für das Sozialistengesetz bedingtes Ausscheiden aus der freisinnigen Fraktion, wenn auch keine Empfehlung, so doch auch kein Hindernis für seine Aufstellung sei, hatte der Wahlvereinsvorstand im Jahre vorher gezeigt. Der in Aussicht genommene Kandidat glaubte aus Familienrücksichten ablehnen zu müssen. Als andere Schritte nicht zum

Ziele führten, erklärte derselbe Mann, Justizrat Meyhoefer-Tilsit, daß er sich unter diesen Umständen der liberalen Partei zur Verfügung stelle. Seit 40 Jahren, wenn auch in den letzten Jahren in geringerem Maße, hatte sich M. am politischen Leben in freisinnigem Sinne beteiligt und war in weiteren Kreisen als Biedermann und Volksfreund bekannt und verehrt. Da M. zugleich Landwirt — Besitzer des von seinem Vater ererbten Gutes Kauschen, Kreis Ragnit*) — war, so schien die Kandidatur in jeder Beziehung glückverheißend.

Da trat Mitte September die „Tilsiter Zeitung", welche bisher stets die in den gemeinsamen Wählerversammlungen der liberalen Partei aufgestellten Kandidaten unterstützt hatte, mit einer überraschenden Erklärung hervor. Während sie früher, z. B. noch 1882 (in ihrer Nummer 298) gegen die Behauptung, daß „sie einen nationalliberalen Standpunkt, etwa den Bennigsens einnehme", protestiert und erklärt hatte, „sie strebe die Bildung einer großen gemeinsamen liberalen Partei an", also den Standpunkt der seit 1884 mit der alten Fortschrittspartei verschmolzenen Liberalen Vereinigung eingenommen haben mochte, erhob sie jetzt die Forderung, daß „einer der im Wahlkreise Tilsit-Niederung aufzustellenden Kandidaten auf dem Boden des nationalliberalen Programms stehe und der nationalliberalen Partei beitrete: nur dann sei für sie ein Zusammengehen mit den Deutsch-freisinnigen möglich."

Von dem Tilsiter deutsch-freisinnigen Wahlverein war nicht wohl die Selbstverleugnung zu verlangen, daß er seinen deutsch-freisinnigen Kandidaten Meyhoefer fallen lassen und um dieser Forderung der „Tilsiter Zeitung" willen einen nationalliberalen Kandidaten auf den Schild erheben sollte; den zweiten Kandidaten zu ernennen lag allein der Niederung ob, und die dortigen im liberalen Wahlverein vereinigten Liberalen aller Schattierungen hatten sich — doch wohl schon

*) Meyhoefer hat sich 1889 ganz auf sein Gut zurückgezogen.

mit Rücksicht auf nationalliberale Strömungen im Kreise — auf den nicht-freisinnigen Gutsbesitzer Büchler-Kaukwethen geeinigt. Es war also klar, daß die „Tilsiter Zeitung" einen Konflikt mit den Liberalen suchte. Denn für das kleine Häuflein der Anhänger der jetzt von der „Tilsiter Zeitung" vertretenen politischen Richtung war es natürlich unmöglich, ohne Mitwirkung der entschieden Liberalen einem Kandidaten zu einer erheblichen Stimmenzahl zu verhelfen, während durch einseitiges Vorgehen die Wiederwahl konservativer Abgeordneten wahrscheinlich wurde. An dieser Thatsache ändert auch die Selbsttäuschung über den Einfluß des vielgelesenen Blattes im Wahlkreise und über die politische Stimmung unter den Wählern, der sich der Redakteur P. Lorenz im Einverständnis mit den Besitzern der Zeitung hingab, nichts.

Am Dienstag den 25. September stellten sich die beiden Kandidaten einer großen liberalen Wählerversammlung im Saale der Bürgerhalle vor und entwickelten unter lebhaftem Beifall ihr politisches Programm. Auf die Frage, ob aus der Mitte der Versammlung andere Vorschläge gemacht würden, wiederholte Redakteur Lorenz die oben angeführte Forderung seines Blattes und erklärte, daß die Bildung eines nationalliberalen Wahl-Komitees im Werke sei: man habe auf nationalliberaler Seite auf größeres Entgegenkommen gerechnet; ohne die Unterstützung der Nationalliberalen müßten die Freisinnigen unterliegen. Demgegenüber betonte der Redakteur der „Tilsiter Volkszeitung" und Vorstandsmitglied des freisinnigen Wahlvereins, Feyerabendt: „Liberal und Konservativ seien entschiedene Gegensätze und wer noch mit einer Faser seines Herzens liberal sei, müsse die Gegnerschaft gegen die Freisinnigen fallen lassen und das Vaterland vor dem Unglück einer rein konservativen Mehrheit im Abgeordnetenhause schützen." Bei der Abstimmung ergab sich das erfreuliche Resultat, daß alle Anwesenden mit Aus-

nahme des Redakteur Lorenz sich für die Kandidaten Meyhoefer und Büchler erklärten.

Diese Thatsache hätte die Männer, die in Tilsit eine nationalliberale Partei zu gründen unternahmen, davon überzeugen können, daß sie für ihr Unternehmen hier nicht den geeigneten Boden finden würden. Allein wenige Tage darauf erschien ein Aufruf zur Bildung eines „Wahlvereins auf der Grundlage des nationalliberalen Wahlaufrufes.“ Es fanden sich infolgedessen 36 Personen im Saale des „Hotel de Russie“ ein. Zugelassen wurden nur Wähler, die vor Beginn der Verhandlungen durch Namensunterschrift ihren Beitritt erklärten. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Professor Pöhlmann, Buchdruckereibesitzer J. Reyländer, Redakteur P. Lorenz, Kaufmann John Ohm. Von den Unterzeichnern der Einladung war der bei weitem größte Teil in politischer Beziehung niemals in die Öffentlichkeit getreten. Unter den Tilsiter Namen waren 7 Kaufleute, 3 Schuhmachermeister, 8 Schuhmachergesellen, sonstige Handwerker und Arbeiter 6, Gymnasiallehrer 2, Druckereibesitzer 2, je 1 Redakteur, Kanzleirat und Rentier, während andere Unterzeichner aus dem Adreßbuch nicht zu ermitteln waren. Außerdem hatten den Aufruf 12 Männer aus der Niederung — meistens Besitzer — unterzeichnet (Döhring-Wolfsberg, Döhring-Lausberg, Fr. Ewert-An der Kurwe, A. Horn-Jedwilleiten, A. Janz-Adl.-Klubinn, E. Janz Griegolienen, Ed. Janz-Jedwilleiten, Jac. Janz-Skoepen, Amtsvorsteher Kopp-Kaukehmen, Jul. Kröhnert-Linkuhnen, Alb. Rosenfeld-Gr.-Trumpeiten, Eug. Rosenfeld-Grietischken). Unbekümmert um die Folgen beschlossen die Leiter der „nationalliberalen Partei“ eigene Kandidaten aufzustellen und zwar neben dem nationalliberalen Professor Pöhlmann, welcher sich mit Recht allgemeiner Liebe und Verehrung erfreute, um die große liberale Partei zu sprengen, den früheren freisinnigen Landtags- und Reichstagsabgeordneten Hauptmann a. D. Wander-Carlberg. Und Wander nahm zu allgemeiner Überraschung die ihm von jener unberufenen Seite angetragene Kandidatur

an, da er in Unkenntnis der thatsächlichen Vorgänge sich der irrigen Meinung hingab, seine Aufstellung würde alle liberalen Elemente wieder zusammenführen. Hätte man auf freisinniger Seite Wanders Bereitwilligkeit der gemeinsame Kandidat aller Liberalen zu sein, früher gekannt, so wäre die freisinnige Partei bereit gewesen, für ihren alten verehrten Abgeordneten einzutreten. Jetzt war es zu spät dazu.

Am 4. Oktober sprach auf Aufforderung des freisinnigen Vereinsvorstandes Chefredakteur F. Michels aus Königsberg in einer allgemeinen Wähler-Versammlung. Er wies am Schlusse seiner Rede darauf hin, daß es diesmal den Nationalliberalen doch Ernst zu sein scheine mit der Wahrung liberaler Interessen. Dafür sprächen zwei Thatsachen aus neuester Zeit, der Bruch des Kartells in Berlin und die am ersten Oktober in Königsberg vollzogene Vereinigung der Nationalliberalen mit den Deutsch-freisinnigen: obwohl die Konservativen ihre Unterstützung für die nationalliberalen Kandidaten angeboten hätten, hielten sich die „Gemäßigten" doch zu den „Entschiedenen" und erklärten sich für die Wahl zweier Freisinnigen und eines Nationalliberalen. Der nationalliberale Kommerzienrat Jabs erklärte, er könne nach der eben gehörten Rede sich nur rückhaltlos für ein gemeinschaftliches Vorgehen beider liberalen Parteien aussprechen und er werde seinen Einfluß nach dieser Richtung hin geltend machen. Diese Erklärung fand in der Versammlung freudigen Beifall.

Zum 15. Oktober berief die nationalliberale Parteileitung eine allgemeine Wählerversammlung, die sehr zahlreich besucht war. Unter dem Vorsitz des Professor Pöhlmann (der zugleich Kandidat der Partei war) gab der General-Sekretär der Central-Leitung der nationalliberalen Partei, Herr Patzig, in formgewandter und maßvoller Rede ein Bild der politischen Lage von nationalliberalem Gesichtspunkte aus; er schloß mit einer nachdrücklichen Aufforderung an die Wähler, durch Wahl liberaler Männer das Ansehen des Parlaments zu heben, damit der König an ihm eine

des Parlaments zu heben, damit der König an ihm eine kräftige Stütze habe. Nach ihm hielten Professor Pöhlmann und Hauptmann Wander ihre Kandidatenreden. Der letztere erörterte die Gründe, weshalb er 1887 eine Wiederaufstellung abgelehnt habe. „Als nun an mich von nationalliberaler Seite die Aufforderung zur Mandatsannahme erging, bestimmte mich die Erwägung, daß dieser Umstand ein Zeugnis dafür ist, daß alle Liberalen im Grunde ihres Herzens eines Sinnes, eines Strebens sind." Nach Entwickelung seines im Ganzen mit dem freisinnigen Programm übereinstimmenden politischen Standpunktes schloß Wander unter allgemeinem Beifall mit den Worten: „Ich richte an Sie die Bitte, wenn Sie jetzt getrennt marschieren, so stehen Sie am Tage der Wahlschlacht Schulter an Schulter zu Gunsten des Vaterlandes als eine große Achtung gebietende liberale Partei. Ich rufe Ihnen die Worte Attinghausens zu: Seid einig, einig, einig!" — Nur mit Mühe konnten die nicht der nationalliberalen Partei angehörigen Wähler — und das war die große Mehrzahl — dem Leiter der Versammlung gegenüber es durchsetzen, daß auch sie zur Darlegung ihres Standpunktes das Wort erhielten. Es sprachen von freisinniger Seite Redakteur Feyerabendt und von konservativer Rechtsanwalt Meyer, der den Nationalliberalen in Erinnerung an das schöne Kartell der letzten Reichstagswahlen warnend zurief: „Laßt euch vom Linken nicht umgarnen!"; nach ihm die Freisinnigen Dr. Nagel und Rechtsanwalt Brinkmann und der Generalsekretär Patzig, der der Provinz Ostpreußen Glück dazu wünschte, daß das Parteileben hier einen solchen Gedankenaustausch zulasse. Es wurde dann von der Versammlung mit allen gegen eine Stimme (des Kaufmanns Jabs jun.) folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung spricht den Wunsch aus, daß die liberalen Wähler beider Schattierungen im Falle einer Stichwahl sich gegenseitig bei der Wahl der Wahlmänner unterstützen möchten." Herr Patzig erklärte, daß darin schon zugleich der weitere Wunsch ausgesprochen liege, daß ebenso die

Wahlmänner im Falle einer engeren Wahl für einander eintreten möchten.

Den Konservativen galt das selbständige Vorgehen der nationalliberalen Partei „für ein Zeichen, daß man in Tilsit ernstlich gewillt ist, für die Freisinnigen zu arbeiten.“ Dafür mußte diese die ganze Schale konservativen Zorns über sich ergießen und sich sogar „Straßenräuber“ und „Querköpfe“ nennen lassen. Und doch rechtfertigte das rührige, thatkräftige Auftreten der jungen Partei diese harte Beurteilung durch die konservative Presse, den „Volksfreund“ und das von Tilsit aus bediente Organ des Herrn Präsidenten Steinmann, die „Pr.-Lit. Ztg.“, in keiner Weise. Abgesehen von den mühevollen Organisationsarbeiten hielt das nationalliberale Wahlkomitee in kurzen Zwischenräumen öffentliche Versammlungen in Kaukehmen, Tilsit, Neukirch, Skaisgirren und abermals in Neukirch ab. In Tilsit hatte sich, wie erwähnt, der Generalsekretär Patzig der Tilsiter Luft entsprechend sehr liberal und der freisinnigen Partei gegenüber sehr versöhnlich ausgesprochen und seine Angriffe, wie es in einem seit 6 Jahren konservativ vertretenen Wahlkreise natürlich war, gegen die konservative Partei gerichtet. An den anderen Orten zeigten die nationalliberalen Redner freilich ein anderes Gesicht. Anstatt ihre Anhänger unter den zahlreichen ehemals Liberalen zu suchen, die schon fast der konservativen Partei zuzurechnen waren, griffen sie überall das politische Verhalten — der freisinnigen Partei? — nein, der Fortschrittspartei, welche seit 4½ Jahren nicht mehr bestand, und Johann Jakoby's an, welcher schon seit 1870 nicht mehr der Fortschrittspartei angehörte, und verurteilten damit die politische Vergangenheit ihres Kandidaten Wander, der der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause von 1879—82 und im Reichstage von 1881—84 angehört hatte. Besonders feindselig der freisinnigen Partei gegenüber verhielt sich auch der Redakteur Lorenz in seinem Blatte.

Der Haltung des Blattes und der Redner der nationalliberalen Partei entsprach erfreulicherweise das Verhalten der

nationalliberalen Wähler bei den Urwahlen am 30. Oktober nicht. Sie zeigten vielmehr, daß sie wie in allen früheren Wahlen ihre Bundesgenossen links suchten und daß die Resolution vom 15. Oktober ihnen aus dem Herzen gekommen war. In mehreren Bezirken Tilsits wurden die freisinnigen Wahlmänner in der 1. und 2. Klasse erst in engerer Wahl mit Unterstützung der nationalliberalen Urwähler gewählt; nur vereinzelte Nationalliberale enthielten sich der Abstimmung oder traten für den konservativen Wahlmannskandidaten ein. In der 3. Abteilung erlangten die nationalliberalen Kandidaten durchschnittlich 10—12 Stimmen gegenüber 80—90 freisinnigen. Gewählt wurden in Tilsit 75 freisinnige und 15 konservative Wahlmänner, von diesen mehrere durchs Los. Unter den Wahlmännern der beiden Landkreise war die Zahl der von den Behörden abhängigen Personen erheblich geringer geworden. Im Jahre 1885 waren es noch 101 Wahlmänner, denen „die Wahl keine Qual machte", da das konservative Wahlkomitee ihnen vorschrieb, wer zu wählen sei. Diesmal hatte offenbar eine große Anzahl solcher Beamten wenigstens den Mut gehabt, sich nicht als Wahlmänner aufstellen zu lassen; andere waren liberalen Gegenkandidaten unterlegen. Denn es waren aus dem Kreise Tilsit (außer 3 Pfarrern) nur 20 Lehrer, 2 Förster, 1 Kreissekretär, 1 Grenzaufseher und 1 Postagent, aus der Niederung nur 10 Lehrer, 1 Oberförster, 11 Förster und 5 Amtsvorsteher gewählt.

In der Woche vor der Abgeordnetenwahl war die Haltung der „Tilsiter Zeitung" höchst zweideutig. Sie erklärte, nachdem sie vor den Urwahlen in loyaler Weise an die Resolution erinnert hatte, nach den Urwahlen in fetter Schrift, „daß ein Abkommen des nationalliberalen Wahlvereins für die Abgeordnetenwahlen mit keiner Partei getroffen sei und die Partei völlig freie Hand habe", und noch in der Sonntagsnummer 2 Tage vor der Wahl, „daß die Neigung in der Partei immer stärker werde, mit den Konservativen gegen den Freisinn gemeinsame Sache zu

machen.“ Diesem Verhalten der „Tilsiter Zeitung“ ließ das offene und ehrliche Verhalten der nationalliberalen Wahlmänner und des Führers derselben, des Professors Pöhlmann, in der allgemeinen Wahlmännerversammlung am Vorabende der Wahl eine entschiedene Absage zu teil werden. Beide Parteien einigten sich für den Fall einer Stichwahl dahin, im ersten Gange Büchler, im zweiten Wander zu wählen.

Die Wahl am 6. November begann in einer für die freisinnige Sache Unglück verheißenden Weise. Nicht allein, daß der Namensaufruf ergab, daß 3 freisinnige Wahlmänner aus der Niederung am Erscheinen verhindert waren, — die freisinnige Sache erlitt noch andere Verluste. Ein liberaler Wahlmann der Niederung hatte das Mandat abgelehnt, ein freisinniger Wahlmann aus Tilsit-Preußen, seit langer Zeit ortsansässig, wurde kassiert, weil sein Name nicht in der Wählerliste gestanden hatte. In einem städtischen Bezirk hätte die Wahl beider Wahlmänner, eines konservativen und eines freisinnigen, infolge einer Unregelmäßigkeit für ungültig erklärt werden sollen. Nachdem zwei Abstimmungen darüber vorgenommen waren, ohne daß das Resultat derselben festgestellt worden wäre, wurde die Wahl des konservativen Wahlmanns als von vornherein gültig erklärt: es bedürfe darüber keiner Abstimmung. Einige wohlbegründete Proteste gegen die Wahl konservativer Wahlmänner wurden für unerheblich erklärt.

Bevor in die Wahl eingetreten wurde, ergriff der Wahlmann Dr. Nagel das Wort, um wie bereits 1882 und 1885 gegen die Wahl des Saales in Jakobsruhe als Wahllokal Beschwerde einzulegen: derselbe fasse die 472 Wahlmänner auch nicht annähernd; das Zusammenpferchen, das doch nicht allen den Eintritt ermögliche, sei im höchsten Grade gesundheitsgefährlich. Wiewohl darüber bei beiden

Parteien wohl kaum ein Zweifel bestehen konnte, wurde dieser Protest doch damit abgethan: Wir haben kein besseres Lokal.*)

Im ersten Wahlgange wurden abgegeben 465 Stimmen, darunter für Gutsbesitzer Habedanck-Schillgallen (kons.) 251, für Büchler 198, für Professor Pöhlmann 15 Stimmen; eine Stimme, für Kaiser Wilhelm abgegeben, war ungültig. Damit war die Niederlage der liberalen Parteien enschieden. Aber es zeigte sich auch, daß die treue Arbeit des freisinnigen Wahlvereins und des liberalen Wahlvereins für den Kreis Niederung nicht umsonst gewesen war. Noch vor 3 Jahren waren die freisinnigen Kandidaten mit 126 bezw. 122 Stimmen gegen 327 bezw. 316 unterlegen; jetzt siegte der konservative Kandidat mit nur 18 Stimmen über die absolute Mehrheit. Aus dem Kreise Tilsit erhielt Büchler außer 74 Stimmen aus der Stadt 24 vom Lande; die 10 nationalliberalen Wahlmänner, die für Professor Pöhlmann stimmten, hatten früher freisinnig gewählt. Der Kreis Niederung, der 1885 nur 36 liberale Wahlmänner gestellt hatte, wies diesmal eine liberale Mehrheit auf: 100 gegen 93 konservative und 5 nationalliberale Wahlmänner. Ganz konservativ stimmten nur 10 (von 50) Bezirke. Im zweiten Wahlgange wurden 460 Stimmen abgegeben, davon für den bisherigen Abgeordneten Gutsbesitzer Weiß-Perwallkischken 254, für Justizrat Meyhoefer 174, für Hauptmann Wander 31 und eine ungültige Stimme. Somit war auch der zweite konservative Kandidat und zwar mit 24 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt.

Die „Tilsiter Zeitung" schrieb über die Wahl ohne die Zahlenverhältnisse anzugeben in ihrer Nr. 262:

---

*) Nun ist aber der Saal der Bürgerhalle mehr als doppelt so groß, wenn man den Nebenraum mitrechnet. Für die bevorstehende Wahl von 1893 muß durchaus rechtzeitig von den Wahlmännern aller Parteien dagegen Beschwerde erhoben werden, daß den Männern, welche ihrer staatsbürgerlichen Pflicht zum Teil unter den ungünstigsten Umständen (7 Meilen schlechter, oft kaum passierbarer Weg) genügen, abermals zugemutet werde, ihre Gesundheit durch den mehrstündigen Aufenthalt in dem überheißen und von Tabaksqualm erfüllten, durchaus unzureichenden Raume aufs Spiel zu setzen.

„Die Mehrheit, mit der die Herren Habedanck und Weiß gewählt wurden, war eine äußerst geringe. Für Herrn Habedanck betrug dieselbe 18, für Herrn Weiß 24 Stimmen. Es ist natürlich sehr zu bedauern, daß die nationalliberale Partei aus unserem Wahlkreise keinen Vertreter zum Abgeordnetenhause entsendet, doch war es auch nicht zu erwarten, daß dieselbe sogleich nach der Organisation einen derartigen Erfolg erzielen könne. . . . Bei einer früheren Organisation der Partei hätte dieselbe bereits bei dieser Wahl einen bedeutenden Erfolg zu verzeichnen gehabt, denn nur wenige Stimmen fehlten und die Wahlmänner der nationalliberalen Partei bildeten das Zünglein an der Wage."

Die „Kleine Tilsiter Volks-Zeitung" (eine Sonnabend-Beilage der freisinnigen „Volkszeitung") bemerkte dazu: „Wir wollen von Herzen wünschen, daß es der Partei bis zur nächsten Wahl gelingen möchte, so zu erstarken, daß sie die angeblich wenigen fehlenden Stimmen erlangt, welche sie zur ausschlaggebenden Partei machen und zwar nicht wie diesmal auf Kosten der Freisinnigen, und daß sie in dieser verantwortlichen Stellung, nach welcher der Ehrgeiz gewisser Herren strebt, sich bewußt bleibe, daß sie eine liberale Partei ist."

Und die „Tilsiter Volkszeitung" schrieb über den Ausfall der Wahl in Nr. 262: „Hätten wir geheime Wahlen, so wäre das Resultat sicherlich ein ganz anderes gewesen. Das Frohlocken unserer Gegner wird nicht ausbleiben, aber es wird auch eine gewisse Beklemmung sich bei ihnen kundgeben. **Denn dieser Sieg ist ein Pyrrhussieg.**"

Ein vom freisinnigen Wahlkomitee beim Abgeordnetenhause eingebrachter umfangreicher Protest, der viele Fälle von Wahlbeeinflussung und Wahlgeometrie unter Beweis stellte, wurde von dem Hause, in dem die konservative Partei 126, die Centrumspartei 99, die nationalliberale Partei 87, die freikonservative Partei 66, die Polen 15 zählten und 11 bei keiner Partei waren, während der frei-

sinnigen Partei nur 29 Abgeordnete angehörten, nach längerer Debatte in der Kommission, bei der namentlich der Abgeordnete Rickert für die Ungültigkeit der Wahl der Herren Habedanck und Weiß eintrat, zurückgewiesen.

Jul. Ferdinand Habedanck

wurde am 1. Juli 1832 zu Laugßargen als der Sohn eines Posthalters und Gutsbesitzers geboren. Als Besitzer des Gutes Adl.-Schillgallen, Kreis Tilsit, wurde er 1887 durch den Einfluß der konservativen Kreistagsmitglieder, nachdem er seit der agrarischen Schutzzollpolitik sich der konservativen Partei zugewendet hatte, an Stelle des bisherigen Abgeordneten Wander zum Abgeordneten für den Ostpreußischen Provinzial-Landtag und im November 1888 mit geringer Mehrheit zum Abgeordneten für Tilsit-Niederung gewählt. Als solcher gehört er der freikonservativen Fraktion an.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstage.

VIII. Legislaturperiode. Wahl am 20. Februar 1890.

In Kaiser Wilhelms letzten Tagen gedachte der Kartellreichstag von 1887 die Umstände, die der von seiner Mehrheit vertretenen politischen Richtung günstig waren, möglichst auszunutzen. Er hatte daher an Stelle der dreijährigen Legislaturperioden solche von 5 Jahren zu setzen beschlossen. Kaiser Friedrich hatte zwar grundsätzliche Bedenken gegen diese Veränderung der Reichsverfassung gehabt, aber da dieses Gesetz bereits vom Reichstag und Bundesrat genehmigt war, so drang bei ihm die Vorstellung durch, daß eine Ablehnung der Vollziehung kaum mehr zulässig sei. So wurde die fünfjährige Periode Gesetz und Anfang 1890 sollten nun zum ersten Male die Reichstagsabgeordneten für 5 Jahre gewählt werden.

Die freisinnige Partei in Tilsit war schon im Herbste 1889 auf dem Plan. Die Verhältnisse schienen für einen Erfolg ihrer Anstrengungen noch ungünstiger als je zuvor zu liegen. Bei der letzten Reichstagswahl hatte der frei-

sinnige Kandidat von Saucken-Tarputschen wenig mehr als 1/4 der Stimmen, 5498 gegen 14034 konservative Stimmen, erhalten. Sie besaß zur Zeit hier kein Organ, das die freisinnige Sache vertreten hätte. Die „Tilsiter Volkszeitung" war zum 1. Mai 1889 eingegangen; der Versuch, den der Schriftführer des Wahlvereins, Buchdruckereibesitzer O. Kroll, mit der Herausgabe eines freisinnigen Wochenblattes machte, wurde noch im Laufe desselben Jahres wieder aufgegeben. Die „Tilsiter Zeitung" vertrat den damaligen nationalliberalen, dem Freisinn entschieden feindseligen, die „Tilsiter Allgemeine Zeitung" einen sogenannten „unparteiischen", der dreimal wöchentlich erscheinende „Volksfreund für Litauen" den Standpunkt der Regierung, der deutsch-konservativen Partei und der Agrarier. — Es hatte sich bald herausgestellt, daß im ganzen Wahlkreise zur Zeit kein liberaler Mann vorhanden sei, der befähigt und bereit gewesen wäre, den Wahlkreis im Reichstage zu vertreten. Da wandten sich die Blicke auf einen jungen Parteigenossen, den Gutspächter Hans von Reibnitz auf Heinrichau (Kreis Rosenberg in Westpreußen), von dessen warmem Eintreten für die Interessen des Bauernstandes in mehreren westpreußischen Wahlkreisen das „Deutsche Reichsblatt" und andere Blätter berichtet hatten. von Reibnitz nahm die ihm vom freisinnigen Wahlvereins-Vorstande (vorbehaltlich der Zustimmung der Wähler in Tilsit und des liberalen Wahlvereins der Niederung) angetragene Kandidatur trotz des für die freisinnige Partei so ungünstigen Ausfalles der Wahlen 1887 mit frischem Mute an und hielt in Tilsit an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, am Nachmittag des 14. und am Abend des 15. Dezember in der Bürgerhalle politische Vorträge, in deren erstem er vorzugsweise die die Landwirtschaft betreffenden Fragen erörterte. Die Zollerhöhungen auf Getreide, so sehr sie auch von jedem liberalen Manne im Prinzip verurteilt werden, hatten damals, da sie nun einmal eingeführt waren, für sehr viele liberale Besitzer ein weniger abschreckendes Aussehen bekommen und die Aus-

sicht, sie zu verlieren, war diesen liberalen Agrariern äußerst unangenehm. Von dieser Seite wurde der Vereinsvorstand dahin verständigt, daß ein Gegner der Kornschutzzölle in beiden ländlichen Kreisen, namentlich aber in der Niederung, einen schweren Stand haben würde, ja viele ließen nicht undeutlich durchblicken, daß sie selbst einem Gegner der Zölle, wenn er nicht gleichzeitig die Aufhebung der Industriezölle durchsetzen könne, ihre Stimme nicht geben, ihm ihren Einfluß vorenthalten würden. Das war für das Komitee, das den hier gänzlich fremden Kandidaten den Wählern empfehlen wollte, und für diesen selbst eine äußerst heikle Lage. Allein Herr von Reibnitz zeigte hier sofort mit richtigem Takte, daß er verdiene Abgeordneter eines ostpreußischen Wahlkreises, der einst Leopold von Hoverbeck gewählt hatte, zu werden. Er trat mit seinen freihändlerischen Ansichten ohne Schwanken offen heraus, mochten sich die liberalen Schutzzöllner dazu stellen, wie sie wollten. Und seine zündende, von ebensoviel Kenntnissen als politischer Einsicht zeugende, von flammender Begeisterung getragene Rede, in der er gerade die landwirtschaftlichen Fragen behandelte, schlug durch. In einer an die öffentliche Versammlung sich unmittelbar anschließenden Parteiversammlung wurde von Reibnitz als Kandidat der freisinnigen Partei des Kreises Tilsit für den Reichstag aufgestellt. Die vielen Hunderte, die am folgenden Tage seiner zweiten Kandidatenrede lauschten, waren der Überzeugung: wenn ein Sieg möglich ist, so kann es nur mit diesem Kandidaten sein, dessen begeistertes Wort die trägen Massen in Bewegung bringen wird.

Der Kandidat erörterte in dieser Rede die wichtigsten politischen Fragen, darunter auch besonders die den Handwerker- und Arbeiterstand betreffenden Fragen; ein in vielen tausend Exemplaren hergestellter Abdruck der stenographischen Niederschrift (mit einigen Kürzungen) wurde in alle Teile des Wahlkreises versandt und machte Herrn von Reibnitz in wenigen Wochen überall zu einem populären Manne, dessen persönlichem Auftreten man mit Spannung entgegen-

sah. Acht Tage nach jener Tilsiter Rede, am 22. Dezember, wurde von Reibnitz auch von der Generalversammlung des liberalen Wahl-Vereins der Niederung zu Neukirch als Reichstags-Kandidat der liberalen Wähler der Niederung aufgestellt.

Gegen Ende Dezember traten denn auch die beiden anderen Parteien, die in Frage zu kommen schienen, mit ihren Kandidaten hervor. Für die konservative Partei stand es von vornherein fest, daß der Oberpräsident Dr. von Schlieckmann hier wieder kandidieren würde. Betrachtete er doch seit 1878 den Wahlkreis Tilsit-Niederung als den seinigen; nur bei der Wahl von 1881 hatte er dem freisinnigen Kandidaten Wander weichen müssen. Für ihn arbeitete der ganze Regierungsapparat. Wenn die Landräte sich auch nicht mit ihrem Namen und ihrer Person öffentlich in den Wahlkampf mischten, so thaten dies für sie, um dem Landmanne keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Regierung auch nach dem Rücktritt des „Wahl-Ministers" von Puttkamer für die konservativen Kandidaten eintrete, die Kreissekretäre beider Kreise, die als „Delegierte des Ostpreußischen Vereins der Konservativen" mit Angabe ihres Amtscharakters in den Zeitungen zum Eintritt in den Verein der Konservativen aufforderten.

Die junge nationalliberale Partei wollte diesmal von dem Kartell mit den Konservativen zum höchsten Erstaunen und Unwillen derselben nichts wissen. Ein Ausschuß von 6 Personen aus der Stadt und 6 vom Lande schlug der Partei-Versammlung am 18. Januar den Stadtrat Georg Schlenther*), ehemaligen Besitzer von Pakamohnen, Kreis Tilsit, als Kandidaten vor. Der Kandidat teilte in seiner Rede zunächst mit, daß er früher mit einer Ausnahme mit der früheren Fortschrittspartei gestimmt habe. Diese Aus-

---

*) Ein Sohn des Abgeordneten und Mitgliedes der Linken, Landrat Joh. Heinr. Ed. Schlenther, 1852—55, und Bruder des konservativen Abgeordneten Landrat (spätern Geh. Regierungsrat) Heinr. Schlenther, 1866—1870.

nahme sei damals gewesen, als hier ein Kandidat aufgestellt worden sei, von dem er gewußt habe, „daß er vollständig republikanischen Tendenzen huldige.“*) Nach dieser Darlegung seiner liberalen Vergangenheit hätte man füglich erwarten sollen, daß der Redner sich gegen die Gegner des Liberalismus wenden würde. Allein es erfolgte ein Angriff auf den freisinnigen Kandidaten, dem er „Liebäugeleien mit der Sozialdemokratie“ vorwarf. — In einer Rede in seinem heimischen Wahlkreise Rosenberg-Loebau hatte nämlich (nach einem Berichte des „Graud. Ges.“) von Reibnitz in einer Charakterisierung der Parteien etwa gesagt: kein Sozialdemokrat werde in die Preisgabe irgend eines Volksrechtes willigen; ein freisinniger Wähler werde also, vor die Frage gestellt: „Soll ich einen Kartellmann oder einen Sozialdemokraten wählen?“ wissen, was er zu thun habe. Die Parole aller freisinnigen Männer müsse sein: „Fort mit dem Kartell!“ Nie willige ein freisinniger Mann darin, daß durch ein Ausnahmegesetz eine Million Wähler geknebelt werde, um so weniger, als sich dann zweifellos die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei der nächsten Wahl verdoppeln würde. — Für den Wahlkreis Tilsit-Niederung war die ganze Frage nach dem Verhalten freisinniger Männer in einer Stichwahl zwischen Kartell und Sozialdemokratie völlig gleichgültig. Allein der Redakteur der „Tils. Ztg.“ ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, auf Grund dieser Äußerung unter Verdrehung ihres offen daliegenden Sinnes den freisinnigen Kandidaten als verkappten Sozialdemokraten zu verdächtigen und hielt an dieser unlautern Kampfesweise fest, obwohl die Sache mehrfach klargelegt wurde und Herr von Reibnitz nochmals in einer von 800 Personen besuchten

*) Es ist der freisinnigen Parteileitung trotz öffentlicher Aufforderung in Flugblättern nicht gelungen, den Redner zu einer Erklärung darüber zu veranlassen, gegen wen sich diese Beschuldigung richte. Der von einem Mitgliede des nationalliberalen Wahlkomitees genannte Landtagsabgeordnete für 1873—79 stand durchaus auf dem Boden der Fortschrittspartei, der er im Hause angehörte, also einer m o n a r c h i s c h e n Partei, und hätte schon deshalb vor dieser Verdächtigung sicher sein sollen.

Versammlung zu Tilsit am 9. Februar über seine Stellung zur Sozialdemokratie sich also aussprach: „Von der Sozialdemokratie trennt mich und die deutsch-freisinnige Partei eine tiefe, eine unüberbrückbare Kluft; wir stimmen in unserer Auffassung vom Wesen des Staats in keinem Punkte überein; gemeinsam ist uns nur das, was uns von den Kartellparteien, wie sie jetzt sind, trennt, die Verteidigung des Wahlrechts und die Verurteilung der Zollpolitik des Fürsten Bismarck, sowie die Abweisung jeder ferneren Verteuerung der notwendigen Lebens- und Genußmittel." — Dieser ungerechten Verdächtigung des gegnerischen Kandidaten durch seine Rede weitere Verbreitung zu geben, hielt sich der nationalliberale Reichstagskandidat nicht für zu vornehm. Nachdem der Redner ohne weiter zu all den großen Fragen der Zeit Stellung zu nehmen die Hoffnung und den Wunsch ausgesprochen hatte, daß sich eine starke große liberale Mittelpartei bilden möge, erfolgte seine Proklamierung als Kandidat der nationalliberalen Partei.

Der freisinnige Kandidat sprach am 19. Januar in Tilsit, am 21. in Neukirch, am 22. in Kaukehmen und Skaisgirren. In Kaukehmen versuchten die Förster, welche mit den Holzterminen sonst gegen 1 Uhr fertig zu sein pflegen, die Abhaltung der für 2¼ Uhr angesetzten Versammlung durch Hinziehen des Termins zu hintertreiben; erst gegen 4 Uhr konnte die sehr stark (auch von Gegnern) besuchte Versammlung eröffnet werden. In Skaisgirren glaubte der Amtsvorsteher K. in einer, gewisse Maßregeln der Regierung besprechenden Äußerung des Redners einen Grund zur Auflösung zu haben, oder, wie er sich ausdrückte, „die Versammlung zu schließen." Der Hinweis auf die gesetzlichen Gründe zur Auflösung und die Versicherung, Beschwerde beim Landrat und eventuell beim Minister zu erheben, bewog den Herrn, sein Wort zurückzunehmen, so daß die Versammlung ihren Fortgang nahm. Die im Kreise Tilsit in Robkojen, Koadjuthen, Piktupoenen, Lompoenen angekündigten Versammlungen konnten nicht abgehalten

werden, da die Besitzer der Lokale kurz vor dem Versammlungstage ihre persönlich dem Kandidaten gegebene Zusage zurückzogen. In Piktupoenen ereignete sich dieser Fall sogar zweimal. Obwohl über die Anstifter dazu ziemliche Gewißheit zu sein schien, gelang es doch nicht die Lokalverweigerer zu einem Zugeständnisse über diesen Punkt zu bewegen. Als in der Zeitung von einem auf sie geübten Druck gesprochen wurde, erklärten drei Gastwirte in den drei Blättern in einem wörtlich übereinstimmenden Inserate: „Wenn ich mein Lokal zu deutsch-freisinnigen Wahlversammlungen nicht hergegeben habe, so bin ich nicht einem Drucke von behördlicher oder irgend einer andern Seite gefolgt. Ich habe nur auf Grund eigener Überzeugung verhindern wollen, daß mein Lokal dazu benutzt werde, durch deutsch-freisinnige Unwahrheiten Unzufriedenheit zu erregen und aufhetzerisch zu wirken."*) In der Niederung sprach Herr von Reibnitz Mitte Februar in öffentlichen Versammlungen zu Skaisgirren (14. Februar), Gr.-Friedrichsdorf, Schalteik, Tawellningken, Lappienen, Kaukehmen, Jedwilleiten und Inse.

Eine gleich eifrige Agitation entfaltete das konservative Wahlkomitee, dessen Redner durch den Generalsekretär des Ostpreußischen konservativen Vereins, den Nachfolger von Julius Schulze, Herrn Dr. Stohn, unterstützt wurden.

Auch die Nationalliberalen hielten zahlreiche Versammlungen, so in Koadjuthen (22. Januar), Neukirch und Skaisgirren (26. Januar) und an anderen Orten, ab, in denen außer dem Kandidaten der Partei auch Redakteur Lorenz als Redner auftrat.

Im Laufe des Februar trat dann noch die sozialdemokratische Partei mit ihrem Kandidaten Carl

*) Als derjenige, welcher den Gastwirten diese Erklärung zugesandt und sich erboten hatte, die Kosten des dreimaligen Einrückens in alle drei Blätter ihnen zu erstatten, wurde durch einen glücklichen Zufall der Vorsitzende des konservativen Wahlkomitees, Herr Rechtsanwalt Meyer, ermittelt, der als Anstifter dieser öffentlichen Beleidigung des freisinnigen, den Gastwirten bekannt gegebenen Redners in drei Fällen zu einer nicht unerheblichen Geldstrafe verurteilt wurde.

Schulze aus Königsberg auf den Plan. Derselbe sprach in mehreren Versammlungen in Jakobsruhe und seine Anhänger suchten besonders auch in den Vororten, wie Kallkappen, Stolbeck und Splitter, für ihn zu wirken. So standen sich zum ersten Male 4 Kandidaten gegenüber. Da der Stamm der konservativen Partei durch die beiden andern, diesmal zuerst auftretenden Parteien voraussichtlich nicht sonderlich erschüttert werden würde, so mußte die freisinnige dessen gewärtig sein, daß sie durch die nationalliberale und sozialdemokratische Kandidatur Verluste zu erleiden haben würde. Denn auch Herr Schulze griff in erster Linie die freisinnige Partei an.

Die oben charakterisierten Verdächtigungen des freisinnigen Kandidaten, durch welche Herr v. Reibnitz zu einem Begünstiger der Sozialdemokratie gemacht werden sollte, nahmen in der „Tilsiter Zeitung" kein Ende: die Widerlegung durch Flugblätter war ebenso schwierig und von zweifelhafter Wirkung als kostspielig. Da trat wider Erwarten den hart angegriffenen Freisinnigen ein Bundesgenosse in der bisher parteilosen „Tilsiter Allgemeinen Zeitung" auf, die in ihrer Nummer vom 11. Februar eine Klarlegung der Dinge und Kennzeichnung jenes Verfahrens des nationalliberalen Organs brachte. Die „Tils. Ztg." machte der „Tils. Allg. Ztg." infolge dessen den ziemlich unverständlichen Vorwurf, „daß sie bei der Veröffentlichung des Leitartikels vom 11. Februar dem Drucke der Verhältnisse habe nachgeben müssen", ein Vorwurf, der, wenn er überhaupt einen Sinn hatte, eine böse und ungerechtfertigte Insinuation enthielt. Mit noch böseren Worten gab der „Volksfreund für Litauen" seinem Unmut Ausdruck, indem er frischweg (in seiner Nr. 28) behauptete, „die Freisinnigen hätten die „Tils. Allg. Ztg." für Geld erkauft, um ihre gleißnerischen und hetzerischen Artikel unter das Volk zu bringen." Das konservative Blatt mußte es sich freilich gefallen lassen, daß es von dem Vorstande des Wahlvereins wie von dem

Verlage und der Redaktion des verleumdeten Blattes der Lüge geziehen wurde.

Wenige Tage vor der Wahl, am 16. Februar, hielt die nationalliberale Partei unter dem Vorsitze des Kaufmann Donath im Kasinosaale eine Versammlung ab, zu der nur diejenigen Wähler eingeladen waren, die dem Stadtrat Schlenther ihre Stimme geben wollten. Die Rede des nationalliberalen Reichstagskandidaten ist sicherlich einzig in ihrer Art und ihre Form rechtfertigt wohl ein näheres Eingehen. Sie wird Interesse erregen auch lange noch, nachdem der Ausfall der Wahl vergessen sein wird und auch bei Lesern dieser Erinnerungsblätter, die an den Wahlkämpfen des Jahres 1890 keinen persönlichen Anteil genommen haben. Im Eingange derselben betrachtete der Redner im Gleichnis die Parteien, „die heut bestehn in unserm Deutschen Reich.“ Und mit dem poetischen Inhalt stellte sich auch die poetische Form ein: dieser Teil der Rede wurde durchweg in jambischen Versen gesprochen, die hin und wieder etwas freier gestaltet, doch im wesentlichen in dem stolzen Gange eines Schillerschen Dramas dahinschritten. „Da sah ich rechts 'nen Baum von altem, mächtgem Wuchs, der scheint eine alte deutsche Eiche; der Stamm unzweifelhaft aus früherem Jahrhundert, manch Knorren deutet bis ins Mittelalter, manch Ast ist freilich schon verdorrt, wie ja bei jeder alten Eiche; manch andrer Ast wär' dem Verderben nahe, wenn nicht des Gärtners Emsigkeit und Fleiß den Baum behütete, ihm Nahrung spendend auf jedwede Art. Der Baum steht fest und wurzelt tief in einem großen Teil des deutschen Volkes! — Links steht ein Baum mit altem mächtgem Stamm! Das ist so eine zähe Kiefer. Im Dünensande unsrer Nehrung sah ich solchen Baum. Der riesenhafte Stamm zeugt von der einstigen Pracht; verdorrt jedoch ist mehr schon als die Hälfte aller Äste; kaum einige dreißig grünen noch. Unzweifelhaft sagt jeder, der ihn sieht: Der Baum ist krank, der saugt nicht volle Nahrung mehr aus Mutter Erde Schoß. Aus dieses Baumes Holz sind Männer einst ge-

schnitten, die unvergeßlich bleiben deutscher Freiheit: Jakoby, Schulze-Delitzsch, Twesten, Hoverbeck, vor allen andern doch der alte Waldeck. Ich kann nur sagen: Schade um den Baum! — Und mitten zwischen beiden wächst ein junger Stamm. Das ist eine echte deutsche Linde! An hundert grüne Zweige trägt bereits der junge Baum, und eine reiche Blätterkrone zeigt recht deutlich an, daß dieser Baum auf gutem Boden steht. Wie einst die alten Deutschen unter heiliger Linde sich sammelten, um zu beraten der Gemeinde Wohl und Recht zu sprechen in dem altgermanischen Volkes-Thing, so werden, hoffen wir, unter unsrer mächtgen Linde sich noch versammeln alle liberalen Männer, um zu beraten unsres Vaterlandes Wohl und ein entscheidend Wort zu sprechen in des Volkes Rat." Die schöne Allegorie wird noch weiter durchgeführt. Das Centrum erscheint dem Dichter als ein starker Baum mit eigentümlichem Laube: „hier Eichenblätter, Lindenblätter dort, selbst Kiefernnadeln hängen an den Zweigen. Das ist kein echter Baum, es ist ein Kunstprodukt, zusammen und festgehalten nur durch Kitt aus Rom: daß solch ein Baum auf deutschem Boden steht, ist eine Schmach." Von den Sträuchern der Polen, Dänen, Elsässer, „von fremder Hand gepflegt im deutschen Land", hofft er, daß sie sich „allmählich schon verdeutschen werden." Das „Wucherkraut" der Sozialdemokratie bedecket rings den Boden schier und drohet, giftgen Saftes voll, allem Verderben." „Das Wurzelgift dringt weiter in das Erdreich und immer neue Pflanzen treibt der giftge Stoff. Vielleicht gelingt es noch dem tüchtgen Obergärtner,*) dem Übel an der Wurzel abzuhelfen und seinen Garten noch zu schützen vor Verderben!" — Der Redner erörterte im weitern Verlaufe in ungebundener Rede einige Gedanken des nationalliberalen Glaubensbekenntnisses: Friede im Innern: Glaubensduldung, aber Widerstand gegen die versuchten Übergriffe

*) Genau einen Monat später wurde der Obergärtner Fürst Bismarck entlassen. Eine Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde von der Regierung nicht weiter verlangt.

einer Kirchenrichtung; gleichmäßige und gerechte Steuerverteilung, aber Billigung der Branntweinbesteuerung einschließlich der Liebesgabe an die großen Brenner; Zustimmung zu der Bismarckschen sozialpolitischen Gesetzgebung und Weiterführung der Sozialreform; Unverletzlichkeit der Verfassung, aber Verteidigung der Einführung fünfjähriger Legislaturperioden („jeder von uns sagt Gott sei Dank, daß wir nun bald diese ewigen Hetzereien, Wühlereien, Verdächtigungen und Verleumdungen auf fünf Jahre los werden"); verständiges Zusammenwirken der Regierung mit den Parteien; Friede nach außen: Bewilligung alles dessen, was zur Stärkung des Vaterlandes dringend notwendig ist. Er schloß, dem poetischen Aufschwunge des Anfangs entsprechend, gar mit zwei kunstvoll gebauten achtzeiligen Strophen, die in ein Hoch auf All-Deutschland ausklangen.

Man wird es den Freunden der alten zähen, auf ostpreußischem Boden erwachsenen Kiefer, von der der Dichter-Politiker gesagt hatte „Schade um den Baum!", nicht verübeln können, wenn sie nach der Wahl auf diese Allegorie zurückkamen. Am 2. März brachte die „Tils. Allg. Ztg." in ihrer Nr. 52 einen in Jamben verfaßten Artikel „Die Linde und die Kiefer", den wir für Freunde eines harmlosen und nicht übelgelungenen Scherzes hier folgen lassen:

„Wohl dem, der von dem Gott mit aufgeschlossnem Sinn begnadigt sieht die Welt im Licht der Poesie. Wo in dem heil'gen Kampf um Freiheit und um Recht die Kämpfer, fortgerissen von der Leidenschaft und übers Maß hinausgeführt oft streng und hart und ohn' Erbarmen auf des Gegners Haupt die Waffe niederfallen lassend, keine Schonung üben, da ist dem Gottbegnadeten, dem Dichter, es verliehn, unschuldig wie ein Kind und auch wie dieses fast so ahnungslos und harmlos hinzuwandeln mitten hindurch durch Lärm und wildes Kriegsgeschrei. Er ahnet nicht, was jenen Lärm der feindlich sich Befehdenden hervorrief, ihm erscheint die ganze

Welt nur als ein schöner Garten, licht erfüllt von einer Sonne, die wohlthätig überall hinstrahlt und freudig überall es sprossen, grünen, wachsen läßt. Und wie er wandelt durch des Gartens weiten Raum, da sieht er einen herrlich aufgeschoßnen Baum: ein junger Stamm ist's, eine echte deutsche Linde. An hundert grüne Zweige trägt bereits der junge Baum und eine reiche Blätterkrone zeigt recht deutlich an, daß dieser Baum auf gutem Boden steht. Wie einst die alten Deutschen unter heil'ger Linde sich versammelten, um zu beraten der Gemeinde Wohl und Recht zu sprechen in dem Thing, so werden auch (so träumt des Dichters frommer Sinn) sich unter dieser mächt'gen Linde reichem Schutz versammeln alle liberalen Männer jetzt: die Zeit ist da! Und wie er sich erfreut des schattenspendenden Blätterdachs, das mit den hundert Ästen deckt den ganzen Garten fast, da will's ihm scheinen schier, als sproßten hundert neue schon, und reichbelaubte Äste von dem jungen Baum. Mitleidig schweift sein hoffnungsfreud'ger Blick zu einem Baume links, mit altem mächt'gem Stamm. Sieh dort die zähe Kiefer, schade um den Baum! im Dünensande unserer Nehrung sah ich solchen Baum; der riesenhafte Stamm zeugt von der einst'gen Pracht. Verdorrt jedoch ist mehr schon als die Hälfte aller Äste, kaum einige dreißig grünen noch. Unzweifelhaft sagt jeder der ihn sieht: der Baum ist krank, der saugt nicht volle Nahrung mehr aus Mutter Erde Schoß. Aus dieses Baumes Holz sind Männer einst geschnitten, die unvergeßlich bleiben deutscher Freiheit: Jakoby, Schulze-Delitzsch, Twesten, Hoverbeck, vor allen andern doch der alte Waldeck. Schade um den Baum!

Und also träumend und der längst verschwund'nen Zeit, wo selbst noch jung und fest, ein kräft'ger Stamm er standgehalten jedem droh'nden Nord, nicht nachgegeben lieblich kosendem West, — der Zeit gedenkend schlief der Dichter ein.

Da wecket jäh ihn rollenden Donners Graus: wild zuckt der Blitz, die Windsbraut fährt dahin, die Linde kracht und stöhnt, die Äste beugen sich, und dumpf hinschmetternd stürzet Ast um Ast der Linde: hin ist Schönheit, Pracht und Kraft. Nur sechzehn Äste hielten Stand dem Sturm, auch diese arg zerzaust und ach! entblättert fast. Weit über siebzig sind geknickt, so mancher hängt am Stamm nur lose noch, er fällt beim nächsten Sturm. — Er steht betäubt. Nacht wird's vor seinem Blick. Und wie er wieder um sich schaut und thränenvoll sein Auge blickt nach links, nach jenem zähen Baume, der Kiefer, die ihn mahnte an der Nehrung Strand, wo solche Bäume steh'n in Sand vergraben, — doch welch' Wunder da! Der Baum steht fest! Nichts hat der Elemente Wut ihm angethan: Gewachsen ist er in dem einen Tag und aufgeblüht, der Äste Zahl hat sich verdoppelt fast. „So schlugst du doch die Wurzel fest im Erdenschoß? Lebt denn in dir, du edler Baum, noch Waldecks Mark? Hat sich der edle Hoverbeck verjüngt? Sind Twesten, Schulze, Lasker auferstanden aus dem Grab? Thor, der ich war! ich achtete die zähe Kiefer, des Preußenvolkes Sinnbild, krank und morsch. Gesund im Kern stehst du, ich seh's noch manches Jahr."

Das Saitenspiel, des Gotts trüglich Geschenk, hing er nebst einem Kranz an einen Kiefernast, der an dem Tag neuntausend Nadeln angesetzt, und schlug sich voller Reu' rechts in die Büsche."

Die Wahlen fanden am 20. Februar statt. In Tilsit wurden für den freisinnigen Kandidaten 2500 (gegen 1919 im Jahre 1887), für den konservativen 589 (gegen 1104), für den nationalliberalen 180, für den sozialdemokratischen Kandidaten 96 Stimmen abgegeben. Im Landkreise Tilsit erhielt v. Reibnitz 2497, v. Schlieckmann 4962, Schlenther 254, Schultze 12 Stimmen, zersplittert waren 13; im Kreise Niederung v. Reibnitz 3964, v. Schlieckmann 5093, Schlenther 178, Schultze 22, zersplittert 26. Im ganzen Wahlkreise

hatten 20 376 Wähler ihre Stimme abgegeben und zwar für v. Reibnitz 8962, für v. Schlieckmann 10 644, für Schlenther 612, für Schultze 119, von den übrigen 39 Stimmen lauteten 34 auf den Nationallitauer Dr. Bruazis, Arzt in Tilsit. Die absolute Mehrheit betrug 10 189. Somit hatte der Oberpräsident Dr. v. Schlieckmann eine Mehrheit von 455 Stimmen erhalten und war zum Reichstags-abgeordneten für Tilsit-Niederung abermals gewählt. Mit welchen Mitteln, darüber giebt ein mehrere hundert Folio seiten starker Protest Auskunft, welcher bald nach der Wahl dem hohen Reichstage eingesandt wurde.

Albrecht von Schlieckmann

wurde am 28. August 1835 als Sohn des damaligen Ober-tribunals-Vizepräsidenten von Schlieckmann in Magdeburg geboren, besuchte zunächst ein dortiges Gymnasium und später die Landesschule zu Pforta, wo er auch das Abiturienten-examen bestand. Nachdem er in Heidelberg, Berlin und Breslau die Rechte studiert hatte, promovierte er 1857 als Doctor juris, machte im gleichen Jahre das Auskultator-examen und 1862 das Assessorexamen. Im Jahre 1864 zum Landrat des Kreises Querfurt ernannt, wurde er 1876 zum Oberregierungsrat und Abteilungsdirigenten in Gumbinnen ernannt und 1878 in gleicher Stellung und zugleich als Stellvertreter des Polizei-Präsidenten nach Berlin versetzt. Im folgenden Jahre vertauschte er diesen Posten mit dem des Regierungspräsidenten in Gumbinnen, wurde dann 1881 zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und im März 1882 als Nachfolger des Herrn von Horn zum Oberpräsidenten von Ostpreußen ernannt. Am 20. April 1882 trat er dieses Amt an und wurde gleichzeitig zum Kurator der Albertusuniversität und am 14. Mai 1890 zum Wirklichen Geheimrat ernannt.

Von dem Wahlkreise Tilsit-Niederung wurde er am 30. Juli 1878 gegen Hauptmann a. D. Wander mit 8850 (gegen 4373) Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

zum Regierungspräsidenten von Gumbinnen ernannt mußte er sein Mandat niederlegen, und wurde am 3. Dezember 1879 mit 5890 Stimmen gegen 5833 Stimmen (für Wander) wiedergewählt. Diese Wahl wurde am 5. Mai wegen grober Wahlfälschungen und ungesetzlicher Wahlbeeinflussungen für ungültig erklärt. Eine Neuwahl fand nicht mehr für diese Legislaturperiode statt. Nachdem das Reichstagsmandat 1881—84 im Besitz des fortschrittlichen Abgeordneten Wander gewesen war, der mit 7268 gegen 7059 Stimmen gesiegt hatte, siegte von Schlieckmann am 28. Oktober 1884 mit 10462 (gegen 4404) Stimmen über Wander, am 21. Februar 1887 mit 14034 (gegen 5489) Stimmen über von Saucken-Tarputschen und am 20. Februar 1890 mit 10644 Stimmen gegen 9732, von denen der freisinnige Kandidat v. Reibnitz 8962 erhielt. Zu den Wählern hat v. Schlieckmann nur ein einziges Mal im Jahre 1878 in Jakobsruhe gesprochen.

Als von Schlieckmann sich am 13. Mai 1891 in die Sitzung der Kommission begeben wollte, welche über den Empfang des Kaisers beraten sollte, traf ihn ein Schlaganfall, der eine rechtsseitige Lähmung zur Folge hatte, in den ersten Stunden aber nicht bedenklich erschien. Allein das Befinden des Kranken verschlimmerte sich im Laufe des Tages. Abends trat Bewußtlosigkeit ein, die bis zu dem am 14. früh 3½ Uhr erfolgten Tode anhielt.

Albrecht von Schlieckmann war von Hause aus in streng konservativen Anschauungen aufgewachsen — sein Oheim war der verstorbene Ministerpräsident von Manteuffel — und bethätigte dieselben zu allen Zeiten in entschiedener Weise. Besonders in seiner letzten Stellung als Oberpräsident der Provinz Preußen war er ein rückhaltloser Vertreter des Systems Puttkamer mit all seinen Konsequenzen. Er nahm es mit der ihm von dem Minister gestellten Aufgabe, Ostpreußen konservativ zu machen, ernst und hatte in kurzer Zeit außerordentliche Erfolge aufzuweisen. Werden aber diese Erfolge von Dauer sein? Er selbst sollte noch die Anzeichen eines nahe bevorstehenden Umschwunges erleben.

Nur eine Mehrheit von wenigen hundert Stimmen bewahrte ihn davor, „seinen Wahlkreis“ Tilsit in die Hände eines entschiedenen Liberalen, des entschiedensten Gegners der Beamtenherrschaft in politischen Dingen, fallen zu sehen; sein unerwarteter frühzeitiger Tod bewahrte ihn vor der größeren Kränkung, daß sein Mandat abermals für ungültig erklärt wurde und er den Sieg eines so verhaßten Gegners erlebte. — Seine persönliche Begabung wie seine gesellschaftliche Liebenswürdigkeit wurde von allen Seiten anerkannt. In dem Nachrufe des Provinzialverbandes der Provinz Ostpreußen wurde „sein klarer Blick, sein scharfer Verstand und eine seltene Gabe, das Richtige zu erkennen und Wichtiges von Unwesentlichem zu trennen“ hervorgehoben; seine Ratschläge seien nur allein von dem Wunsche beseelt gewesen, das Wohl der Provinz und ihrer Insassen zu fördern; zur Vertretung dieser Interessen der Provinz sei er mit seinem ganzen Können und Einflusse eingetreten und habe hierbei keine Mühe gescheut. Ähnlich rühmend über seine Begabung und seinen Charakter sprachen sich unter anderen in ihren Nachrufen aus der Rektor und Senat der Albertina, von deren philosophischer Fakultät er nicht allzu lange vor seinem Tode zum Doctor hon. causa ernannt worden war, der Vorstand des Krankenhauses der Barmherzigkeit, dessen Obervorsteher der Diakonissenanstalt, der Direktor der Königlichen Kunstakademie, deren Kurator er neun Jahre lang, der Vorstand der physikalisch-ökonomischen Gesellschaft, deren langjähriger Protektor er gewesen war, und der Tragheimer Gemeindekirchenrat, zu dessen Gemeindevertretung er gehört hatte. Albrecht von Schlieckmann wurde in seiner sächsischen Heimat, und zwar in Naumburg a. S., zur Ruhe bestattet.

Die Reichstags-Ersatzwahl 1891.

Die Wahlprüfungs-Kommission des neugewählten Reichstages hatte alle Hände voll zu thun. Hatten doch die Kartellparteien die äußersten Anstrengungen gemacht, ihre Mandate und damit die Mehrheit im Reichstage zu be-

haupten; da hatten die Mittel zu dem Zwecke nicht immer in der wünschenswerten Übereinstimmung mit dem Wahlreglement bleiben können. Der Winter und damit die Reichstagssession 1890/91 neigten sich ihrem Ende zu; die angefochtene Wahl des Abgeordneten für Tilsit war noch nicht zur Verhandlung gekommen. Möglicherweise war daran der Umstand schuld, daß das Material infolge der behaupteten zahlreichen Wahlbeeinflussungen und Wahlfälschungen ungemein umfangreich war und daß wiederholt sich ein Wechsel in der Person des Referenten und Korreferenten als nötig erwies, so daß dann immer ein neues Aktenstudium erforderlich wurde. Da starb am 14. Mai 1891 der Abgeordnete von Schlieckmann nach kurzem Unwohlsein. So blieb der konservativen Partei und den zahlreichen Männern in beiden Kreisen, die in ihrem Eifer für die Wahl des Oberpräsidenten zu weit gegangen waren, eine große Beschämung, wenn nicht Schlimmeres, dem Abgeordneten von Schlieckmann eine große und eigentlich unverdiente Kränkung erspart.

Die Neuwahl mußte im Laufe des Sommers stattfinden. Trotz einiger Versuche der freisinnigen Parteileitung in Tilsit, sich mit den liberalen Freunden in der Niederung über die nächsten und wichtigsten Maßnahmen in Einvernehmen zu setzen, kam die Wahlbewegung doch erst in Fluß, als die Regierung Mitte Juni den Termin der Ersatzwahl auf Dienstag, den 28. Juli festsetzte. Und zwar war es der Vorstand des liberalen Wahlvereins der Niederung, der zuerst mit einem Aufruf in die Wahlbewegung eintrat. Die Kornzölle, als deren eifrigster Gegner sich Herr v. Reibnitz, der freisinnige Kandidat von 1890, erwiesen hatte, waren vielen Niederunger Gutsbesitzern, die sich stets zu den Liberalen gezählt hatten, sehr ans Herz gewachsen. Nicht ohne Besorgnis sah man daher in Tilsit den Entschließungen der dortigen Parteileitung und der Haltung der einzelnen entgegen. Am 16. Juni hatte der Vorstand in Neukirch getagt und veröffentlichte wenige Tage darauf einen Aufruf an

die liberalen Wähler der Niederung, in dem es hieß: „Vor allen Dingen giebt es jetzt kein Bedenken, kein Zögern, keine Erörterungen mehr über die Kandidatenfrage. So hat denn die Versammlung des Vorstandes und der Vertrauensmänner unseres Vereins einstimmig beschlossen, der liberalen Wählerschaft die Kandidatur des Herrn von Reibnitz-Heinrichau zu empfehlen. Wir wissen wohl, daß nicht alle unsere Freunde aus der Niederung in jedem Punkte mit der politischen Auffassung des Herrn v. Reibnitz einverstanden sind. Allein es wird nirgends einen Kandidaten geben, gegen dessen Ansichten nicht der eine oder andere Wähler Einwendungen zu erheben hätte, wie es wohl niemals eine Partei geben wird, an deren Verhalten nicht der eigene Parteigenosse im einzelnen Falle Kritik üben muß. Die gesamte politische Gesinnung muß den Ausschlag geben! — Wir dienen der Sache des Liberalismus! Wer treu und fest, selbstlos und uneigennützig diese Sache vertritt, den erheben wir auf den Schild! Herr v. Reibnitz ist ja freilich bis zu seinem hiesigen politischen Auftreten uns allen fremd gewesen, aber er ist der unsere geworden, als er bei unserem letzten Wahlgange mit seinem Feuereifer, mit dem Edelsinn seines ganzen Wesens, idealen Geistes und feurigen Herzens, von freudiger Vaterlandsliebe beseelt, vor uns Niederunger trat. Darum empfehlen wir ihn unseren Freunden zur Reichstagskandidatur. Wenn wir dies auf ungewöhnlichem Wege thun, so geschieht es, weil die Zeit drängt. Selbstverständlich wird die endgiltige Entscheidung bei der Wählerschaft liegen. Wir werden nicht versäumen, diese Entscheidung in ordnungsmäßiger General-Versammlung seiner Zeit herbeizuführen und alsdann wird sie für uns maßgebend sein."

Die Tilsiter freisinnige Wählerschaft entschied sich am 17. Juni in sehr stark besuchter Versammlung nach einem Vortrage des Herrn v. Reibnitz einstimmig für seine Aufstellung als Reichstags-Kandidat. Diesmal war die Lage für den Kandidaten wenn nicht günstiger, so doch jedenfalls viel klarer: jeder kannte seine entschiedene Gegnerschaft gegen

die Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel; jeder wußte, daß er trotzdem in dem überwiegend ackerbautreibenden Wahlkreise (oder vielleicht gerade deshalb?) im Jahre 1890 fast 9000 Stimmen erhalten hatte. Die hohen Getreidepreise konnten die zollfeindliche Strömung unter den Wählern, die von den Zöllen keinen Vorteil hatten, nur befördern und mußten also dem Kandidaten zu gute kommen. Auf die „liberalen Schutzzöllner“ hatte Herr v. Reibnitz, wie der obige Aufruf bewies, einen solchen Eindruck gemacht, daß sie wohl oder übel ihre Bedenken fallen lassen oder damit rechnen mußten, daß, wenn über sie hinweg die Kandidatur Reibnitz proklamiert würde, sie ziemlich vereinzelt dastehen würden: die helle Begeisterung der sogenannten „kleinen Leute“ im Jahre 1890 war noch zu sehr in allgemeiner Erinnerung.

Die Stellung des freisinnigen Kandidaten in der Frage der Getreidezölle war aber auch derjenige Punkt, auf den die Konservativen allein ihre Hoffnung auf Sieg setzen konnten. Denn auf die Zugkraft der Persönlichkeit und der amtlichen Stellung ihres Kandidaten, die bisher der konservativen Partei zum Siege verholfen hatte, mußten sie diesmal Verzicht leisten. Der Landtags-Abgeordnete Weiß-Perwallkischken, der zum Nachfolger v. Schlieckmanns ersehen wurde, war in vielen Teilen des Wahlkreises, obwohl seit 9 Jahren Abgeordneter desselben, persönlich nicht bekannt und erfreute sich, wo er es war, keineswegs allgemeiner Beliebtheit. Ein Flugblatt, das der Delegirte des Ostpreußischen Konservativen Vereins, Rechtsanwalt Meyer, mit seinem Namen unterzeichnete, brachte neben den üblichen Verdächtigungen der freisinnigen Partei, die „politisch abgewirtschaftet“ habe, unter verbindlichen Redensarten für die nationalliberale Partei, die man der Wahrheit zuwider bereits im Jahre 1866 in einen schroffen Gegensatz zur Fortschrittspartei zu bringen sich bemühte, eine Verherrlichung der Getreidezölle, durch deren Aufhebung der Freisinn die ostpreußische Landwirtschaft an den Ruin bringen wolle.

Mit dem alten Bismarckschen Sprüchlein: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt" suchte das Flugblatt den Egoismus der Landbevölkerung zu erregen, durch den Satz: „Die freisinnige Partei eine Vorfrucht der Sozialdemokratie" glaubte es sie graulich machen zu können.

Daß die freisinnige Partei einen Teil ihrer Wähler von 1890 an die Sozialdemokratie, die unablässig im stillen in Tilsit thätig gewesen war, würde abgeben müssen, zeigte sich schon, ehe noch irgend eine andere Partei auf den Kampfplatz getreten war. Bereits am 15. Juni hielt der sozialdemokratische Abgeordnete für Königsberg, Schultze, in Jakobsruhe eine stark besuchte Volksversammlung ab, in der er über „Getreidezölle, Reichsregierung und Arbeiterschutzgesetzgebung" einen 1½stündigen Vortrag hielt. Einen pikanten Reiz verliehen demselben, wie die „Tilsiter Zeitung" in ihrem Berichte sagte, die heftigen Anklagen gegen die freisinnige Partei und den Abgeordneten Richter. Nachdem der Redner für seine mit großer Gewandtheit vorgetragenen Ausführungen stürmischen Beifall von einem großen Teile der Zuhörerschaft geerntet hatte, erhob sich zunächst der Führer der konservativen Partei, Rechtsanwalt Meyer, ohne sich jedoch gegenüber den rücksichtslosen Ausbrüchen des Unwillens der Menge für seine Ausführungen Gehör verschaffen zu können. Die zahlreich erschienenen Freisinnigen kamen dadurch leider um das Vergnügen, zu hören, wie der Redner die Lebensmittelverteuerung zu Gunsten eines kleinen Bruchteils der Bevölkerung gegen die wuchtigen Anklagen des Vorredners zu verteidigen bemüht war. Um so ungerechter war die später von Rechtsanwalt Meyer in der „Tils. Ztg." erhobene Anklage, daß er „nicht sowohl von den sozialdemokratischen, als vielmehr von den deutsch-freisinnigen Zuhörern niedergeschrieen werden sollte." Mit besserem Erfolge sprach nach ihm Herr von Reibnitz, dessen würdiges und bedeutendes Auftreten trotz der Schärfe, mit der er sich gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie wandte, doch den politischen Gegnern eine anständige und

achtungsvolle Haltung abnötigte. Der Schultzsche Vortrag gab dann am 11. Juli Herrn v. Reibnitz noch Veranlassung, in einem längeren Vortrage alle jene utopischen Forderungen der Sozialdemokratie zu prüfen und zu widerlegen. Die Haltung der zu vielen hunderten erschienenen Arbeiter war zwar durchaus anständig und achtungsvoll, allein doch der Art, daß man merkte, die große Mehrzahl sei entschlossen, ihren eigenen Weg zu gehen: die energische Agitation Schultze's hatte so tief Wurzel geschlagen, daß die Parteiführer es wagen konnten, in der Person eines Tischler Lorenz aus Königsberg, der auch in Tilsit und den Vororten öffentlich auftrat, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Es zeigte sich sehr bald, daß es bei diesen drei Kandidaten nicht sein Bewenden haben sollte. Die Annahme des freisinnigen Wahlkomitees, daß der Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins, dessen Kandidat am 20. Februar 1890 612 Stimmen auf sich vereinigt hatte, sich einer zweiten gleich niederschmetternden Niederlage nicht werde aussetzen wollen, sollte sich bald als irrig erweisen. Die nationalliberale Parteileitung wollte zwar von einem Zusammengehen mit den Konservativen, wie es noch 1887 von einigen für angemessen erachtet worden war, zu deren großem Kummer nichts wissen, allein ohne den Versuch einer Sammlung der Partei in der liberalen Wählerschaft, die sich für einen freisinnigen Kandidaten entschieden hatte, aufzugehen war man ebensowenig gesonnen. Man entschied sich Anfang Juli für die Kandidatur des Staatsminister a. D. Hobrecht, für dessen Wahl die „Tils. Ztg." mit allem Eifer eintrat.

Der Hinweis auf die Möglichkeit, daß durch solches Vorgehen eine Stichwahl herbeigeführt werde, für welche die Aussichten der Konservativen bei der Fülle von oft erprobten Machtmitteln ungleich größere wären, fruchtete nichts. Am 14. Juli antwortete die „Tils. Ztg." auf solche Hinweise: „Was in aller Welt geht uns Nationalliberale Eure freisinnige Sache an? Mit demselben Rechte könnte der hiesige konservative Verein

die Behauptung aufstellen: Die Kandidatur Hobrecht thut der Kandidatur Weiß Abbruch." — Damit verließ freilich die junge Partei den Standpunkt, den die nationalliberale Partei bis 1882 eingenommen hatte und verleugnete die Pflicht, die die Nationalliberalen bei ihrer Scheidung von der Fortschrittspartei so lebhaft betont hatten: Kampfgenossenschaft aller Liberalen gegen die Reaktion.

Fast gleichzeitig mit der Tilsiter Ersatzwahl fand eine solche in Kassel-Melsungen statt. Die dortigen Freisinnigen, die etwa über 1500 bis 2000 Stimmen verfügten, hatten von vorneherein auf einen eigenen Kandidaten zu Gunsten der größere Aussicht auf Sieg gewährenden nationalliberalen Kandidatur verzichtet. Das Ergebnis der Wahl war Stichwahl zwischen dem nationalliberalen Dr. Endemann und dem Sozialdemokraten Pfannkuch. Was lag näher, als ein gleiches Verhalten von den hiesigen Nationalliberalen zu erwarten? Die Kasseler nationalliberale Parteileitung, von der Lage der Dinge unterrichtet, wandte sich, als eine Anfrage der dortigen Freisinnigen von dem nationalliberalen Wahlkomitee in Tilsit ablehnend beantwortet war, unmittelbar vor der Wahl an das nationalliberale Centralwahlkomitee in Berlin und an Herrn Hobrecht, in der Hoffnung, diesen zum Rücktritt von der Kandidatur in Tilsit zu bewegen; sonst sei die Wahl des Nationalliberalen in Kassel gefährdet. Herr Hobrecht erklärte seine Bereitwilligkeit und bat das Komitee in Tilsit, seine Kandidatur fallen zu lassen. Die Freisinnigen in Kassel verhalfen den Nationalliberalen am 27. Juli zum Siege; die Tilsiter nationalliberale Parteileitung hielt an Hobrecht als ihrem Kandidaten fest. Sie gab sich der Hoffnung hin, daß die Kandidatur v. Reibnitz selbst seinen eigenen Parteigenossen nicht in allen Punkten genehm sei: wenn ein erheblicher Teil der liberalen Landwirte aus Abneigung gegen den entschiedenen Freihändler v. Reibnitz sich für Hobrecht erklären sollte, würde dieser — so träumte man — vielleicht gar zur Stichwahl gelangen. In Wirklichkeit lag, wie rechtzeitig von den Freisinnigen

betont wurde, denen die Thatsachen recht gaben, darin eine indirekte Begünstigung der Konservativen.

Auch die Nationallitauer traten unter Führung von D. Saunus-Rokacziūse (Rokaiten) mit ihrem Pona Dr. Bruažį iß Tilžês auf den Plan und luden die „konservativen Litauer" zu einer Versammlung ein, in der Dr. Brozeit die Berechtigung eines solchen Vorgehens zu erweisen bemüht war.

Die beiden Parteien, deren Kandidaten vor allem in Frage kamen, entfalteten eine gleich rührige Agitation. Herr v. Reibnitz, der schon bei einem Sommerfest des Tilsiter freisinnigen Wahlvereins im Schützenheim zu An-Ballgarden am 5. Juli und am 11. Juli mit einem Vortrage über die Arbeiterfrage aufgetreten war, sprach am 12. Juli in Neukirch, am 19. in Gr.-Friedrichsdorf, am 23. in Splitter und Tilsit-Preußen, am 24. in Plaschken, am 26. in Kellmienen und Skaisgirren zu den überall sehr zahlreich erschienenen Wählern und bereiste in der Zwischenzeit einen großen Teil beider Kreise, um die Wähler mit seiner Person und seinen politischen Ansichten bekannt zu machen. Für die Wahl des konservativen Kandidaten — von mehrfachen Reisen des Herrn Regierungspräsidenten Steinmann in Gumbinnen in den Wahlkreis abgesehen — waren die Delegierten des Ostpreußischen Vereins der Konservativen, die Rechtsanwälte Meyer in Tilsit und Schimmelpfennig in Heinrichswalde, öffentlich thätig; mit ihnen traten der Generalsekretär des Ostpreußischen konservativen Vereins, Dr. Stohn und der bekannte konservative Abgeordnete Dr. Cremer, weiland Centrumsmann und Parteigänger des Prätendenten auf den spanischen Königsthron, Don Carlos, als Redner, doch ohne den gewünschten Erfolg, auf. Konservative Versammlungen wurden am 21. Juli in Plaschken und Koadjuthen, am 22. in Lappienen, am 23. in Neukirch, am 24. in Piktupönen, Willkischken und Gr.-Friedrichsdorf, am 25. in Kaukehmen, am 26. in Seckenburg, am 27. in Inse und Tawe abgehalten. In den 4 zuletzt genannten Orten der

Niederung zeigte sich auch der Kandidat Weiß und richtete einige Worte an die Wähler.

In fast allen Teilen des deutschen Vaterlandes sah man dem Ausgang der Tilsiter Wahl mit großer Spannung entgegen. Stand hier doch in einem seit 1871 mit Ausnahme der Jahre 1874—78 und 1881—84 konservativ vertretenen, überwiegend ländlichen Wahlkreise ein entschiedener Gegner der landwirtschaftlichen Schutzzölle einem konservativen Großgrundbesitzer gegenüber, der zugleich dreimal mit großen Mehrheiten in den Landtag gewählt worden war; hatte der freisinnige Kandidat doch durch die Art seines Auftretens die ländlichen Wähler geradezu zu einem Gericht über den Wert der agrarischen Schutzzölle für Ostpreußen herausgefordert. Damit der Wille der ländlichen Wähler mehr als es leider 1890 der Fall gewesen war, zum Ausdruck gelangen könne, begaben sich am Wahltage unerschrockene Tilsiter Parteigenossen in 10 ländliche Wahlorte, um durch ihre Anwesenheit ungesetzliche Beeinflussungen der Wähler und Schlimmeres womöglich zu verhindern. Obwohl diese Männer an mehreren Orten übel zugerichtet und sogar thätlich mißhandelt, an anderen dem Gesetz zuwider ausgewiesen waren, so in Rucken auf Anordnung des Landtags-Abgeordneten Habedanck-Schillgallen und unter Requisition des Gensdarmen, erwies sich diese Maßregel doch als von großer Wichtigkeit für den Ausfall der Wahl. Ähnlich günstig wirkte die bloße Anwesenheit bewährter Parteigenossen im Wahllokale in mehreren Orten der Niederung.

Das Ergebnis der Wahlen am 28. Juli entsprach den von freisinniger Seite gehegten Hoffnungen durchaus. In Tilsit erhielt — die Zahlen in Parenthese geben den Ausfall der Wahl von 1890 an — der freisinnige Kandidat 2182 (2500), der konservative 477 (589), der nationalliberale 101 (180), der litauische 6 (0), der sozialdemokratische 541 (85). Im Landkreis Tilsit wurden 2494 (2497) freisinnige, 3634 (4962) konservative, 98 (254) nationalliberale, 40 (11) litauische, 341 (12) sozialdemokratische Stimmen, in Kreise

Niederung 3782 (3965) freisinnige, 3634 (5093) konservative, 80 (178) nationalliberale, 38 (23) litauische, 48 (22) sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Somit war das Gesamtresultat: von Reibnitz 8458 (8962), Weiß 7745 (von Schlieckmann 10644), Hobrecht 279 (Schlenther 612), Dr. Brozeit 84 (34), Lorenz 930 (Schultze 119). Die Summe der abgegebenen Stimmen betrug 17500, die absolute Mehrheit 8751. An dieser fehlten dem freisinnigen Kandidaten 293. Die Nationalliberalen, die auf ihren Kandidaten Hobrecht ganze 279 Stimmen vereinigt hatten, waren somit vor der Schande bewahrt geblieben, die Stichwahl herbeigeführt zu haben. An dem guten Willen dazu hatte es nicht gefehlt.

Der Rückgang der Stimmenzahl gegen 1890 war bei der freisinnigen Partei verhältnismäßig nicht bedeutend; er betrug in Stadt Tilsit 318, welche der Sozialdemokratie zugefallen waren, im Landkreis nur 3, im Kreis Niederung, wo eine Anzahl liberaler Besitzer nicht für einen Kandidaten, der sich für Aufhebung der Kornzölle aussprach, eintreten mochte, aber 183. Dabei muß die Ungunst der Jahreszeit berücksichtigt werden. Die Bewohner vieler am Strom gelegenen Ortschaften sind im Hochsommer als Stromschiffer auf Reisen zu Wasser begriffen; die Losarbeiter sind oft weit von ihrem Wohnorte bei Feld- und Erdarbeiten beschäftigt. Überdies waren, wie aus vielen Orten gemeldet wurde, die Wählerlisten so nachlässig angefertigt, daß die Partei dadurch allein einen Verlust von mehreren hundert Stimmen erlitten hatte. Es ist ja erklärlich, daß gerade die kleinen Leute eher übersehen werden als die auf eigenen Grundstücken Angesessenen; daß in der Regel die ersteren zur liberalen, die letzteren zur konservativen Partei sich halten, macht diesen „Zufall" für die liberale Partei sehr nachteilig. Einen weiteren Verlust von mehr als 800 Stimmen hatte die nachdrückliche, auch aufs Land ausgedehnte Agitation der Sozialdemokratie gebracht, die sich durchaus gegen die freisinnige Partei gerichtet hatte. Endlich war eine große Anzahl von eigentlich Herrn v. Reibnitz zugedachten Stimmen

schließlich Herrn Weiß zugute gekommen. Aus vielen Bezirken wurden unverantwortliche Beeinflussungen und Gewaltthätigkeiten gemeldet: freisinnige Zettel wurden vor dem Wahllokal den Wählern von einflußreichen Personen fortgenommen, öfter auch im Wahllokal eröffnet und durch konservative ersetzt. So nahm z. B. der Lehrer J. in A. den Tagelöhnern die Zettel als beschmutzt weg und ersetzte sie durch unbeschmutzte, natürlich „Weiß wie Schnee." Dennoch konnte angenommen werden, daß diese bösen Dinge nicht ganz so häufig und nicht ganz so schlimm getrieben wurden wie 1890.

Die konservative Partei hatte den ungeheuren Verlust von 2899 Stimmen zu verzeichnen. Die Jahreszeit hatte ihr vielleicht weniger als der freisinnigen geschadet, da die konservativen Großgrundbesitzer ihre Leute wohl durchweg zur Urne geschickt und, wie aus mehreren Gütern gemeldet wurde, die allerschärfste Kontrolle ausgeübt hatten. Die kleinen Besitzer mochten vielfach ihren Wirtschaftsbetrieb höher als die Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte geschätzt haben. Der Rückgang war aber in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß vielen Wählern die Augen aufgegangen, vielleicht auch bei den Kornzöllen und dem Branntweinsteuergesetz, der Altersversicherung u. s. w. übergegangen waren; sodann aber auch darauf, daß eine Menge gewissenloser Agitatoren diesmal nicht in Wirksamkeit gewesen war. Es war manchen Herren doch ein heilsamer Schreck in die Glieder gefahren. In dieser Beziehung war der Ausfall in einigen Ortschaften, die im letzten Wahlprotest einen großen Platz einnahmen, bemerkenswert. So hatte Piktupönen 1890 92 konservative Stimmen gegen 41 freisinnige, 1891 nur 58 konservative gegen 71 freisinnige, d. h. 34 konservative weniger und 30 freisinnige mehr; Gesamtunterschied 64. So Pageldienen 1890: 91 konservative gegen 12 freisinnige, 1891 65 konservative gegen 39 freisinnige, d. h. 25 konservative weniger, 27 freisinnige mehr; Gesamtunterschied 53. So Plaschken 1890 77 konservative gegen 29 freisinnige,

1891 46 konservative gegen 68 freisinnige, d. h. 31 konservative weniger, 39 freisinnige mehr; Gesamtunterschied 70. In Pleine 1890 73 konservative gegen 24 freisinnige, 1891 37 gegen 36, d. h. 36 konservative weniger, 12 freisinnige mehr; Gesamtunterschied 48. In Rucken 1890 131 konservative gegen 50 freisinnige, jetzt 64 gegen 68, d. h. 67 konservative weniger, 18 freisinnige mehr; Gesamtunterschied 85. Ähnlich stand es mit den Gütern Kreywöhnen, Willkischken und Schreitlaugken, den Dörfern Alt-Weynothen, Stolbeck (1890 205 konservative, 1891 103) und vielen anderen. Besonders interessant war der Ausfall in Tawellningken, Kreis Niederung. Der dortige Lehrer, dem der Wahlprotest die allerschlimmsten Dinge vorgeworfen hatte, war inzwischen infolgedessen im Interesse des Dienstes versetzt worden. Während Herr v. Schlieckmann 1890 100 Stimmen für sich zählen durfte, erhielt Herr Weiß nur 26, also 74 weniger; der freisinnige Kandidat hatte freilich auch 16 Stimmen verloren. In Inse, wo der Förster D. 1890 sehr thätig gewesen war, verlor 1891 die konservative Partei 61 Stimmen, während der freisinnige Kandidat 34 gewann.

Die freisinnige Partei sah der auf den 7. August festgesetzten **Stichwahl** mit guter Zuversicht entgegen. Sie machte keine Versuche, die Stimmen der drei anderen Parteien zu gewinnen, wenn sie auch von dem Liberalismus der Nationalliberalen, den ihr Organ stets betont hatte, und von der berechtigten Unzufriedenheit der beiden anderen Parteien mit dem bisherigen Verhalten der Konservativen und ihrem wohlbegründeten Mißtrauen gegen den Kandidaten derselben mit gutem Grunde auf ein Zusammengehen hoffte. Allein sie fühlte die Kraft in sich, es auch allein mit dem Gegner aufzunehmen und ihm eine große Niederlage zu bereiten.

Das nationalliberale Wahlkomitee beriet in einer Sitzung über das Verhalten der Partei bei der Stichwahl, ohne jedoch durch Veröffentlichung seines Beschlusses den 270 Wählern, die dem Aufrufe für Hobrecht gefolgt waren, irgend eine Weisung zu geben; die „Tilsiter Zeitung" verhielt sich völlig

neutral, d. h. sie schwieg. Die sozialdemokratische Parteileitung empfahl Wahlenthaltung, während die Sozialdemokraten von Neukirch und Stolbeck in einem Inserate die Genossen aufforderten, für v. Reibnitz einzutreten. Herr Dr. Brozeit erklärte in einer freisinnigen Wählerversammlung, dahin wirken zu wollen, daß seine Anhänger ihre Stimmen für v. Reibnitz abgäben. Sehr viel trug der Unwille über die zahlreichen aus allen Teilen des Wahlkreises gemeldeten Wahlbeeinflussungen, die sich Pfarrer, Lehrer, Ortsvorsteher und Gutsherren herausgenommen hatten, dazu bei, um die Freisinnigen zu verdoppelter Thätigkeit anzuspornen, auf daß solchem Unfug endlich ein Ende gemacht werde und wenn das nicht möglich sei, der Wille des Volkes doch dem Unrecht zum Trotz zur Geltung käme.

Das Wahlresultat in der Stadt war folgendes: Der freisinnige Kandidat hatte 3008 Stimmen (mehr 826), der konservative 506 (mehr 29) erhalten. Bei der Hauptwahl waren für andere Kandidaten 648 abgegeben; die Leiter der nationalliberalen Partei hatten zum großen Teil konservativ oder gar nicht gewählt; die von ihren Führern verlassenen Nationalliberalen in der Stadt mögen wohl zum größeren Teil Herrn v. Reibnitz gewählt haben. Im Landkreise Tilsit wurden für v. Reibnitz 3417 (mehr 923), für Weiß 4098 (mehr 464) Stimmen, im Kreise Niederung für v. Reibnitz 4469 (mehr 678), für Weiß 3970 (mehr 336) Stimmen abgegeben. Somit hatte von Reibnitz 10894 Stimmen (gegen 8574 Stimmen für Weiß) erhalten und war also mit einem Mehr von 2320 Stimmen gewählt worden. Diese Zahlen ergaben, daß selbst wenn alle für andere Kandidaten abgegebenen 1290 Stimmen jetzt sich auf von Reibnitz, der gegen die erste Wahl 2436 Stimmen gewonnen hatte, vereinbart haben sollten, doch noch ebensoviel von der freisinnigen Partei aus eigener Kraft aufgebracht wurden. So konnte also mit Fug und Recht der Sieg als von der freisinnigen Partei erfochten bezeichnet werden. Der Wahlsieg wurde aber dadurch noch

besonders bedeutungsvoll für Ostpreußen, daß der rein ländliche Kreis Niederung wie beim ersten Wahlgange (3812 freisinnige Stimmen gegen 3634 konservative) so auch bei der Stichwahl für sich allein absolute Mehrheit für den freisinnigen Kandidaten ergab (4469 gegen 3970 Stimmen).

Während die „Kreuzzeitung" zunächst nur das Wahlresultat mitteilte, ohne ihrem Schmerze durch irgend ein Wort Luft zu machen, brachte das Regierungsorgan, die „Preuß.-Lit. Zeitung", eine längere Betrachtung über die Niederlage der konservativen Partei. Dieselbe sei zwar „bedauerlich, aber erklärlich, nein selbstverständlich, da in den Kreisen Tilsit-Niederung kein Sprachrohr, keine Presse besteht welche an der Hand der Thatsachen fortgesetzt darauf hinweisen kann, wie der Freisinn lediglich Vorarbeiter der Sozialdemokratie ist." Hiergegen ist zu erwidern, daß es bis zum 1. April 1890, also bis zum Sturze Bismarcks, der etwa mit der anderweitigen Verwendung des Reptilienfonds zusammenfallen dürfte, eine konservative Presse in Tilsit, den „Volksfreund für Litauen", gegeben hatte. Allein das konservative Parteiorgan fand unter den 10 000 konservativen Wählern des Jahres 1890 noch nicht annähernd 500 Abonnenten, ein Beweis, daß die konservativen Wähler des Wahlkreises ihrer überwiegenden Mehrzahl nach das Bedürfnis einer konservativen Zeitung oder wohl auch einer Zeitung überhaupt nicht kannten, sondern die Anregung, konservativ zu wählen, auf anderem Wege empfingen. Der von Bismarck herrührende Satz „der Freisinn ist der Vorarbeiter der Sozialdemokratie", der in der Wahlagitation eine sehr große Rolle gespielt hatte, wird für unseren Wahlkreis am besten durch die Thatsache widerlegt, daß die Sozialdemokratie einzig und allein in solchen ländlichen Bezirken Fuß gefaßt hatte, wo bis dahin die konservative Partei unumschränkt herrschte, wo freisinnige Stimmzettelvertreiber bei allen früheren Wahlen ihr schwerbedrohtes Leben nur durch eilige Flucht retten konnten. Die Orte Dwischaken, Schillgallen, Splitter, Stolbeck, Kalkappen und

Tilsit-Preußen hatten 1891 32, 37, 61, 98, 60 und 18, zusammen 306 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In Tilsit gab es 1887 bei 1104 konservativen Stimmen keine sozialdemokratische, 1891 bei 477 konservativen 541 sozialdemokratische Stimmen: was liegt näher, als die Annahme, daß etwa 500 konservativen Wählern über die Volksfreundlichkeit konservativ-agrarischer Interessenpolitik inzwischen die Augen aufgegangen waren? Diese gaben ihrem Protest gegen dieselben nun den allerschärfsten Ausdruck, indem sie ihre Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgaben. Hier hätte also die volksfeindliche konservative Politik der Sozialdemokratie geradezu den Boden geebnet. Sicher ist jedenfalls, daß wenn es nicht in Tilsit eine freisinnige Partei gäbe, die einen volkstümlichen Kandidaten aufstellte, tausende von Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden wären, um die Zollpolitik möglichst scharf zu verurteilen.

Auch die Behauptung der „Pr.-Lit. Ztg.", daß die antikonservativen Parteien in der Stichwahl geschlossen für den freisinnigen Kandidaten gestimmt hätten, trifft nicht zu. Dem widerspricht schon eine zweite Behauptung desselben Blattes, daß „alles, was zu dem besitzenden, intelligenten und ruhig erwägenden Teil der Bevölkerung gehört, selbst solche Männer, die sonst freisinnig gestimmt haben, aber von der politischen Auffassung eines Herrn v. Reibnitz nichts wissen wollten", konservativ gewählt haben. Da dürften denn doch recht viele „antikonservative Stimmen" mit darunter gewesen sein. Aber es läßt sich auch jene erste Behauptung durch Zahlen als unrichtig erweisen. In 13 Bezirken des Kreises Tilsit (Nr. 3, 12, 24, 48, 53, 56, 60, 63, 65, 66, 67, 68) hatten mindestens 67 „antikonservative" Wähler in der Stichwahl nicht für Herrn von Reibnitz gestimmt. Denn in diesen Bezirken hatte er entweder überhaupt weniger Stimmen oder weniger als die freisinnigen und anderen nicht-konservativen Stimmen zusammen betrugen, erhalten. Dasselbe gilt für die Bezirke 45, 46, 72, 77 und

87 der Niederung für zusammen 20 Wähler. Eine Behauptung, die für 18 Bezirke nicht zutrifft, dürfte auch für die übrigen nicht uneingeschränkt richtig sein.

Endlich behauptete die „Pr.-Lit. Ztg.", um die Bedeutung des freisinnigen Wahlsieges herabzusetzen, daß diejenigen Wählerklassen, „die das unsinnigste Zeug von Versprechungen für bare Münze halten", allesamt für Herrn von Reibnitz gestimmt hätten. Dieser Verdächtigung muß auf das entschiedenste widersprochen werden. Denn in all seinen Reden und auch im direkten Verkehr mit den Wählern hatte der Kandidat nur *eine einzige Versprechung* gegeben, *daß* er nämlich unter allen Umständen *für Aufhebung der ungerechtesten aller Steuergesetze, des Branntweinsteuergesetzes, und der Getreidezölle* stimmen werde. Was sonst noch von konservativer Seite dem Kandidaten an Versprechungen angedichtet worden war, um ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, war sofort in der Presse und durch Flugblätter von Herrn v. Reibnitz oder dem freisinnigen Wahlkomitee in seinem Namen bezeichnet worden als das, was es war: als *konservative Verleumdungen*.

Hans von Reibnitz

wurde zu Heinrichau bei Freystadt in Westpreußen (im Kreise Rosenberg) am 19. September 1854 als der Sohn eines Rittergutsbesitzers geboren. Den Traditionen der Familie gemäß zum Kavallerieoffizier bestimmt, wurde er im Kadettenkorps und zwar von 1867 bis 1870 in Culm und von 1870 bis 1872 in Berlin erzogen. Mit 17½ Jahren trat er (am 28. April 1872) als Offizier in das in Danzig garnisonierende 1. Husaren-Regiment, in dem er bis zum Frühjahr 1875 verblieb. Er trat zur Reserve über und widmete sich der Landwirtschaft. Nachdem er sie von 1875 bis 1879 praktisch erlernt hatte, pachtete er am 1. Juli 1879 das väterliche, jetzt seiner Mutter gehörige Gut Heinrichau, wo er noch seinen Wohnsitz hat, und erbat und erhielt im August 1880

seinen Abschied aus dem Militärverbande. Durch den im Januar 1890 erfolgten Tod eines Vatersbruders, der ohne männliche Nachkommen zu hinterlassen starb, gelangte v. Reibnitz am 1. Juli 1890 in den Besitz des in Ostpreußen im Kreise Pr.-Holland gelegenen Majorats Kerschitten, das seit dem 14. Jahrhundert im Besitz der Familie v. Reibnitz sein soll.

Am politischen Leben beteiligte von Reibnitz sich zuerst 1879, indem er als Wahlmann des Wahlkreises Rosenberg-Graudenz am 7. Oktober für den nationalliberalen Kandidaten Rittergutsbesitzer v. Katzler-Wiedersee und den fortschrittlichen Kandidaten Mühlenbesitzer Schnackenburg-Mühle Schwetz stimmte, die beide mit starker Mehrheit gewählt wurden. Bei vielen Gelegenheiten trat von Reibnitz nachdrücklich für die Interessen der durch die Jagdgesetze und besonders durch die agrarische Gesetzgebung des Fürsten Bismarck schwer belasteten ärmeren Bevölkerung ein und machte von seiner volksfreundlichen, demokratischen Gesinnung kein Hehl, obgleich er sich durch sein politisches Auftreten die bitterste Feindschaft seiner Standesgenossen und seiner Vetternschaft zuzog. Zur Reichstagswahl 1884 stellten ihn daher die Liberalen seines Heimatskreises Rosenberg-Loebau, der seit 1867 konservativ (durch Graf zu Dohna-Finkenstein) vertreten war, als Kandidaten auf. Obwohl auf einen Sieg auch nicht entfernt zu rechnen war, — Graf Dohna hatte bei der Hauptwahl 1881 4911 gegen 5790 polnische und 2162 liberale Stimmen erhalten und war in der engeren Wahl mit 7177 gegen 6829 polnische Stimmen gewählt worden, — so nahm v. Reibnitz doch unbedenklich die Zählkandidatur an. Kam es ihm doch vor allem darauf an, die wirklich liberalen Elemente zu sammeln und für spätere ernsthafte Kämpfe schlagfertig zu machen. Vorderhand gilt es freilich noch als Grundsatz in dem Kreise, daß der gemeinsame Kandidat der Deutschen bei der Stichwahl aus den Konservativen genommen werden müsse; die Junker sitzen dort zu dicht bei einander und der Einfluß der Pfarrer, die mit ihnen Hand in Hand

gehen, ist in den ihrer Beeinflussung zugänglichen Bevölkerungskreisen noch zu mächtig. Gleich hoffnungslos war die Kandidatur zum Abgeordnetenhause 1885 im Kreise Rosenberg-Graudenz; von Reibnitz unterlag mit 140 Stimmen dem konservativen Gegner, der 260 Stimmen erhielt. Bei den Septennatswahlen des Jahres 1887 war von Reibnitz der Kandidat der Liberalen im Kreise Elbing-Marienburg, während die Konservativen — diesmal ohne Blutvergießen — einmütig den Gutsnachbarn des Herrn v. Reibnitz, den Bruder des Wahlministers, Herrn v. Puttkamer-Plauth aufstellten, dessen Kandidatur im November 1884 der Elbinger Landrat Dr. Dippe erst in der blutigen Schlacht auf dem Elbinger Vorberge durchdrücken konnte. Herr von Reibnitz erhielt 5596 Stimmen. Zu den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 nahm v. Reibnitz die ihm vom deutschfreisinnigen Wahlverein des Kreises Tilsit angetragene Kandidatur an; zugleich war er Zählkandidat der Liberalen in Elbing-Marienburg, wo er bei dem gänzlichen Mangel einer Organisation und Agitation 2704 Stimmen, und in Rosenberg-Graudenz, wo er unter gleich ungünstigen Umständen 3605 Stimmen erhielt. In Tilsit-Niederung unterlag er dem bisherigen konservativen Abgeordneten v. Schlieckmann mit 8962 gegen 10 678 Stimmen. Ohne sich von den anstrengenden Wahlreisen in der harten Jahreszeit Ruhe und Erholung zu gönnen, begab sich von Reibnitz in den Kreis Arnswalde-Friedeberg, wo die Liberalen nach einem streitbaren und volkstümlichen Kandidaten für die Nachwahl im März verlangten. Hier war Oberbürgermeister v. Forckenbeck in der Stichwahl nach hartem Kampfe mit 8870 gegen 6796 Kartellstimmen gewählt, hatte aber die Wahl in seinem ebenfalls erst in der Stichwahl behaupteten bisherigen Wahlkreis Sagan-Sprottau angenommen. Der Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg war noch niemals liberal vertreten gewesen. Die Konservativen setzten alle Kraft daran, ihn in der Nachwahl wieder zu erobern. Sie stellten daher den — mit Recht — beliebtesten Mann im Kreise auf, den alten wild-

konservativen v. Meyer-Arnswalde, den früheren Landrat und Landtags-Abgeordneten und Vater des gegenwärtigen Landrats des Kreises. v. Reibnitz unterlag diesem Gegner mit 6258 gegen 6740 Stimmen. — In der durch den Tod des Reichstags-Abgeordneten von Schlieckmann notwendig gewordenen Ersatzwahl für Tilsit-Niederung eroberte von Reibnitz diesen ersten ostpreußischen Wahlkreis für die freisinnige Partei in der Stichwahl mit 10894 Stimmen; sein konservativer Gegenkandidat, Gutsbesitzer Weiß-Perwallkischken, erhielt 8571 Stimmen.

Im deutschen Reichstage ist Abgeordneter von Reibnitz noch nicht als Redner aufgetreten. Die deutsch-freisinnige Partei, der er sich anschloß, entsandte ihn in die sehr wichtige Budgetkommission und in die Kommission für das Heimstättengesetz. Durch politische Vorträge in verschiedenen Wahlkreisen, in denen eine Nachwahl stattfand (z. B. Stolp-Lauenburg, Friedland-Gerdauen-Rastenburg u. a.) leistete er der Partei hervorragende Dienste. Im Mai 1892 gab von Reibnitz in Tilsit unter großer Teilnahme der Wähler einen Rechenschafts-Bericht über die letzte Tagung des deutschen Reichstages.

Schluß. Vorausblick.

Wir schließen hiermit diese Rückblicke. Diese Geschichte der politischen Wahlen hat gezeigt, daß der Geist der Freiheit, der in Ostpreußen nach dem unglücklichen Kriege geboren wurde und in den vierziger Jahren auf politischem Gebiete sich bahnbrechend und schöpferisch kundgab, im Kreise Tilsit-Niederung starke Wurzeln geschlagen hat. Der Baum, der aus diesen Wurzeln erwuchs, ist zwar durch äußere Gewalt, deren Einfluß sich besonders Tilsit Land zugänglich erwies, mehr als einmal gefällt, allein immer wieder und dann um so kräftiger schoß ein junges Reis empor. So lange der kernfeste deutsche Bauernstand des Kreises Niederung — wir brauchen natürlich das Wort in seiner eigentlichen und ehrenvollen Bedeutung — mit dem überzeugungstreuen Bürger- und Gewerbestand von Tilsit Hand in Hand geht, steht es um den Liberalismus im Wahlkreise nicht schlecht.

Fürst Bismarck hat einmal vor 24 Jahren im Abgeordnetenhause seinen oppositionslustigen Freunden vorgehalten, „daß in Preußen eine Regierung, die sich der liberalen Bewegung rücksichtslos in die Arme wirft, unwiderstehlich wird." Nie hat der große Staatsmann ein wahreres Wort ausgesprochen. Wird aber die Regierung das jemals thun? und, sollte dieser für jetzt nicht wahrscheinliche Fall eintreten, wird sie nicht bald wieder, wie nach der liberalen Ära Bismarck, zur alten Liebe zurückkehren und für lange Zeit in den Reihen der Liberalen wiederum Verwirrung und Zwietracht hinterlassen? Wer vermag das zu sagen? Aber wehe den Liberalen, wenn sie auf die Wiederkehr einer liberalen Ära rechnend die Hände in den Schoß legen wollen! Nur der verdient die Freiheit, der sie sich selbst erwirbt. Ein Tröst-

liches wissen wir: die Ära Bismarck-Puttkamer ist für immer überwunden; allein wir glauben, daß wir von einer aufrichtig liberalen innern Politik so weit als jemals entfernt sind. Hier kann nur das Volk selber Wandel schaffen. Darum muß das liberale Bürgertum in Stadt und Land sich fest zusammenschließen, um durch liberale Abgeordnete in der Gesetzgebung Preußens und des Reiches den urewigen Grundsätzen des Liberalismus Geltung zu verschaffen. Wie der Kreis Tilsit-Niederung zuerst nach langjähriger konservativer Herrschaft, der Ostpreußen für immer verfallen schien, einen gut freisinnigen Mann in den Reichstag entsendet hat, so möge er auch bei den Landtagswahlen des nächsten Jahres den alten Ruf Ostpreußens als eines Bollwerks des Freisinns in Gemeinschaft mit anderen ostpreußischen Wahlkreisen wieder von neuem begründen und für immer zur Wahrheit machen!

— — — — — — — — —

Es ward mit mächtigem Schwertesstreich
Deutschland neu aufgerichtet.

— — — — — — — — —

Und ragt es empor in gewaltiger Pracht,
Erteilt es dem Erdkreis Befehle,
Es braucht zur unbezwinglichen Macht
Der Freiheit unsterbliche Seele!

Index.

Gedruckt bei Otto v. Mauderode, Tilsit.

Aus Tilsits Vergangenheit

Bd.: 5

Tilsit 1892